

**PAPERS**

**MARCEL BOIS, BERND HÜTTNER (HRSG.)**

**BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE  
EINER PLURALEN LINKEN**

**HEFT 3**

**BEWEGUNGEN, PARTEIEN, IDEEN**

Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hrsg.):

# **Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken**

Heft 3

Bewegungen, Parteien, Ideen

Impressum:

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Diese Publikation kann kostenfrei unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>  
heruntergeladen werden.

# Inhalt

<b>Marcel Bois, Bernd Hüttner</b> Zur Einführung	5
<b>Marcel van der Linden</b> Sozialer Protest in der Geschichte – ein Überblick	7
BEWEGUNGEN	
<b>Arno Klönne</b> Der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus 1933 – 1945	21
<b>Birgit Rothenberg, Swantje Köbsell</b> Die emanzipatorische Behindertenbewegung	24
<b>Jan Ole Arps</b> Als aus Studenten Arbeiter wurden Revolutionäre Betriebsarbeit in Deutschland seit den 1970er Jahren	29
<b>Detlef Grumbach</b> Die Linke und »das Laster«? – Geschichte und Perspektive linker Schwulenpolitik	36
<b>Philip Bedall, Mona Bricke, Selana Tzschiesche</b> Klima- und Energiekämpfe	41
<b>Marcel Bois, Christine Buchholz</b> Der belagerte Kapitalismus Eine kurze Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung	46
<b>Murat Çakır</b> Ein Hoch auf die internationale Solidarität? Über die migrantischen Selbstorganisationen der türkeistämmigen und kurdischen MigrantInnen	52
<b>Peter Birke</b> Zurück zur Sozialkritik Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«	57

## PARTEIEN

### **Georg Fülberth**

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

66

### **Klaus-Dieter Heiser**

Zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW)

70

### **Manfred Coppik**

»Es ist nicht alles schlecht, was scheitert«: Demokratische Sozialisten (1982 – 1991)

76

## IDEEN

### **Stefan Müller**

Kommunistische Gewerkschaftspolitik zwischen Tradition und Momentaufnahme:  
Das rote Gewerkschaftsbuch (1932)

82

### **Burghard Flieger**

Betriebe in Belegschaftshand  
Ideengeschichte und Erklärungen der fehlenden Umsetzung produktivgenossenschaftlicher  
Unternehmen in Deutschland

85

### **Ralf Hoffrogge**

Vom Sozialismus zur Wirtschaftsdemokratie?

Ein kurzer Abriss über Ideen ökonomischer Demokratie in der deutschen Arbeiterbewegung

93

### **Marcel Bois, Bernd Hüttner**

Standard- und Überblickswerke zur Geschichte »der Linken«

102

AutorInnen

104

## Zur Einführung

Geschichte entsteht in und durch ihre Vermittlung. So lautet etwas verkürzt die (postmoderne) These, Geschichtswissenschaft sei nicht die Darstellung historischer Ereignisse, sondern die Zusammenfassung des zeitgenössischen Redens über die Vergangenheit. »Geschichte« sei sozusagen eine Erfindung, sie besitze keine Wahrheit, die erst entdeckt werden muss, die einfach angewendet werden könne, sondern sei vor allem Diskurs. Nach dieser Logik gibt es keinen unverbrüchlichen Kanon, keine Geschichte »der« Linken. In der Tat: Was zur Tradition, was zum Kanon gehört, ist und war in der Linken immer ein heiß diskutiertes Thema und verweist auf den unauf lösbaren Zusammenhang von Vergangenheit und politisch aufgeladener Gegenwart.

Historische und geschichtspolitische Themen belegen bei Umfragen unter den TeilnehmerInnen von Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) nach ihren bevorzugten Themen immer die ersten Ränge. Dementsprechend umfangreich ist das Bildungsangebot der RLS in diesem Bereich. Nicht zuletzt bestimmen geschichtspolitische Themen auch die Tagespolitik, erinnert sei nur an die sogenannte Kommunismusdebatte oder die jüngsten Diskussion anlässlich des 50. Jahrestags des Baus der Berliner Mauer.

Mit dieser Broschüre legen wir nun nicht Beiträge zu einer allgemeinen geschichtspolitischen Debatte vor, sondern richten unser Interesse auf die Linke und ihre Wurzeln, die Geschichte ihrer Ideen und Praxen.

Geschichte hat für viele in hohem Maße eine identitätsstiftende Funktion im Sinne des Bewahrens von Traditionslinien. Aus unserer Sicht ist es immer noch wünschenswert, diese zusehends zu einer identitätsüberprüfenden Funktion weiter zu entwickeln. Das Verhältnis von legitimer Bewahrung von Traditionslinien bei gleichzeitig kritischem, analytisch orientiertem Umgang mit ihnen ist eine andauernde Herausforderung.

Über 18 Monate sind seit dem Erscheinen der ersten beiden Bände der »Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken« vergangen. Im Sommer 2010 veröffentlichen wir im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Gesprächskreis Geschichte der RLS zwei Broschüren, die sich den sozialen Bewegungen und linken Strömungen vor (Bd. 1) und nach (Bd. 2) dem Jahr 1968 widmen.<sup>1</sup> Sie stießen auf eine erfreulich große Resonanz, sowohl was den Absatz an gedruckten Exemplaren als auch die Anzahl der Downloads im Internet anging.

In den letzten Monaten sind zudem aus dem Zusammenhang der RLS einige Publikationen erschienen, die eine ähnliche Absicht wie wir verfolgen<sup>2</sup>: Das Erbe der Linken anzunehmen, es zu erweitern und für heutige Politik fruchtbar zu machen. Die RLS fördert durch Druckkostenzuschüsse auch externe Publikationen.<sup>3</sup> Weitere Arbeiten erscheinen in den nächsten Monaten.<sup>4</sup> Nicht zuletzt weisen wir gerne darauf hin, dass Mitglieder des Gesprächskreises Geschichte zuletzt mehrere Bücher verfasst haben, die sich ausdrücklich als (historische) Einführungen in ihren Gegenstand verstehen.<sup>5</sup>

1 Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken, Heft 1, Theorien und Bewegungen vor 1968 ([www.rosalux.de/shorturl/band1vor68](http://www.rosalux.de/shorturl/band1vor68)); Heft 2, Theorien und Bewegungen nach 1968 ([www.rosalux.de/shorturl/band2nach68](http://www.rosalux.de/shorturl/band2nach68)); Reihe rls-papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2010.

2 Christoph Jünke (Hrsg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus? Hamburg 2010; Klaus Kinner (Hrsg.) Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke (Texte 71 der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Berlin 2011 (online unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>). Hinzuweisen ist auch auf die vier in der Reihe »Pankower Vorträge« erschienenen Hefte »Zäsur 1968. Langzeitwirkungen einer Weltrevolution« (Nr. 149-152, Verein Helle Panke, Berlin 2010).

3 Wie zum Beispiel das vielbeachtete Buch von Jan-Ole Arps: Fröhschicht. Geschichte der linken Fabrikintervention nach 1968, Berlin/Hamburg 2011. Ferner Steffen Kachel: Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1918 – 1949, Köln-Weimar 2011.

4 Zu nennen sind: Markus Mohr, Hartmut Rübner: »Prinzip Solidarität« – Die Rote Hilfe in den 70er Jahren (Basisdruck Berlin); dann der Tagungsband zur Bremer Konferenz »Europäische Protestbewegungen der 80er Jahre« (Dietz Verlag Berlin) und die Dissertation von Michael März: »Linker Protest im deutschen Herbst« (transcript Verlag Bielefeld).

5 Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland, Band 1: Von den Anfängen bis 1914, Stuttgart 2011; Gisela Notz: Feminismus, Köln 2011; Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens, Stuttgart 2011.

Diese Broschüre sieht sich als Ergänzung und Fortsetzung der bisherigen Publikationen der RLS zur Geschichte der Linken und will zwischen akademischem Wissen und Bewegungspraktiken übersetzen und vermitteln. Sie ist ausdrücklich als Einführung gedacht und soll zur weiteren Befassung mit den in ihr dargestellten Themen motivieren. Auch wenn wir uns bemüht haben, die linke Tradition in ihrer Vielfältigkeit abzubilden, ist uns bewusst, dass selbst drei Broschüren nicht alle Aspekte dieses weitläufigen Feldes abdecken können. Wichtig ist uns, dem starken Gewicht, das kollektive und soziale Rechte im Denken und Handeln der Linken haben, gleichrangig individuelle und Freiheitsrechte zur Seite zu stellen. Dementsprechend haben wir auch in diesem Band sehr unterschiedlicher Aspekte linker Praxen zusammengetragen. So reicht das Feld von der Behindertenbewegung bis zu Parteien wie der DKP oder den Demokratischen Sozialisten. Hinzu kommen einzelne ideengeschichtliche Artikel, etwa zur Geschichte der Wirtschaftsdemokratie. Anders als in den ersten beiden Bänden haben wir uns diesmal nicht auf einzelne Zeitabschnitte beschränkt. So findet sich hier ebenso ein Beitrag über das in den frühen 1930er Jahren veröffentlichte »rote Gewerkschaftsbuch« wie über die zeitgenössische »Recht auf Stadt«-Bewegung.

Wir wünschen viel Spaß und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre.

*Bremen/Hamburg, im September 2011*

## Sozialer Protest in der Geschichte – ein Überblick<sup>1</sup>

### Einführung

Ohne Aufstände, soziale Bewegungen und alltägliche Formen des kollektiven Widerstandes würde Europa heute sicherlich ganz anders aussehen. Gildenkämpfe, Bauernkriege und Revolutionen haben in hohem Maße unsere Gegenwart mitgestaltet. Trotzdem haben HistorikerInnen sich lange Zeit wenig oder überhaupt nicht für Proteste der Unterschichten interessiert. »Krawalle« wurden eher als hoch emotionalisierte Eruptionen irreführender Massen angesehen, die sich der Forschung verschließen. Erst im Laufe des 20. Jahrhunderts, und insbesondere seit den 1960er Jahren, hat sich daran etwas geändert. Da HistorikerInnen oft selbst an Protesten und Sozialbewegungen teilnahmen, konnten sie konkret sehen, wie Widerstandsformen sich entwickeln und unter welchen Bedingungen sie Erfolgchancen haben. So entstand eine neue Perspektive, die international durch die Begriffe Gelegenheitsstruktur, Ressourcen und *framing* umschrieben wird. Die Gelegenheitsstruktur beschreibt den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmen, innerhalb dessen der Protest artikuliert wird (Umfang der staatlichen Repression, Unabhängigkeit der Massenmedien usw.). Der Begriff der Ressourcen deutet darauf hin, dass die Protestierenden Mittel zur Mobilisierung brauchen, wie zum Beispiel soziale Beziehungen, Kommunikationsmittel, Orte, wo man einander treffen kann, eloquente SprecherInnen und Geld. *Framing* weist darauf hin, dass die Protestierenden ihren Widerstand durch bestimmte Bedeutungs- und Glaubenssysteme artikulieren und rechtfertigen, die sie oft selbst wieder modifizieren. Zusammengenommen verdeutlichen diese drei Begriffe, dass Proteste sich immer in bestimmten äußeren politischen Kontexten entwickeln, eine mehr oder weniger explizite Legitimationsideologie brauchen sowie materielle und persönliche Mittel, um ihr Anliegen wirksam zu artikulieren. Es spricht für sich, dass alle Elemente sich andauernd ändern. Repression, Massenmedien, Glaubenssysteme und erforderliche Ressourcen variieren von Region zu Region und von Zeitraum zu Zeitraum.

In der europäischen Geschichte waren es vor allem drei Prozesse, die langfristige Veränderungen im Protestverhalten bewirkt haben: das Wachstum der Staaten, des Kapitalismus und der Städte.

Der Prozess der Staatenbildung kam während des Mittelalters langsam in Gang, beschleunigte sich dann ab der Mitte des Jahrtausends und war ungefähr um 1900 abgeschlossen – obwohl auch seitdem immer wieder Verschiebungen aufgetreten sind. Bis ins 18. Jahrhundert hinein waren die europäischen Staaten entweder sehr klein (Hafenstädte mit ihrem Hinterland), oder sie waren aus relativ selbstständigen regionalen Segmenten zusammengesetzt. Bis ins 18. und 19. Jahrhundert waren die Könige und Kaiser für ihre Steuererhebungen, für Soldatenrekrutierung u. a. m. auf die Unterstützung untergeordneter Lokalvertreter angewiesen. Die größeren Staaten waren deshalb nur sehr schwach vereinheitlicht, was in einer großen sprachlichen, kulturellen und juristischen Heterogenität sichtbar wurde. Diese Staaten expandierten jedoch allmählich. Um 1500 zählte Europa ungefähr 500 unabhängige politische Einheiten, mit einem durchschnittlichen Umfang von 6 115 km<sup>2</sup> und einer durchschnittlichen Bevölkerung von 124 000 Menschen. 400 Jahre später waren nur noch 30 Staaten übrig, mit einem durchschnittlichen Umfang von 101 389 km<sup>2</sup> und einer durchschnittlichen Bevölkerung von 7,7 Millionen Menschen. Dieses Wachstum wurde von einem inneren Strukturwandel begleitet. Allmählich gelang es den Monarchen, die Lokalfürsten ihrer Macht zu berauben und einheitliche Steuer- und Gesetzssysteme, staatliche Gewaltmonopole und dergleichen mehr durchzusetzen.

Gleichzeitig trat noch eine andere wichtige Entwicklung auf. Zu Anfang unseres Zeitraumes war die europäische Wirtschaft vorwiegend agrarisch (mit handwerklichen Zusätzen), auf Subsistenz und eventuell lokale Märkte ausgerichtet, obwohl es auch immer untergeordnete Formen des Fernhandels gegeben hat. Vom 14. Jahrhundert an nahm der Einfluss der Warenproduktion, des Handwerks und des Handels signifikant zu, eine Entwicklung, die durch die Entdeckung Amerikas und die Umschiffung Afrikas weiter beschleunigt wurde. Verlagssysteme

<sup>1</sup> Dies ist die um mehrere Abschnitte gekürzte Fassung eines erstmals unter dem Titel »Sozialer Protest« publizierten Aufsatzes von Marcel van der Linden. Dieser erschien in Markus Cerman et al. (Hrsg.). *Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000 bis 2000*, Wien 2011. Wir danken für die Erlaubnis zum Nachdruck.



durchdrangen große Teile der ländlichen Gebiete; aus diesen Strukturen entstand schließlich die Industrielle Revolution des späten 18. Jahrhunderts mit ihren Fabriken und ArbeiterInnenmassen.

Die Kombination von Staatenbildung und aufkommendem Kapitalismus führte zu einer dritten wesentlichen Tendenz: der wachsenden Zahl und dem wachsenden Umfang der Städte. Im Jahre 1000 wohnten 9,7 Prozent der europäischen Bevölkerung in Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern, im Jahre 1500 waren es 10,7 Prozent, um 1850 waren es 18,9 Prozent und 1980 66,5 Prozent.

Diese drei Tendenzen haben in erheblichem Maße die Entwicklung von Formen und Inhalten des sozialen Protestes bestimmt. Am Anfang unseres Zeitraumes waren die Beschwerden der Protestierenden zumeist lokaler Natur; ihre Forderungen zielten auf örtliche Machthaber, Händler usw. oder darauf, dass örtlich einflussreiche Personen Druck auf die Zentralgewalt ausübten. Soziale Bewegungen mit institutionalisierten Organisationen gab es damals noch nicht. Insbesondere seit der industriellen Revolution und der Konsolidierung der Nationalstaaten zwischen 1750 und 1850 wurden die Beschwerden der Protestierenden jedoch viel öfter überregionaler oder sogar nationaler Natur, und die zentralen Machthaber wurden regelmäßiger direkt angesprochen. Es entstanden soziale Bewegungen im heutigen Sinne. Das Repertoire der Protestierenden änderte sich ebenfalls. »Vor-moderne« Proteste waren oft persönlicher Natur. Sie griffen die Ehre des Gegners durch Katzenmusik (Charivari, Rough Music), Scheingerichte oder ehrenrührige Verspottungen an oder sie bestrafte ihn mit Brandstiftung, Meuchelmord, Diebstahl. »Moderne« Proteste wenden sich eher gegen bestimmte Gesetze und Maßnahmen oder gegen Personen als deren Verkörperungen. Sie klagen Ungerechtigkeit an durch Demonstrationen, Blockaden, Streiks, Kundgebungen.

Im Folgenden werde ich mich auf Formen des öffentlichen, für jede(n) sichtbaren Protestes konzentrieren. Wir sollten dabei aber im Auge behalten, dass der offene Protest nur eine Form des kollektiven Widerstandes ist, und sogar eine relativ seltene. Die viel häufiger vorkommenden Formen des »ausweichenden« Widerstandes (wobei nicht offen und direkt kollektiv die Konfrontation mit dem Gegner gesucht wird) sind außerordentlich vielfältig und umfassen passive Verletzungen von Regeln (»Drückeberger«-Verhalten, »Dienst nach Vorschrift« usw.) oder auch anonyme Taten wie Brandstiftung oder Meuchelmord.

Ich möchte zwei Perioden unterscheiden. Die erste Periode umfasst das Mittelalter und die Zeit des Übergangs zu einer voll entwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Diese Periode war im Westen Europas (insbesondere in England und den Niederlanden) weit kürzer als im Osten Europas. Die zweite Periode erstreckt sich dann auf die Jahre des »befestigten Kapitalismus« (das heißt der Gesellschaftsform, die durch verallgemeinerte Warenproduktion charakterisiert ist, wo Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Arbeitsergebnisse vorwiegend durch Marktmechanismen zirkulieren) und umfasst außerdem die »realsozialistischen« Diktaturen in der Sowjetunion und Osteuropa.

## **Proteste in der vor- und frühkapitalistischen Gesellschaft**

### *Bauernproteste*

Die Landwirtschaft war bis ins 18. Jahrhundert hinein der wichtigste Wirtschaftszweig Europas, obwohl allmählich der Handel und später auch die Industrie an Bedeutung gewannen. Die Bauern produzierten nicht nur die Nahrungsmittel, sie zahlten oft auch Steuern in Form von Naturalien (Arbeit, Arbeitsprodukte); erst allmählich nahmen Geldabgaben zu. Unter dem Einfluss von Kriegen, Epidemien (Pest), Ansätzen zum Aufbau zentralisierter staatlicher Strukturen und aufkommendem Profitdenken wurden immer wieder Gewohnheiten, Rechte und Errungenschaften bäuerlicher Gruppen angetastet, so z. B. durch Privatisierung von Gemeindeland und durch zunehmenden Steuerdruck. Oft nahmen Bauern solche Verschlechterungen lange hin, bis ein manchmal ziemlich unbedeutender Anlass sie zu offenem Widerstand bewog. Für bäuerliche Haushalte spielte die »sittliche Ökonomie« (moral economy) eine zentrale Rolle, das heißt die Auffassung, dass es bestimmte Normen sozialer Gerechtigkeit und sozialen Anstands gibt, denen alle, auch die Herrschenden, unterworfen sind. Verletzen die Mächtigen diese Normen, so ist massiver Protest gerechtfertigt.

Obwohl es bereits im Hochmittelalter Bauernrevolten gegeben hatte, wie zum Beispiel den schlecht dokumentierten Bauernkrieg in der Normandie 996 unter Herzog Richard II., gewannen diese erst seit dem 13. Jahrhundert in vielen Regionen Europas an Bedeutung. Eine sehr wichtige Voraussetzung solcher Proteste war die Existenz relativ autonomer Strukturen, wie die überlokalen Entwässerungssysteme (wateringen) in West-Flandern, die

regionalen Volksversammlungen (ting) in Schweden oder die Dorfgemeinden in Mitteleuropa. Bäuerliche Aufstände hatten, soweit wir wissen, ihren Ausgangspunkt immer in solchen sozialen Netzen, die selber auch wieder Ergebnisse historischer Entwicklungen waren. Dorfgemeinden z. B. gewannen erst beim Entstehen der Abgabewirtschaft an Bedeutung. In einigen Teilen Europas (u. a. Mitteleuropa) ging diese Abgabewirtschaft aus der Fronwirtschaft hervor, in anderen Teilen Europas (z. B. Schweden) hatte es vorher keine Leibeigenschaft und kaum Fronarbeit gegeben. Während dieses Überganges entstanden Gruppensiedlungen selbstständiger Bauernhöfe, die alle für sich über eigene Höfe und Gärten verfügten und gemeinsam eine Allmende (Weide und Wald) bewirtschafteten. Solche Dörfer entwickelten Formen der patriarchalischen Selbstverwaltung, in denen die Versammlung der männlichen Hofbesitzer das Zentrum der Macht bildete. Bedrohten Grundherren oder Schlossvögte in irgendeiner Form diese Dorfgemeinschaften, dann verfügten diese über eine gemeinsame Grundlage für den Widerstand.

Im Laufe der Zeit erreichten die Bauernproteste immer größere Dimensionen. Waren zu Anfang die Proteste meistens örtlicher Natur, so umfassten sie im Spätmittelalter immer öfter ganze Regionen mit vielen Dörfern. Der erweiterte Horizont des Protestes war höchstwahrscheinlich eine Reaktion auf Prozesse der Staatenbildung, die zu flächendeckenden Maßnahmen (Steuereinzahlungen u. ä.) geführt hatten. Im Allgemeinen entstanden die elementarsten Proteste mit den einfachsten Forderungen auf lokaler Ebene, überlokale und überregionale Proteste stellten grundsätzlichere und allgemeinere Forderungen. Dies ist jedoch kein vollständiger Gegensatz, denn auch übergreifende Proteste konnten neben der generellen Unzufriedenheit sehr lokalspezifische Beschwerden zum Ausdruck bringen. Immer ging es den Bauern darum, alte Rechte zu behalten und ihr Überleben zu sichern.

Eine frühe große Bauernrevolte ereignete sich in Flandern und richtete sich gegen willkürlich eingeschätzte Steuern. Sie begann mit verstreuten Unruhen im Oktober/November 1323, eskalierte dann schnell und wurde zu einer großen Rebellion, die das ganze Gebiet fünf Jahre lang in ihren Bann zog. Die Bauern wählten ihre eigenen Führer und vertrieben die Beamten und aristokratischen Verbündeten des Grafen von Flandern. Sie beschlagnahmten das Eigentum der Exilierten und verteilten es. Sie organisierten eigene Streitkräfte und hatten Mitte 1325 die Vertreter des Grafen in zehn der 14 Bezirke durch eigene Funktionäre ersetzt, die Steuern einsammelten, Gericht hielten und Gelder auszahlten. Obwohl die Bewegung auf dem Lande angefangen hatte, sympathisierten viele Stadtbewohner mit ihr. Diese rebellierten ebenfalls und ergriffen ab 1325 in verschiedenen Städten die Macht. Erst im August 1328 kam es zum Gegenschlag, als der französische König mit Unterstützung des Papstes eine Armee nach Flandern schickte und nach einer siegreichen Schlacht, in der mehr als 3 000 flämische Bauern fielen, massive »Säuberungen« durchführte.

Weitaus bekannter ist die nordfranzösische Bauernrevolte im Mai 1358, die unter dem Namen *Jacquerie* bekannt wurde (Jacques Bonhomme war damals eine abfällige Bezeichnung für einen Bauern.). Nachdem während des Hundertjährigen Krieges (1337–1453) die Engländer den französischen König Johann II. gefangen genommen hatten (1356) und zwei Anwärter auf die französische Krone miteinander in Konkurrenz getreten waren, und die Bauern außerdem von Krieg, Pest und Plünderungen durch Söldner in Mitleidenschaft gezogen wurden, kam es im Oise-Tal nördlich von Paris zum Aufstand. Unter der Führung von Guillaume Cale ermordeten und vertrieben die Rebellen adelige Familien und setzten mehr als 150 Schlösser und Burgen in Brand. Eine schnell formierte Armee unter der Leitung von Karl dem Bösen von Navarra schlug die Bauerntruppen am 10. Juni 1358 in der Schlacht von Mello. Guillaume Cale und ca. 20 000 Aufständische wurden getötet. Damit waren die französischen Bauern jedoch nicht völlig befriedet. Kurze Zeit später (von ungefähr 1360 bis 1400) entfaltete sich in Zentral-Frankreich eine neue Bauernrevolte, die sogenannte Tuchin-Bewegung (das Tuchinat), die durch soziales Banditenwesen charakterisiert war.

Auch in England war der Hundertjährige Krieg Anlass für Bauernrevolten. Als militärische Erfolge in den 1370er Jahren ausblieben und im Namen des noch minderjährigen Königs Richard II. neue Steuern auferlegt wurden, war 1381 ein Bauernaufstand die Folge. Der Unmut richtete sich insbesondere gegen Jan van Gent, den einflussreichsten Berater des Königs, und Robert Hales, das Haupt des Johanniterordens und damit Symbol des kirchlichen Reichtums. Unter der Führung des Handwerkers Wat (Walter) Tyler wurde eine aufständische Armee von ungefähr 50 000 Bauern aufgestellt, die zuerst Canterbury eroberte, dann nach London zog und im Tower Erzbischof Simon Sudbury tötete. Der damals 15-jährige König Richard erklärte sich bereit, mit Tyler zu sprechen. Bei diesem Gespräch war auch der Bürgermeister Londons zugegen, der sich über Tylers Unverfrorenheit erboste und ihn mit seinem Schwert erschlug. Der König überzeugte die Aufständischen daraufhin, dass er ihnen Freibriefe geben würde und schickte sie nach Hause. Er hielt sein Versprechen jedoch nicht und ließ die Rebellenführer töten.

Die französische Jacquerie und die englische Bauernrevolte dauerten jeweils nur einige Wochen. Zu einem Konflikt längerer Dauer nach flämischem Muster kam es dann wieder im 15. Jahrhundert aufgrund wachsenden Steuerdrucks in Schweden und bald in großen Teilen Skandinaviens. Es ist wahrscheinlich, dass Nachrichten über den Kampf der Hussiten dabei gewisse Impulse vermittelten. Der Krieg begann am Mittsommerstag des Jahres 1434 in der Mitte des Landes, als aufgebrachte Landleute die Festung bei Borganäs und einige Tage danach Bergleute die Festung Laglösaköping in Brand setzten. Bald bekamen die Aufständischen Unterstützung von Bauern aus anderen Gegenden. Ein rebellierendes Heer mit dem Schildknappen Engelbrekt Engelbrektsson an der Spitze zog nach Uppsala. Dort forderte er eine Reduktion der Abgaben, was die anwesenden Adligen akzeptieren mussten. Ermutigt durch diesen Erfolg, breitete sich die Bewegung weiter aus. Auch im Norden und in Finnland brannten bald Burgen und Schlösser, während Engelbrektsson und seine Zehntausenden Anhänger Stockholm, das wichtigste Handelszentrum des Landes, belagerten. Ein Wendepunkt trat ein, als die Rebellen im Herbst 1434 das höchste adelige Organ, den Reichsrat, im Städtchen Vadstena überfielen und die dort versammelten Herren zwangen, dem dänischen König Treue und Gehorsam aufzukündigen. Von nun an hatten die Bauern hochadelige »Alliierte«, deren Interessen sich von den bäuerlichen sehr unterschieden. Im aufständischen Lager wuchsen dadurch die Gegensätze. Engelbrektssons Bauern bekamen weitere Bundesgenossen – auch norwegische Bauern erhoben sich ab 1436, arme schwedische Stadtbewohner schlossen sich ebenfalls an. Im Mai 1436 wurde Engelbrektsson von einem Hochadeligen erschlagen. Der Bauernkrieg war damit jedoch noch nicht beendet. Erik Puke trat an Engelbrektssons Stelle, wurde aber 1437 gefangengenommen und hingerichtet. Der Bauernkrieg endete so in einer Niederlage, hatte jedoch trotzdem einigen Erfolg, denn u. a. wurde der Steuerdruck reduziert.

Der vielleicht umfangreichste mittelalterliche Agrarprotest überhaupt ereignete sich in Katalonien im späten 15. Jahrhundert. Als infolge einer Pest-Epidemie die Großgrundbesitzer die Freiheiten ihrer hörigen Bauern stark beschränkten und ihnen neue Steuern (z. B. für das Recht zu heiraten) auferlegten, führte dies zu großer Unzufriedenheit der armen Landbevölkerung. Diese war außergewöhnlich gut organisiert und schickte eigene Delegationen nach Neapel, um dem dort residierenden König ihr Leid zu klagen. Da diese Bitten wenig Erfolg zeigten, kam es ab 1462 zum Aufstand. Diese erste Kampfwellen dauerte ungefähr zehn Jahre, brachte jedoch keine bedeutenden Erfolge. Ein zweiter Aufstand ab 1484 führte dann aber zum Sieg: Im Jahr 1486 schaffte der König die Hörigkeit ab. Die sich daraus ergebende ökonomische Dynamik hat in den Jahrhunderten danach das Wachstum der katalanischen Wirtschaft stark gefördert.

Auch im Heiligen Römischen Reich radikalisierten sich bäuerliche Gemeinschaften vom 14. Jahrhundert bis zur Reformationszeit. Unterteilt man die Unruhen nach »Generationen« von 25 Jahren, so ergibt sich nach den Berechnungen Peter Blickles (1988: 13), »daß im 14. Jahrhundert auf eine Generation lediglich ein Aufstand fällt, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts sind es bereits sechs bzw. acht und im Zeitraum von 1500–1525 schließlich 18«. Gleichzeitig gingen auch die Forderungen der Aufständischen immer weiter. Wurden zu Anfang nur einzelne Privilegien oder Maßnahmen der Herrschenden infrage gestellt, so kam es am Beginn des 16. Jahrhunderts zu grundsätzlicher Kritik an den Herrschaftsstrukturen an sich, wobei jedoch meistens das Staatsoberhaupt (der Kaiser) von der Kritik ausgenommen blieb.

Nachdem es bereits in den Jahren 1493 bis 1517 in verschiedenen Teilen Südwestdeutschlands zu vergeblichen örtlichen bäuerlichen Verschwörungen gekommen war (die Bundschuh-Bewegung), entfaltete sich 1525/26 ein Bauernkrieg, der sich über Süddeutschland, Österreich und die Schweiz erstreckte und den Höhepunkt des mitteleuropäischen Bauernprotestes bildete. Auch hier gaben Steuererhöhungen den Anlass. Im Februar und März 1525 bildeten sich drei mit Dreschflügeln und Sensen bewaffnete Armeen von insgesamt ungefähr 30 000 schwäbischen Bauern: der Allgäuer Haufen bei Leubas, der Baltringer Haufen in der Umgebung von Biberach und der Seehaufen in der Nähe von Lindau. Vertreter der drei Gruppen trafen sich in der freien Reichsstadt Memmingen und verabschiedeten nach intensiven Verhandlungen am 20. März 1525 die sogenannten Zwölf Artikel mit zentralen Forderungen wie Abschaffung der Leibeigenschaft und bestimmter Steuern, Rückgabe der Allmenden an die Bauern, Frondienste nur noch gegen Entgelt und freie Pfarrerwahl durch die Gemeinde. Dem Beispiel der Schweizer folgend wurde eine Oberschwäbische Eidgenossenschaft gegründet, die Solidarität sicherstellen sollte. Die »Zwölf Artikel« und die Bundesordnung der Eidgenossenschaft sind Dokumente von großer historischer Bedeutung: Sie signalisierten nicht nur eine beginnende Verschriftlichung des bäuerlichen Widerstandes, sondern sie ermöglichten damit auch eine Vereinheitlichung des Widerstandes und systematische Propaganda, in der auch solidarische Prediger wie Thomas Müntzer eine wichtige Rolle spielten. Beide Dokumente wurden in hoher Auflage gedruckt und verbreitet. Im Gegenzug organisierte der Adel, finanziell unterstützt von den Augsburger Fuggern, eine eigene Armee. Nach vielen und verlustreichen Schlachten zeichnete sich ab Juni 1525 ein

Sieg des Adels ab. Im September war die alte Ordnung völlig wiederhergestellt. Etwa 100 000 Bauern waren gefallen. Umfangreiche Repressionen folgten.

Im Osten Europas gab es ähnliche Entwicklungen zwar später, aber sicherlich nicht weniger radikal. Im 17. und 18. Jahrhundert fanden in Russland vier bürgerkriegsähnliche Bauernaufstände statt, angeführt von Ivan Bolotnikov (1606/07), Stepan Razin (1670/71), Kondratii Bulavin (1707/08) und Jemeljan Pugatschow (1773/74). Nicht nur Bauern oder Leibeigene beteiligten sich an diesen Kämpfen, sondern auch Kosaken, Stadtbewohner und sogar einige Pomeščiki (eine Art von Vasallen). Der Aufstand Pugtschows war Teil einer großen Reihe von Bauernprotesten seit 1762 und wohl der umfangreichste dieser Revolten. Der Kosake Pugatschow, ein Veteran des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) und des sechsten Russisch-Türkischen Krieges (1768–1774), rekrutierte eine sehr umfangreiche Bauernarmee und wurde dabei auch von vielen Priestern unterstützt. Er nannte sich Peter III. und behauptete, dass nicht Zarin Katharina die Große die legitime Herrscherin Russlands sei, sondern er selbst. Im Jahre 1773 eroberten Pugatschows Truppen die Städte Samara und Kasan; sie konnten ein umfangreiches Gebiet zwischen der Wolga und dem Ural für kurze Zeit unter Kontrolle bringen. Ende 1774 wurde die Rebellion von zaristischen Truppen niedergeschlagen; Pugatschow wurde 1775 in Moskau hingerichtet.

In Rumänien kam es sogar noch Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer *Jacquerie*. Der Protest der Bauern richtete sich in diesem Fall gegen die (oft jüdischen) Zwischenpächter oder *Arendatoren*, die anstelle der Gutsbesitzer der Agrarbevölkerung Pachtzins (arenda) abpressten. Der im März 1907 begonnene Aufstand verbreitete sich mit großer Geschwindigkeit über fast ganz Moldawien und zum Teil auch die Walachei. Unter dem Wahlspruch »Wir wollen Land« wurden dabei viele Arendatoren getötet oder verwundet und Eigentum der Landbesitzer zerstört. Der Staat erklärte den Ausnahmezustand, mobilisierte 140 000 Soldaten und unterdrückte die Rebellion mit großer Gewalt.

### *Zunftkämpfe*

Zünfte – dauerhafte örtliche Organisationen bestimmter Berufsgruppen, die von der lokalen, regionalen oder zentralen Staatsgewalt anerkannt waren und deren wichtigster Zweck darin bestand, Konkurrenz auszuschalten – hat es vor allem, aber sicherlich nicht ausschließlich, in west- und zentraleuropäischen Städten gegeben. Je wichtiger die Städte wurden, desto größer war auch die Bedeutung ihrer Zünfte. Seit dem 12. Jahrhundert versuchten Stadtbewohner sich von der Vormundschaft feudaler und kirchlicher Herrscher zu befreien. Diese Tendenz wurde zuerst in den wirtschaftlich höchstentwickelten Regionen Europas, Flandern und Norditalien, sichtbar. Aber bereits ziemlich schnell folgten Frankreich, die Schweiz und Mitteleuropa. In diesen Freiheitskämpfen spielten Zünfte eine zentrale Rolle, obwohl es sich oft um wirkliche Volkskämpfe handelte, an denen alle städtischen Schichten beteiligt waren. Das Ergebnis war jedoch niemals wirkliche Demokratie, sondern immer eine Oligarchie einer kleinen Gruppe einflussreicher Familien. In Flandern eroberten zumeist Tuchmacher die Macht, in Florenz war es das *popolo grasso* (»das fette Volk«) der Reichen, oft unterstützt von den weniger angesehenen Zünften, aber unter Ausschluss der unorganisierten Unterschichten.

Anti-oligarchische Bestrebungen wurden von verschiedenen Teilen der Stadtbevölkerung zum Ausdruck gebracht: von den traditionellen handwerklichen Zünften, aber auch von den Arbeitern, die von den frühen kapitalistischen Unternehmern abhängig waren. In Valenciennes setzten Weber und Tuchwalker 1225 den Stadtrat ab, beschlagnahmten den Besitz der Reichen und riefen eine Kommune aus. Revolten gegen städtische Eliten brachen aus in Liège/Luik 1253, Dinant 1255, Huy 1299. Eine Verschwörung der Weber und Tuchwalker in Gent 1274 hatte scharfe Repressionen zur Folge und zwang viele Aufständische zum Umzug ins nahe gelegene Brabant. Im Jahr 1280 gab es Rebellionen in fast allen flämischen Städten: Das eine Mal richtete sich der Protest gegen bestimmte Steuermaßnahmen, ein anderes Mal gegen die undemokratische Stadtverwaltung. Da der Graf von Flandern in mehreren Fällen die Aufständischen unterstützte, riefen die Stadt-Eliten den französischen König zu Hilfe, der im Jahr 1300 in Flandern einfiel. Die Unterschichten Brügges unter der Leitung ihres »König Peter«, eines Webers, bildeten die Vorhut im Widerstand gegen die französischen Invasoren. Im Juli 1302 kam es bei Courtrai/Kortrijk zu einer Schlacht zwischen der französischen Ritterarmee und den Aufständischen, in der die Hälfte der ungefähr 2 000 Adeligen ums Leben kam. Die siegreichen Flamen erbeuteten Hunderte goldene Sporen, weshalb das Treffen als »Goldene Sporenschlacht« bekannt geworden (und heutzutage ein belgischer Feiertag) ist.

Nach den jüngsten Schätzungen gab es zwischen 1300 und 1550 im Deutschen Reich 210 Zunftkämpfe (oft fälschlicherweise Zunftrevolutionen genannt) in 105 Städten. Die Ergebnisse solcher Aufstände waren sehr ver-

schieden. In einigen Fällen gelang es den Handwerkern nicht, ihren Einfluss zu festigen und die Stadtverwaltung blieb in den Händen der alten Elite. Dies war insbesondere in vielen hanseatischen Städten im Norden der Fall, so zum Beispiel in Braunschweig 1374–1386 und Lübeck 1380–1384.

In Straßburg, Basel und einigen anderen Städten im Südwesten Deutschlands konnten die Zünfte einige Sitze in den Stadträten erobern. Nehmen wir zum Beispiel Straßburg. Im 13. und frühen 14. Jahrhundert wurde die Stadt von einem Rat regiert. Jedes Ratsmitglied ernannte selbst seinen Nachfolger, der üblicherweise aus derselben Familie kam. Die große Masse der Bürgerschaft hatte keinen politischen Einfluss. Dies führte zu wachsender Unzufriedenheit. Als im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts Gewerbe und Handel in der Stadt aufblühten, wurde für Handwerker und Kaufleute die politische Ohnmacht immer unbefriedigender. Bereits 1308 wurden 16 rebellische Bürger bei Kämpfen getötet. Im Jahre 1332 gab es einen großen Aufstand, als unter den herrschenden Familien im Stadtrat ein Konflikt entstand, der in gewissem Sinne eine »Bresche« für die unzufriedenen Stadtbewohner öffnete und ihnen einen schnellen Sieg ermöglichte. Es wurde nun ein Rat eingesetzt, der insgesamt 50 Sitze umfasste, von denen die Zünfte die eine Hälfte und die alte Elite die andere Hälfte in Anspruch nehmen konnte.

In wieder anderen Fällen wurden die Zünfte hegemonial und stellten alle Stadträte. In Köln zum Beispiel ergriffen die Zünfte, angeführt von den Goldschmieden und Webern, 1396 die Macht und schufen ein neues Grundgesetz (den sogenannten Verbundbrief), demzufolge die Stadt in Zukunft von Vertretern der Zünfte regiert werden würde. Ähnliches geschah in Ravensburg 1346 oder auch in Speyer 1349.

Die umfangreichste städtische Rebellion des frühmodernen Europa war die *comunero*-Revolte in Kastilien. Der Konflikt begann damit, dass eine Gruppe von kastilischen Städten sich ab 1520 gegen neue Steuermaßnahmen des Königs Karl I. (der kurze Zeit später Kaiser Karl V. des Heiligen Römischen Reichs wurde) widersetzte. Die oligarchischen Eliten dieser Städte bildeten eine Allianz (junta) und forderten nicht nur eine Steuerreduktion, sondern auch eine Reform des ganzen Steuersystems, die auf eine Verringerung der königlichen Macht hinauslief. Die Handwerker unterstützten die aufständischen Stadtregierungen und formulierten eigene Forderungen, die auf eine bedeutende Vergrößerung ihres politischen Einflusses auf städtischer Ebene abzielten. Königliche Armeen unterwarfen 1521 mit Gewalt die rebellischen Städte.

Anderthalb Jahrhunderte später entstand eine andere umfangreiche Rebellion im spanischen Reich, nämlich in Neapel, damals mit 300 000 Einwohnern eine der größten Städte Europas. Den Anlass bildete eine neue Steuer auf Früchte. Unter der Führung eines Fischhändlers namens Masaniello plünderten die Aufständischen 1647 die Paläste der Steuerbeamten und forderten die Abschaffung von allen Steuern auf Grundnahrungsmittel wie Getreide, Olivenöl, Wein und Käse. Der Protest radikalisierte sich und erreichte trotz der Ermordung Masaniellos weitere politische Dimensionen. Die Rebellen forderten nun, dass neue Steuern nur von einer Volksversammlung beschlossen werden sollten und verlangten freie Wahlen der Stadträte. Als spanische Truppen die Stadt belagerten, riefen die Rebellen eine Republik unter französischem Schutz aus. Im April 1648 wurde die Belagerung aufgehoben, nachdem die Städter unter dem Versprechen allgemeiner Amnestie und u. a. Abschaffung der Steuern auf Nahrungsmittel die Tore geöffnet hatten.

Seit dem späten 17. Jahrhundert kamen solche gewalttätigen Konflikte immer seltener vor. Die zunehmende Zentralisierung der Staatsmacht führte allmählich zu einer Verschiebung der Kampfarenen. Der Einfluss städteübergreifender Institutionen wie Gerichtshöfe und Parlamente wuchs, während gleichzeitig die Zünfte stärker von Zentralinstanzen kontrolliert wurden.

### **Arbeiter- und Gesellenkämpfe**

Insbesondere im Textilgewerbe, dem frühesten mehr oder weniger nach kapitalistischen Grundsätzen organisierten Wirtschaftszweig Europas, entstanden schon während des Hoch- und Spätmittelalters regelmäßig Arbeiterproteste. Bereits 1345 wurde in Florenz der Wollkämmer Ciuto Brandini mit seinen beiden Söhnen verhaftet und angeklagt. Man warf ihm vor, »zusammen mit anderen, die durch seine Worte verführt worden waren, mit einer möglichst großen Zahl von Gleichgesinnten eine Bruderschaft der Kratzer, Kämmer und anderen Wollarbeiter zu bilden und Leiter der neuen Organisation zu nominieren. Zu diesem Zweck hatte er bei mehreren Gelegenheiten und an mehreren Stellen eine sehr große Zahl von Männern schlechtesten Rufes versammelt und in diesen Versammlungen hatte er vorgeschlagen, dass jeder einen bestimmten Geldbetrag leisten sollte, damit sie stärkeren

Widerstand leisten konnten.« (Piper 1990: 21) Trotz massiver Streiks und Krawalle zur Unterstützung Ciutos wurde er von der öffentlichen Gewalt durch den Strang hingerichtet. Es sieht ganz danach aus, dass Ciuto versucht hat, eine Gewerkschaft zu gründen, mit Mitgliedsbeiträgen und gewählten Arbeitervertretern – soweit bekannt, der erste Versuch dieser Art überhaupt.

Die Republik Florenz blieb auch nach dieser Niederlage ein Zentrum des Arbeiterwiderstandes. In den 1370er Jahren, als eine Serie von Pestepidemien, Hungersnöten und Kriegen die Autorität der Stadtverwaltung unterminiert hatte, kam es zu einem Aufstand ungekannten Ausmaßes. Im Juni 1378 entfachten Mitglieder der Textilzünfte eine Revolution; sie steckten die Paläste der am meisten verhassten Großbürger in Brand und bildeten eine neue Regierung. Die *Ciompi*, die Wollkämmer und andere ungelernete Textilarbeiter, beteiligten sich daran, und ihr Sprecher, der Wollkämmer Michele di Lando, spielte eine wichtige Rolle in der revolutionären Verwaltung. Die unorganisierten Arbeiter gründeten drei neue Zünfte und radikalisierten sich schnell. Die Maßnahmen der neuen Regierung gingen ihnen nicht weit genug. Am 31. August erhoben sich die *Ciompi* gegen die Regierung, die sie selber mit in den Sattel gehoben hatten, aber die Ordnungsmacht, angeführt von der Fleischerzunft, schlug ihren Aufstand blutig nieder.

Bei fortschreitendem Wirtschaftswachstum nahm die durchschnittliche Zahl der Gesellen, die ein einzelner Meister hatte, zu. Da aber nach den Regeln der Zunft normalerweise immer nur ein Geselle Nachfolger des Meisters werden konnte, fand seit dem späten Mittelalter eine gewisse »Proletarisierung« der Gesellen statt. Sie wurden sich der Tatsache bewusst, dass sie es höchstwahrscheinlich nie zum Meister bringen und deshalb ihr Leben lang unselbstständige Lohnarbeiter bleiben würden. So bildeten sie eigene Gesellenvereine, die nicht nur religiösen und geselligen Zwecken dienten, sondern schon bald auch als Ausgangspunkt für Formen des sozialen Protestes fungierten. Gab es einen Interessenkonflikt mit einem, mehreren oder sogar allen Meistern einer Stadt, dann konnten die Gesellen den Meister boykottieren oder, im schlimmsten Falle, die Stadt ganz verlassen.

Ein gut dokumentiertes Beispiel einer frühen Gewerkschaft waren die *Griffarins* im südfranzösischen Lyon, eine Organisation von Buchdruckergesellen, die Anfang des 16. Jahrhunderts gegründet wurde. Die *Griffarins* kannten Mitgliedsgelder, geheime Initiationsriten und einen Eid, der sie zu völliger Solidarität verpflichtete. Wenn ein Meister die Regeln der Zunft verletzte, indem er zum Beispiel einen Lehrling Gesellenarbeit machen ließ, dann warnten die *Griffarins* ihn dreimal. blieb der Meister halsstarrig, dann sprach einer der Gesellen die Worte *tric, tric*, und alle Mitglieder mussten die Werkstatt verlassen, entweder für einen Tag oder bis der Konflikt gelöst war. Während eines derartigen Streiks durfte kein *Griffarin* eine Arbeit bei dem Meister akzeptieren. Lehrlinge, die sich weigerten mitzustreiken, wurden mit Gewalt gezwungen, sich den Streikenden anzuschließen. Zweimal organisierten die *Griffarins* Streiks, die die ganze Stadt umfassten (1539 und 1570).

In der niederländischen Textilstadt Leiden drohten die Tuchscherer 1643, die Stadt kollektiv zu verlassen, wenn ihre Löhne nicht erhöht würden. Die Stadtverwaltung schrieb augenblicklich einen Brief an andere Städte in der Umgebung mit der Bitte, eventuellen Leidener Tuchscherern keine Arbeit zu verschaffen, denn es handle sich hier um eine »Meuterei«. Die Gegenaktion der Stadt war effizient und der Streik endete in einer Niederlage.

In einigen Fällen kam es sogar zum Generalstreik, wie in Hamburg am 23. und 24. August 1791, als alle Handwerksleute gemeinsam die Arbeit niederlegten. Anlass war eine Verletzung des traditionellen Rechts auf autonome Gerichtsbarkeit der Schlossergesellen, was binnen weniger Tage zur solidarischen Aktion aller Gesellen führte. Die Streikenden führten große feierliche Umzüge durch, mit Musikanten, »bei denen die Gesellen in Zweierreihen« marschierten und »ihre Fahnen und andere Embleme in Formen repräsentativer Öffentlichkeit dem Publikum« vorführten. Am 25. August griff die Stadtverwaltung mit Gewalt ein; es gab mehrere Tote und der Streik musste abgebrochen werden.

## **Soziale Revolutionen**

In sozialen Revolutionen wird der alten Elite die politische Macht mit Gewalt entrissen und auf eine andere Gruppe übertragen, die eine Umwälzung der vorher bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken will. Eine soziale Revolution unterscheidet sich deshalb grundsätzlich von einem Staatsstreich oder *coup d'état*, indem ein Teil der Elite durch einen anderen Teil ersetzt wird, ohne dass dies grundsätzliche soziale und wirtschaftliche Veränderungen zur Folge hat. Soziale Revolutionen oder Versuche dazu hat es bereits im Mittelalter gegeben, wie die Beispiele der *Ciompi* oder der *Taboriten* zeigen. Jedoch spielten sich diese frühen Revolutionen

auf städtischer Ebene ab. Großflächige soziale Revolutionen, die zu Umwälzungen in zentralisierten Staaten führten, sind jüngeren Datums.

Der Aufstand der Niederlande gegen Spanien (1566–1609) wird von vielen HistorikerInnen als erste »moderne« Revolution in Europa betrachtet. In gewissem Sinne war sie jedoch eher eine Übergangsform, da es in den Niederlanden während des Aufstandes und danach noch keinen zentralisierten Staat gab, sondern nur zusammenarbeitende unabhängige Städte. Mehrere Motive waren im Widerstand gegen die Habsburger vereinigt: die Abneigung gegen die vom spanischen König Philipp II. geforderte strenge Interpretation des katholischen Glaubens, Widerstand gegen als ungerecht betrachtete Steuererhöhungen und Widerstand gegen die spanischen Versuche, die Staatsmacht zuungunsten der städtischen Autonomie zu zentralisieren. Die Revolution begann 1566, als in Flandern und anderen Teilen der südlichen Niederlande Handwerker und andere plebejische Gruppen unter dem Eindruck protestantischer Lehren in einem »Bildersturm« in den Kirchen Statuen, Gemälde usw. systematisch vernichteten. Nachdem die spanische Armee unter der Führung des Herzogs von Alba diese Rebellion unterdrückt hatte, folgte in den Jahren 1572–1581 eine zweite Welle aufständischer Aktionen. Nun gelang es den nördlichen Provinzen Holland und Seeland, sich unter der Führung einiger Adelige – von denen Prinz Wilhelm von Oranien der wichtigste war – von der spanischen Herrschaft zu befreien und eine unabhängige Föderation zu etablieren: die Vereinigten Provinzen, besser bekannt unter dem Namen der Niederländischen Republik. Im Gegenzug eroberten die Truppen Philipps II. die bis dahin bedeutendste Handelsstadt der Niederlande, Antwerpen, und konsolidierten ihre Herrschaft im südlichen Teil der Niederlande, einem Gebiet, das ungefähr mit dem späteren Belgien identisch war. Damit verschob sich der wirtschaftliche Schwerpunkt der Niederlande endgültig nach Norden, und Amsterdam konnte zu einem handelskapitalistischen Weltzentrum werden.

Die erste »moderne« europäische Revolution im strengen Sinne war die englische (1642–1649). Auch hier spielten religiöse, politische und ökonomische Einflüsse eine Rolle. König Karl I. fühlte sich vom ausschließlich aus Vertretern der Oberschichten zusammengesetzten Parlament in seinen Versuchen behindert, alte Steuern zu erhöhen und zusätzlich neue Steuern einzuführen. Gleichzeitig fühlte er sich, obwohl offiziell protestantisch, mit den katholischen Königshäusern Westeuropas verbunden, insbesondere denen in Frankreich und Spanien. Ein Teil des Adels und die Mehrzahl der Händler im Süden des Landes, in London und Umgebung, hatten eher Sympathie für die protestantischen Gegner der katholischen Königshäuser, da sie sich von deren Schwächung einen leichteren Zugang zu den Märkten Amerikas und Ostindiens erhofften. Als Karl I. im Januar 1642 versuchte, fünf prominente gegnerische Parlamentarier verhaften zu lassen, kam es zum »ersten Bürgerkrieg« der Revolution (1642–1645), in der der Landbesitzer Oliver Cromwell zur Leitfigur der Aufständischen wurde. Cromwell stampfte ein Heer neuen Typs aus dem Boden, die sogenannte New Model Army, die aus Freiwilligen der Mittelschichten zusammengesetzt war und sich viel disziplinierter verhielt als frühere Armeen aus Söldnern oder Zwangsdienstverpflichteten. Cromwells Truppen schlugen den König im Juni 1645. Als Cromwell unmittelbar danach versuchte, die Armee aufzulösen, fingen die Soldaten an, sich selbstständig zu organisieren. Die Regimenter wählten Sprecher (sogenannte agitators), die radikale Forderungen (z. B. nach Auflösung des als undemokratisch betrachteten Parlaments) verteidigten, und nahmen Verbindung zu radikalen Elementen außerhalb des militärischen Bereichs auf. Eine radikal-demokratische Gruppierung, die sogenannten Levellers (Gleichmacher), gewann zunehmend Einfluss in ihren Kreisen. Im Sommer 1648 entbrannte der »zweite Bürgerkrieg«, in dem Karl I. noch einmal versuchte, seine Macht zurückzugewinnen. Cromwell gelang es, die Rebellen in der New Model Army zu disziplinieren, indem er einen »Heeresrat« zuließ, in dem jeweils zur Hälfte Soldaten und Offiziere vertreten waren. Der König wurde daraufhin von dieser Armee geschlagen und im Januar 1649 in London enthauptet.

Als *die* klassische Revolution schlechthin wird normalerweise die Französische Revolution angesehen. Finanznöte hatten König Ludwig XVI. dazu veranlasst, im Mai 1789 die drei Generalstände (Klerus, Adel und den »Dritten Stand« des Bürgertums) einzuberufen, um Steuererhöhungen vorzubereiten. Da der Dritte Stand zusammen mit den nicht repräsentierten Bauern die meisten Steuern aufbrachte (Adel und Kirche waren von Steuern befreit) und gleichzeitig von einem Teil der Adelige sehr überheblich behandelt wurde, verweigerten seine Vertreter weitere Beratungen mit den anderen Generalständen und gründeten am 17. Juni eine eigene »Nationalversammlung«, die sich mit den Steuerfragen beschäftigen sollte. Viele Vertreter der Kirche und einige Adelige schlossen sich der neuen Versammlung an. In Paris wuchs inzwischen die Unzufriedenheit der Mittel- und Unterschichten über die wirtschaftliche und politische Lage. Am 12. Juli begann ein Aufstand, der zwei Tage später zum Sturm auf die Bastille (eine übrigens zu dieser Zeit fast leere Zwingburg in der Stadt) führte. Es kam zu einer Welle von Lynchjustiz und Plünderungen (auch *La Grande Peur* – die große Furcht – genannt), die sehr bald auf die ländlichen Gebiete und andere Städte überschwappte. Die neue Nationalversammlung radikalisierte

sich schnell und fasste im August historische Beschlüsse. Die Leibeigenschaft wurde formell abgeschafft und eine berühmt gewordene »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« angenommen. Die Macht des Königs war geschwächt, weshalb dieser die anderen europäischen Monarchen zur Unterstützung aufrief. Ein Krieg der revolutionären Kräfte gegen Preußen, Österreich und später auch andere Länder endete letztendlich mit einem Sieg, nachdem von französischer Seite der allgemeine Militärdienst (levée en masse, 1793) eingeführt worden war. Noch während dieses Krieges wurde König Ludwig XVI. enthauptet. In der zweiten Hälfte des Jahres 1794 fand dann eine Gegenrevolution innerhalb der Revolution statt (der sogenannte Thermidor), als Robespierre, der starke Mann der ersten Phase, zu Fall gebracht wurde und ein *directoire* (bestehend aus fünf »Direktoren«) die Macht ergriff, das die meisten radikalen demokratischen Maßnahmen rückgängig machte. Diese Junta konnte sich halten, bis General Napoléon Bonaparte im November 1799 durch einen Staatsstreich zum »Konsul« (ab 1804 Kaiser) wurde.

Die niederländische, englische und französische Revolution hatten weitreichende gesellschaftliche Folgen. Neue wirtschaftliche Kräfte wie die Handelsbourgeoisien, marktorientierte Grundbesitzer und Industrielle konnten sich nun ungehemmter als zuvor entfalten. In diesem Sinne – das heißt, weil die Revolutionen diesen Kräften Vorschub geleistet haben, und nicht weil das Bürgertum in den Kämpfen eine zentrale Rolle gespielt hat – kann man sagen, dass es sich um »bürgerliche« (den Kapitalismus fördernde) Revolutionen gehandelt hat. Ihre Trägerschaft selbst war viel breiter und umfasste Teile des Adels und der Unterschichten.

Auch im 19. und 20. Jahrhundert ereigneten sich in Europa mehrere Revolutionen. In Frankreich kam es zu weiteren Umwälzungen in den Jahren 1830 und 1848. Dieser letzte Aufstand machte Frankreich wieder zu einer Republik und inspirierte andere revolutionäre Bewegungen, die sich fast gleichzeitig im Deutschen und im Habsburgischen Reich entfalteten. Ein äußerst symbolträchtiger Aufstand fand von März bis Mai 1871 statt, nachdem die französische Armee durch die preußische geschlagen worden war. Die Einwohner der Hauptstadt organisierten die selbstverwaltete sogenannte Kommune von Paris, in der Soldaten ihre eigenen Offiziere wählten, Nachtarbeit in den Bäckereien verboten war und sich eine bedeutende Frauenbewegung entwickelte. Während der »blutigen Woche« (Semaine Sanglante) Ende Mai gelang es der französischen Regierung, mit preußischer Unterstützung die Stadt zurückzuerobern.

Der Erste Weltkrieg (1914–1918) destabilisierte die sozialen Verhältnisse in den kriegführenden Staaten stark, insbesondere wenn diese Länder zu den Verlierern gehörten. Deshalb entstanden ab 1916 größere Protestbewegungen in Russland, aber auch in Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien. In Russland, wo es bereits 1905–1907 zu einer ersten misslungenen Revolution gekommen war, fiel 1917 die Zarenherrschaft. Am 2. März dieses Jahres brach in Petrograd als Reaktion auf Engpässe in der Versorgung mit Lebensmitteln ein Aufruhr aus, der nicht unterdrückt werden konnte, weil die Soldaten sich weigerten, auf die revoltierenden Massen zu schießen. Der Zar trat zugunsten seines Bruders zurück, aber auch dieser blieb nur einige Stunden im Amt. Eine neue, vorwiegend liberale Regierung wurde gebildet, die jedoch die Lage nicht in den Griff bekommen konnte, da überall im Lande von der sozialistischen Opposition beeinflusste Arbeiter- und Soldatenräte (sogenannte Sowjets) entstanden. Diese Räte hielten bereits im Juni ihren ersten All-Russischen Kongress ab. Das Ergebnis war eine Situation der doppelten Macht, was am 7. November 1917 dazu führte, dass die Opposition unter der Führung der Bolschewistischen Partei Lenins die Macht ergriff und die Räteherrschaft verkündete. Das neue Regime konnte sich trotz massiver Gewaltanwendung seiner Gegner und der bewaffneten Intervention westlicher Mächte halten und bildete 1922 die Sowjetunion. Kurze Zeit nach dem Beginn der Russischen Revolution entstanden auch revolutionäre Situationen in Mittel- und Südeuropa (insbesondere in Deutschland und Italien), die jedoch nirgends zu einem fundamentalen Machtwechsel führten.

Auch die spanische Revolution 1936–1939, die normalerweise Spanischer Bürgerkrieg genannt wird, endete mit einer Niederlage. Nachdem im Februar 1936 die linke Volksfront einen Wahlsieg errungen hatte, begannen konservative Militärs unter der Führung des Generals Francisco Franco einen Aufstand. Teile der Anhänger der Linken radikalisierten sich und experimentierten mit radikalen Formen der Selbstverwaltung, während gleichzeitig ein Krieg mit der alten Armee entbrannte. 1939 siegte Franco, unterdrückte alle demokratischen Kräfte und baute einen autoritären Staat auf.

Die jüngste Revolution im kapitalistischen Teil Europas war die Umwälzung in Portugal. Das faschistisch regierte Land war seit den 1960er Jahren in immer größere wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, da der teure Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien Angola, Mozambique und Guinea-Bissau zu großen Auslandsschulden, einem Handelsbilanzdefizit, galoppierender Inflation, Kapitalflucht und niedrigen



Löhne geführt hatte. Innerhalb der Armee hatten sich unzufriedene mittlere Offiziere insgeheim in einer »Bewegung der Streitkräfte« zusammengetan und einen Staatsstreich vorbereitet. Als am 25. April 1974 ein kirchlicher Radiosender als verabredete Erkennungsmelodie das verbotene Lied *Grandola vila Morena* ausstrahlte, war dies das Zeichen, Lissabon zu besetzen und die Regierung zu stürzen. Darauf entfaltete sich eine gewaltige soziale Dynamik. Es entstanden Arbeiter- und Soldatenräte, Betriebe wurden vom Personal in Selbstverwaltung übernommen und Latifundien von Landarbeitern kollektiviert. Zwei konterrevolutionäre Staatsstrieche (im September 1974 und im März 1975) misslangen. Am 25. April 1975 fanden die ersten allgemeinen Wahlen seit 50 Jahren statt; es beteiligten sich daran mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten. Eine klare linke Mehrheit kam zustande, deren stärkste Kraft die moderate (sozialdemokratische) Sozialistische Partei bildete. Daneben behielten auch radikalere Parteien großen Einfluss. Die Gegensätze zwischen gemäßigten und radikalen Strömungen, sowohl innerhalb der Streitkräfte als auch unter der Bevölkerung, nahmen zu. Die SP-Spitze und eine Gruppe von Offizieren entmachtete darauf am 25. November 1975 mit einem »legalen Coup« radikale Teile der Armee und stellten eine neue »Ordnung« her. Damit war der revolutionäre Prozess zu Ende.

Überblickt man die Revolutionen im europäischen Kapitalismus, dann fällt auf, dass sie sich alle in relativ unterentwickelten sozialen und ökonomischen Verhältnissen vollzogen haben. Zwar hat es auch im hochentwickelten Kapitalismus revolutionäre Situationen gegeben (zuletzt in Frankreich 1968), aber diese haben letztendlich immer in Niederlagen geendet. Über die Gründe dafür herrscht Uneinigkeit. Manche Historiker erklären dies politisch, aus dem Einfluss moderater Kräfte (wie den sozialdemokratischen), die den Widerstand bremsten. Andere vermuten, dass strukturelle Ursachen wichtiger sind, insbesondere die Tatsache, dass die modernen Staaten – anders als in Agrargesellschaften – mit ihrer Infrastruktur so tief in das Alltagsleben eingedrungen sind, dass grundsätzliche Umwälzungen gar nicht mehr Platz greifen können.

### **Proteste im entwickelten Kapitalismus**

Seit dem späten 18. Jahrhundert veränderte sich allmählich der soziale Protest in Europa, zuerst in Großbritannien. Es entstanden nun soziale Bewegungen, die es in dieser Form bis dahin nicht gegeben hatte. Bei näherer Betrachtung ist der Begriff der sozialen Bewegung keinesfalls eindeutig. Charakteristische Züge sozialer Bewegungen sind folgende:

Die Machtbasis einer sozialen Bewegung ist nicht fest institutionalisiert. Die Unterstützer müssen immer wieder mobilisiert und von der Bedeutung ihres Engagements überzeugt werden. Es wird ständig nach Unterstützung gesucht, die Bewegung ist gezwungen, in »Bewegung« zu bleiben.

Eine soziale Bewegung ist vielgestaltig; sie besteht aus verschiedenen Organisationen, die gelegentlich miteinander konkurrieren, und sie setzt unterschiedliche Druckmittel ein.

Soziale Bewegungen haben keine sehr kurze Lebensdauer. Sie bestehen einige Zeit und lassen mindestens während einiger Monate und manchmal sogar viele Jahre von sich hören.

Es gibt ein stark entwickeltes »Wir«-Gefühl, das auf dem Gegensatz zwischen Unterstützern und Gegnern aufbaut.

Menschen können sich an sozialen Bewegungen auf unterschiedliche Weise beteiligen; sie können Mitglieder offizieller Organisationen sein, die an der Bewegung beteiligt sind, sie können auch auf ganz andere Weise an den Aktivitäten und Demonstrationen mitwirken oder Unterstützung leisten.

Eine soziale Bewegung versucht, einen ziemlich genau benannten wichtigen Aspekt der Gesellschaft zu verändern oder einen solchen Wandel zu verhindern.

Soziale Bewegungen sind oft nicht auf den lokalen oder regionalen Rahmen beschränkte Phänomene, sondern nationaler oder internationaler Art; sie versuchen, Behörden, Unternehmer usw. zu beeinflussen.

- Soziale Bewegung: Ein vielförmiges und zum Teil in sich widersprüchliches Konglomerat sozialer Gruppen und Organisationen, das durch Anwendung unterschiedlicher Druckmittel längere Zeit versucht, wichtige Aspekte der Gesellschaft zu verändern oder einen unerwünschten Wandel zu verhindern.

- Soziale Revolution: Die von einer breiten Koalition von sozialen Klassen oder Gruppen erzwungene Übertragung der politischen Macht einer politischen Elite an eine neue politische Führung, die zu einer Umwälzung der sozialen Verhältnisse führt.

Was soziale Bewegungen vor allem von früheren Protestformen unterscheidet ist, dass sie einen mehr oder weniger hohen Organisationsgrad aufweisen und dass sie sich meistens auf bestimmte als zentral gewertete gesellschaftliche Fragen konzentrieren. Ihr dynamisches, vielfältiges und veränderliches Wesen, der Umstand, dass niemand sie vollständig kontrolliert, wobei gleichzeitig alle organisierten Zentren in ihr aktiv sind, kennzeichnen das Wesen einer sozialen Bewegung. »Soziale Bewegungen sind gemeinhin nicht unorganisiert, aber die Organisation ist für sie nicht von entscheidender Bedeutung. Die Organisation sorgt unter anderem für Kontinuität, Koordination und Antrieb, aber ohne das spontane und unstete Handeln derjenigen, die außerhalb der Organisation tätig sind, würde daraus nicht viel werden, schon gar keine soziale Bewegung. Das Besondere an einer sozialen Bewegung ist genau die Wechselwirkung zwischen der Organisation der Bewegung und den veränderlichen Teilen der Bewegung.« (Raschke 1987: 79-80)

Die erste soziale Bewegung in diesem Wortsinne war höchstwahrscheinlich die Bewegung gegen den Sklavenhandel, die seit 1787 in Großbritannien aktiv war und ihre Bemühungen 1807 gekrönt sah, als König Georg III. das »Gesetz zur Abschaffung des Sklavenhandels« unterzeichnete. Die Bewegung organisierte öffentliche Veranstaltungen und konnte die Presse dazu veranlassen, regelmäßig über sie zu berichten. Ihre erste große Kampagne (1787/88) war eine Massenpetition der Bevölkerung Manchesters an das Parlament; fast 11 000 Personen unterzeichneten die Erklärung – 20 Prozent der Einwohner dieser Stadt.

In der Folgezeit hat es in Europa zahllose soziale Bewegungen gegeben. Ihre wichtigste Erscheinungsform waren lange Zeit die verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen, so dass im 19. und frühen 20. Jahrhundert »Arbeiterbewegung« und »soziale Bewegung« regelmäßig als Synonyme verwendet wurden. Arbeiterbewegungen hatten viele Quellen. Zum Teil speisten sie sich aus den älteren Gesellenorganisationen und ihren Auffassungen von Ehre und gegenseitiger Hilfe. Zum Teil wurden sie inspiriert von sozialliberalen, sozialistischen oder anarchistischen Gedanken. Zum Teil ging es ihnen auch um demokratische Zielsetzungen wie das allgemeine Wahlrecht (das sie oft zuallererst als Wahlrecht für erwachsene Männer auffassten). Arbeiterbewegungen entstanden normalerweise immer auf lokaler Ebene und entwickelten dann im Laufe der Zeit regionale und nationale (später auch internationale) Strukturen.

Bereits vor dem Entstehen nationaler Organisationen kamen internationale Verbindungen zwischen lokalen Gruppen zustande. Im 19. Jahrhundert war England das mächtigste und wirtschaftlich fortgeschrittenste Land Europas (und der Welt), und deshalb waren auch die Löhne in England höher als auf dem Kontinent. Wenn englische Arbeiter streikten, war es für ihre Arbeitgeber ein Leichtes, Streikbrecher aus Frankreich oder Deutschland auf die Insel zu holen. Als Gegenmaßnahme erstrebten die britischen Arbeiter den Aufbau einer internationalen Organisation, die solche Streikbrecher zurückhalten könnte und die gleichzeitig Arbeiterkämpfe auf dem Festland unterstützen würde. Ihr Streben hatte Erfolg. Mitte 1864 wurde die Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) gegründet, die später auch »Erste Internationale« genannt wurde. Aktiv einbezogen war die IAA erstmals bei dem Versuch eines Streikbruchs 1866: Die Londoner Schneider hatten sich im April organisiert und forderten eine Lohnerhöhung von einem Penny pro Stunde. Die Unternehmer reagierten darauf mit einer Aussperrung und versuchten, Streikbrecher in Deutschland zu rekrutieren, so wie sie es schon öfter getan hatten. Die IAA half dabei, dies in Hamburg und Berlin zu verhindern, was zum Sieg der Londoner Schneider beitrug. Der IAA war nur ein kurzes Leben vergönnt. Bereits 1872 war sie ernstlich geschwächt, und 1876 kam ihr definitives Ende.

1868 wurde die erste nationale Gewerkschaftsföderation gegründet, die englische *Trades Union Congress* (TUC). In den folgenden Jahren – während und nach der »Großen Depression« (ca. 1873–1895) – konsolidierten sich nationale Gewerkschaftsorganisationen in immer größeren Teilen Europas, von der Schweiz (1880) über Spanien (1886), Deutschland (1890), Österreich (1893) und Frankreich (1895) bis Schweden (1898), Ungarn (1898), Serbien (1903) und Bulgarien (1904). Mehr oder weniger parallel dazu wurden nun auch immer mehr Arbeiterparteien gegründet, meistens sozialdemokratischer Natur: unter anderem in Deutschland (1875), Dänemark (1876), Belgien und Spanien (1879), der Schweiz und Ungarn (1880), Norwegen (1887), Österreich (1889), England (1893), Bulgarien (1894), Russland (1898), Finnland (1899), Serbien (1903) und Rumänien (1910).

Diese Entwicklungen ermöglichten eine neue Phase der internationalen Zusammenarbeit. Im Jahr 1889 wurde in Paris die »Zweite Internationale« gegründet, in der zu Anfang Anarchisten und Sozialdemokraten zusammen-

arbeiteten, bis die Erstgenannten 1896 ausgeschlossen wurden. Ungefähr gleichzeitig kam es auch zu internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen. Zuerst entstanden die sogenannten Internationalen Gewerkschaftssekretariate, Verbände zur Zusammenarbeit von nationalen Gewerkschaften einer bestimmten Berufsgruppe. Es begann 1889 mit den Typografen und Druckern, den Hutmachern, Zigarrendrehern, Tabakarbeitern und Schuhmachern. Dann folgten rasch andere Berufsgruppen, bis hin zu den Friseuren (1907) und den Postarbeitern (1910). Als die Gründung der Internationalen Gewerkschaftssekretariate gelungen war, begann auch die Zusammenarbeit nationaler Gewerkschaftsverbände in Gang zu kommen. 1903 wurde das Internationale Sekretariat der nationalen Gewerkschaftsverbände aus der Taufe gehoben, aus dem 1913 der *Internationale Gewerkschaftsbund* (IGB) wurde.

Die Arbeiterbewegung erlebte in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg einen großen Aufschwung. Ein Ausdruck dieser Entwicklung war ein neues Phänomen, nämlich der große politische Streik. Wahlrecht auch für (männliche) Mitglieder der Unterschichten war das wichtigste Ziel derartiger Kämpfe. Diese Orientierung an der parlamentarischen Politik rief Gegenkräfte hervor; immer wieder gab es auch kräftige Strömungen, die sich dem Streben nach Einflussnahme auf den Staat widersetzen und autonome Machtbildung befürworteten. Zuerst waren es vor allem sogenannte revolutionäre Syndikalisten, die sich separat organisierten; sie sahen im Generalstreik das wichtigste Mittel zur gesellschaftlichen Transformation. Nach der Russischen Revolution von 1917 waren es in erster Linie die neugebildeten kommunistischen Parteien, die den Parlamentarismus ablehnten. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein sollte die europäische Arbeiterbewegung seitdem zwei konträre Hauptflügel kennen: den sozialdemokratischen und den kommunistischen.

Parallel zu den Arbeiterbewegungen entwickelten sich viele andere Sozialbewegungen, wie zum Beispiel die antimilitaristischen Bewegungen, die Frauenbewegungen, die Jugendbewegungen. Alle diese Bewegungen konnten auf Vorformen zurückgreifen. So hatte es bereits während der Französischen Revolution Keimformen der Frauenbewegung gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt hinzu. Das wichtigste Beispiel waren die Gruppen in Frankreich, aber auch in anderen Ländern, die den Befreiungskampf der algerischen Aufständischen gegen die französische Kolonialherrschaft unterstützten (bis zur Unabhängigkeit 1962). Etwas später sollte der US-amerikanische Krieg gegen die vietnamesische Befreiungsbewegung einen noch größeren Einfluss ausüben. In den späten 1960er Jahren erreichte die Rebellion einen Höhepunkt mit den durch die Liberalisierung des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei (dem sogenannten Prager Frühling) freigemachten Kräften und dem Aufstand von Arbeitern und Jugendlichen in Frankreich (dem sogenannten Pariser Mai) im Jahr 1968. Beide Revolten scheiterten, hatten aber längerfristige Bedeutung als Inspiration für Jugend- und Studentenbewegungen innerhalb und außerhalb Europas. Seit den 1970er Jahren kamen außerdem Umweltbewegungen hinzu.

### **Proteste im »real existierenden Sozialismus«**

Proteste im sogenannten real existierenden Sozialismus Osteuropas hat es fast von Anfang an gegeben. In der Sowjetunion kam es in den 1920er Jahren zu zahlreichen Streiks, mit deren Dokumentierung erst in der jüngsten Zeit begonnen wurde. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die sowjetische Einflussosphäre konsolidiert worden war und diktatorische Parteienherrschaft eingeführt wurde, kam es rasch zu Unruhen, insbesondere in den wirtschaftlich etwas weiter entwickelten Teilen des sogenannten Ostblocks. In der DDR entstand ab dem 16./17. Juni 1953 eine Streik- und Protestwelle, an der sich Hunderttausende beteiligten, nachdem im Mai die Arbeitsnormen um 10 Prozent erhöht worden waren. Die Demonstranten radikalisierten und politisierten sich in hohem Tempo und begannen u. a., politische Gefangene zu befreien. Daraufhin unterdrückten die Machthaber mit der Unterstützung sowjetischer Panzer den Aufstand mit Gewalt.

Eine neue Situation schien in Osteuropa zu entstehen, als nach dem Tode des sowjetischen Diktators Josef Stalin ein Prozess der »Entstalinisierung« einsetzte, der 1956 in einer geheim gehaltenen Parteitagssrede des Parteiführers Nikita Chruschtschow kulminierte. Chruschtschow behauptete dort u. a., dass Stalin von den »klaren und unmissverständlichen Richtlinien Lenins« abgewichen war und einen »Massenterror« ausgeübt hatte, für den es »keine ernsthaften Gründe« gegeben hätte. In der politisch etwas entspannteren Lage, die sich nach Stalins Tod entwickelte, kam es in den sowjetischen Konzentrationslagern bald zu Revolten, so 1953/54 in Noril'sk, Workuta und Kingir. Diese trugen dazu bei, dass der »Archipel Gulag« wenige Jahre später zum größten Teil aufgelöst wurde. Aber auch in zahlreichen Städten gab es Aufstände, zum Beispiel 1962 in der Provinzstadt Novotscherkassk, wo Arbeiter nach erfolgten Lohnsenkungen und Preiserhöhungen eine stark befahrene Eisenbahnlinie

blockierten und das Stadtzentrum besetzten. KGB-Truppen schlugen die Rebellion nieder; nach den offiziellen Angaben gab es 26 Tote. Allmählich nahmen solche Widerstandsformen auch organisierten Charakter an. So gründete der Bergarbeiter Vladimir Klebanov 1978 eine *Vereinigung freier Gewerkschaften*, woraus – nachdem dieser Verband zerschlagen worden war – als Nachfolgerin die *Freie interprofessionelle Vereinigung der Werktätigen* (SMOT) entstand. Unter den gegebenen repressiven Bedingungen blieben derartige Ansätze jedoch marginal.

In Polen kam es im Mai 1956 zu einem Arbeiteraufstand, insbesondere in Poznań, der zwar relativ klein blieb, aber auch den Anfang einer längeren Kette von Revolten bildete, in der damals entstandene subversive Netzwerke immer wieder eine Rolle spielten. In Ungarn begann die Revolte Ende Oktober 1956, als Tausende Studenten – explizit anspielend auf die Revolution von 1848 – einen demonstrativen Marsch durch Budapest unternahmen und es zu einer gewalttätigen Konfrontation mit der Sicherheitspolizei kam. In den nächsten Tagen verbreitete sich der Protest über das ganze Land. Die Regierung kam zu Fall und es entstanden Räte, die die Verwaltung zu übernehmen versuchten, politische Gefangene wurden befreit, und prominente Anhänger der Sowjetmacht wurden getötet. Die neue Regierung schien in erster Instanz den Aufständischen Konzessionen machen zu wollen, entschied sich dann aber für blutige Repression, dabei unterstützt von sowjetischen Truppen. Als die Vergleichlichkeit des Widerstandes deutlich wurde, flohen ungefähr 200 000 Ungarn in den Westen.

In der ČSSR hatte es infolge einer Krise der Planwirtschaft seit 1963 eine gewisse politische Liberalisierung gegeben, die letztendlich, fünf Jahre später, in den »Prager Frühling« mündete. Im März 1968 wurde der alte Parteisekretär Antonín Novotný durch den Reformler Alexander Dubček ersetzt. Die Zensur wurde abgeschafft, und die Kommunistische Partei nahm ein Aktionsprogramm an, in dem u. a. die Trennung von Partei und Staat, geheime Wahlen, das Recht auf Selbstbestimmung beider Nationen (Tschechen und Slowaken) sowie Versammlungs- und Organisationsfreiheit und eine Wirtschaftsreform gefordert wurden. In den Monaten danach entwickelte sich eine weltweit beachtete politische und kulturelle Reform-Euphorie, die jedoch bereits im August 1968 durch den Einmarsch von Truppen aus den »sozialistischen Bruderländern« (UdSSR, Ungarn, Polen, DDR und Bulgarien) erstickt wurde. Im Untergrund blieben Dissidenten jedoch aktiv. Am 1. Januar 1977 gründeten sie – anlässlich der auch von der tschechoslowakischen Regierung unterschriebenen sogenannten Helsinki-Beschlüsse von 1975 (»universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten«) – die Bewegung Charta 77, die Missachtungen der Menschenrechte kritisierte und landesweit Beifall erhielt.

In den 1970er und 1980er Jahren wurde Polen zum Mittelpunkt des Widerstandes. Bereits im März 1968 hatte es umfangreiche Studentenproteste gegeben, die von der Regierung hart unterdrückt wurden; die Repression wurde mit einer antisemitischen Hetzkampagne kombiniert und zwang Tausende jüdische Intellektuelle zur Emigration. 1970 hatten Preissteigerungen an der Ostseeküste (Gdąnsk, Szczecin) Krawalle, Straßenkämpfe und Betriebsbesetzungen verursacht, die zum Sturz des Parteisekretärs Władisław Gomułka führten. Im Juni 1976 wurden neue geplante Preissteigerungen mit Streiks, Demonstrationen und der Demontage von Eisenbahnschienen beantwortet; innerhalb von 24 Stunden zog die Regierung die Maßnahme zurück. Im selben Jahr wurde auch das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) gegründet, das sich schnell zum Kern einer neuen selbstständigen Arbeiterorganisation entwickelte.

Die Schrumpfung der polnischen Wirtschaft seit 1979 war für den Staat jedoch Grund zu einer stärkeren marktwirtschaftlichen Orientierung, die soziale Gegensätze aufbrechen ließ. Als qualitativ hochwertige Fleischsorten nur noch in speziellen Geschäften angeboten werden sollten, reagierten die Arbeiter in verschiedenen Städten auf die Ankündigung dieser Maßnahme mit einer sechs Wochen dauernden Streikwelle. Daraus gingen ab August verschiedene Zwischenbetriebliche Streikkomitees (MKS) hervor, die am 17. September 1980 die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność (Solidarität) gründeten und den Werftarbeiter Lech Wałęsa zu deren Vorsitzenden wählten. Solidarność wuchs explosiv und zählte innerhalb kürzester Zeit Millionen Mitglieder. Das Regime geriet dadurch immer mehr unter Druck; gleichzeitig erforderte das Schuldenmanagement immer größere Ausgabenkürzungen. Im Dezember 1981 erklärte es deshalb das Kriegerrecht und kriminalisierte Solidarność. Geschwächt bestand die Organisation im Untergrund jedoch fort.

Ende der 1980er Jahre, als die wirtschaftlichen Probleme der »realsozialistischen« Länder unbeherrschbar zu werden drohten, kamen verschiedene Widerstandstraditionen wieder an die Oberfläche. Nach seinem Amtsantritt im März 1985 hatte der sowjetische Parteisekretär Michail Gorbatschow die politische Repression immer weiter reduziert und damit Raum für unabhängige Initiativen in der UdSSR und den anderen osteuropäischen Ländern geschaffen. Im April 1989 folgte die erneute Legalisierung von Solidarność und im August desselben Jahres stieg

die polnische Gewerkschaft zur wichtigsten Regierungspartei auf. Auch in anderen osteuropäischen Ländern kam es in den Jahren 1989–91 zu politischen Umwälzungen, meistens angetrieben von Bürgerprotesten und Arbeiterkämpfen. Die Stärkung der Markteinflüsse nach diesen Umwälzungen führte ab den frühen 1990er Jahren in mehreren ehemals »sozialistischen« Ländern zu einer wirtschaftlichen Katastrophe und damit zu neuen Kämpfen, zum Beispiel der russischen und ukrainischen Bergarbeiter.

## Schluss

Sozialer Protest ist ein wesentlicher Teil der europäischen Geschichte. Seine Ursachen und Wirkungen können sehr unterschiedlich sein. Drei Triebkräfte des Widerstandes treten immer wieder in Erscheinung: das Verlangen nach einem Mindestmaß an sozialer Sicherheit, nach Einhaltung bestimmter Normen sozialer Gerechtigkeit, und nach Respektabilität. Sehr viele Protestbewegungen mündeten in Niederlagen, und nur relativ wenige waren erfolgreich. Aber auch Niederlagen konnten auf längere Sicht für die Rebellen »produktiv« sein; sie brachten nicht nur taktische und organisatorische Lehren, sie bildeten auch Warnungen an die Machthaber, dass bestimmte Grenzen nicht überschritten werden dürfen. Durch Widerstand lernen Menschen den für demokratische Gesellschaften unentbehrlichen »aufrechten Gang« (Ernst Bloch).

## Literatur

- Berger, Stefan/Broughton, David, Hrsg. (1995): *The Force of Labour. The Western European Labour Movement and the Working Class in the Twentieth Century*. Oxford/New York/München.
- Blickle, Peter (1981): *Die Revolution von 1525*. München/Wien.
- Blickle, Peter (2006): *Der Bauernkrieg. Die Revolution des Gemeinen Mannes*. München.
- Broué, Pierre/Témime, Emile (1987): *Revolution und Krieg in Spanien. Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs*. Frankfurt a. M.
- Carsten, Francis L. (1973): *Revolution in Mitteleuropa, 1918–1919*. Köln.
- Cohn, Norman (2007): *Apokalyptiker und Propheten im Mittelalter*. Tübingen/Basel.
- Engelmann, Roger/Kowalczyk, Ilko S., Hrsg. (2005): *Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953*. Göttingen.
- Gailus, Manfred/Volkman, Heinrich, Hrsg. (1994): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*. Opladen.
- Geary, Dick, Hrsg. (1989): *Labour and Socialist Movements in Europe before 1914*. Oxford/New York/München.
- Gilcher-Holthey, Ingrid (2001): »Die Phantasie an die Macht«: Mai 68 in Frankreich. Frankfurt a. M.
- Hildermeier, Manfred (2006): *Die russische Revolution, 1905–1921*. Frankfurt a. M.
- Jochheim, Gernot (1977): Zur Geschichte und Theorie der europäischen antimilitaristischen Bewegung 1900–1940. In: *Friedensanalysen für Theorie und Praxis* 4. Frankfurt a. M.: 27–49.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden.
- Lis, Catherina/Lucassen, Jan/Soly, Hugo (1994): Before the Unions. Wage Earners and Collective Action in Europe, 1300–1850. In: *International Review of Social History*, Beiheft 39.
- Lomax, Bill (1976): *Hungary 1956*. London.
- Piper, Ernst (1990): *Der Aufstand der Ciompi*. Berlin.
- Raschke, Joachim (1987): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Abriss*. Frankfurt a. M.
- Schlögel, Karl (1984): *Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953–1983*. Hamburg.
- Soboul, Albert (2000): *Kurze Geschichte der Französischen Revolution*. Berlin.
- Tarrow, Sidney (1998): *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*. Cambridge.
- Tatur, Melanie (1989): *Solidarność als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen*. Frankfurt a. M.
- Tilly, Charles (1993): *Die europäischen Revolutionen*. München.
- Tilly, Charles (2004): *Social Movements, 1768–2004*. Boulder.
- Van der Velden, Sjaak u. a., Hrsg. (2007): *Strikes Around the World, 1968–2005. Case-studies of 15 Countries*. Amsterdam.

## **Der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus 1933 – 1945**

»Es gab nicht nur den 20. Juli....« – unter diesem Motto stand in der Alt-Bundesrepublik über viele Jahre hin der mühsame Versuch, geschichtspolitisch einer aus allen Quellen eindeutig belegten Deutung der Verhältnisse im »Dritten Reich« öffentlich Gehör zu verschaffen: Widerstand gegen das hitlerdeutsche Regime kam dem Umfang und der Dauer nach vor allem aus den Reihen der Arbeiterbewegung, ihrer 1933 vom Staat zerschlagenen Organisationen und Parteien, der kommunistischen und sozialistischen Illegalität. Diesen historischen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen und zu würdigen, fiel in Zeiten des »Adenauer-Staates« schwer, weil der Anteil von Kommunisten an diesem Widerstand sehr groß war, diese nun aber aufs Neue als »Staatsfeinde« galten. Zudem wirkte obrigkeitstaatliches Denken weiter: Auflehnung gegen eine etablierte Herrschaft galt vielfach nur dann als legitim, wenn sie in der gesellschaftlichen »Elite« sich regte; das »niedere Volk« und dessen Angehörige hatten zu gehorchen.

In der DDR hingegen kam die Geschichte des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung zur Geltung; hier allerdings ganz überwiegend verengt auf illegale Fortsetzungen der Kommunistischen Partei oder ihrer Nebenorganisationen, in einer allzu sehr organisationsgeschichtlichen Sichtweise und manche Probleme der Illegalität ausklammernd.

Will man die Geschichte des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung im »Dritten Reich« in ihren äußeren und inneren Bedingungen verstehen, so sind die folgenden Ausgangspositionen zu bedenken:

1. Bis zu ihrem Verbot 1933 stellten die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Kommunistische Partei die organisatorisch stärksten Ausformungen der politischen Linken in der damaligen kapitalistischen Welt dar, umrahmt von zahlreichen gleichgerichteten Verbänden, eigenen Medien etc. Diese beiden Hauptrichtungen der deutschen Linken waren aber auf krasse Weise verfeindet. Bis weit in die Jahre der Illegalität hinein schien ihren Führungsgruppen eine linke Aktionseinheit undenkbar.

2. Die SPD und die KPD unterschätzten zunächst völlig die Durchsetzungskraft des deutschen Faschismus, dessen unterdrückerischen, aber auch verführerischen Fähigkeiten. Sie gingen davon aus, dass die Regierung Hitler nur ein Übergangsphänomen sei – die parlamentarische Demokratie werde sich wiederherstellen (so die sozialdemokratische Erwartung); Enttäuschung über die NSDAP an der Regierung werde zu einer revolutionären Situation und dann zu einer Wende – nach links hin führen (so die kommunistische Hoffnung).

3. Nach der Machtübernahme durch die NSDAP und ihre deutschnationalen Hilfskräfte im Januar 1933 ergaben sich aus solchen Fehleinschätzungen unrealistische und in den Folgen höchst belastende parteipolitische Strategien: Die SPD-Führung verließ sich auf den »legalen Weg«, auf eine Niederlage der NSDAP durch Wahlen; als historisches Muster diente dabei die Erinnerung an die Entwicklung unter dem wilhelminischen Sozialistengesetz. Dass die sozialdemokratische Wählerschaft (und auch die kommunistische) bei den Reichstagswahlen im März 1933 nicht wegbrach, schien für einen Moment solche Erwartungen zu bestätigen. Die KPD-Führung setzte auf das Konzept, die Partei im Untergrund in den gewohnten Strukturen weiter organisieren zu können, als Großverband in einer kurzfristigen Illegalität.

Weder die SPD noch die KPD machten bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler den Versuch, dies massenwirksam als Situation der historischen Entscheidung herauszustellen und zum Widerstand in einem breiten demokratischen Bündnis aufzurufen. Welche Wirkung ein solches Vorgehen hätte haben können, lässt sich im Nachhinein nicht klären. Feststellen lässt sich aber, dass längerfristig das fatale Gefühl in der Arbeiterbevölkerung sich verbreitete, die so kraftvoll scheinenden Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung hätten 1933 hilflos ihren Platz in der Politik geräumt. Daraus entstand Resignation auch bei früher überzeugten Sozialdemokraten und Kommunisten.

4. Im sozialdemokratischen Milieu wurden Ohnmachtsgefühle und Tendenzen der Anpassung an die neuen Machthaber noch verstärkt durch taktisches Lavieren eines Teils der Parteiführung vor dem Verbot im Mai 1933. Die Reichstagsfraktion der SPD verweigerte sich zwar dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz, stimmte aber mehrheitlich der außenpolitischen Erklärung des Reichskanzlers zu. Kläglicher noch ist das Verhalten der Vorstände der Freien Gewerkschaften: Im April 1933 riefen sie zur Teilnahme am faschistisch »umgetauften« 1. Mai als »Tag der nationalen Arbeit« auf. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften aufgelöst ...

5. Die NSDAP war darauf ausgerichtet, den »Marxismus« aus der deutschen Gesellschaft zu tilgen, womit alle sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Ideen und Organisationen gemeint waren; ein Mittel dazu war brutale Repression. Aber angezielt war auch »Integration« der Arbeiterbevölkerung in die faschistische Ideologie und Praxis, nicht zuletzt in der Absicht, eine Wiederholung des Konflikts in der deutschen Gesellschaft während des Ersten Weltkrieges zu vermeiden; die deutsche Kriegsfähigkeit sollte nicht noch einmal durch revolutionäres Aufbegehren in der eigenen Arbeiterschaft gestört werden, ein zweites »1917/18« sollte vermieden werden. Daraus resultierten intensive Anstrengungen des faschistischen Regimes, sich unter der Parole der »Volksgemeinschaft« als Förderer der Interessen der bisher unteren Klasse darzustellen, die nun von ihrem »Klassenschicksal erlöst« werden sollte. Diese Politik bediente sich nicht nur symbolischer, sondern auch sozialpolitischer Instrumente; zudem konnte die rüstungsgetriebene Vollbeschäftigung als Großtat des Führerstaates ausgegeben werden. All das blieb nicht ohne Wirkung in der politischen Gefühlswelt, auch in der Arbeiterbevölkerung gewann das Regime an Zustimmung.

Zusammenfassend: Die geschichtlichen Voraussetzungen und die politischen Strukturen machten es im »Dritten Reich« jedem Ansatz zum Widerstand aus der Tradition der zerschlagenen Arbeiterbewegung heraus sehr schwer, sich zu entfalten oder sich gegen alle Verfolgung zu halten. In der Tat kam das deutsche faschistische System zu seinem Ende nicht durch Protest, Widerstand und eine revolutionäre Bewegung, sondern machtpolitisch allein durch die militärische Niederlage. »1918« wiederholte sich nicht.

Der Bruch, der so in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entstand, ist nach 1945 von der deutschen Linken in seiner Tragweite zumeist nicht beachtet worden. Wenn politisches Handeln von Menschen, Gruppen und Bewegungen machtpolitisch ohne Erfolg blieb, ist dies aber kein Grund, es aus der Erinnerung an Geschichte zu streichen. »Widerstand im Dritten Reich« aus der Tradition der Arbeiterbewegung gehört ins historische Gedächtnis der deutschen Linken heute. Um wenigstens einige Linien der Entwicklung ab 1934, nach der Machtbefestigung des NS-Regimes zu skizzieren:

Systematische und rigorose staatliche Verfolgung traf zunächst vor allem die Bemühungen der illegalen kommunistischen Partei, ihre Organisationsstruktur im Untergrund aufrechtzuerhalten und von dort aus auf vielfältige Weise Aufklärung der »Masse« zu betreiben oder wenigstens in den Arbeiterquartieren den Widerstand öffentlich zu machen. Viele Tausende von aktiven Kommunisten kamen in Haft, andere mussten ins Exil ausweichen und versuchten von dort aus, Verbindungen nach Deutschland zu knüpfen und Material für die illegale Agitation einzuschleusen. Diese Form des Widerstandes kostete zahllose Opfer. Ab 1935 war sie nicht mehr umzusetzen, zudem veränderte die Kommunistische Internationale ihr Konzept der Auseinandersetzung mit dem Faschismus: Die Volksfrontpolitik wurde Leitlinie, der »Kampf gegen die Sozialdemokratie« wurde eingestellt, Bündnisse mit bürgerlichen und christlichen Gegnern des Faschismus wurden angebahnt. Ein bemerkenswerter Fall im deutschen Untergrund war der Versuch einer Zusammenarbeit zwischen illegalen Funktionären des Kommunistischen Jugendverbandes und Führern der (noch legalen) Katholischen Jugendorganisation (Rossaint-Prozess). Angesichts des Verfolgungsdrucks und des ständigen Verlustes an illegalen Funktionären ließ sich eine zentralistische Anleitung der kommunistischen Illegalität unter Regie des Exilvorstandes nicht mehr realisieren, die Initiative ging nun mehr und mehr an Zellen des Widerstandes im Inland und vor Ort über, Widerstand musste sich auf eine längere Existenzdauer des NS-Regimes einstellen. Im Mittelpunkt der illegalen Agitation von Kommunisten stand das Thema »Hitler treibt zum Krieg«, ferner die Aufklärung darüber, dass Hitlerdeutschland alles andere als ein »Arbeiterstaat« sei. In bedrängende innere Probleme geriet der kommunistische Widerstand durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939. Erst mit dem deutschen Angriffskrieg gegen die UdSSR 1941 klärten sich wieder die politischen Fronten. Danach lebten immer wieder lokale oder regionale kommunistische Widerstandsgruppen auf, obwohl die Gestapo sie zumeist bald zerschlagen konnte; Todesurteile wurden dabei zur Regel. Kommunisten wirkten auch mit in Widerstandskreisen, die parteipolitisch offen waren, so in der »Roten Kapelle«. Einige illegale Gruppen orientierten sich an den Bündniszielen der »Bewegung Freies Deutschland«, die auf Initiativen in der Sowjetunion (Nationalkomitee Freies Deutschland) und in anderen

Exilländern hin entstanden war. Die sozialdemokratische Illegalität war von 1933 an ganz überwiegend darauf ausgerichtet, zu »überwintern«, verborgene Netzwerke zu bilden, den Zusammenhalt standhaft gebliebener ehemaliger Genossen im kleinen Kreise zu pflegen und durch aus dem Exil eingeschleuste illegale Schriften zu festigen. Bis zur deutschen Besetzung der Tschechoslowakei hatten »Grenzstellen« der Exil-SPD hierbei eine wichtige Funktion, zum Teil bestanden auch heimliche Verbindungen zum Exil in Westeuropa. Eine Reihe von emigrierten SPD-Funktionären entwickelte Ideen einer Radikalisierung sozialdemokratischer Politik (Prager Manifest); die Mehrheit des in Großbritannien angesiedelten Exilvorstandes der SPD blieb jedoch auf einem Kurs der programmatischen »Mitte«. In den Kriegsjahren beteiligten sich Aktivisten aus der jüngeren sozialdemokratischen Generation vor 1933 (u. a. Julius Leber, Theo Haubach, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein) an Versuchen, den Sturz Hitlers herbeizuführen; die meisten von ihnen »büßten« dies mit dem Tode. Vergleichsweise hoch war der Anteil linkssozialistischer, dissidentisch-kommunistischer und anarchistischer Gruppierungen am Widerstand gegen das NS-Regime (SAP, Neu Beginnen, ISK, KPO, Trotzlisten, FAUD u. a. m.). Der enge Zusammenhalt in den zahlenmäßig kleineren Organisationen bot zunächst günstige Voraussetzungen für den Übergang in die Illegalität. Auch diese Widerstandskreise konnten allerdings in ihrer Mehrzahl nur bis etwa 1937 dem Zugriff des NS-Staates entgehen, in Serien von Prozessen wurden sie ausgeschaltet. Freigewerkschaftliche Widerstandszirkel existierten vor allem im Zusammenhang mit internationalen gewerkschaftlichen Organisationen (Transportarbeiterföderation).

Quer zu der parteipolitischen Aufgliederung der Linken konnten sich im »Dritten Reich« systemoppositionelle Jugendszenen halten oder neu entwickeln, bei denen Anknüpfungen an die Tradition der Arbeiterbewegung etwa an die ehemaligen »Naturfreunde«, wirksam waren, ebenso Überlieferungen der bündischen Jugend aus der Zeit vor 1933. Beispiele dafür sind die von der Gestapo so genannten »bündischen Umtriebe« im Rhein-Ruhr-Gebiet, die »Meuten« in Leipzig, die »Schwarze Schar« in Berlin. Lokal oder regional bildeten sich hier jugendliche Subkulturen heraus, die mancherorts das Monopol der HJ als Staatsjugendorganisation auf »Jugenderziehung« infrage stellten und dem NS-Regime als »wehrkraftzersetzend« und »staatsgefährdend« galten. Wenn man den Rückblick auf Arbeiterbewegung nicht organisationspolitisch verengt, sind auch diese oppositionellen Jugendszenen einzubeziehen. »Hochverrat« entdeckte das NS-Regime in zahlreichen Fällen auch hier – es gab nicht nur die »Weiße Rose«.

Vom organisierten, linken Untergrund bis zur systemoppositionellen Jugendszene – war das alles am Ende ohne Wirkung auf den historischen Gang der Dinge? Diese Deutung wäre falsch. Die deutsche Arbeiterbewegung hat 1933 eine katastrophale Niederlage erlebt – aber der deutsche Faschismus hat ihre Überlieferungen nicht restlos ausrotten können. Nach dem Untergang des »Dritten Reiches« waren es die Überlebenden aus dem Widerstand und aus den oppositionellen Gruppen und Szenen, nicht zuletzt auch aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern, die für einen demokratischen Neubeginn zur Verfügung standen. Ohne sie hätte es 1945 politisch noch düsterer ausgesehen. Was dann allerdings aus dieser Situation gemacht wurde, unter den Besatzungsmächten und dann in den zwei deutschen Staaten, steht auf einem anderen Blatt.

## Literatur

Arno Klönne: Jugendliche Opposition im »Dritten Reich«. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1996;

URL <http://www.thueringen.de/imperia/md/content/text/lzt/17.pdf> (abgefragt am 9.9. 2011).

Arno Klönne: Jugend im Dritten Reich: die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Köln 2003 (zuerst 1982).



## Die emanzipatorische Behindertenbewegung

### Eine Bewegung entsteht

Am 8. Mai 1980 berichtete die »Tagesschau« von einem unerhörten Ereignis: 5 000 behinderte und nichtbehinderte Frauen und Männer demonstrierten an diesem Tag in Frankfurt gegen Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung Behinderter. Auslöser war ein Urteil des Frankfurter Landgerichts aus dem Februar des gleichen Jahres, in dem einer Urlauberin die Minderung ihres Reisepreises zugesprochen wurde, weil sie in ihrem Urlaub mit dem Anblick behinderter Menschen konfrontiert worden war. Die Ungeheuerlichkeit dieses Urteils brachte Menschen aus den unterschiedlichsten Behinderteninitiativen dazu, erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik<sup>1</sup> in großer Zahl für die Rechte behinderter Menschen auf die Straße zu gehen bzw. zu rollen. Die Demonstration machte die Bedeutung bundesweiter Vernetzung deutlich und erhöhte das Selbstbewusstsein der im Entstehen begriffenen Bewegung deutlich, was wiederum die Vorbereitungen der Protestaktionen zum UNO-Jahr der Behinderten beflügelte, das für 1981 ausgerufen worden war. Ahnend, dass die »Wohltäter« wieder nur sich selbst und ihre »guten Taten« loben, aber nicht die Selbstvertretung behinderter Menschen unterstützen und diese einbinden würden, hatte sich eine bundesweite Aktionsgruppe aus dem gesamten Spektrum der Behinderteninitiativen gebildet. Das Ziel war, die offiziellen Veranstaltungen des UNO-Jahres – insbesondere die Eröffnungsveranstaltung am 24. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle – zu nutzen, um auf die eigenen Forderungen aufmerksam zu machen. Unter dem Motto »Jedem Krüppel seinen Knüppel« wurde die Störung der Eröffnungsfeier des »Jahres der Behinderter« geplant.

Aus dem ganzen Bundesgebiet reisten behinderte Menschen und ihre Unterstützer/innen an, um die geplante »Integrationsoperette, die die gravierenden Missstände im Behindertenbereich verschleiern soll« zu stören und als Plattform für ihre Anliegen zu nutzen. Die zentralen Forderungen waren: »Keine Reden – keine Aussonderung – keine Menschenrechtsverletzungen«. Die Behindertenbewegung nutzte das UNO-Jahr effektiv, um immer wieder öffentlichkeitswirksam darauf aufmerksam zu machen, dass Behinderte lediglich als – geschlechtslose – Empfänger von Wohltaten, jedoch nicht als Bürgerinnen und Bürger mit Rechten angesehen wurden und sich das nicht länger bieten lassen wollten. Den Schlussakkord des UNO-Jahres bildete das aus der Behindertenbewegung heraus im Dezember 1981 organisierte »Krüppeltribunal«, mit dem Menschenrechtsverletzungen gegen behinderte Menschen wie z. B. Behördenwillkür, fehlende Mobilität, die Zustände in Heimen und Psychiatrien, Rehabilitationszentren und Werkstätten angeprangert wurden. Darüber hinaus wurden in einem weiteren Schwerpunkt spezifische Diskriminierungserfahrungen behinderter Frauen thematisiert. Neben der Wirkung nach außen ging es den Organisatorinnen und Organisatoren auch um Anstiftung zu aktiver Gegenwehr: »Wir wollten mit dem Krüppeltribunal (...) die Strukturen dieser Aussonderungspolitik in der BRD anklagen. Wir wollten uns gegen die Zerstückelung unserer Interessen durch Politiker, Heimaufseher und sonstige Fachleute in Sachen Behindertenunterdrückung zur Wehr setzen und die Betroffenen zur massiven und radikalen Gegenwehr anstiften« (Daniels u. a., 1983, 9).

### Selbstvertretung und Selbstbestimmung

Den Hintergrund dieser Aktivitäten bildete die sich zunehmend herausbildende Erkenntnis, dass der gesellschaftliche Ausschluss behinderter Menschen nicht eine »natürliche« Folge ihrer körperlichen Besonderheiten war, sondern eine bestimmte gesellschaftliche Reaktion darauf, die es zu ändern galt. Die traditionelle Umgangsweise erklärte behinderte Menschen für unmündig und hilflos, weshalb ihre Interessen von nichtbehinderten Funktionären wahrgenommen werden »mussten«. Dagegen setzte die Behindertenbewegung, inspiriert durch die Frauenbewegung und andere politische Bewegungen der Zeit, die Forderung nach politischer Selbstvertretung und Selbstbestimmung, um so von Objekten der »Wohltäter« zu Subjekten ihrer Leben zu werden.

<sup>1</sup> In der DDR gab es keine politische Behindertenbewegung. Es gab einige auf bestimmte Beeinträchtigungen bezogene Verbände, denen jedoch behindertenpolitische Arbeit staatlicherseits untersagt war. Erst in der »Wendezeit« entstanden politische Behinderteninitiativen; 1990 wurde der Allgemeine Behindertenverband Deutschland (ABiD) gegründet, der der Behindertenbewegung nahesteht.

Im Gegensatz zu den etablierten Behindertenverbänden, die sich jeweils um bestimmte »Krankheitsbilder« organisierten, hatte die Behindertenbewegung einen beeinträchtigungsübergreifenden Ansatz: Jede/r, die sich über erlebte Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung selbst als »behindert« definierte, war willkommen. Das Ziel war, in gelebtem Alltag und politischer Praxis Bedingungen für die gesellschaftliche Teilhabe aller behinderten Frauen und Männer zu schaffen. Dazu bedurfte es infrastruktureller Bedingungen wie ambulanter Hilfsdienste, Beratungsstellen, barrierefreier Wohnungen sowie eines ebensolchen öffentlichen Transportsystems als auch der Schaffung von Gesetzen zur rechtlichen Gleichstellung.

Dass diese Veränderungen hart erkämpft werden mussten, zeigt das Beispiel des öffentlichen Nahverkehrs: Fast zwei Jahrzehnte lang trugen Gruppen in gemeinsamen Aktionen den Widerstand gegen die tägliche Ausgrenzung durch unzugängliche öffentliche Verkehrsmittel auf die Straße, dabei hatte eine Straßenbahnblockade in der Frankfurter Innenstadt 1974 Signalwirkung. Mit der Besetzung des Bremer Rathauses 1981 sollte, unterstützt durch einen Hungerstreik der Besetzerinnen und Besetzer, eine Kürzung des Fahrdienstes für Behinderte abgewehrt werden. Es gab besonders in den 1980er Jahren überregionale Demonstrationen mit der Besetzung von großen Straßenkreuzungen, Sperrungen von unzugänglichen Haltestellen bei Einweihungsfeiern neuer U-Bahnen und S-Bahnen. Als noch im Jahre 1992 in Bochum wieder unzugängliche Busse und Straßenbahnwaggons angeschafft werden sollten, besetzten behinderte Aktivist/inn/en ein Straßenbahndepot mit der öffentlichkeitswirksamen Folge, dass stundenlang keine Straßenbahn fuhr.

Gerade die in Technik gekleidete bzw. in Beton gegossene Ausgrenzung zeigt die gesellschaftliche Verursachung von Behinderung besonders deutlich, strukturelle Diskriminierung wird sichtbar. Mit Aktionen gegen den realen Gesellschaftsausschluss durch bauliche und technische Barrieren ging eine Umdefinition von »Behinderung als medizinische Kategorie« zu »behindernde Umwelt« einher. Der Grundsatz der Aktivitäten hieß »Wir sind nicht behindert, wir werden behindert«. Damit wurde aus dem individuellen unveränderlichen Schicksal eine gesellschaftlich verursachte Behinderung und damit ein veränderbarer Faktor. Dies ermöglichte behinderungsübergreifende Solidarität und gemeinsames Kämpfen gegen die bestehenden Zustände.

### **Partizipation statt Ausgrenzung**

Neben dem Anprangern von Menschenrechtsverletzungen auf dem »Krüppeltribunal« und zahlreichen Protest- und Widerstandsaktionen zeigte die Bewegung Alternativen auf, bzw. baute solche Angebote konkret selbst auf.<sup>2</sup> Sie unterstützte bundesweit behinderte Frauen und Männer mit Hilfe- und Pflegebedarf bei der Realisierung eines eigenen Lebensplans und entwickelte dabei über die selbstorganisierte Hilfe und Pflege das Modell der Persönlichen Assistenz, in dem behinderte Menschen Arbeitgeber/innen ihrer Assistent/innen sind. Wegweisend dafür war der Kongress »Leben, Lernen, Arbeiten in der Gemeinschaft« 1982 in München, organisiert von der VIF, dem ersten Ambulanten Dienst in Deutschland. Vorgestellt und vorgelebt wurden unterschiedliche Modelle der ambulanten Unterstützung körperbehinderter Menschen aus dem europäischen Ausland. Der Kongress stellte gleichzeitig das Konzept des Independent Living<sup>3</sup> aus den USA und Großbritannien vor. In den folgenden Jahren entstanden auch in Deutschland zahlreiche Beratungsangebote und Zentren für Selbstbestimmtes Leben. Seit 1990 gibt es die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland, ISL e. V., als Dachverband der Selbstbestimmt-Leben-Zentren, der die Arbeit der Zentren politisch unterstützt und in dem alle Entscheidungen von behinderten Frauen und Männern getroffen werden.

Aus der Bewegung heraus wurden auch infrastrukturelle Rahmenbedingungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten gestaltet wie z. B. Angebote des Ambulant Unterstützten Wohnens und der Begleiteten Elternschaft. Die politische Selbstvertretung der People First Gruppen<sup>4</sup> – Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V. wird seit Mitte der 1990er Jahre als Bewegung in der Bewegung unterstützt.

2 Z. B. der fib e. V. in Marburg ab 1982, Assistenzgenossenschaften in Bremen und Hamburg ab 1990.

3 In den Centres for Independent Living (CILs) beraten und unterstützen behinderte Menschen sich gegenseitig nach dem Prinzip des Peer-Counseling. Dieses Prinzip ist auch für die deutschen Zentren leitend.

4 Erstmals 1974 in den USA gegründete Selbstvertretungsgruppe von sog. geistig behinderten Menschen, die sich für die Abschaffung des diskriminierenden Begriffs »Geistige Behinderung« und ihre Rechte einsetzen.

## Bürgerrechte statt Almosen

Sinnbild für diese zentrale Idee der Bewegung war speziell die Auseinandersetzung mit der Aktion Sorgenkind<sup>5</sup>, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit das Bild des mitleiderregenden, unselbständigen und hilfebedürftigen behinderten Menschen prägte. Die Bewegung setzte den »mildtätigen« Spenden und Geldern von Stiftungen, die lediglich Almosen ohne Rechtsgrundlage und -anspruch waren, die Forderung nach umfassender rechtlicher Gleichstellung und individuellen Rechtsansprüchen sowie nach Durchsetzung bestehender Rechte entgegen. Rechtliche Gleichstellung und das Implementieren verbrieftter Rechtsansprüche waren auch der Hintergrund für das Bestreben einiger Akteure der politischen Behindertenbewegung, bei der Partei Die Grünen mit politischem Mandat tätig zu werden. Dieser Weg in die Legislative und der Zusammenschluss zum »Forum behinderter Juristinnen und Juristen« mit seinen Gesetzentwürfen, hochkarätigen Gesetzesvorlagen und Stellungnahmen prägten die weiteren Aktivitäten für eine gesetzliche Gleichstellung, in deren Mittelpunkt seit Ende der 1980er Jahre zunehmend der Bürgerrechtsgedanke stand. In breiter Koalition mit vielen Verbänden wurde 1994 die Grundgesetzänderung im Artikel 3 Abs. 3 als Benachteiligungsverbot für Behinderte erreicht. Allen Beteiligten war 1994 klar, dass sowohl ein Bundesgleichstellungsgesetz als auch Landesgleichstellungsgesetze und für den Bereich des Zivilrechts ein Antidiskriminierungsgesetz folgen mussten, um einklagbare Rechtsansprüche für benachteiligte Behinderte zu schaffen.

Als absolutes Novum in der deutschen Rechtsgeschichte wurden bei der Erarbeitung des Behindertengleichstellungsgesetzes, das am 1.5.2002 in Kraft trat, die beiden Juristen Horst Frehe und Andreas Jürgens als Betroffene beteiligt. Die Behindertenrechtskonvention (BRK) verdeutlicht den Paradigmenwechsel vom medizinischen zum menschenrechtlichen Modell von Behinderung und belegt gleichzeitig den Weg »vom Widerstand als unsichtbare Menschenrechtsoffer zu ExpertInnen auf dem Parkett der internationalen Politik« (Degener, 2010).

## Lebensqualität statt Lebenskontrolle

Fragen der Eugenik, später dann der Bioethik, spielten in der Behindertenbewegung von Anfang an eine wichtige Rolle, da es hierbei immer um eine Negativbewertung behinderten Lebens in Verbindung mit dessen Verhinderung geht. Neben der Auseinandersetzung mit den zumindest bis zur Neufassung des Betreuungsrechts 1992 zahlreich durchgeführten (Zwangs-)Sterilisationen behinderter Mädchen forderte der bundesweite Zusammenschluss der Behinderten- und Krüppelinitiativen Mitte der 1980er Jahre erfolglos die Schließung der Humangenetischen Beratungsstellen als zentrale Orte genetischer (tödlicher) Diskriminierung behinderten Lebens. Die Bewegung wandte sich gegen die Rechtfertigung selektiver Abtreibung im Rahmen des § 218 (StGB) und brandmarkte früh die embryopathische »eugenische« Indikation des § 218 (StGB) als legale Form selektiver Abtreibung genetisch abweichender Embryos, weil sie potentielle Träger einer Beeinträchtigung sind. In Veranstaltungen und öffentlichen Diskussionen bezogen Mitglieder der Behindertenbewegung seit Anfang der 1990er Jahre Stellung gegen die zunehmende Legitimierung von Screening und Selektion während der Schwangerschaft. Im Fokus des Widerstands standen seit 1980 auch die Bestrebungen der »Sterbehilfe«-Organisation »Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben« (DGHS) mit ihren Vertretern Hackethal und Atrott, die aktive Sterbehilfe zu legalisieren, deren »Notwendigkeit« an behinderten Menschen demonstriert wurde.

Kristallisationspunkte des Widerstandes waren weiterhin die Bücher und die Kampagnen des Präferenz-Utilitaristen<sup>6</sup> Peter Singer, der sehr deutlich das Lebensrecht behinderter Menschen in Frage stellt, wenn sie bestimmten, von ihm gesetzten Kriterien nicht entsprechen. Behinderten- und Krüppelinitiativen bildeten eine breite Koalition mit Gegnerinnen und Gegnern von Humangenetik, Zwangssterilisation, Bevölkerungspolitik und Gen- und Reproduktionstechnologien sowie vielen Behinderten und zahlreichen Eltern beeinträchtigter Kinder gegen die Auftritte von Singer in Dortmund und bei der Bundesvereinigung der Lebenshilfe 1989. Beide Veranstaltungen wurden wegen der Proteste abgesagt, Gegenveranstaltungen brachten Empörung und das Gefühl des Bedrohseins zum Ausdruck.

<sup>5</sup> Seit 2000 nach Änderung ihrer Satzung in Aktion Mensch umbenannt.

<sup>6</sup> Präferenz-Utilitarismus: Ethische Haltung, die Handlungen danach bewertet, ob sie jeweils die größte Menge Glück für alle Beteiligten hervorbringt. Eine Person – also ein menschliches Wesen, das bestimmte gesetzte Voraussetzungen im Hinblick auf Autonomie und Bewusstheit erfüllt – darf nicht getötet werden, da dies deren Bedürfnis zu Leben zuwider handeln würde. Nicht-Personen – z. B. Säuglinge, sog. geistig behinderte Menschen, Komapatienten, Demenzkranke – zu töten ist hingegen nicht nur zulässig, sondern geboten, da sich in dieser Sichtweise dadurch das Glück der Menschen im jeweiligen Umfeld vergrößern würde.

## **Die Bewegung behinderter Frauen**

Die Behindertenbewegung stellte radikal infrage, was seit mehr als 100 Jahren die ideelle Grundlage des deutschen Behindertenversorgungswesens war, und sorgte damit in vielen Bereichen für mehr oder weniger produktive Verunsicherung. Nicht in Frage gestellt wurde jedoch die männerzentrierte, heterosexistische Gesellschaftsordnung. Männer dominierten in der Anfangsphase der Bewegung, sie bestimmten Themen und Aktionsformen. Den Frauen wurde schnell bewusst, dass es hier keine Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Behinderungserfahrungen gab. Aber auch innerhalb der Frauenbewegung bestand kein Interesse, sich mit Erfahrungen behinderter Frauen wie verweigerter Mutterschaft oder gar erzwungener Sterilisation und/oder Abtreibung, Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt sowie verminderten Chancen in Ausbildung und Beruf im Vergleich mit behinderten Männern auseinanderzusetzen. So entstand eine Bewegung in der Bewegung: Die Frauen gründeten eigene Gruppen und Netzwerke, in denen sie u. a. anhand der genannten Themen ihre »doppelte Diskriminierung« – als Frau und Behinderte – analysierten und daraus resultierende Forderungen aufstellten, die nach und nach auch Eingang in Gesetze fanden. Frauen aus der Behindertenbewegung brachten die Problematik des selektiven Schwangerschaftsabbruchs nach Pränataldiagnostik in die Frauenbewegung ein, was dort zu vielen kontroversen Diskussionen führte, und sorgten dafür, dass das »Tabu im Tabu« – die häufig auftretende sexualisierte Gewalt an behinderten Mädchen und Frauen – als Aufgabe für Aufklärung, Prävention, Therapie und Strafverfolgung wahrgenommen wurde. In den meisten Bundesländern gibt es inzwischen Netzwerke behinderter Frauen; bundesweit werden die Interessen behinderter Frauen vom »Weibernetz e.V. Bundesnetzwerk von Frauen, Lesben und Mädchen mit Beeinträchtigung«, vertreten. Der Name ist ein Hinweis darauf, dass auch die Bewegung behinderter Frauen zunächst eine vorwiegend heteronormative Ausrichtung hatte, gegen die sich behinderte lesbische Frauen durchsetzen mussten.

## **Behindertenbewegung und linke/alternative Strömungen**

In der frühen Behindertenbewegung waren viele aktiv, die sich selbst als »links« bezeichneten, teilweise auch in »linken« Organisationen aktiv (gewesen) waren und dabei recht gemischte Erfahrungen sammelten. Insbesondere Vertreter/innen der »Krüppelgruppen« wurden geradezu hofiert, um dann als Beweis der eigenen Fortschrittlichkeit funktionalisiert zu werden. In der alltäglichen Interaktion zeigte sich oft, dass die postulierte Fortschrittlichkeit im Hinblick auf ein verändertes Verhältnis zu behinderten Menschen nur ein Lippenbekenntnis war.

Mit Entstehen der Grünen begannen sich Mitglieder der Behindertenbewegung auch dort zu engagieren, insbesondere nachdem die Grünen 1983 in den Bundestag gewählt worden waren und sich gesellschaftlichen Minderheiten als Sprachrohr anboten. Es bestand die große Hoffnung, über diese Verbindung Gesetzentwürfe, die die Teilhabe und Selbstbestimmung behinderter Menschen stärken würden, einbringen zu können. In der Zusammenarbeit zeigte sich jedoch, dass es unter den Grünen die gleichen Vorurteile wie bei anderen Menschen der Mehrheitsgesellschaft gab, mit denen man sich auseinandersetzen musste: Besonders deutlich wurde dies in den Kampagnen gegen Atomwaffen und der Medienarbeit nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl, wo jeweils mit Bildern behinderter Menschen vor den Folgen eines Atomkrieges bzw. -unfalls gewarnt wurde. Die Vorurteile zeigten sich aber auch im alltäglichen Umgang in Achtlosigkeit, Rücksichtslosigkeit und geringer Bereitschaft, sich mit Behinderten und ihren Sichtweisen wirklich auseinanderzusetzen. Trotz dieser Unstimmigkeiten kam es zur Bildung einer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Behindertenpolitik bei den Grünen, an der zunächst zahlreiche Mitglieder der Behindertenbewegung teilnahmen. Einige von diesen wagten später den »Marsch durch die Institutionen« und ließen sich hauptamtlich auf Grüne Politik ein. Der Bremer Mitbegründer der Krüppelgruppe Horst Frehe war 1987 einer der ersten aus der Behindertenbewegung, die als Abgeordnete in (Landes-)Parlamente einzogen. Inzwischen gibt es einige Mitglieder der Behindertenbewegung, die für die Grünen, aber auch für die Linke, in verschiedenen Landesparlamenten sitzen.

## Quellen/Vertiefungstexte

- Daniels, Susanne, von/Degener, Theresia u. a. (Hrsg.) (1983): Krüppeltribunal. Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat, Köln.
- Degener, Theresia (2010): Zur Bedeutung und Arbeitsweise des »Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen« nach Art. 34 BRK. Vortrag bei: 20 Jahre ISL. <http://www.isl-ev.de/attachments/article/694/Vortrag-Degener.pdf> (geöffnet 16.7.2011)
- Köbsell, Swantje (2006): Gegen Aussonderung – für Selbstvertretung: Zur Geschichte der Behindertenbewegung in Deutschland. Schriftliche Fassung eines Vortrags im Rahmen einer Ringvorlesung beim ZEDIS: [http://www.zedis.uni-hamburg.de/dokumente/Bewegungsgeschichte\\_HH\\_04-06\\_Vortrag.pdf](http://www.zedis.uni-hamburg.de/dokumente/Bewegungsgeschichte_HH_04-06_Vortrag.pdf) (geöffnet 16.7.2011).
- Köbsell, Swantje (2011): Eine Frage des Bewusstseins – zur Geschichte der Behindertenbewegung in Deutschland, in: Erzmänn, Tobias und Feuser, Georg (Hrsg.), »Ich fühle mich wie ein Vogel, der aus seinem Nest fliegt« – Menschen mit Behinderungen in der Erwachsenenbildung, Bern/Berlin u. a., S. 43-83.
- Mürner, Christian/Sierck, Udo (2009): Krüppelzeitung: Brisanz der Behindertenbewegung, Neu Ulm.
- Rothenberg, Birgit (2011): Selbstbestimmt Leben und seine Bedeutung für das Hochschulstudium, Bad Heilbrunn.
- Sandfort, Lothar (1983): GRUENE UND BEHINDERTE, in: Krüppelzeitung 2/1983, S: 15-16.

Jan Ole Arps

## Als aus Studenten Arbeiter wurden

### Revolutionäre Betriebsarbeit in Deutschland seit den 1970er Jahren

Was haben der Lobbyist Joschka Fischer, der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber und der Opel-Betriebsrat Klaus Franz gemeinsam? Sie sind in den 1970er Jahren als linksradikale »Aktivisten«, wie man heute sagen würde, in die Fabrik gegangen, um dort zu arbeiten – und die Arbeiter für die revolutionäre Sache zu gewinnen. Joschka Fischer als Mitglied der Sponti-Gruppe *Revolutionärer Kampf*, Berthold Huber im Auftrag des *Kommunistischen Arbeiterbunds Deutschland*, der Vorgängerorganisation der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands), und Klaus Franz als Anhänger der maoistischen KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/ Aufbauorganisation).

Joschka Fischer, Berthold Huber und Klaus Franz waren nicht die Einzigen, die nach 1968 den Kontakt zum Proletariat suchten. Einige Tausend junge Linke verließen die Universitäten, um sich in den Fabriken mit den Arbeitern zu vereinen. Harry Oberländer, der damals ebenso wie Joschka Fischer bei Opel in Rüsselsheim anheuerte, schrieb einige Jahre später einen Satz, der die Stimmung auf den Punkt brachte: »Ich wusste nicht, was auf mich zukam. Aber ohne die Arbeiterklasse hatten wir keine Chance, die Welt zu verändern, so viel war klar.«

Während Bücher über die Anschläge der RAF ganze Regalmeter füllen und mehrere Dutzend Filme sich bemühen, die Psyche von Ulrike Meinhof, Andreas Bader, Gudrun Ensslin oder weniger bekannten Mitgliedern der bewaffneten Linken auszuleuchten, herrscht über die Kämpfe in den Fabriken und den durchaus verbreiteten »Klassenverrat«, den die Söhne und Töchter des Bürgertums damals begingen, eine bemerkenswerte Unkenntnis. Das hat seine Gründe: Die Arbeits- und Ausbeutungssphäre ist ein Ort, über den nur in Ausnahmesituationen öffentlich gesprochen wird. Normalerweise sind die Verhältnisse und Konflikte am Arbeitsplatz »Privatsache«. Die Aktiven damals waren nicht zuletzt mit dem Ziel angetreten, dieses Schweigen über die Arbeit zu durchbrechen.

### Raus aus der Uni – rein in die Bevölkerung

Der Schritt in die Fabriken ist nicht zu verstehen, ohne sich zwei zentrale Erfahrungen ins Gedächtnis zu rufen, die die jungen Protagonisten der Bewegungen von 1968 geprägt hatten. Zum einen schien sich die Welt in einem Tempo zu verändern, das schwindeln ließ: Anfang der 1960er hatten sich die meisten afrikanischen Länder nach langen Befreiungskämpfen von der europäischen Kolonialherrschaft befreit. In den USA mobilisierte die Bürgerrechtsbewegung für die Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung, und auch die Proteste gegen den Vietnamkrieg nahmen kein Ende. In China mündete Maos Aufruf zur Kulturrevolution in einer breiten Jugendbewegung gegen die alten Parteifunktionäre, und in der Tschechoslowakei forderte der Prager Frühling die bürokratisch erstarrten realsozialistischen Systeme heraus. Angesichts dieser Ereignisse schienen revolutionäre Veränderungen auch in Europa, ja sogar im biederen Westdeutschland, möglich. Die revolutionäre Welle war nicht aufzuhalten: »You better start swimming, or you'll sink like a stone«, sang Bob Dylan in »The Times They Are A-Changing«. Neben dem Gefühl, alles erreichen zu können, stand am Ende des Jahres 1968 eine weitere Erfahrung: Die Macht der Protestbewegung war begrenzt. Auch in der Bundesrepublik hatte der Aufbruch vor allem Jugendliche und junge Erwachsene erfasst; das politische Zentrum waren die Universitäten, genauer gesagt: der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS). In den Mobilisierungen gegen die Notstandsgesetze, für eine Hochschulreform und gegen den Springer-Konzern zeigten sich jedoch deutlich die Grenzen des Protests. Die Auslieferung der Springer-Zeitungen konnte nicht verhindert werden, nicht einmal nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, als es in zahlreichen Städten zu Straßenschlachten und Attacken auf die Auslieferungsfahrzeuge des Konzerns kam. Die Notstandsgesetze wurden trotz großer Demonstrationen und ebenso großer öffentlicher Empörung verabschiedet. Versuche, die Arbeiter zu den Protesten zu mobilisieren, scheiterten am Unwillen der Gewerkschaften oder am fehlenden Kontakt der jungen Revolutionäre zum »Proletariat«.

Zugleich zeigten die Ereignisse in Frankreich und Italien, welche Sprengkraft gemeinsame Kämpfe von Studenten und Arbeitern entfalten konnten. Als die westdeutsche Protestbewegung Ende 1968 abebbte und der SDS zerfiel, entbrannte eine heftige Debatte um die Organisationsfrage und darum, wie das Bündnis mit dem Proletariat geschmiedet werden könnte. Als dann im September 1969 eine Welle wilder Streiks auch durch westdeutsche Betriebe ging, gab das den Diskussionen um organisierte Betriebsarbeit neuen Auftrieb. »Es war sowieso klar, dass man raus musste aus diesem studentischen Milieu und rein in die Bevölkerung«, sagt Barbara Köster, damals aktiv im Frankfurter SDS und der Betriebsprojektgruppe.<sup>1</sup> »Gut, dann zeigte es sich auch nach kampfwillig, das Proletariat, und dann war die Frage: Wie kommen denn die beiden zusammen, ›Intelligenz und Proletariat‹, und werden ein Traumpaar?«

Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass der revolutionäre Funke nicht von allein überspringen würde, dass man vielmehr den Geist der Rebellion »in die Betriebe tragen« müsse. Dazu kamen allerlei weitere politische oder persönliche Motive: Abenteuerlust, Neugier auf die unbekannte Welt der industriellen Produktion oder schlicht das Gefühl, dass man diesen wichtigen Bereich der Gesellschaft überhaupt erstmal kennenlernen musste, sollte es mit der Revolution weitergehen. »Wir, die linken Studenten«, schrieb eine Gruppe aus dem Kölner SDS, deren Mitglieder sich auf mehrere Großbetriebe aufteilten, »sprachen von Proletariat, proletarischer Linie an der Hochschule etc. und wussten vom westdeutschen Arbeiter nur, dass er morgens verflucht früh aufstehen muss und tagsüber blaue Anzüge trägt. Aus Werken von Marx, Lenin und Mao Tse-tung hatten wir außerdem noch gelernt, dass die Kollegen Mehrwert schaffen und ausgebeutet werden. Das war aber auch schon fast alles.«<sup>2</sup>

Doch darüber, wie der Schritt in die Fabriken aussehen sollte, gingen die Vorstellungen ziemlich weit auseinander.

### »Spontis« und Maoisten

Da waren zum einen die Basis- und Betriebsprojektgruppen, die in den großen Universitätsstädten entstanden und die später als »Sponti-Gruppen« bezeichnet wurden (und sich auch selbst so nannten).<sup>3</sup> Viele dieser Gruppen stellten sich die Aufgabe, die Situation und die Konflikte in den Betrieben zunächst zu untersuchen, um die Bedingungen für eine revolutionäre Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter zu ergründen. Die Stichworte hierfür lieferte eine Strömung des italienischen Marxismus, der »Operismus« (von Operaio – Arbeiter). Dessen Untersuchungen in den norditalienischen Fabriken der 1960er hatte eine neue, an den wilden Streiks der aus Süditalien stammenden »Massenarbeiter« orientierte politische Theorie und Praxis inspiriert.

Ausgangspunkt der Operaisten war die Beobachtung, dass die Arbeiterklasse nicht als einheitlicher, überhistorischer Akteur angesehen werden könne. Vielmehr sei sie ständig in Bewegung. In Arbeitskämpfen und politischen Auseinandersetzungen formiere sie sich als kollektive Kraft. Das Kapitel wiederum versuche, diese widerständige Kollektivität, die »politische Zusammensetzung« der Arbeiter, durch technische Umstrukturierungen des Produktionsprozesses zu zersetzen. Diese Lesart des marxischen Kapitals nahm eine grundlegend andere Perspektive auf die Gesellschaft ein: Nicht die Konkurrenz der Einzelkapitale, sondern die Kämpfe und Verweigerungsstrategien der Arbeiter begründeten den Zwang zur permanenten Revolutionierung des Produktionsprozesses. Die Arbeitskämpfe seien somit die eigentliche Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die durch die Umstrukturierungen erreichte »technische Neuzusammensetzung« der Arbeiter in der Fabrik wirke wiederum auf ihr politisches Verhalten, ihre »politische Zusammensetzung« zurück. Hier habe die Untersuchung anzusetzen. Sie müsse die technische Zusammensetzung analysieren, die in ihr liegenden Widersprüche – zugleich die Bedingungen für eine neue politische Zusammensetzung – aufspüren. Das sollte in Diskussionen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern geschehen, die diese Auseinandersetzungen zugleich befähigen sollten, ihre Situation besser zu verstehen und dagegen zu kämpfen.

1 Sofern nicht anders vermerkt, stammen die Zitate aus Interviews, die ich für das Buch »Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren« gemacht habe.

2 Gruppe Arbeiterkampf, Streik bei Ford Köln, Köln 1973, S. 230.

3 Die Bezeichnung verweist darauf, dass diese Gruppen den spontanen Tendenzen in den Klassenkämpfen besondere Bedeutung beimaßen. Die Auseinandersetzung über das Verhältnis spontaner Kämpfe und politischer Avantgarde geht zurück auf eine Kritik Rosa Luxemburgs an Lenins Parteimodell zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Im – nicht nur italienischen – Marxismus der 1950er und 60er Jahre barg diese These einigen Zündstoff. Denn sie forderte den Anspruch der Kommunistischen Parteien heraus, die »objektiven Interessen der Arbeiterklasse« zu repräsentieren. Zugleich erlaubte sie es, die gegen die Arbeit gerichteten Aktionen der aus dem Süden zugewanderten »Massenarbeiter« in den Blick zu nehmen. In den Sabotagestreiks und Straßenschlachten, in denen die süditalienischen Arbeiter gegen die monotone und anstrengende Arbeit am Band, die Kasernierung in Wohnheimen und den Rassismus der norditalienischen Gesellschaft rebellierten, drückte sich kein Stolz auf die Arbeiterexistenz aus, wie er die Kultur der Kommunistischen Parteien prägte. Hier brach sich die Wut über die entwürdigende Organisation der Arbeit und die Funktion als Arbeitskraft überhaupt Bahn.

Die Kämpfe der Massenarbeiter drückten den Arbeitskonflikten der 1960er Jahre ihren Stempel auf. In dem Maße, wie sich die Arbeitermilitanz in Italiens Fabriken ausbreitete, nahmen auch die rebellierenden Studenten die operaistischen Thesen mit wachsender Begeisterung auf.

Auch vielen westdeutschen Antiautoritären schien die Theorie aus Italien attraktiv, betonte sie doch die Möglichkeit spontaner und nicht gewerkschaftlich eingehogter Auseinandersetzungen in den Fabriken. Und auch der Vorschlag, die Klassenzusammensetzung zu untersuchen, leuchtete schon allein deshalb ein, weil es in den Produktionsstätten der westdeutschen Industrie eine Arbeiterschicht gab, die den süditalienischen Massenarbeitern in vielerlei Hinsicht ähnelte: die sogenannten Gastarbeiter, oder, wie sie von den deutschen Anhängern des Operaismus genannt wurden – die multinationalen Massenarbeiter.

In mehreren Städten machten sich daher ab 1970 Gruppen des Sponti-Spektrums an eigene Untersuchungen. Diese Gruppen wollte das Proletariat nicht als Avantgarde anführen, sondern durch gemeinsame Aktionen solche Arbeiterinnen und Arbeiter aufspüren, die in den Kämpfen der Folgejahre selbst die Rolle einer betrieblichen Avantgarde einnehmen könnten. Auf die griffigste Formel brachte die Frankfurter Gruppe *Revolutionärer Kampf* (RK) diese strategische Vorstellung. Ihren programmatischen Aufsatz zur Betriebsintervention aus dem Jahre 1971 überschrieb sie mit »Untersuchung – Aktion – Organisation.«<sup>4</sup>

Eine zweite, gemessen an der Zahl ihrer Teilnehmer weitaus größere Variante, sich von einer Studenten- in eine Arbeiterorganisation zu verwandeln, setzte auf die Gründung maoistisch-kommunistischer Organisationen.<sup>5</sup> Ab 1970 entstand eine ganze Reihe solcher Organisationen, die sich an den Schriften Lenins und Mao Tse-tungs orientierten und das Ziel verfolgten, eine neue, revolutionäre kommunistische Arbeiterpartei aufzubauen. Diesen Anspruch trugen sie oft schon im Namen vor sich her: KPD/ML (Marxisten-Leninisten), KPD/AO (Aufbauorganisation), *Kommunistischer Bund*, *Kommunistischer Bund Westdeutschland*, *Kommunistischer Arbeiterbund Deutschland* – so oder ähnlich lauteten die Namen der Organisationen, die zusammenfassend K-Gruppen genannt werden.

Diese Gruppen beabsichtigten, Arbeiterinnen und Arbeiter für die künftige KPD zu gewinnen und »revolutionäres Klassenbewusstsein« im Proletariat zu verbreiten. Dabei orientierten sie sich an Lenins Modell der Avantgardepartei. Die Arbeiter, hatte Lenin in seinem 1902 erschienenen Aufsatz »Was tun?« geschrieben, würden allein durch ihre wirtschaftlichen Kämpfe allenfalls »trade-unionistisches« oder »nur-gewerkschaftliches« Bewusstsein entwickeln, sich also für möglichst gute Verkaufsbedingungen ihrer Ware, der Arbeitskraft, organisieren. Die Einsicht, dass die kapitalistische Warenproduktion insgesamt revolutionär überwunden werden müsse, könne ihnen nur von außen, durch die Partei gebracht werden. Die Partei sollte die Arbeiter daher im ökonomischen und politischen Kampf anführen; durch besonders consequenten Einsatz für Arbeiterinteressen sollten ihre Kader sich Vertrauen bei ihren Klassengenossen erwerben und so für Glaubwürdigkeit der Partei in politischen Fragen sorgen. Zentrales Agitations- und Organisationsmittel war die Zeitung, in der die Partei ihre Positionen vorstellte und die ideologische Auseinandersetzung mit konkurrierenden Organisationen führte.

Dieses Modell versuchten die diversen konkurrierenden kommunistischen Parteien und Bünde für die Bundesrepublik zu adaptieren. Auch die Mitglieder dieser Organisationen kamen, zumindest in der Anfangszeit, oft von den Universitäten. Viele von ihnen fingen in Industrieunternehmen an, um sich zu »proletarisieren«, also selbst zu Arbeitern zu werden. Damit war in manchen Organisationen durchaus auch die kulturelle Anpassung an ein

4 *Revolutionärer Kampf: Untersuchung – Aktion – Organisation*, in: Internationale Marxistische Diskussion: Arbeitspapier No. 3, Berlin 1971, 3-21.

5 Neben »Spontis« und »Maoisten« gab es noch eine Reihe weiterer Versuche, das Bündnis zwischen Studenten und Proletariat zu schmieden: Sehr viele organisierten sich nach 1968 in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die sich politisch an der Sowjetunion ausrichtete; daneben arbeiteten anarchistische, trotzkistische und auch christliche Gruppen und Zirkel in den Fabriken. Auch politische Bildungsarbeit in den Gewerkschaften war ein Aktionsfeld vieler an der Arbeiterbewegung orientierter Linker nach 1968. In diesem Text liegt das Augenmerk aber auf den beiden erstgenannten Strömungen.



bestimmtes Bild des Arbeiters gemeint: Die Haare wurden wieder kürzer, die Kleidung ordentlicher, und die Rockplatten verschwanden in die hinteren Fächer des Regals. Für die Mitglieder der K-Gruppen hatte diese Maskerade die Funktion, Gewissheit zu stiften: Die bürgerliche Existenz, die bis vor kurzer Zeit angestrebte Berufskarriere, aber auch die antiautoritäre Disziplinlosigkeit wurden an den Nagel gehängt. Stattdessen begann die Laufbahn als Berufsrevolutionär im Proletariat.

### **Die Fabrik, ein Abenteuerspielplatz**

»In den ersten Tagen war es für mich unmöglich, aus den Geräuschen der arbeitenden Maschinen die Einzelstimmen herauszuhören und die verschiedenen Arbeitsvorgänge, die zu jedem Geräusch gehören, in ihrer Abfolge zu begreifen. Die Halle mit dem durchsichtigen Kunststoffdach kam mir vor wie ein enormes Zelt über einem Gewirr von Lauten und Stimmen, aus dem ich zunächst nur unterscheiden konnte, dass die Maschinen der eigentlich lebendige und tätige Teil der Halle sind: die Maschinen stampfen, dröhnen, grunzen, spucken, die Ventile fauchen, die Maschinenhämmer knallen, die Schraubchenteller klicken, die Maschinen werden gefüttert, geputzt und, wenn etwas nicht funktioniert, sofort repariert.«<sup>6</sup>

Mit diesen Worten beschrieb der Schriftsteller Peter Schneider 1970 seine ersten Eindrücke von der Arbeit in einer Bosch-Fabrik in Berlin. Viele andere erlebten ihren Arbeitsbeginn ähnlich. Die Fabrik war, jedenfalls für die meisten, die zuvor studiert hatten, eine fremde Welt. Sie schüchterte ein. Und sie faszinierte.

Die Fabrik hatte eine offizielle Funktionsweise – die Arbeitsanweisungen, Dienstvorschriften und Handgriffe, die der Arbeitsprozess vorgab – und eine inoffizielle, die unter der Oberfläche lag: die kleinen Korrekturen am Arbeitsgerät, die Methoden zum Überlisten der Maschinen, das Langsamarbeiten, wenn kein Meister da war, die Schleichwege, auf denen man unbemerkt einige Minuten vor Ende der Arbeitszeit zu den Spinden gelangen konnte. Aber auch die vielfältigen Tätigkeiten, denen die Kollegen neben der Arbeit nachgingen. Peter B., der im Mai 1973 beim Autohersteller Ford in Köln anfang, beschreibt das Motorenwerk, in dem 3 000 Leute unterschiedlicher Nationalitäten in drei Schichten arbeiteten, trotz der strikten Arbeitsorganisation als kaum kontrollierbaren Markt der Möglichkeiten. »Ford war ein Abenteuerspielplatz«, sagt er. »Du konntest alles kaufen, alles handeln, alles tauschen – es war eine echte Subkultur!«

Egal, ob die Aktivisten die Fabrik als faszinierend oder bedrückend erlebten – alle machten die Erfahrung, dass sie nach ziemlich anderen Regeln funktionierte als die Welt des politischen Protests, die die Aktivisten in den Jahren zuvor geprägt hatte. Eine zentrale Schwierigkeit bestand für Aktive aller Strömungen darin, ihre Vorstellungen von Parteaufbau oder revolutionären Kämpfen mit dem Alltag am Arbeitsplatz in Einklang zu bringen.

### **»Morgen« oder »Mahlzeit«**

»Du musst die Arbeiter *begrüßen* (>Morgen< oder >Mahlzeit<). Das ist sehr wichtig, denn viele Arbeiter halten Flugblattverteiler für überhebliche Intellektuelle, die sie belehren wollen. (...) Eine normale Begrüßung durch den Verteiler drückt dessen kollegiale Einstellung zu den Arbeitern aus und wird in den meisten Fällen wie selbstverständlich beantwortet.« Mit diesen Worten bereitete im Jahr 1970 die KPD/ML-Zeitung *Roter Morgen* ihre Verkäufer vor Betrieben auf den Kontakt mit dem Proletariat vor.<sup>7</sup> Der Verkauf der Parteizeitung und/oder spezieller Betriebszeitungen war ein wichtiger Bestandteil der »politischen Aufklärung« der Arbeiter durch die maoistischen Gruppen. Sie war allerdings, zumindest was die Parteizeitungen angeht, alles andere als erfolgreich. Die frustrierenden Berichte von Verkaufseinsätzen, bei denen, wenn überhaupt, nur ein oder zwei Zeitungen abgesetzt wurden, sind als Bild für die Unsinnigkeit des Vorhabens haften geblieben. Die Anleitung für Verteiler verweist bereits auf ein Grundproblem der »Bewusstseinsarbeit« am Proletariat: Wie die Arbeiter politisch belehren, ohne dass es nach Belehrung und Besserwisseri aussieht?

Schon anders sah es bei der politischen Arbeit im Unternehmen aus. Oppositionelle Betriebsgruppen, die gegen Missstände im Werk angingen, fanden durchaus Zuspruch bei den Kollegen – vor allem bei denen, die sich durch die Politik des Betriebsrats und der Gewerkschaften nicht vertreten fühlten: Migrantinnen und Migranten,

6 Peter Schneider: Die Frauen bei Bosch, in: Kursbuch 21: Kapitalismus in der Bundesrepublik, Berlin 1970, 83.

7 Roter Morgen, Nr. 10, November 1970.

An- und Ungelernte, Jugendliche, Frauen. Und auch die Betriebszeitungen, die in der Regel von Aktiven aus dem Unternehmen verfasst wurden, Probleme in einzelnen Abteilungen benannten und zu Konflikten im Werk Stellung bezogen, stießen auf Interesse. Die revolutionären »Betriebsarbeiter« bemerkten das schnell und orientierten sich bei ihren Aktivitäten bald an den Interessen und Bedürfnissen der Kolleginnen und Kollegen, mit denen sie täglich zusammenarbeiteten. »Ich fand es völlig unsinnig, im Betrieb die Revolution zu proklamieren«, sagt Annette Schnoor, die seit 1973 in der KPD/ML aktiv war und seit 1974 Betriebsrätin in einem Siemens-Werk in Witten. »Weil das nichts mit dem Leben der Kolleginnen zu tun hat. Also habe ich die ›politische Agitation‹ oft weggelassen.«

Für die kommunistischen Bünde und Parteien stellte der Verzicht auf politische Propaganda, das »Abgleiten« ihrer Mitglieder in eine rein »trade-unionistische« Praxis in unterschiedlichem Maße ein Problem dar. »Die Aufgabe der Kommunisten ist gerade«, schrieb etwa die KPD/ML-Zeitung *Roter Morgen* im Jahr 1973, »die Erfahrungen der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf mit den politischen Kampfaufgaben zu verbinden.«<sup>8</sup> Durch Vernachlässigung dieser Aufgaben sei es zu »rechten Abweichungen in der praktischen Zellenarbeit« gekommen. Wie eine solche Verbindung indes aussehen könnte, wusste die Partei nicht anzugeben. Meist blieb es bei der Mahnung, verstärkt »politische Enthüllungen« vor dem Fabrikator durchzuführen.

Die operaistischen Gruppen hatten dieses Problem nicht – zumindest in der Theorie. Die Bedürfnisse, die die Arbeiter in ihren Kämpfen artikulierten (nach mehr Geld, weniger Arbeit, mehr Freizeit und gegen die betriebliche Hierarchie), waren nach dieser Lesart in der Tendenz bereits gegen die Erfordernisse der kapitalistischen Produktion gerichtet. Es käme daher vor allem darauf an, die Autonomie der Arbeitskämpfe zu stärken und ihrer Einhegung und Bevormundung durch die Gewerkschaften entgegen zu wirken.

In der Tat waren die Betriebe zu Beginn der 1970er Jahre von einer bis dahin kaum gekannten Unruhe geprägt. Nie wurde so viel und so häufig ohne Zustimmung der Gewerkschaften gestreikt wie in den Jahren zwischen 1969 und 1973. Vor allem Frauen und ausländische Arbeiter, aber auch Lehrlinge und Auszubildende verlangten selbstbewusst das Ende ihrer Benachteiligung: Die Forderung nach linearen (also nicht-prozentualen) Lohnerhöhungen, die besonders den schlecht bezahlten Beschäftigtengruppen zugute kamen, oder nach Abschaffung der unteren Lohngruppen boten immer wieder Anlässe für spontane Arbeitsniederlegungen, die sich der Logik gewerkschaftlicher Tarifverhandlungen widersetzen – und die die Beteiligten nicht selten in Konflikt mit den Interessenvertretern in Betriebsrat und Gewerkschaft brachten.

Diese Ereignisse bestätigten einige Grundannahmen der operaistischen Gruppen, etwa was das kämpferische Potenzial der »multinationalen Massenarbeiter« anging, die ganz unten in der betrieblichen Hierarchie standen. Doch dass allgemein viel gestreikt wurde, bedeutete nicht, dass das auch in den Betrieben passierte, in denen die Gruppen aktiv waren. Und selbst wenn, waren solche Streiks besondere Ereignisse, die allenfalls einige Tage dauerten. Gaben sich die Aktivisten in diesen Auseinandersetzungen zu erkennen, zog das meist ihren Rauschmiss nach sich. Blieben sie unerkannt, bedeutete das, dass ihnen wieder ein an aufbauenden Ereignissen armer Arbeitsalltag bevorstand.

Während die Arbeit im Betrieb nur selten durch politische Erfolge aufgehellt wurde, entstanden außerhalb der Fabriken immer neue gesellschaftliche Kämpfe: Hausbesetzungen und Kämpfe für selbstverwaltete Jugendzentren in fast allen westdeutschen Städten, erste Ansätze zu einer neuen Frauenbewegung. Außerdem hatten auch viele junge Arbeiter und Lehrlinge, auf die die Aktivisten trafen, gar kein Interesse, auf Dauer in der Fabrik zu bleiben. Wenn sie konnten, schmissen sie den Job im Werk hin und nutzten die Gelegenheit zur Flucht aus der Hierarchie der industriellen Produktion – sei es in die Jugendzentren, in die ökonomischen Nischen der linken Szene oder in Arbeitslosigkeit, Jobs oder Abenteuerium.

Angesichts dieser Erfahrungen stellten sich viele Mitglieder der Sponti-Gruppen die Frage, warum sie selbst weiter in der Fabrik schufteten sollten. Der *Revolutionäre Kampf* aus Frankfurt erklärte 1973, die Jugendzentrumsbewegung, Hausbesetzungen und Schülerstreiks seien die modernen Klassenbewegungen des jugendlichen Proletariats.<sup>9</sup> Sie spiegelten das Bedürfnis wider, gegen den Stumpfsinn in Arbeit, Ausbildung und Freizeit aufzubegehren und das eigene Leben selbst zu organisieren. Der RK gab die Betriebsarbeit zugunsten seiner anderen Aktivitäten auf.

<sup>8</sup> Roter Morgen, Nr. 4, Februar 1973.

<sup>9</sup> Revolutionärer Kampf: Betriebsarbeit, in: Redaktion diskus: Küsst den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Berlin/Amsterdam 1992, 273-286.

## Arbeitskämpfe in der Krise

Das Jahr 1973 markiert in mehrererlei Hinsicht einen Bruch. Nicht nur der RK, sondern die meisten Sponti-Gruppen beendeten in diesem Jahr ihre »Intervention« in die Fabriken und wendeten sich den neuen sozialen Bewegungen und den Aktivitäten der linken Szene zu, diskutierten über die politischen Möglichkeiten der Arbeitslosigkeit (»Nicht-Arbeit«) oder über den Aufbau alternativer, kollektiv geführter Betriebe. Auch die Welle betrieblicher Kämpfe zerschellte an den heftigen Reaktionen der Unternehmer auf die Streiks des Jahres 1973: Die Zerschlagung des wilden Streiks bei Ford in Köln, der mehrheitlich von türkischen Arbeitern getragen worden war, steht sinnbildlich für das Ende dieses Arbeitskampf-Zyklus' in Westdeutschland.

Dass die Unternehmen so heftig reagierten, hatte seinerseits damit zu tun, dass die wirtschaftliche Aufschwungphase, die die kapitalistischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg hatte erblühen lassen, mit der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1973 jäh endete. Das wiederum veränderte die Bedingungen für betriebliche Kämpfe in den Folgejahren dramatisch. Die Unternehmen »rationalisierten« die Produktion, führten neue Maschinen ein, verlagerten Fertigungsstätten in andere Länder – und griffen Forderungen aus den betrieblichen Kämpfen der frühen 1970er Jahre teilweise auf, indem sie Gruppenarbeit einführten und die Arbeit modernisierten. Ab Mitte der 1970er und erst recht in den 1980er Jahren dominierten nicht mehr offensive Forderungen nach mehr Lohn die Arbeitskonflikte; zunehmend kämpften die Belegschaften gegen Entlassungen, Betriebsschließungen und -verlagerungen.

Auch die K-Gruppen reagierten auf diese Entwicklung, wenn auch recht unterschiedlich. Bewegungsorientierte Gruppen wie der *Kommunistische Bund* verlagerten den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ebenfalls zu den neuen sozialen Bewegungen: Sie engagierten sich in den Protesten gegen Atomkraftwerke und später in der Friedensbewegung. Andere wie z. B. die KPD/ML hielten an der Zentralität des Proletariats und der Klassenkämpfe fest und bemühten sich, ihre Position in den Unternehmen zu festigen. Viele engagierten sich weiter in oppositionellen Kollegengruppen in ihren Unternehmen (oder hielten diese am Leben). Ab Mitte der 1970er Jahre eroberten solche Gruppen ansehnliche Minderheitenpositionen, manchmal sogar die Mehrheit in den Betriebsräten größerer Unternehmen. Weniger erfolgreich waren Versuche, eine »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« aufzubauen. Viele hundert betrieblich aktive Linke wurden im Laufe der 1970er Jahre aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und waren im Unternehmen von Kündigung bedroht.

Zum Ende des Jahrzehnts ließ das Interesse der linken Bewegungen an den Kämpfen in den Unternehmen nach. Wer trotzdem blieb, hatte gute Gründe dafür gefunden. Manchen entschädigte eine interessante Tätigkeit oder die guten Kontakte zu Kollegen dafür, dass mit der Revolution vorerst nicht zu rechnen war. Andere fanden eine sinnvolle Aufgabe im Betriebsrat oder gönnten es der Gegenseite nicht, dass man sie so schnell wieder loswurde. Einigen machten sogar doch noch Karriere – im Betriebsrat oder Gewerkschaftsapparat; Berthold Huber und Klaus Franz sind nur zwei Beispiele für jene, die über die Jahre vom revolutionären Betriebsaktivisten zum angesehenen Sozialpartner der Unternehmen wurden. Für viele, die in der Fabrik blieben, spielten schließlich ganz praktische Gründe eine Rolle. Peter B., der Anfang der 1980er von der Metall- in die chemische Industrie wechselte, sagt: »Mir gefiel die Zusammenarbeit mit den Kollegen auf der Schicht echt gut. So eine Solidarität hast du in anderen Berufen selten. Und finanziell war es auch nicht das schlechteste. Du hattest zwar nie zu viel Geld, aber als Facharbeiter doch ein ganz gutes Einkommen. Wir hatten zwei Kinder und konnten eigentlich immer in Urlaub fahren.«

Viele der Verbliebenen hielten unter veränderten Vorzeichen an ihrer oppositionellen Haltung fest. Sie bildeten in den 1980er und 1990er Jahren – und teilweise bis heute – die Netzwerke der betrieblichen und gewerkschaftlichen Opposition in Westdeutschland.

In weiten Teilen der linken Bewegungen ist die Geschichte dieses Versuchs heute vergessen oder nur in Form von Anekdoten präsent. Wenn Linke heute wieder beginnen, ihre eigenen Erfahrungen mit Arbeit und Ausbeutung als politische Fragen zu begreifen, ist das vielleicht eine gute Gelegenheit, sich an die Experimente gegen die Arbeit am Fließband zu erinnern.

## Literatur

### Bücher

- Jan Ole Arps: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren, Berlin/Hamburg 2011.
- Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt/New York 2007.
- Frombeloff: ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993.
- Jochen Gester, Willi Hajek (Hrsg.): 1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er Revolte, Bremen 2002.
- Gruppe Arbeiterkampf: Streik bei Ford in Köln, Köln 1973.
- Willi Jasper, Karl Schlögel, Bernd Ziesemer: Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin 1981.
- Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Frankfurt am Main 2007.
- N. N.: Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.
- Revolutionärer Kampf: Untersuchung – Aktion – Organisation, in: Internationale Marxistische Diskussion: Arbeitspapier Nr. 3, Berlin 1971.
- Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002.
- Peter Vollmer: 1976 bis 1978. Zwei Jahre im Kabelwerk Winckler Berlin. Ein Rückblick nach persönlichen Aufzeichnungen.

### Eingestellte Zeitschriften

- Autonomie – Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, hier v. a. Nr. 9, 1977

### Websites

- [www.mao-projekt.de](http://www.mao-projekt.de) (hier sind ziemlich viele Texte unterschiedlicher K-Gruppen im Original zu lesen)
- [www.labournet.de](http://www.labournet.de)
- <http://www.labournet.de/express/index.html>; express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
- [www.wildcat-www.de](http://www.wildcat-www.de), Gruppe und Zeitung

## **Die Linke und »das Laster«? – Geschichte und Perspektive linker Schwulenpolitik**

### **Die Schwulenbewegung – ein linkes Projekt der 1970er Jahre**

Westdeutsche Homopolitik nahm ihren Anfang damit, dass in der Bundesrepublik unter Justizminister Gustav Heinemann (SPD) 1969 endlich der von den Nationalsozialisten verschärfte § 175 StGB reformiert wurde und Homosexualität unter erwachsenen Männern damit straffrei war. Sie bezog ihre Impulse aus der Studentenbewegung und aus der Frauenbewegung. Das Erbe des § 175 StGB aus der Nazi-Zeit, die nicht aufgearbeitete Verfolgung der Schwulen und die forcierte Debatte über die Nazi-Vergangenheit in der Studentenbewegung führten fast automatisch dazu, dass die politische Schwulenbewegung von Beginn an antifaschistisch war – der Rosa Winkel, den homosexuelle KZ-Häftlinge als Kennzeichen tragen mussten, wurde zum Symbol dafür. (§ 175 galt nur für männliche Homosexualität, Lesben wurden strafrechtlich nicht ausdrücklich verfolgt, galten unter den Nazis als asozial und wurden nach 1945 im Rahmen der Missachtung von Frauenrechten und weiblicher Sexualität weiterhin mitdiskriminiert.) Die gesellschaftliche Funktion der Unterdrückung von männlicher Homosexualität (von den Nazis betrieben im Gleichklang mit der Unterdrückung der Frau, der Verleihung des Mutterkreuzes und der Verfolgung von Abtreibung) sahen die Schwulen vor allem in der Bevölkerungspolitik, in der Notwendigkeit von industriellen und militärischen Reservearmeen für eine kriegstreibende, kapitalistische Gesellschaft und einem damit verbundenen Männerbild. Der Kampf für die Emanzipation der Schwulen war also antikapitalistisch und antimilitaristisch. Eine Parole auf der ersten Schwulendemonstration 1972 in Münster lauteten: »Brüder und Schwestern, ob warm oder nicht, den Kapitalismus bekämpfen ist unsere Pflicht!« Mit »Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger« antwortete die Schwulenbewegung später auf die Politik von Franz Josef Strauß. Die natürlichen Bündnispartner dieser Schwulenbewegung waren linke Organisationen, egal ob traditionelle Parteien oder auch die aus der Studentenbewegung entstandenen Gruppierungen. Diese waren jedoch alle durch und durch patriarchalisch organisiert, drängten Frauen an den Rand und nahmen alles, was mit sexueller Emanzipation und dem Kratzen an einem traditionellen Männerbild zu tun hatte, als »Nebenwiderspruch« von der Tagesordnung. Diese Erfahrungen führten zu einer Nähe der Schwulenbewegung zum Feminismus und zur neuen Frauenbewegung, die ihren Ursprung der Legende folgend darin hatte, dass die Frauenaktivistin und Filmregisseurin Helke Sander 1968 auf einer Delegiertenversammlung des SDS eine Tomate in Richtung des männerbesetzten Präsidiums warf.

Als sich in der DDR – inspiriert durch die Bewegung im Westen – 1973 eine Gruppe von Lesben und Schwulen während der Weltfestspiele der Jugend zeigte, lautete die Parole: »Wir Homosexuelle der Hauptstadt begrüßen die Teilnehmer der X. Weltfestspiele und sind für den Sozialismus in der DDR«. Auch hier hatte man es mit patriarchalen Strukturen zu tun, war man links und friedenspolitisch motiviert. Später bewegten sich Schwulen- und Lesben-Arbeitskreise »unter dem Dach der Kirche« im Zusammenhang mit Friedensgruppen, viele ihrer Vertreter wollten die DDR nicht abschaffen, sondern den Sozialismus weiterentwickeln, eine bessere DDR anstreben.

Der Aufbruch der Schwulen (und Lesben, die sich damals noch vorrangig in der Frauenbewegung sammelten) Anfang der 1970er Jahre war also ein linkes Projekt mit dem Ziel, die Gesellschaft zu verändern. Ihre Bündnispartner, die politische Linke, zeigte ihnen die kalte Schulter.

### **Die Vorgeschichte**

Der Kampf der Homosexuellen gegen Verfolgung und Unterdrückung war von Beginn an verbunden mit der Arbeiterbewegung. Interessen und Motive waren aber auf beiden Seiten durchaus unterschiedlich. SPD und KPD traten für die Streichung des § 175 aus dem Reichsstrafgesetzbuch ein. Wenn's drauf ankam, haben sie sich nie gescheut, für die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele auch antihomosexuelle Vorurteile zu bedienen und zu mobilisieren. Wie kam das?

Für die SPD war es Eduard Bernstein, der im Theorieblatt »Die Neue Zeit« 1895 eine erste politische Einordnung der Homosexualität vorgenommen hat (»Die Beurteilung des widernormalen Geschlechtsverkehrs«). Anlass

war der »Sensationsprozesses« gegen den homosexuellen Schriftsteller Oscar Wilde in London. Bernstein widerspricht zunächst der Bezeichnung »widernatürlich«, denn widernatürlich sei das gesamte »Kulturleben«. Er zieht den Begriff »widernormal« vor und rückt die (Homo-)Sexualität damit in den Bereich des Gesellschaftlichen, historisch Gewachsenen. Im zweiten Schritt ordnet er sie jedoch vor allem als eine gesellschaftliche Verfallserscheinung ein, die einerseits strafrechtlich verfolgt wird, andererseits in den Großstädten jedoch trotzdem ihre Feste feiert, die genau in der dekadenten Gesellschaft ihre Nahrung finde, die Wilde jetzt den Prozess mache – so verlogen im übrigen, dass Wildes Stücke zum Amüsement der Londoner Gesellschaft während des Prozesses munter weiter gespielt wurden. Bernstein greift aber auch neuere medizinische und psychiatrische Theorien über Homosexualität auf und räumt ein, dass es sie auch als Krankheit gebe. Was folgt daraus? 1. Homosexualität ist als Verfallserscheinung Produkt der Bourgeoisie und des libertinen Adels, die sich im Sozialismus sowieso erledigt haben wird. Denn die Arbeiterklasse ist der Bourgeoisie moralisch überlegen. Rein und klar strahlt das Bild des fleißigen Arbeiters und seines sauberen Mädels. 2. Die strafrechtliche Verfolgung der männlichen Homosexualität durch die herrschende Klassenjustiz ist eine verlogene Angelegenheit. Sie trifft auch jene, die »krank« sind, vor allem aber jene, die sich nicht wehren können. Denn wer Geld und Einfluss habe, fände Möglichkeiten und Wege, die Gesetze zu umgehen – genauso wie im Fall des § 218.

Als die erste deutsche Homosexuellenbewegung, das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee unter Leitung von Magnus Hirschfeld eine Petition zur Streichung des § 175 StGB an den Reichstag formulierte, war es deshalb folgerichtig, dass August Bebel diese Petition 1898 in den Reichstag einbrachte. An Initiativen zur Streichung des Paragraphen waren SPD und KPD, auf ihrer Seite vor allem der rechtspolitische »Experte« und später in Moskau unter Stalin ermordete Felix Halle, bis 1933 immer wieder beteiligt. Das änderte jedoch nichts am Bild vom Homosexuellen und hinderte die SPD (und später auch die KPD) nicht daran, dieses Bild für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. So war es der sozialdemokratische »Vorwärts«, der 1902 die Affäre um den homosexuellen Alfred Krupp ins Rollen brachte, der von der kaiserlichen Rüstungspolitik profitierte, seine Arbeiter ausbeutete und es sich leisten konnte, seine Homosexualität auf Capri auszuleben. Die SPD kochte ihr Süppchen auch auf der Eulenburg-Affäre. Im Bruderkampf zwischen SPD und KPD nutzte die KPD den Fall des homosexuellen Serienmörders Fritz Haarmann in Hannover, um von einem »Noske-Haarmann-System« zu sprechen (der ihr verhasste Gustav Noske war zu diesem Zeitpunkt dort Polizeipräsident). Als die NSDAP und mit ihr auch die Schlägertruppen der SA immer stärker wurden, schlachtete die Linke schließlich Ernst Röhms Homosexualität aus, statt ihn politisch zu bekämpfen. Sie fragte, ob Deutschlands Mütter diesem Mann weiter ihre Söhne anvertrauen wollten. Bert Brecht griff das Thema in seinem »Marsch ins Dritte Reich« auf: »... und kameradschaftlich sei der Verkehr«. Die antihomosexuelle Kampagne verselbstständigte sich, im Exil nannte man die NSDAP »Bewegung der Homosexuellen«, das Stereotyp des »homosexuellen Nazis« zog sich durch die Presse und die Literatur des antifaschistischen Exils. Maxim Gorki wird das Bonmot zugeschrieben, »man rotte alle Homosexuellen aus – und der Faschismus wird verschwunden sein«. Klaus Mann nannte dies in seinem 1934 zunächst unter dem Titel »Die Linke und ›das Laster‹« publizierten Aufsatz »Homosexualität und Faschismus« »abscheulich«. Der Motor der antifaschistischen Volksfront unter den Intellektuellen sah sich genötigt, festzustellen: »Mit ein paar Banditen die erotische Veranlagung gemeinsam zu haben, macht noch nicht zum Banditen.« Gehört wurde er nicht. In der DDR galten Homosexuelle als Sicherheitsrisiko, noch 1986 entfernte die Staatssicherheit Kränze, die Homosexuelle zum Gedenken an die schwulen Opfer des Nationalsozialismus im KZ Sachsenhausen niedergelegt hatten. Im Westen achtete die VVN lange darauf, dass das Gedenken an die »eigentlichen« Opfer, die Politischen, nicht durch das Gedenken an Homosexuelle beschädigt wurde.

Nach dem Krieg blieb das Stereotyp vom homosexuellen Nazi in der BRD wie in der DDR – gerade durch die zurückkehrenden Exilanten – virulent. Ein Anknüpfen an den positiven Teil des Erbes von SPD und KPD war nicht möglich, alle Ansätze dazu wurden erstickt. Immerhin hat die DDR die Verschärfung des § 175 StGB durch die Nazis von vornherein zurückgenommen und den verbliebenen § 175 (alte Fassung aus der Weimarer Republik) im Rahmen einer Strafrechtsreform 1968 weitergehend reformiert. In der Bundesrepublik blieb der Nazi-Paragraph bis 1969 in Kraft.

### **Die Entwicklung der Schwulenbewegung im Westen**

Das Sexuelle ist politisch! Politische Emanzipation geht nicht ohne die Befreiung der Sexualität – und umgekehrt. »Wir schwulen Säue wollen endlich Menschen werden und wie Menschen behandelt werden. Und wir müssen selbst darum kämpfen. Wir wollen nicht nur toleriert, wir wollen akzeptiert werden.« Das war der neue Ton der Schwulenbewegung. Bis dahin haben Homosexuelle ein Doppelleben geführt. Tagsüber waren sie brav

und bieder. Mit der »schwulen Sau vom Bahnhof«, dem Stricher also und all jenen, über deren Promiskuität und sexuellen Ausschweifungen es jede Menge Gerüchte gab, wollte man nicht in Verbindung gebracht werden. Nachts dann strich man durch Klappen und Parks, besuchte heimlich die verruchten Bars, wo man vor Eintritt klingeln musste und durch ein kleines Fenster begutachtet wurde. Eigentlich wollte man dabei nur in Ruhe gelassen werden.

Rosa von Praunheims Film »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt« (1971) zeigte dann ein realistisches Bild eines schwulen Doppellebens und sagte in Richtung Gesellschaft: So sind wir. Und so, wie wir sind, fordern wir Akzeptanz. Den Schwulen sagte er – in Fortsetzung des Zitats oben: »Es geht nicht nur um eine Anerkennung von Seiten der Bevölkerung, sondern es geht um unser Verhalten unter uns. Wir wollen keine anonymen Vereine! Wir wollen eine gemeinsame Aktion, damit wir uns kennenlernen und uns gemeinsam im Kampf für unsere Probleme näherkommen und uns lieben lernen.«

Das war ein politisches Programm einer absoluten Minderheit, das – wie übrigens auch die Ausstrahlung des Films von Rosa von Praunheim im Fernsehen – von Protesten Jener begleitet wurde, die sich als Sprecher der homosexuellen Mehrheit verstanden (so schrieb der Vorstand der »Internationalen homophilen Weltorganisation« IHWO in einem Offenen Brief an WDR-Intendanten Klaus von Bismarck, die Ausstrahlung des Films habe »für die Homosexuellen verheerende Wirkungen«). Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus und der Kampf gegen das Patriarchat gehörten zur Emanzipation der Sexualität: Die Befreiung der Frauen und der Schwulen wurden zu einem Gradmesser. Das Patriarchat auf Seiten der Linken hat das durchaus als Kampf-ansage verstanden – und es antwortete entsprechend. Schwule Genossen galten intern als unsichere Kantonisten und als erpressbar, nach außen wollte man mit dem Thema Homosexualität nicht in Verbindung gebracht werden. Im Stern 41/1978 – in Anlehnung an die Aktion »Wir haben abgetrieben« aus dem Jahr 1971, wo sich Frauen öffentlich zum illegalen Schwangerschaftsabbruch bekannt haben – haben 682 Männer bekannt: »Wie sind homosexuell und haben Spaß daran.« Unter ihnen war auch Paul S., der hinzugefügt hat: »Ich bin in der DKP, und wer Kommunist ist und auch noch schwul, hat es doppelt schwer.« Ihm wurde deshalb parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, er wurde zur Schiedskommission einbestellt und um der Schande eines Parteiausschlusses zuvorzukommen, ist er ausgetreten. Erst Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre schlossen sich Schwule innerhalb linker Organisationen zusammen und nahmen den Kampf gegen solcherlei Borniertheiten in Angriff. Die einzige Partei, die aus einer liberalen Haltung heraus die Abschaffung des § 175 StGB forderte, war damals die FDP. Als sie das 1980 in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD wiederholte, antwortete Helmut Schmidt laut Spiegel 46/1980: »Da müssen Sie sich einen anderen Koalitionspartner suchen.« Mit Aufkommen der Grünen und dem Erstarken der alternativen, »neuen sozialen Bewegungen« begann eine Entwicklung, die dazu geführt hat, dass heute jede Christopher-Street-Day-Parade von der örtlichen Politik-Prominenz begleitet oder sogar angeführt wird. Die Abschaffung des § 175, so die Ironie der Geschichte, war nicht die Krönung eines Erfolgs der Bewegung, sondern wurde still und leise unter Helmut Kohl vollzogen – 1994 in Erfüllung des Vereinigungsvertrags. Die DDR hatte den Paragraphen inzwischen restlos gestrichen – eine Rechtsangleichung in Form einer Wiedereinführung dort war nun wirklich nicht mehr durchsetzbar.

### **Die AIDS-Krise, gesellschaftlicher Wandel und die Schwulenbewegung**

Mit der AIDS-Krise Mitte der 1980er Jahre geriet die sowieso nur von einer absoluten Minderheit getragene Schwulenbewegung in die Defensive. Der Spiegel leuchtete noch den letzten Darkroom und die schwule Sauna aus, um die Bevölkerung über das »perverse« Treiben dort zu informieren. Um die Bevölkerung vor der »Schwulenseuche« zu schützen, wuchsen Pläne für eine neue Repression, bis hin zur Kasernierung HIV-positiver Homosexueller. Diese Pläne widersprachen aller gesundheits- und gesellschaftspolitischen Vernunft und konnten sich am Ende nicht einmal unter Helmut Kohl durchsetzen, der mit dem Programm einer »geistig-moralischen Wende« angetreten war. Denn den GesundheitspolitikerInnen bis hin zur zuständigen Bundesministerin Rita Süßmuth (CDU) ging es darum, die besonders gefährdete Gruppe der Homosexuellen mit ihren Präventionsbotschaften zu erreichen – man musste sie deshalb als Partner gewinnen. Erstmals entstand deshalb auf breiter Basis die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit den AIDS-Hilfen und schwulen Trägern der Prävention. Egal, ob für Kondome geworben oder »Treue als der beste Schutz« propagiert wurde – plötzlich war es möglich, dass in Präventionskampagnen im Fernsehen und auf Litfaßsäulen ein positives Bild von Homosexualität oder Händchen haltenden Männerpaaren gezeigt wurden. In dieser Situation kam auch die Forderung nach Anerkennung homosexueller Partnerschaften auf die Tagesordnung – eine Forderung, die in den Medien ankam und bei einem großen Teil der Bevölkerung zum Katalysator einer wachsenden Toleranz wurde.

## **Wachsende Akzeptanz in der Gesellschaft und Marginalisierung der Linken**

Die kleinen, der gesellschaftlichen Konfrontation zu verdankenden Erfolge der Schwulenbewegung bis Mitte der 1980er Jahre, das Erstarken der alternativen Bewegungen und der Grünen als ihr parteipolitischer Ausdruck, die Kampagnen zur AIDS-Prävention und die Debatte über die Homo-Ehe konnten dazu führen, dass sich immer mehr Schwule in der Öffentlichkeit zeigten. Anfang der 1990er Jahre entstanden schwule Gruppierungen auch in bürgerlichen Parteien, schwule Manager organisierten sich, es entstanden Sportvereine und Wandergruppen. 1998 organisierten sich sogar die »Schwulen und Lesben in der Union«. Die anfangs politischen Demonstrationen zum Christopher-Street-Day wandelten sich zu »Paraden«, statt der Veränderung der Gesellschaft stand nun die »Sichtbarkeit in der Gesellschaft« auf der Agenda. Die linke Minderheit, die bis Mitte der 1980er Jahre nur deshalb das Bild der Schwulen in der Öffentlichkeit geprägt hatte, weil die Mehrheit sich bedeckt hielt, wurde damit an den Rand gedrängt. Homosexuellenpolitik entwickelte sich zu einer Politik der Mehrheit der Homosexuellen innerhalb »ihrer« Gesellschaft. In diese Bewegung reihten sich auch viele Gruppen aus der untergegangenen DDR ein. Bürgerrechte, gleichberechtigter Zugang zu Wohnungen für Paare, zu allen Positionen in Gesellschaft und Beruf, zu den Medien, zur Berichterstattung – das waren auch ihre Themen, als sie sich in den 1980er Jahren in der DDR zu organisieren begannen. Auf diesem Sektor erzielten sie erste Erfolge, als der Staat sich unter dem wachsenden Druck der Ausreisewelle auch seiner abweichenden Minderheiten annehmen und ihr Angebote machen musste. Heute geht es um die vollständige Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft, um die Aufnahme einer schwulen Sportgruppe in den Stadt-Sportbund, um die Förderung eines Chores. Homo-Politik wird auch zur Klientelpolitik mit deutlicher Orientierung auf den Mittelstand, wenn sie beispielsweise, statt überholte Privilegien der Ehe anzugreifen, das »Ehegatten-Splitting« für Homo-Paare fordert.

Wer Bürgerrechte und Menschenrechte ernst nimmt und den Rechtsstaat für eine förderliche Einrichtung hält, muss für die rechtliche Gleichbehandlung von Schwulen und Lesben eintreten. Das ist zwar keine originär linke Politik, aber auch die Linke muss dies tun. Dazu gehört neben dem wachsamen Blick auf die Situation in anderen Ländern, dem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen auch aufgrund der sexuellen Identität oder der sexuellen Orientierung unter anderem auch die nach wie vor aktuelle Forderung nach Anerkennung, Rehabilitation und (kollektiver) Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus und der Unrechtsurteile nach § 175 in der BRD aus den Jahren bis 1969. Gerade dazu hat sogar der heutige Kanzleramtsminister Eckart von Klæden schon im Oktober 1997 für die CDU-Fraktion im Bundestag erklärt, dass es »von besonderer Bitterkeit für die Opfer« sei, »dass sie auch in der demokratischen Bundesrepublik weiter mit einer Pönalisierung haben leben müssen« und dass »dieses Parlament den verfolgten Homosexuellen etwas schuldig ist.«

## **Linke Homo-Politik und queere Politik**

Mitte der 1980er Jahre, parallel zur AIDS-Krise, setzt auch eine andere Tendenz ein, die ihren Ursprung in den USA hat und sich aus ganz praktischen Frage speiste: »Queer Politics« und »Queer Theory«. Schwarze kämpften für ihre Rechte, erlebten jedoch, dass schwarz nicht gleich schwarz ist, dass es schwarze Obdachlose und schwarze Industriebosse gibt. Schwarze Frauen mussten die Erfahrung sammeln, dass der Feminismus weißer Mittelstands-Frauen keine Antwort auf ihre Probleme bietet. Männer haben gelegentlich Sex mit Männern, definieren sich aber nicht als schwul und werden deshalb von den Botschaften der AIDS-Prävention nicht erreicht. Die wenigen Beispiele zeigen: Emanzipatorische Politik verfehlt ihren Anspruch, wenn sie ihre Adressaten mit einer klar definierten Identität – Wir Deutsche!, Wir Arbeiter!, Wir Frauen!, Wir Schwarze!, Wir Schwule! – auf eine Eigenschaft unter vielen reduziert. Denn verschiedene Identitäten – ethnische, soziale, kulturelle, geschlechtliche, sexuelle, religiöse – überlagern sich, setzen sich in konkreten individuellen und sozialen Situationen immer neu zusammen, geraten in Widerspruch zueinander, definieren sich neu. Der politisch interessante Kern eines daraus abgeleiteten Politik-Ansatzes liegt darin, dass er auf eine »diversifizierte« Art verschiedene Kräfte entfalten und – dem Konzept der »Diversity« folgend – strategische Bündnismöglichkeiten im Kampf um jedes kleine, aber konkrete Stück Freiheit eröffnen kann. Wenn in der Kantine mit Blick auf den schwulen Arbeitgeber Witze erzählt werden, ist der schwulenfeindliche Gehalt unter gewerkschaftlichen Aspekten ein Nebenwiderspruch. Wenn nur der schwule Kollege Solidarität zeigt, bleiben »die Schwulen« unter sich. Im Arbeitskampf steht der schwule Kollege dann wieder Seite an Seite mit den Heteros gegen den schwulen Chef. Da ist etwas faul! Queere Politik mischt deshalb die Grenzen der Identitäten auf und eröffnet die Chance, lediglich partielle, an »Identitäten« gebundene Bündnisse auf eine prinzipielle Grundlage zu stellen. Es geht ihr nicht um »den Schwulen« oder »den Arbeiter«, sondern ums Ganze. Ihre Grundlage ist, dass jeder ein Gegner der Freiheit ist, der anderen Freiheiten nimmt, und jedem Solidarität gebührt, dem sie genommen wird – egal ob sexuell, politisch, sozial ... Ein



linkes Emanzipationsprojekt muss sich darum kümmern, dass sich das Individuum in allen seinen Eigenschaften entfalten kann. Das setzt aber voraus, dass all diese Eigenschaften, egal ob man sie versteht, persönlich billigt oder auch nur nachempfinden kann, ob sie kulturell, ethnisch, religiös, sexuell oder sonst wie geprägt sind, erst einmal anerkannt werden als zu verteidigender Ausdruck menschlicher Existenz. Die Grenze ist da, wo die Freiheit des Einen in die des Anderen eingreift, er diese als »freie Verfügungsmasse« im eigenen Interesse betrachtet. Da endet die Freiheit patriarchaler Männer gegenüber Frauen, schwuler Arbeitgeber gegenüber heterosexuellen Mitarbeiterinnen, heterosexueller deutscher Frauen gegenüber ihrer Putzfrau mit Migrationshintergrund ... Ein solches Politikverständnis bedeutet jedoch einen radikalen Bruch mit der Tradition, die mit Eduard Bernstein begonnen hat und die noch heute in manchen Köpfen lebendig ist.

»Queer Politics« ist anstrengend, anstrengender, als jetzt schon feministische Politik in den Strukturen einer Partei zu verankern. Wer jedoch an die emanzipative Homosexuellenpolitik von vor 100 und vor 40 Jahren anknüpfen und die Grenzen identitärer Klientelpolitik überwinden will, kann keine »Homo-Politik« mehr für homosexuelle Bürger machen. Es geht nicht mehr um die Emanzipation der Homosexuellen (oder der Frauen), sondern um die Emanzipation des Individuums in seinen unterschiedlichen sozialen Bezügen. Wie verhält sich eine solche Politik zu Klassen und Gewerkschaften, zu einer linken Interessenvertretung der Arbeiterklasse? Muss die Identität als Arbeiter nicht Priorität haben? Man kann auch andersherum fragen: Hat nicht die Identität als Arbeiter längst an bindender Kraft und Bedeutung verloren gegenüber anderen Aspekten, gegenüber einem »Individualismus«, der sich aus vielen »Identitäten« speist, so dass Gewerkschaft und Arbeiterpartei nicht mehr die große, integrierende Organisation ist, wie sie es lange war?

Ansätze zu einer »queeren« Politik finden sich unter anderem

- in einer konsequenten Menschenrechtspolitik;
- in der immer wieder neu vorgetragenen Kritik eines gewissen Automatismus, der in der Partei und in der Gesellschaft immer wieder patriarchale Strukturen reproduziert;
- in einer Bildungspolitik, die dafür sorgt, dass Schule sich öffnet und statt traditioneller Rollenbilder und Lebensformen die ganze Bandbreite sozialen Lebens ins Blickfeld nimmt;
- in einer Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, die es jedem Individuum gestattet, von den Erträgen seiner Arbeit tatsächlich leben zu können, also mit den Früchten seiner »Arbeiter-Identität« seine anderen »Identitäten« leben zu können, ohne in Abhängigkeiten zu geraten oder falsche Rücksichten nehmen zu müssen;
- in einer Sozialpolitik, die die Bindung ihrer Leistungen an die Existenz der Familie oder eines Geschlechts aufgibt, sondern das Recht auf Bildung, Gesundheitsvorsorge, Altersversorgung, soziale Sicherheit an das Individuum knüpft – unabhängig von seiner »Lebensform« in einer Familie, Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder als Single – Kinder sind da selbstverständlich eingeschlossen;
- darin, die sozialen, pflegerischen und medizinischen Berufe und Einrichtungen so auf ihr Klientel vorzubereiten, dass die einzelnen Diversitäten respektiert werden und dass darauf eingegangen werden kann;
- in einer konsequenten Antidiskriminierungspolitik.

## Literatur

- Amendt, Günter (Hrsg.): Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR. Köln 1989 (nur noch antiquarisch).
- Bernstein, Eduard: Aus Anlass eines Sensationsprozesses. Die Neue Zeit Nr. 32, 1895, S. 171-176.
- ders.: Die Beurteilung des widernormalen Geschlechtsverkehrs. Die Neue Zeit Nr. 34, 1895, S. 228-233 (der zweite Artikel auch unter [http://www.neue-einheit.com/deutsch/is/is1998/is11\\_98.htm](http://www.neue-einheit.com/deutsch/is/is1998/is11_98.htm)).
- Butler: Judith: Queere Bündnisse und Antikriegspolitik. Hamburg 2011.
- Grumbach, Detlef (Hrsg.): Die Linke und das Laster. Schwule Emanzipation und linke Vorurteile. Hamburg 1995.
- Grumbach, Detlef (Hrsg.): Was heißt hier schwul? Politik und Identitäten im Wandel. Hamburg 1997.
- Grumbach, Detlef: »Zur Spezies herabgedrückt.« Von der Konstruktion des Homosexuellen zur Queer Theory. Deutschlandradio Kultur – Zeitreisen, 15. 2. 2006, 30 Minuten, Manuskript auf <http://www.detlef-grumbach.de/schwules.html>.
- Jagose, Annamarie: Queer Theorie. Eine Einführung. Berlin 2001.
- Setz, Wolfram: Homosexualität in der DDR. Materialien und Meinungen. Hamburg 2006.

## Klima- und Energiekämpfe

Soziale Bewegung zum Thema Klima und Energie – tut es Not, diese als ein separates Phänomen abseits der Anti-Atom-Bewegung zu behandeln? Kann überhaupt von einer Klima- bzw. Energie-Bewegung auf bundesdeutscher bzw. transnationaler Ebene gesprochen werden, oder handelt es sich – wird eine der verbreiteten Definitionen von sozialer Bewegung zugrunde gelegt – bei beobachtbaren Phänomenen eher um Einzel-Aktivitäten basisorientierter Gruppen? Die erste Frage wollen wir eindeutig mit ja beantworten; zeigt sich doch in der letzten Dekade hinsichtlich des Klima- und Energiethemas eine Zuwendung von Bewegungsakteuren auf bis dato unbeschränktes Terrain und damit einhergehend die Herausbildung neuer Strategien, Bündnisse und Aktionsformen (siehe hierzu auch Brunnengräber 2011): die Formierung eines gegenüber der Hegemonie neoliberaler Klimapolitik antagonistischen Projekts. Auf den folgenden Seiten wollen wir entsprechende Veränderungen anhand zentraler Stränge aufzeigen: *Erstens* die grundlegenden Veränderungen in der Akteurs-Landschaft durch zu den Verhandlungen als sogenannte Observer zugelassenen Non-Governmental Organisationen (NGO), *zweitens* die Verbreitung sogenannter Klimacamps – d. h. basisorientierter Zusammenkünfte auf lokaler Ebene, die Ausgangspunkt direkter Aktionen gegen zentrale Treibhausgas-Emittenten wie auch Orte alternativer Ansätze für eine kohlenstoff-neutrale Gesellschaft darstellen – und *drittens* das Auftreten von Akteuren der globalisierungskritischen Bewegung im klimapolitischen Feld. Drei Stränge, die in Aktivitäten um die UN-Klimaverhandlungen 2009 in Kopenhagen (COP15) kumulieren. Während die Verhandlungen selbst weit hinter den Erwartungen vieler zurückblieben, offenbarte sich – wie wir darstellen werden – in deren Umfeld die Zuwendung »globaler Bewegung« zur internationalen Klimapolitik in einer bislang nicht dagewesenen Qualität, die auch über die Verhandlungen hinaus eine gewisse Kontinuität aufweist. Damit wird uns die Beantwortung der zweiten eingangs gestellten Frage nach dem Bewegungskarakter möglich, bevor wir mit einem Ausblick auf Perspektiven der Kämpfe um Klima- und Energie abschließen.

### Climate Justice versus Neoliberalisierung des Klimas

Das zivilgesellschaftliche Feld internationaler Klimapolitik kennzeichnet sich durch eine Vielzahl aktiver klimapolitischer Gruppen. Der Großteil der umwelt- und entwicklungspolitisch orientierten Nicht-Regierungsorganisationen organisiert sich seit 1989 im Climate Action Network (CAN), einem internationalen Zusammenschluss von aktuell über 500 Organisationen. Zunächst konzentriert sich ihr Engagement auf awareness-raising und Lobby-Arbeit für eine umfassende Klimapolitik: »Sie forder[n] die Pro-Kopf-Angleichung der Emissionen, mehr Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen und eine andere, das Klima schützende Wirtschaftsweise« (Brunnengräber et al. 2008: 97). Auf die von der Clinton-Administration Anfang der 1990er Jahre in die Klimaverhandlungen eingebrachten marktbasierenden Lösungsansätze zum Klimaschutz, wie zum Beispiel den Emissionshandel, reagiert eine Reihe von Akteuren aus CAN mit grundlegender Kritik. Spätestens mit der Aufkündigung des entsprechenden Mechanismen implementierenden Kyoto-Protokolls durch Bush 2001 trägt die Mehrheit in CAN jedoch den »global consensus«, der markt-basierte Mechanismen als »the ›only show in town‹« begreift (Lohmann 2008: 50). Dieser Wandel ist Ausdruck der in CAN vorherrschenden Strategie »konfliktiver Kooperation« (Brunnengräber et al. 2008: 108), eines affirmativen Bezugs auf den Gesamtprozess, der die Grundlage des politischen Handelns darstellt.

Während innerhalb der internationalen Institutionen markt-basierte Lösungsansätze zunehmend als alternativlos betrachtet werden, bildet sich in Abgrenzung hierzu ab Anfang des Jahrtausends eine kritische Programmatik und damit verbunden eine neue Akteursformation heraus: Es sind diverse Akteure, v. a. auch aus dem globalen Süden, die eine zum Mainstream der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen konträre Position entwickeln (siehe hierzu Pettit 2004). Sie schließen dabei an das Framing der globalisierungskritischen Bewegung sowie der Environmental-Justice-Bewegung Nordamerikas an, die ab Anfang der 1980er Jahre die ungleiche Betroffenheit armer und Schwarzer<sup>1</sup> Menschen von Umwelteinwirkungen hervorhebt (siehe hierzu bspw. Checker 2005). Die

<sup>1</sup> »Schwarz« wird hier als politischer Begriff verstanden, der innerhalb einer rassistisch strukturierten Gesellschaft auf einen konstruierten Standort hinweist, welcher häufig mit Unterdrückungsverhältnissen einhergeht.

Ausrichtung einer Reihe sogenannter Climate Justice Summits ab dem Jahr 2000 trägt zur Konstitution der Forderung nach Climate Justice als einem Bezugspunkt kritischer sozialer Kräfte bei. Hinter der Forderung nach Climate Justice steht die Feststellung, dass die Menschen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind und sein werden, die Menschen sind, die am wenigsten zu seiner Verursachung beigetragen haben. Der Umgang mit dem Klimawandel wird damit als Frage der Menschenrechte begriffen.

Zusammen mit der Forderung nach Climate Justice werden wiederkehrend bestimmte Positionen artikuliert (siehe Angus 2009). Dazu zählt eine grundsätzliche Kritik der Marktmechanismen als »false solutions«, die Forderung an die industrialisierten Länder, ihrer moralischen und historischen Verantwortung gerecht zu werden sowie die Forderung danach, fossile Ressourcen im Boden zu belassen. Die Forderung nach Climate Justice verbindet eine Vielfalt getrennt voneinander existierender Kämpfe (Bedall & Austen 2010): KleinbäuerInnen, die Ernährungssouveränität einfordern, Aktivist\_innen des Südens, die für die Anerkennung der historischen Klimaschuld(en) der Industrieländer streiten oder indigene Gemeinschaften, die sich gegen Kohle und Uran-Abbau wenden.

Mit dem Ensemble von Forderungen, die in Verbindung mit Climate Justice artikuliert werden, konstituiert sich ein gegenüber der neoliberalen Hegemonie in der internationalen Klimapolitik antagonistisches Projekt. Auf der Ebene der (akkreditierten) Observerorganisationen kumuliert es 2007 in der Gründung der NGO-Koalition Climate Justice Now!, die eine Reihe von NGOs umfasst, denen bereits bei den Protesten der globalisierungskritischen Bewegung eine wichtige Bedeutung zukam.

### **Das Phänomen der Klimacamps**

Neben den dargestellten Entwicklungen im Umfeld der internationalen Verhandlungen kommt einem weiteren Phänomen für die Herausbildung einer »gegen«-hegemonialen Programmatik wesentliche Bedeutung zu: Den Klimacamps die – beginnend mit dem Jahr 2006 – ihre Aufmerksamkeit auf die Blindstellen herrschender Klimapolitik richten (siehe im Weiteren hierzu Frenzel 2011). Als basisorientierte Zusammenkünfte stellen sie ihrem Anspruch nach (Lern-)Orte alternativer Ansätze für eine klimagerechte Gesellschaft dar, sind Ausgangspunkt direkter Aktionen gegen zentrale Treibhausgas-Emittenten und wollen zur Bildung einer Klimabewegung beitragen. Auf lokaler Ebene artikulieren Klimacamps so eine Kritik an der fossilen Energieproduktion, der Inwertsetzung von Treibhausgas-Emissionen oder an technologischen Lösungen wie der CO<sub>2</sub>-Sequestrierung.

Klimacamps haben ihre Wurzeln in der radikalen Umweltbewegung in Großbritannien. Zu den Vorläufern der Camps gehören das Anti-Roads-Movement, Reclaim the Streets, Earth First und Teile der globalisierungskritischen Bewegung. Geburtsort für die Idee eines Klimacamps scheint das Ökodorf im schottischen Stirling zu sein, das während des G8-Gipfels 2005 in Gleneagles als »Basislager« für Aktivist\_innen dient. Hier gab es die Initialzündung für ein antikapitalistisch orientiertes Engagement zum Thema Klimawandel. Ausschlaggebend ist neben der Euphorie über den Erfolg einiger Protestaktionen ebenso die Entrüstung der Aktivist\_innen über den Versuch der Regierungen, sich als »Klimaretter« neue Legitimität zu verschaffen. Auch im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm zwei Jahre später trugen diese Phänomene zu einer Politisierung der bundesdeutschen Bewegungslinken gegenüber dem Klimathema bei. Ein Thema, anhand dessen die eigene politische Agenda erneuerbar erscheint, indem Forderungen und Aktionen in einen entsprechenden »Frame« gestellt werden.

Im August 2006 bildete ein erstes Camp nahe der Drax Power Station, dem größten britischen CO<sub>2</sub>-Emittenten, den Auftakt der sich – vor allem in den Industrieländern – in den Folgejahren verbreitenden Erscheinung. Das erste deutsche Klimacamp<sup>2</sup> fand 2008 in Hamburg statt – zusammengelegt mit einem anti-rassistischen Camp. Es ist dabei Ausdruck der Hinwendung eines Teils der deutschen (Bewegungs-)Linken zum Klimathema, gegen das bis dahin starke Berührungängste existierten. Diese wurzelten zum einen in der bis Heiligendamm fast ausschließlichen Bearbeitung des Themas durch Regierungen oder NGOs, die mit ihren Strategien der Lobbyarbeit bzw. der konfliktiven Kooperation als »Legitimationsressource« kritikwürdiger Herrschaftsverhältnisse betrachtet werden. Sie trügen dazu bei, so die Kritik, »die Akzeptanz internationaler Beschlüsse zu erhöhen und ihre lokale Implementierung zu erleichtern« (Brunnengräber et al. 2001). Zum anderen schien das Klimathema von

2 2010 gab es ein kleines Klimacamp in Bonn. 2011 finden gleich zwei Camps statt: Eines in der Nähe von Köln, das andere bei Cottbus, jeweils am Rande großer Braunkohletagebauegebiete.

den Grünen besetzt, denen aufgrund ihrer Zustimmung zum Jugoslawienkrieg bzw. zum als unzureichend empfundenen Atom-Konsens tiefes Misstrauen entgegengebracht wurde.

Ausgehend von Großbritannien treten mit den Camps im klimapolitischen Feld bis dahin unbekannte Strategien und Aktionsformen zivilen Ungehorsams in Erscheinung. Die Motivation vieler Aktivist\_innen, sie aufzugreifen, beruht dabei auf der Wahrnehmung des Klimawandels als drängendem Problem und dem Wunsch, gegen seine Ursachen und die hervorgerufenen Ungerechtigkeiten vorzugehen. Verstärkend wirkt die Erfahrung von Repression, die zur Aufrechterhaltung des als gefährlich und destruktiv wahrgenommenen Status quo eingesetzt wird. Ziviler Ungehorsam wird somit zum Ausdruck des konsequenten Eintretens für die verfolgten Ziele – zu einer kollektiven Selbstermächtigung. Das Erleben einer »Bewegung in Aktion« motiviert zur Teilnahme und trägt so zur Herausbildung einer kollektiven Identität bei, die für jede soziale Bewegung Voraussetzung ist.

### **»Ein anderes Klima ist möglich!« – Die transnationale globalisierungskritische Bewegung entdeckt das Klima**

Gegenüber CJN! und CAN, den zwei NGO-Netzwerken, die die UN-Verhandlungen als akkreditierte Observer-Organisationen begleiten, formieren sich im Umfeld der COP15 zwei weitere Netzwerke, die außerhalb des offiziellen Verhandlungsprozesses agieren (vgl. zu den vier Netzwerken Rest 2011). Sie sind damit Ausdruck wesentlicher Veränderungen im Akteursfeld, da sie die Zuwendung transnationaler sozialer Bewegung zur internationalen Klimapolitik markieren. Ebenso wie CJN! stehen die Netzwerke in einem antagonistischen Verhältnis zur hegemonialen Klimapolitik. Ihre Konstitution trägt zur Formierung eines gegen-hegemonialen Projekts bei.

Das transnationale Netzwerk Climate Justice Action (CJA) – zu dessen Gründung es im September 2008 im Vorfeld der COP15 kommt – vereint eine Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen aus dem globalen Norden wie aus dem Süden: akkreditierte NGOs aus dem Spektrum von CJN! sowie basisorientierte Zusammenhänge und Einzelpersonen, die vielfach im nationalen Kontext Klimacamps mittrugen. Gegenüber CJN! stellt CJA ein bottom-up-Netzwerk aus institutionalisierten Gruppen in geringerem Maße dar. CJA vereint Aktivist\_innen, für die Seattle 1999 oder Genua 2001 wesentliche politische Bezugspunkte sind. Auch auf der Webseite von CJA findet dies seinen Ausdruck: »Ten years ago at the protests against the WTO in Seattle, a global movement emerged to proclaim that another world was possible. Today, this world is not just possible – it is necessary« (CJA 2009). In Abgrenzung zum Aktion-Konsens CJAs, der auf Mittel des zivilen Ungehorsams setzt, schließen sich autonome Gruppen und Personen in einem separaten transnationalen Netzwerk zusammen: Dem Netzwerk Never trust a COP (NTAC), welches auf direkte Aktionsformen im Umfeld der COP15 zielt. NTAC wendet sich vehement gegen alle marktorientierten Regulierungsansätze, gegen den von ihm ausgemachten grünen Kapitalismus und alle Formen der Repräsentation. Den eigentlichen Zweck der COP15 macht NTAC darin aus, »die Legitimität des globalen Kapitalismus durch Einläuten einer Ära des »grünen« Kapitalismus wieder herzustellen« (NTAC 2009).

### **»Reclaim Power!« – Der strategische Schulterschluss von Aktivist\_innen inside und outside**

Seien es die klimapolitischen Gruppen innerhalb von CJN!, die Aktivist\_innen der Klimacamps oder die der globalisierungskritischen Bewegung; im Vorfeld der UN-Konferenz in Kopenhagen 2009 herrscht bei ihnen allen die Annahme vor, dass den Verhandlungen eine zentrale Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der internationalen Klimapolitik zukommt. Auch wenn sich hinsichtlich der Frage nach der Legitimation des Gesamtprozesses kein abschließender Konsens herausbildet, so zeigt sich in der Vorbereitung zur COP15 ein strategischer Schulterschluss von Aktivist\_innen außerhalb der Verhandlungen (vielfach organisiert im Rahmen von CJA) und akkreditierten Gruppen (innerhalb CJN!). In der Mobilisierung zur COP15 kumulieren die oben aufgeführten Stränge klimapolitischen Aktivismus. Besonderer Ausdruck dieses Umstands sind die Proteste zivilen Ungehorsams im Zusammenhang mit der Aktion »Reclaim Power!« in den Tagen der Konferenz. Die der Aktion zugrundeliegende Idee ist es, kritische Verhandlungsteilnehmer\_innen (von Innen) und Aktivist\_innen (von Außen) im gesperrten Bereich vor dem Konferenzzentrum zu versammeln, um so alternativen Konzepten und Forderungen einen Raum zu geben.

Das Auftreten von neu konstituierten Akteuren und neuen Strategien geht am zivilgesellschaftlichen Feld der internationalen Klimapolitik nicht unbemerkt vorbei: Es resultiert in der Erweiterung des politisierten Raumes.

Ziviler Ungehorsam oder auch die dezidierte Aberkennung der Legitimation des Gesamtprozesses durch Akteure wie NTAC bewirken dabei eine »Entradikalisierung« der einst als »radikal« wahrgenommenen NGOs aus dem Feld von CJN!.

Die in Kopenhagen in Erscheinung tretenden Netzwerke und Bündnisse erlangen mit dem vom Bolivianischen Präsidenten Evo Morales ausgerufenen Prozess zur Ausrichtung einer »World People's Conference on Climate Change and the Rights of Mother Earth« in Cochabamba im April 2010 eine gewisse Fortschreibung. Mit der dortigen Verabschiedung einer Erklärung (vgl. WPCCC 2010) scheint jedoch dieser Prozess seine Dynamik als Ort der Vernetzung von Bewegungs-Akteuren verloren zu haben. Zumindest hinsichtlich der bis dahin – wenn auch seit Beginn geringfügig – involvierten europäischen und nord-amerikanischen Akteure lässt sich dies sicher konstatieren.

### **Kopenhagen 2009 – »Coming Out« der Klimabewegung oder kurzes Aufbäumen?**

Zu Beginn wurde die Frage aufgeworfen, ob sich mit den – anhand der drei Stränge dargestellten – Phänomenen eine Klimabewegung auf transnationaler bzw. bundesdeutscher Ebene ausmachen lässt. Unter dem Begriff sozialer Bewegung versteht der entsprechende Forschungszweig einen »kollektive[n] Akteur, der in den Prozess sozialen bzw. politischen Wandels eingreift« (Raschke 1985: 76). Eine Bewegung stellt dabei ein »Gebilde aus miteinander vernetzten Personen, Gruppen und Organisationen« dar (Rucht & Neidhardt 2007: 634), das durch »hohe symbolische Interaktion« (Raschke 1985: 78) zusammengehalten wird und eine kollektive Identität schafft. Soziale Bewegungen agieren darüber hinaus mit einer gewissen Kontinuität, wobei sie sich zugleich durch eine variable Organisations- und Aktionsform auszeichnen (ebd.: 77 f.).

Liegt, diesem Verständnis von Bewegung folgend, nun eine Klima-»Bewegung« vor? Anhand der Mobilisierung zur COP15 bzw. zu den Klimacamps konnten spezifische Netzwerke von Akteuren ausgemacht werden. Die Herausbildung einer kollektiven Identität der diversen Akteure und ihrer Vielzahl an Forderungen wird durch die Realisierung gemeinsamer Aktionen und Proteste bzw. die Programmatik um Climate Justice gefördert. Um den ausgemachten drei Mobilisierungs-Phänomenen im klimapolitischen Feld den Charakter einer Bewegung zuzuweisen fehlt jedoch bislang deren deutliche Kontinuität auf nationaler wie auch transnationaler Ebene bzw. bedarf es eines verstärkten Rückhalts auf Graswurzel-Ebene. Bislang kann vielmehr von der (punktuellen) Zuwendung von Bewegungsakteuren zur Klimapolitik auf nationaler bzw. internationaler Ebene gesprochen werden, die eine bislang ungekannte Qualität aufweist. Vom Fortbestand der Phänomene im Sinne einer langfristigen Mobilisierung ist es abhängig, ob es zur Herausbildung einer globalen Klimabewegung kommt. Einzelne Anzeichen für die Forcierung einer solchen Kontinuität zeigen sich in der Politik von Staaten des post-neoliberalen Blocks Lateinamerikas, beispielsweise in der Einladung zur World People's Conference in Cochabamba als Angebot eines Raumes für Bewegungsbildung.

### **Perspektiven**

Auf den Klimacamps, während der Aktion »Reclaim Power« in Kopenhagen oder in Cochabamba – auf allen diesen Ereignissen werden eine Vielzahl sozialer Kämpfe für eine post-neoliberale Transformation zusammengeführt: Kämpfe gegen Kohlekraft, für Ernährungssouveränität oder für Just Transition. Die Ereignisse stehen damit in einer Reihe mit den Gipfel-Protesten der globalisierungskritischen Bewegung. Statt von einer Klimabewegung als kohärenter Einheit zu sprechen, scheint es vielmehr angebracht, die Mobilisierungsphänomene als das In-Erscheinung-Treten der globalisierungskritischen Bewegung im klimapolitischen Feld zu greifen. Ein Feld, das aufgrund spezifischer raum-zeitlicher Bedingungen mit dem Climate-Justice-Frame eine Zuwendung erfährt, die keineswegs von Dauer sein muss – wie beispielsweise die gegenwärtige Abkehr von der Camp-Idee in Großbritannien zeigt. Ebenso unterliegen die von den Akteuren gewählten Orte der Auseinandersetzung einem kontinuierlichen Wandel. So beschloss z. B. das bundesdeutsche Klima!Bewegungsnetzwerk im Anschluss an Kopenhagen, sich nunmehr primär auf die Ebene lokaler Kämpfe zu konzentrieren.

Dass das von der globalisierungskritischen Bewegung gewählte Terrain sozialer Auseinandersetzungen auch strategisch bedingter Dynamik unterliegt, kommt im gegenwärtig – z. B. bedingt durch die Ereignisse in Fukushima – zentralen Stellenwert der Energiekämpfe für bundesdeutsche Aktivist\_innen zum Ausdruck. Die zentralisierte fossil-nukleare Energieproduktion wird damit zu einer konkreten Angriffsfläche für die Forderung nach Energie-

souveränität, die auch im Zusammenhang mit Climate Justice artikuliert wird. »Energiesouveränität« geht über die Forderung nach einem Atom-Ausstieg hinaus und hebt das emanzipatorische Potential dezentraler Energieversorgung sowie die Verflechtung lokaler Kämpfe mit dem globalen Kontext hervor.

Eine Herausforderung, mit der sich die globalisierungskritischen Aktivist\_innen konfrontiert sehen, liegt darin, eine radikale Kritik aufrecht zu erhalten. Ziel muss es sein, ein antagonistisches Projekt sozial-ökologischer Transformation zu etablieren, welches zugleich interventionsfähig ist, d. h., welches seine vielfältige Verstrickung in die hegemoniale Gesellschaftsformation nicht negiert. Dass dies eine Herausforderung ist, zeigt sich auch anhand der mit Klimacamps verfolgten divergierenden Strategien und Taktiken: Während sich die britischen Klimacamps dem Vorwurf eines anarcho-individualistischen Populismus ausgesetzt sahen (»der Ausstieg des Individuums aus dem klimaschädlichen Herrschaftssystem via Kompostklo und freier Liebe«), tendieren aktuelle Klimacamps dazu, für eine »nachhaltige« Entwicklung zu streiten, die bereits dann erreicht sei, wenn der halbjährliche Flug nach Ibiza Dank Klimaticket kohlenstoffneutral vonstatten geht. Dass radikale interventionsfähige Politik jedoch grundsätzlich möglich ist, hat die globalisierungskritische Bewegung in ihrer Geschichte zum wiederholten Male unter Beweis gestellt.

### Web-Ressourcen:

<http://www.climate-justice-action.org>  
<http://www.climate-justice-now.org>  
<http://www.climateimc.org>  
<http://www.klima.blogsport.de>  
<http://pwccc.wordpress.com/>

### Literatur

Bedall, Philip & Martina Austen (2010): Climate Justice. Bezugspunkt einer Gegenhegemonie oder wolkige Leerformel? In: Analyse & Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 549. Unter: [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak549/30.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak549/30.htm), zuletzt geprüft am: 15.5.2011.

Brunnengräber, Achim; Klein, Ansgar & Heike Walk (Hg.) (2001): NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess. Opladen: Leske + Budrich.

Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina; Hirschl, Bernd; Walk, Heike & Melanie Weber (2008): Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

CJA – Climate Justice Action (2009): Reclaim Power in Copenhagen! A Call to Action. Unter: <http://www.climate-justice-action.org/news/2009/09/10/a-call-to-action/>, zuletzt geprüft am 15.5.2011.

Lohmann, Larry (2006): Carbon Trading: A Critical Conversation on Climate Change, Privatisation and Power. Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala. (Development Dialogue, 48).

NTAC – Never trust a COP (2009): Never trust a COP! Gegen den COP15 Gipfel im Dezember 2009 in Copenhagen. Unter: <http://nevertrustacop.org/Deutsch/Aufruf>, zuletzt geprüft am 1.2.2010.

Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag.

Rucht, Dieter & Friedhelm Neidhardt (2007): Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Joas, Hans (Hrsg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag, S. 627-651.

### Zum Weiterlesen:

Angus, Ian (2009): The global fight for climate justice. London: Resistance Books.

Bricke, Mona und Müller, Tadzio: »Kurze Geschichte einer kurzen Geschichte. Die Klimagerechtigkeitsbewegung in der BRD.« (arranca! Heft 44, Herbst 2011), online unter <http://arranca.org/ausgabe/44/kurze-geschichte-einer-kurzen-geschichte> (23.8.2011).

Brunnengräber, Achim (Hrsg., 2011): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS.

Checker, Melissa (2005): Polluted Promises. Environmental Racism and the Search for Justice in a Southern Town. New York & London: New York University Press.

Frenzel, Fabian (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. Zur Geschichte der britischen Klimacamps. In: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): 163-185.

Pettit, Jethro (2004): Climate Justice. A new social movement for atmospheric rights. In: IDS Bulletin, Vol. 35 (3): 102-106.

Rest, Jonas (2011): Von der NGOisierung zur bewegten Mobilisierung. Die Krise der Klimapolitik und die neue Dynamik im Feld der NGOs und sozialen Bewegungen. In: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): 85-105.

WPCCC – World People's Conference on Climate Change (2010): People's Agreement. April 22nd, Cochabamba, Bolivia. Unter: <http://pwccc.wordpress.com/support/>, zuletzt geprüft am 15.5.2011.

Marcel Bois, Christine Buchholz

## **Der belagerte Kapitalismus**

### Eine kurze Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung

Im späten November 1999 brach, so schrieb damals der *Spiegel*, »das erste Gewitter über den Kapitalismus des 21. Jahrhundert herein«. In der US-amerikanischen Hafenstadt Seattle verhinderten etwa 50 000 Menschen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO. Der Protest, von einer bunten Mischung aus Gewerkschaftern, Umweltschützern und Dritte-Welt-Aktivisten getragen, lenkte erstmals den Blick einer breiten Öffentlichkeit auf eine neue Bewegung: die sogenannten Globalisierungskritiker.

Seitdem konnten sich die Mächtigen der Welt nicht mehr treffen, ohne dass Tausende vor den Konferenzzentren für eine Gesellschaft demonstrierten, in der »Menschen vor Profiten« stehen sollen. Spätestens im Sommer 2001 erreichte die Bewegung auch Europa, als 300.000 Menschen gegen den G8-Gipfel im italienischen Genua protestierten. Zunehmend zogen sich die globalen Eliten zu ihren Treffen an abgelegene Orte wie die Alpen, die Rocky Mountains oder die Wüste von Katar zurück.

Doch die globalisierungskritische Bewegung hat mehr erreicht, als die Herrschenden aus den Großstädten zu vertreiben. Sie hat das gesellschaftliche Klima maßgeblich verändert. Sie hat Menschen motiviert, sich aktiv für eine andere Welt einzusetzen und alte und junge Aktivistinnen und Aktivisten unterschiedlichster linker Traditionen zusammengebracht. In Deutschland wäre vermutlich ohne diese Bewegung die neue Linkspartei nicht entstanden.

### **Der Protest kehrt zurück**

Nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« hatte der US-amerikanische Intellektuelle Francis Fukuyama Anfang der 1990er Jahre das »Ende der Geschichte« ausgerufen. Tatsächlich erschien vielen Menschen der Kapitalismus alternativlos. Doch schon bald bewiesen neue Krisen wie die der ostasiatischen »Tigerstaaten« in den Jahren 1997/98 und die imperialistische Neuaufteilung globaler Einflussphären, dass das System weiterhin nicht in der Lage war, die drängenden Probleme der Menschheit zu lösen. Der zweite Golfkrieg, der Nahostkonflikt und schließlich der »Krieg gegen den Terror« machten deutlich, dass auf den Kalten Krieg keine Zeit des Friedens folgen würde.

Seit Mitte des Jahrzehnts beehrten weltweit Menschen gegen das von der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher geprägte TINA-Prinzip auf. Thatchers vielfach zitierter Ausspruch »There is no alternative« hatte den Regierungen in den westlichen Industrienationen seit den 1980er Jahren als Rechtfertigung für die neoliberale Wende gedient: Kürzungen der Sozialleistungen, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und Privatisierungen wurden stets mit der angeblichen Alternativlosigkeit begründet.

Doch nun entstand eine Bewegung, die diese Logik in Frage stellte. Die prominentesten Proteste, die die neue Bewegung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit brachten, waren zweifellos der »Battle of Seattle« und die Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Genua. Aber die globalisierungskritische Bewegung war mehr als reiner Gipfelprotest: Sie begann schon im Jahr 1994 mit der Rebellion der Zapatistas im mexikanischen Chiapas. Die Gruppe wandte sich gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) und kämpfte für die Rechte der indigenen Bevölkerung, für bessere Lebensbedingungen und mehr Demokratie. Zapatista-Sprecher Subcomandante Marcos benannte den »Manchesterkapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts« als Ursache für die globale Armut und verhalf damit dem Antikapitalismus weltweit zu einer neuen Popularität.

Diese Rebellion einer unterdrückten Minderheit in einem Schwellenland erschütterte den Neoliberalismus. Es folgte eine zweite Eruption, die nun mit Frankreich nicht nur in einem Industrieland stattfand, sondern dort im

Kern des bürgerlichem Wohlfahrtsstaates, dem öffentlichen Dienst. Zwei Millionen Arbeiter und Angestellte streikten im Dezember 1995 gegen das Sparpaket des konservativen Ministerpräsidenten Alain Juppé. Es waren so viele Menschen auf der Straße wie seit 1968 nicht mehr. Mit Erfolg: Juppé musste seine Pläne zurückziehen. In der Folgezeit ergriff die globale Bewegung gegen Konzernherrschaft sowohl die kapitalistischen Zentren als auch Entwicklungs- und Schwellenländer. So fanden im Dezember 1999 in Nigeria Streiks gegen die Deregulierung der Ölpreise statt und im bolivianischen Cochabamba demonstrierten im Januar 2000 Zehntausende gegen die Wasserprivatisierung. Sie blockierten Straßen, besetzten Konzernzentralen und Universitäten und konnten letztendlich erfolgreich die Rücknahme der Privatisierungspläne erzwingen.

Selbstverständlich sahen sich nicht alle Akteure als Teil einer globalen Bewegung. Auch gab es anfangs keine systematische Vernetzung der Proteste. Aber die Demonstranten in so unterschiedlichen Ländern wie Frankreich oder Nigeria einte der gemeinsame Gegner: Sie alle protestierten gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung. Treffend formulierte die *Financial Times* diesen Umstand. Im Spätsommer 2001 startete die Zeitung eine Serie mit dem Titel »Der belagerte Kapitalismus«, um das neue Phänomen des »Gegenkapitalismus«, wie sie es nannte, zu untersuchen: »Die neue Welle von Aktivismus hat sich um den einfachen Gedanken gesammelt, dass der Kapitalismus zu weit gegangen sei. Sie ist gleichermaßen eine Stimmung wie eine Bewegung, sie ist etwas Gegenkulturelles. Ihr Antrieb ist der Verdacht, dass die Unternehmen, die durch die Börsen gezwungen werden, nach immer höheren Profiten zu streben, die Umwelt plündern, Leben zerstören und ihr Versprechen, den Armen zu Wohlstand zu verhelfen, nicht einhalten. Sie wird von der Angst gespeist, dass die Demokratie mittlerweile machtlos ist, die Großkonzerne aufzuhalten, weil Politiker auf deren Schoß sitzen und die internationalen politischen Sklaven einer von den Konzernen diktierten Tagesordnung sind.«

Tatsächlich hatte die Bewegung maßgeblichen Anteil daran, dass die Ideologie des Neoliberalismus erstmals von einer breiten Öffentlichkeit in Frage gestellt wurde. Die Medien berichteten nicht nur ausführlich über die Aktionen der Globalisierungskritiker, sondern auch über ihre Ideen. Bücher bekannter Vertreter stürmten die Bestsellerlisten, allen voran Naomi Kleins »No Logo«, das in zwanzig Sprachen übersetzt und millionenfach verkauft wurde.

Nachdem sich die globale Linke lange Zeit in der Defensive befunden hatte, gab die neue Bewegung wieder Hoffnung. Nicht von ungefähr lautete ihr Hauptslogan: »Eine andere Welt ist möglich«.

### **Aktivitäten gegen Krieg und Besatzung**

Just zu dem Zeitpunkt, als die globalisierungskritische Bewegung ihre größte Dynamik entfaltete, fanden die Terroranschläge des 11. September 2001 statt. Walden Bello, Leiter des Institutes *Focus on the global South* in Bangkok, sagte damals: »Angesichts der historischen Konstellation vor dem 11. September war die Al-Qaida-Aktion in New York ein Geschenk für die USA und das globale Establishment. Nur wenige Wochen zuvor waren mehr als 300.000 Menschen durch Genua marschiert, in der bis dahin größten Kräfteschau der Bewegung gegen die von Unternehmen gesteuerte Globalisierung.«

Tatsächlich stellten die Ereignisse eine Zäsur für die Bewegung dar. In den ersten Wochen nach den Anschlägen machte sich Verunsicherung breit. Die bereits geplanten Proteste gegen die Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington Ende September 2001 wurden abgesagt. Der von der Bush-Regierung erklärte »Krieg gegen den Terror« und die damit einhergehende Beschneidung von Grundrechten stellten die Globalisierungskritiker vor große Herausforderungen.

Doch das ließ die Bewegung keineswegs zerbrechen. Im Gegenteil: Langfristig ging sie gestärkt aus der neuen Situation hervor. In gewisser Weise führten der 11. September und der »Krieg gegen den Terror« zu einer inhaltlichen Vertiefung. Sie zwangen die Aktivisten, sich mit der »bewaffneten Globalisierung« auseinanderzusetzen. Der Kampf gegen Krieg und Besatzung wurde zu einem zentralen Element der Bewegung.

In Italien beispielsweise, wo kurz zuvor die Aktionen gegen den G8-Gipfel stattgefunden hatten, gab es eine Reihe von Massenprotesten gegen den Afghanistan-Krieg. Als schließlich Mitte März 2002 eine halbe Million Menschen im Vorfeld des EU-Gipfels in Barcelona »gegen ein Europa des Kapitals und des Krieges« demonstrierten, waren die letzten Zweifel am Fortbestehen der globalisierungskritischen Bewegung aus dem Weg geräumt.



Unterdessen war auch das zweite Weltsozialforum, das Anfang Februar im brasilianischen Porto Allegre tagte, ein Erfolg: Zwischen 65 000 und 80 000 Menschen kamen zusammen, um über die ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung zu diskutieren. Das waren drei- bis viermal so viele wie noch bei der Vorgängerveranstaltung.

Einen Höhepunkt der Aktivitäten bildete schließlich der globale Aktionstag am 15. Februar 2003, der von der Abschlussversammlung des Europäischen Sozialforums beschlossen worden war. An diesem Tag kamen zwischen Melbourne, London und Damaskus fast 15 Millionen Menschen zusammen, um gegen den drohenden Irak-Krieg zu demonstrieren. In Berlin fand mit einer halben Million Teilnehmer die größte Antikriegsdemonstration seit den 1980er Jahren statt. Selbst in der Antarktis gab es eine kleine Protestaktion.

Spätestens jener 15. Februar machte deutlich: Die globalisierungskritische Bewegung war größer und weltumspannender als alle Bewegungen vor ihr.

### **Teamsters & Turtles**

Ein besonderer Aspekt der neuen Bewegung war das Zusammenkommen von aktiven Gewerkschaftern und anti-kapitalistischen Jugendlichen. »Teamsters & Turtles – together at last«, hieß es auf einem Schild während der Anti-WTO-Proteste in Seattle, frei übersetzt: »Gewerkschafter und Umweltschützer – endlich vereint«.

Seit dem Ende der 1968er-Bewegung hatte es das nicht mehr gegeben. Gerade in den 1980er und frühen 1990er Jahren hatten Arbeiterbewegung und radikale Linke meist getrennt voneinander demonstriert. Nun mischte sich die Kapitalismuskritik mit den Anliegen der abhängig Beschäftigten der Industrienationen. Das schaffte der politischen Diskussion neue Räume, gerade in den Organisationen der traditionell sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiterbewegung.

Hinzu kam, dass Aktivisten aus verschiedenen »Ein-Punkt-Bewegungen« wieder zusammenkamen. Auch wenn die einen nur die Globalisierung oder den Finanzmarktkapitalismus – also eine bestimmte Form des Kapitalismus – ablehnten, während andere den Kapitalismus an sich als Wurzel allen Übels sahen, war das ein entscheidender Schritt, um der Fragmentierung linker Bewegungen und Theorien entgegenzuwirken.

Vor allem erleichterte es den Akteuren der Bewegung, die Verbindung von den einzelnen Anliegen wie Umweltschutz, fairen Nord-Süd-Beziehungen oder sozialer Gerechtigkeit zum Wirtschaftssystem als Ganzes zu ziehen. Aus diesem Grund hat der britische Sozialist und Politikwissenschaftler Alex Callinicos die Globalisierungskritik auch als »antikapitalistische Bewegung« bezeichnet: »Nicht, weil eine Mehrheit der Aktivisten die vollständige Ablösung des Kapitalismus für möglich oder sogar wünschenswert hielte. (...) Dennoch ist die Bewegung das, was Giovanni Arrighi, Terence Hopkins und Immanuel Wallerstein eine antisystemische Bewegung nennen würden. Das heißt, sie kämpft nicht bloß wegen spezifischer Missstände und Fragen – wie freier Handel oder Umwelt oder Verschuldung der Dritten Welt –, sondern schöpft ihre Motivation aus einem Gefühl für den Zusammenhang zwischen enorm vielen verschiedenen Ungerechtigkeiten und Gefahren. (...) Es ist also dieses wachsende Bewusstsein für das System, das die Bewegung mehr als alles andere kennzeichnet.«

### **Von der Globalisierungskritik zur neuen Linken**

Wichtigster Repräsentant der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland ist Attac, das im Jahr 2000 nach dem gleichnamigen französischen Vorbild als »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte« gegründet wurde. Schnell entwickelte es sich über seine ursprüngliche Funktion hinaus als eine NGO, die die Regulierung der Finanzmärkte anstrebt. Schon in der Struktur ist das »come together« verschiedener Strömungen angelegt: Attac versteht sich als Netzwerk, in dem sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen Mitglied werden können. In Deutschland gehören ihm etwa 200 Gruppierungen an, darunter die Gewerkschaft ver.di, der BUND, pax christi und viele entwicklungspolitische und kapitalismuskritische Organisationen. Hinzu kommen etwa 25.000 Einzelmitglieder, darunter prominente Persönlichkeiten wie der Musiker Bela B, der Schriftsteller Günter Grass oder die Politiker Heiner Geißler und Oskar Lafontaine.

Die Proteste in Genua ermöglichten es der Bewegung, auch in Deutschland in die Offensive zu kommen. Die öffentliche Wahrnehmung der Proteste nahm ebenso zu wie die globalisierungskritische Debatte. Attac wurde zu einem politischen Faktor. Selbst die Ideen eines sehr frühen Globalisierungskritiker erfuhren ein Revival: Karl Marx. Seine Werke wurden neu aufgelegt, und in der ZDF-Sendung »Die größten Deutschen« wählte ihn das Publikum auf den dritten Platz.

Vor allem aber kam mit der Globalisierungskritik der Protest zurück auf die Straße. Anfangs fokussierte er sich auf die Kriege im Irak und in Afghanistan. Doch schon bald entwickelte sich auch nennenswerter Widerstand gegen den Sozialabbau der damaligen rot-grünen Bundesregierung.

Diese war Ende 1998 nach 16 Jahren Kohl-Regierung mit großen Hoffnungen gewählt worden. Die Menschen erwarteten von ihr die Bändigung der Finanzmärkte, eine konsequente Friedenspolitik und soziale Gerechtigkeit. Das hatten SPD und Grüne im Wahlkampf versprochen.

Die Realität sah jedoch bald anders aus: Nach wenigen Monaten musste Finanzminister Lafontaine auf Druck mehrerer Großkonzerne sein Amt aufgeben. Keine zwei Wochen später erklärte Außenminister Joschka Fischer, dass Deutschland sich am NATO-Einsatz in Serbien und damit erstmals seit 1945 an einem Angriffskrieg beteiligen würde. Und ausgerechnet der Sozialdemokrat Gerhard Schröder drückte mit der »Agenda 2010« das härteste Sparpaket seit Bestehen der Bundesrepublik durch.

Der Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und der massive Sozialabbau – gerade durch eine vermeintlich linke Bundesregierung – führte zu großer Verunsicherung bei deren außerparlamentarischen Bündnispartnern. Die Tatsache, dass der Kosovo-Krieg von einem grünen Außenminister befehligt wurde, wirkte demobilisierend auf Teile der Friedensbewegung. Auch die Gewerkschaften hielten sich lange Zeit mit Protesten gegen die »Agenda 2010« zurück – aus Angst, die Sozialdemokratie zu schwächen.

Erst der Aufschwung der globalisierungskritischen Bewegung konnte diese Verunsicherung aufbrechen. Zugleich konnten die Bewegung und Attac das politische Vakuum füllen, das SPD und Grüne auf der Linken hinterlassen hatten. Im Sommer 2004 erlebte Deutschland eine über Monate anhaltende Bewegung gegen die damals geplanten Hartz-IV-Gesetze. Wichtige Akteure dieser Proteste waren neben den Initiativen der Erwerbslosen die Aktivistinnen der globalisierungskritischen Bewegung. Eine wichtige Rolle beim Entstehen der Protestbewegung hatte der Europäische Aktionstag der Gewerkschaften am 3. April 2004 gespielt. Dieser war zuvor beim Europäischen Sozialforum in Paris verabredet worden. Mit ver.di-Chef Frank Bsirske hatte erstmalig der Vorsitzende einer deutschen Gewerkschaft an einem Sozialforum teilgenommen. So wurde auch hierzulande spürbar, wie die globalisierungskritische Bewegung auf Gewerkschaften und andere soziale Akteure wirkte.

Über die Proteste sowohl gegen Kosovo-, Irak- und Afghanistankrieg als auch gegen Agenda 2010 und Hartz IV sammelte sich schließlich der Kern derer, die im Verlauf des Jahres 2004 eine neue Partei gründeten. Sie nannte sich »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (WASG) und rekrutierte sich hauptsächlich aus enttäuschten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Aber auch linke Intellektuelle, ehemalige Christdemokraten, Grüne oder DKPler und Mitglieder von Attac beteiligten sich an dem Projekt, das schließlich in der Gründung der Partei DIE LINKE mündete.

Nicht nur in Deutschland erfuhren linke Parteien einen Aufschwung. Teils etablierte, teils neue Kräfte profitierten vom Revival linker Ideen. Für die italienische Rifondazione Comunista beispielsweise wurden die Aktivitäten rund um den G8-Gipfel in Genua zum Signal des Aufbruchs. Im Jahr 2002 vollzog die Partei eine programmatische Wende. Fortan sah sie nicht mehr Repräsentation und Stellvertreterpolitik in staatlichen Institutionen als zentrales Handlungsfeld an, sondern bezog sich auf die »Bewegung der Bewegungen« gegen die neoliberale Globalisierung. Auch die Sozialistische Partei (SP) der Niederlande erfuhr parallel zur Hochzeit der globalisierungskritischen Bewegung einen Boom. So konnte sie zwischen 2002 und 2007 die Zahl ihrer Mitglieder auf über 50.000 verdoppeln und wurde zur drittstärksten Kraft im Land. In Frankreich erzielten die Kandidaten der radikalen Linken bei der Präsidentschaftswahl ein halbes Jahr nach Genua mehr als zehn Prozent der Stimmen.

Vor allem aber erlebte Lateinamerika eine Linksverschiebung. Auf dem Kontinent, der am stärksten die Folgen neoliberaler Politik zu spüren bekommen hatte, veränderte sich die politische Landschaft maßgeblich. Hatten in den 1990er Jahren in fast allen Staaten konservative Politiker regiert, so brachte das junge 21. Jahrhundert einen

Aufbruch für die dortige Linke. Ende 2002 wurde der Arbeiteraktivist Luiz Inácio Lula da Silva zum brasilianischen Präsidenten gewählt. In Bolivien konnte wenige Jahre später die linke Sammelbewegung Movimiento al Socialismo einen überragenden Wahlsieg feiern. Ihr Kandidat Evo Morales wurde zum ersten Präsidenten des Landes mit indigener Abstammung. In Venezuela bewegte sich Präsident Hugo Chávez, getrieben von massiven außerparlamentarischen Mobilisierungen, in jener Zeit deutlich nach links.

### **Genua – Zehn Jahre später**

Mittlerweile ist mehr als ein Jahrzehnt seit den Protesten von Seattle und Genua vergangen. Doch die Bewegung hat auch die Rebellionen des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts geprägt: Die Kämpfe gegen das Abwälzen der Eurokrise auf die Mehrheit der Bevölkerungen von Griechenland, Spanien oder Irland finden in dem Bewusstsein statt, dass Menschen vor Profiten stehen sollten. Viele Akteure stammen aus der globalisierungskritischen Bewegung. Auch in den Revolten im arabischen Raum hat sie ihre Spuren hinterlassen: Themen, neue Koalitionen und Methoden der Mobilisierung finden sich wieder. So war die Solidarität mit der Revolution in Ägypten ein wichtiges Moment bei dem gleichzeitig in Dakar stattfindenden Weltsozialforum.

Die globalisierungskritische Bewegung hat sich – sieht man von einzelnen Ereignissen wie dem G8-Gipfel in Heiligendamm ab – insgesamt von Gipfelprotesten weg und zu lokalen und regionalen Kämpfen hin entwickelt. Damit haben die Fragen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit einen konkreten Bezugspunkt vor Ort bekommen. In Deutschland äußert sich dies beispielsweise in einer Reihe von Volksbegehren gegen Wasserprivatisierung oder den Verkauf von städtischen Wohnungen. Überhaupt waren die sozialen Proteste hierzulande in den letzten Jahren von der globalen Bewegung beeinflusst. In den Gewerkschaften führte dies beispielsweise zu neuen Diskussionen über Internationalismus. Auch neue Formen der Organisation wurden dort ausprobiert, beispielsweise das »Organizing« von bisher schwer zu erschließenden Branchen wie die der Reinigungskräfte oder der Beschäftigten in Discountern.

So sehr es eine Verselbständigung der Bewegung auf lokaler und regionaler Ebene gegeben hat, so problematisch sind einige interne Entwicklungen der globalisierungskritischen Bewegung. Beispielsweise ist die aus konkreten Kämpfen und Mobilisierungen entstandene Sozialforumsbewegung inzwischen stark fragmentiert und zum Teil bürokratisiert.

Die positive Entwicklung, dass mit Parteiprojekten wie der LINKEN globalisierungskritische Inhalte einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, hat leider auch dazu geführt, dass Aktivisten der Bewegung von Parlaments- und Parteiarbeit absorbiert werden und diese sich nicht dem Aufbau weiterer Gegenbewegung unterordnen.

Das innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung weitgehend tabuisierte Verhältnis von Partei und Bewegung hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Von Anfang an gab es in der europäischen globalisierungskritischen Bewegung einen unehrlichen Umgang mit Parteien. Offiziell waren sie verbannt, inoffiziell hatten sie beispielsweise über Stiftungen oder Einzelpersonen großen finanziellen und politischen Einfluss.

Der Erfolg der Bewegung hat ihre Themen und Vertreterinnen und Vertreter in die Parlamente gespült. Das galt beispielsweise für den Sprecher des italienischen Sozialforums, Vittorio Agnoletto, der zwischen 2004 und 2009 dem Europarlament angehörte, oder die Mutter des in Genua erschossenen Carlo Giuliani, Haidi Giuliani, die für die Rifondazione Comunista im italienischen Senat saß. Gegenwärtig gilt das auch für prominente Gesichter von Attac in Deutschland. Netzwerkgründer Sven Giegold ist für die GRÜNEN ins Europaparlament eingezogen, und die ehemalige Geschäftsführerin Sabine Leidig ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

Diese Entwicklung birgt jedoch Gefahren. Der Erfolg der Bewegung hat die Politik verändert, zugleich nährt er bei einigen Akteuren die Hoffnung, man könne mit den richtigen Personen und Konzepten den Kapitalismus über die Parlamente zähmen. Dass das ein Trugschluss ist, belegt die Erfahrung der Rifondazione Comunista, die zwischen 2006 und 2008 an einer Mitte-Links-Regierung beteiligt war. Unter dem Druck ihrer Koalitionspartner stimmte sie Rentenkürzungen, erleichterten Abschiebungen und der Entsendung von mehr Soldaten nach Afghanistan zu. Mit katastrophalem Ausgang: Bei den Wahlen 2008 scheiterte die Partei an der Vier-Prozent-Hürde.

Damit ist erstmals in der Geschichte der italienischen Republik die radikale Linke weder in der Abgeordnetenkammer noch im Senat vertreten. Die noch vor wenigen Jahren stärkste Linke Europas steht vor einem Scherbenhaufen.

Die globalisierungskritische Bewegung mag Schwächen offenbart und zum Teil problematische Entwicklungen genommen haben. Dennoch: Sie hat viel erreicht. Sie hat die neoliberale Ideologie entzaubert und Millionen Menschen gegen die Konzernherrschaft auf die Straße gebracht. Es steht in der Verantwortung einer pluralen Linken, diesen Prozess sowohl in Deutschland als auch international weiter voranzutreiben. Die Probleme, wegen der die Aktivisten der Bewegung seit Mitte der 1990er Jahre auf die Straße gehen, haben sich längst nicht erledigt. Die gegenwärtige Eurokrise zeigt das nur zu deutlich.

Das »Ende der Geschichte« gilt schon lange nicht mehr. Aber eine andere Welt ist mehr denn je nötig. Sie ist auch möglich.

## **Literatur**

Walden Bello: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg 2005.

Christine Buchholz u. a. (Hrsg.): Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker, Köln 2002.

Christine Buchholz und Katja Kipping (Hrsg.): G8. Gipfel der Ungerechtigkeit, Hamburg 2006.

Alex Callinicos: Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, Hamburg 2004.

Dieter Rucht und Roland Roth: Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: Dies. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 493-512.

Tobias ten Brink: VordenkerInnen der globalisierungskritischen Bewegung. Pierre Bourdieu, Susan George, Antonio Negri, Köln 2004.

Murat Çakir

## Ein Hoch auf die internationale Solidarität?

### Über die migrantischen Selbstorganisationen der türkeistämmigen und kurdischen MigrantInnen

Wenn heute in den Diskussionen der gesellschaftlichen und politischen Linken die migrantischen Selbstorganisationen thematisiert werden, stellt man sehr schnell fest, dass viele Vorurteile herrschen und wenig Informationen vorhanden sind. Vielmehr werden linke migrantische Selbstorganisationen als »heimatlandorientierte« bzw. als an europäischen bzw. deutschen Themen »uninteressierte« Vereine und Verbände angesehen.

Sicherlich haben linke migrantische Selbstorganisationen – insbesondere türkeistämmige und kurdische Verbände – einen großen Anteil an der Entstehung eines solchen Bildes. Aber auch die Wahrnehmung bzw. Behandlung dieser Organisationen durch die gesellschaftliche und politische Linke in Deutschland hat viel dazu beigetragen, dass sie immer noch als »Fremdkörper« verstanden werden, denen höchstens im Geiste der internationalen Solidarität Bedeutung zugemessen wird.

Doch längst sind linke migrantische Selbstorganisationen ein fester Bestandteil der Linken in Deutschland geworden, die aus den sozialen wie politischen Kämpfen nicht wegzudenken sind. Dennoch – das ständige Gefühl der Nichtdazugehörigkeit, die Nichteinbeziehung in die Entscheidungsprozesse der Linken sowie die ständige Wahrnehmung als »folkloristische« bzw. »kulinarische« Beigabe von 1.-Mai-Kundgebungen oder anderen Demonstrationen führten dazu, dass sich die meisten linken migrantischen Selbstorganisationen mit der ihnen zugeschriebenen Rolle abgefunden haben. Dazu trug aber auch die Tatsache bei, zum einen als Teil der gesellschaftlichen Linken agieren zu wollen und zum anderen auf die aktuellen Entwicklungen im Heimatland zu reagieren – eine Doppelrolle, die erst einmal auszufüllen war. Die Dynamik der politischen Entwicklung in den Heimatländern beanspruchte ihr ganzes ehrenamtliches Engagement, so dass kaum Zeit blieb, sich in den linken Organisationen in Westdeutschland zu engagieren.

Ein gutes Beispiel dafür sind die türkeistämmigen und kurdischen Selbstorganisationen in Deutschland. In diesem Artikel wird daher der Versuch unternommen, mit einer historischen Betrachtung des Organisationsprozesses linker türkeistämmiger und kurdischer Organisationen die Bedeutung der migrantischen Selbstorganisationen für das Handeln der Linken in Deutschland herauszuarbeiten. Ordnungshalber sollte darauf hingewiesen werden, dass hier nur ein Teil der vielfältigen migrantischen Bewegung betrachtet wird und der Umfang des Artikels für eine umfassende Analyse nur einen begrenzten Raum zulässt.

#### Die Anfänge

Schon in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung des Anwerbevertrages mit der Türkei und der Anwesenheit der ersten »türkischen Gastarbeiter« in Deutschland war eine Organisierungstendenz zu beobachten. Die in Wohnheimen untergebrachten ArbeiterInnen wurden allzu schnell mit ihren betrieblichen und sozialen Problemen alleingelassen, weshalb sie, auch wegen der Sprachschwierigkeiten immer die Nähe von Landsleuten suchten. Am Anfang waren Bahnhöfe und Bahnhofsvorplätze der Treffpunkt, wo die Informations- und Hilfesuchenden fündig wurden.

Nach der Zurechtfindungsphase machten sich Erstangekommene Gedanken über Treffpunkte. So entstanden die ersten Vereine. Der allererste bekannte türkische Verein war der *Verein der türkischen Arbeiter in Köln und Umgebung*, der Ende 1961 gegründet wurde. Die Vereinsmitglieder waren überwiegend in den Ford-Werken beschäftigt. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. Salih Güldiken, ein späterer Ford-Betriebsrat und Yilmaz Karahasan, der erste und einzige türkeistämmige Migrant, der jemals in den Bundesvorstand der

IG Metall gewählt wurde. Auch in anderen Städten folgte man diesem Beispiel. So wurde z. B. 1965 in Frankfurt am Main das *Türkische Volkshaus Frankfurt* gegründet, das sich von Anfang an politisch links verortete.

Die Tatsache, dass sich in den ersten Vereinen Türkeistämmige unterschiedlicher Weltanschauungen zusammenfanden, führte unweigerlich dazu, dass sowohl innerhalb der Mitgliedschaft als auch in den Vorständen politische Konflikte entstanden. Während ein großer Teil der Mitglieder die Vereinslokale als Treffpunkt nutzte, wo sie der fremden Außenwelt (!) entfliehen, Freunde treffen, ihre freie Zeit verbringen und auch Hilfe in aufenthalts- bzw. arbeitsrechtlichen Fragen erhalten konnten, organisierten sich zunehmend politische Gruppen.

Die spärlichen Nachrichten aus der Heimat reichten aus, um Gleichgesinnte zu suchen und über die Ereignisse zu diskutieren. Mit der Zeit kamen auch türkeistämmige und kurdische Studierende in die Vereine und suchten insbesondere die Nähe der gewerkschaftlich aktiven Mitglieder. Die Ängste und das »Fremdsein« der vergangenen Jahre machten nun Platz für soziale und kulturelle Sorgen und für das Suchen nach Lösungswegen. Das Auseinanderdriften unterschiedlicher Gruppierungen begann.

## Die Politisierung

Die politische Entwicklung und die sozialen Kämpfe in der Türkei beeinflussten die »Arbeitervereine«. So kam es dazu, dass 20 Mitglieder des Vereins der türkischen Arbeiter in Köln und Umgebung am 29. August 1966 die erste linksorientierte Selbstorganisation in NRW, den *Kulturklub der türkischen Jugend* (TGKK) gründeten. Die Bezeichnung »türkische Jugend« sollte nach Ansicht der Gründer einen Hinweis auf den »antiimperialistischen Befreiungskampf in Anatolien« und somit auf eine Orientierung nach links geben. Ein Jahr nach der Gründung waren auch mehr als 50 türkeistämmige und kurdische Studierende Mitglied der TGKK geworden. Die Kontakte zum DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften intensivierten sich. TGKK begrüßte mit einer Solidaritätsveranstaltung die am 13. Februar 1967 in der Türkei gegründete »Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften« (DISK) und beteiligte sich als Verein erstmals an der 1.-Mai-Kundgebung des DGB im Jahre 1967.

Obwohl sich die TGKK-Mitglieder als Linke bezeichneten, waren sie noch nicht in einer türkischen Partei organisiert. Das änderte sich, nachdem Mitglieder der sozialistischen *Arbeiterpartei der Türkei* (TIP) und der *Kommunistischen Partei der Türkei* (TKP) in türkeistämmigen Organisationen aktiv wurden. Die Arbeiter- und Jugendbewegung der 1968er Jahre in der Türkei, die sozialen Kämpfe und die gewerkschaftliche Organisierung in der BRD führte zunehmend zur Politisierung der Mitglieder, die sich in den Aktivitäten bemerkbar machte. Sie beteiligten sich an gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen, an Streiks, an Ostermärschen sowie an 1.-Mai-Kundgebungen und führten kulturelle wie politische Veranstaltungen durch. Im Archiv von Metin Gür<sup>1</sup> findet sich ein Flugblatt von TGKK, in dem die Seminarangebote dargestellt werden:

»Die TGKK, die ist der Auffassung, dass der türkische Werktätige seinen Kampf gegen die ihn ausbeutende herrschende Klasse nur erfolgreich führen kann, wenn er politisch gebildet wird und bewusst handelt. Aus diesem Grund wird die TGKK, beginnend am Samstag, dem 11. Januar 1969, jeweils 19.00 Uhr folgende Seminare durchführen:

- 11. Januar 1969: Die Probleme des türkischen Arbeiters in Deutschland, mit Yilmaz Karahasan
- 18. Januar 1969: Die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften in der Türkei, mit Fazil Saylan
- 25. Januar 1969: Die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften in Europa, mit Yilmaz Karahasan
- 1. Februar 1969: Arbeitsrecht, mit Metin Gür
- 8. Februar 1969: Die in der türkischen Verfassung verankerten sozialen Rechte des türkischen Arbeiters, mit Fazil Saylan
- 15. Februar 1969: Recht auf Streik und Tarifabschluss, mit Devrim Ulucan
- 22. Februar 1969: Die wirtschaftlichen Probleme der Türkei, mit Koral Isitman.«

Aus diesem Bildungsangebot kann herausgelesen werden, dass die türkeistämmigen Linken nicht nur heimatlandorientiert waren. Sie besuchten die Wohnheime der ArbeiterInnen, um ihnen Beratungsangebote zu machen und sie für ihre Vereine zu gewinnen. Dabei wurde immer wieder auf die Notwendigkeit der Gewerkschaftsmitgliedschaft hingewiesen. Dies war von den türkeistämmigen Linken so sehr verinnerlicht, dass sie sogar selbst bei privaten Besuchen Mitgliedsanträge der Gewerkschaften herausholten.

<sup>1</sup> Metin Gür, in: »TKP'nin Avrupalı Yılları« (Die Jahre der TKP in Europa), Istanbul, November 2002.

Die TGKK verteilte nicht nur Flugblätter, sondern gab ab 1968 ein monatliches Vereinsbulletin heraus: die »Arbeiterpost«. Die Arbeiterpost beinhaltete allgemeine Informationen über Vereinsaktivitäten, rechtliche und soziale Fragen, Nachrichten aus der Türkei sowie politische Artikel. Ein längerer Artikel aus der Arbeiterpost von Dezember 1968 trug den Titel: »Wirtschaftsdemokratie«, von Yilmaz Karahasan.

Die Zahl der von türkischen Sozialisten gegründeten Vereine nahm zu – genau wie der Einfluss der illegalen TKP. TKP Mitglieder drängten die Vereine zur Vernetzung. So kam es am 27. Oktober 1968 in Köln zur Gründung der *Föderation der türkischen Sozialisten in Europa* (ATTF). Gründungsmitglieder waren: Gemeinschaft der türkischen Sozialisten in Berlin, Sozialistenunion Braunschweig, Union der türkischen Arbeiter Dachau, Verein der Geschwister London, Türkische Kulturunion München, Union der türkischen Sozialisten Paris, Türkische Union Stockholm und die Union der sozialen Hilfe Stuttgart. »Arbeiterpost« wurde zum Zentralorgan.

Die Gründungserklärung der ATTF<sup>2</sup> trug eindeutig TKP-Handschrift: »Wir wollen für die Organisierung und Erlangung des Klassenbewusstseins der türkischen Werktätigen im Ausland unseren Beitrag leisten; ihnen die Notwendigkeit der Union der ausgebeuteten Klasse gegen die ausbeutende Klasse erläutern und uns, bis zur Gründung der sozialistischen Macht der Arbeiterklasse, am Klassenkampf beteiligen sowie im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus mit den fortschrittlichen Kräften solidarisch sein«.

### Die Ausdifferenzierung

Mit der Gründung von Vereinen in verschiedenen westdeutschen Städten begann auch die Differenzierung unterschiedlicher linker Gruppen. Während anfänglich in den Mitgliedsvereinen der ATTF SympathisantInnen verschiedener linker Parteien und Organisationen Mitglieder waren, führte die Dominanz der TKP-Mitglieder in Vereinsvorständen Mitte der 1970er Jahre dazu, dass die TKP-kritischen Linken vermehrt ihre eigenen Vereine gründeten. Die zunehmende Polarisierung der politischen Linken in der Türkei trug auch einen Beitrag dazu bei.

Türkeistämmige Linke, die sich kritisch gegenüber der Sowjetunion positionierten, gründeten Ende 1976 die *Föderation der Arbeiter aus der Türkei* (ATIF). Kurze Zeit später, am 26. und 27. Februar 1977, wurde aus der ATTF und anderen Vereinen die *Föderation der Arbeitervereine in Deutschland* (FIDEF). In der FIDEF waren neben TKP-Mitglieder und SympathisantInnen auch zahlreiche alewitische, kurdische und unabhängige Linke sowie sozialdemokratisch gesinnte Mitglieder. In den meisten Mitgliedsvereinen waren TKP-SympathisantInnen im Vorstand, was innerhalb kurzer Zeit dazu führte, dass sich die SozialdemokratInnen abwandten und Ende Oktober 1977 in Berlin die *Föderation der populistisch-revolutionären Arbeitervereine* (HDF) gründeten. Die HDF, die sich explizit als eine der SPD und der türkischen CHP nahe Organisation verstand, änderte später ihren Namen in *Föderation der sozialdemokratischen Vereine*. Die AnhängerInnen der *Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei* (TDKP) wiederum gründeten dann im Dezember 1980 die *Föderation der demokratischen Arbeitervereine* (DIDF). Die TDKP selbst wurde im Februar 1980 in der Türkei gegründet.

Im Laufe der Zeit waren dann sämtliche Organisationen der politischen Linken der Türkei, u. a. die *Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front* (DHKP-C), die *TKP/Marxisten-Leninisten* (auch als Partizan bekannt), von der sich Ende 2002 die heutige *Maoistische KP* abspaltete, die *Marxistisch-leninistische KP* (MLKP), die Bewegung *Revolutionärer Weg* (Devrimci Yol) sowie die im Februar 1981 als eine Abspaltung der TKP/ML gegründete *TKP/ML Bolschewisten* (bekannt als Bolsevik Partizan) in der Bundesrepublik vertreten.

Aber auch die Auseinandersetzung um die kurdische Frage führte zu weiteren Organisationsgründungen. Schon 1979 wurde die kurdische Föderation *KOMKAR* gegründet, die der *Sozialistischen Partei Kurdistans* (PSK) nahestand. PKK-nahe Vereine gründeten am 21. März 1984 die Föderation *FEYKA KURDISTAN*, die jedoch am 26. November 1993 im Zuge des »Betätigungsverbots für die PKK und ihre Nebenorganisationen in der BRD« verboten wurde. Noch im selben Jahr wurde an ihre Stelle die *Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland* (YEKKOM) gegründet.

2 Ebenda.

## Die 1980er und 1990er Jahre

Dieser dynamische Prozess der Organisierung linker türkeistämmiger und kurdischer MigrantInnen war zum einen quasi eine institutionelle Antwort auf die regierungsamtliche Anerkennungsverweigerung der Bedürfnisse der MigrantInnen in Deutschland, zum anderen aber waren sie auch eine Verpflanzung sozialer und politischer Beziehungen aus der Türkei (Canan Atilgan, »Türkische politische Organisationen in Deutschland«, Reihe Kommunalpolitik Nr.9, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2000). Hier sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass die linken Selbstorganisationen trotz ihrer Heimatlandorientierung und meist ohne staatliche Förderung erhebliche soziale Beratungs- und Betreuungsaufgaben geleistet haben, die für das alltägliche Leben der MigrantInnen heute noch eine besondere Bedeutung haben.

Obwohl viele türkeistämmige und kurdische MigrantInnen Rückkehrabsichten hegten, hatte sich nach dem Anwerbestopp unter Bundeskanzler Helmut Schmidt deren Anwesenheit verstetigt. So waren die Selbstorganisationen gezwungen, sich noch mehr um die Probleme des Aufenthaltes in Deutschland zu kümmern. Doch der Militärputsch vom 12. September 1980 führte dazu, dass alle linken Selbstorganisationen ihre Tätigkeiten gegen die Junta richteten. Es kamen zahlreiche politische Flüchtlinge nach Deutschland, die sich sofort in den ihren Parteien nahestehenden Organisationen engagierten.

Die linken Selbstorganisationen hatten in der nachfolgenden Zeit einen entscheidenden Anteil daran, dass die Militärjunta in der europäischen Öffentlichkeit isoliert werden konnte. Aber die Tatsache, dass in den Selbstorganisationen die Vorstände meist von den politischen Flüchtlingen dominiert wurden, die zum Teil kein Deutsch sprachen und sich mit der politischen Tagesordnung in Deutschland kaum beschäftigten, führte zu einer explizit heimatlandorientierten politischen Arbeit.

Gerade in den kurdischen Organisationen ist dies gut zu verfolgen. Nach der Gründung der *Kurdischen Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) und dem Beginn des bewaffneten Kampfes, orientierten sich die kurdischen Verbände ausschließlich an dieser Auseinandersetzung. Die militanten Aktionen waren, neben der offensichtlich pro-türkischen Politik der Bundesregierungen, der Anlass für das Betätigungsverbot. Die nachfolgende Kriminalisierung und Stigmatisierung von kurdischen Organisationen waren u. a. die Gründe dafür, weshalb sie sich kaum mit sozialen und migrantischen Themen in Deutschland befassten. Erst nach 2001 fasste z. B. YEKKOM den Beschluss, dass ihre Mitgliedsvereine sich verstärkt um die sozialen Probleme der MigrantInnen in Deutschland kümmern sollten.

Ein anderes Beispiel, wie sehr die Parteien in der Türkei das Geschehen in den Selbstorganisationen bestimmten, ist die FIDEF. Als sich 1988 die TKP und TIP in der neu gegründeten *Vereinigten KP der Türkei* (TBKP) vereinigten, haben am 7. und 8. Mai 1988 die FIDEF und die *Union für Demokratie* (DIBAF) gemeinsam die *Föderation der ImmigrantInnenvereine aus der Türkei* (GDF) gegründet. Doch von Anfang an war die GDF, anders als die Vorgängerorganisationen bemüht, als eine explizite MigrantInnenorganisation aufzutreten und sich in erster Linie als Teil der Linken in Deutschland an sozialen und migrantischen Kämpfen zu beteiligen. Die GDF, die bei ihrer Gründung über 70 Mitgliedsvereine umfasste, reagierte sehr schnell auf die Ereignisse von 1989 und 1990. Nachdem die TBKP-Führung beschlossen hatte, in die Türkei zurückzukehren, war auch der Weg frei, die GDF parteipolitisch unabhängig und in migrationsspezifischen Arbeitsfeldern als tätige Organisation zu etablieren. So wurde sie beispielsweise Mitglied im Paritätischen Verband und entwickelte zahlreiche Projekte zu Migrationsthemen. Ihr »Forderungskatalog für gleiche Rechte« von 1993 fand große Beachtung innerhalb der Gewerkschaften und unter den im Migrationsbereich tätigen Initiativen. Auch die DIDF verstärkte ihre Aktionen für gleiche politische und soziale Rechte in Deutschland.

Die Umwälzungen nach 1990 haben aber innerhalb der Selbstorganisationen viele Spuren hinterlassen. Am Beispiel der GDF waren die fehlende Anbindung an eine »Partei« und die Fokussierung auf Migrationsthemen die ursächlichen Gründe dafür, dass sich die Mitgliedsvereine nach und nach auflösten. Viele GDF-Mitglieder waren nun in »deutschen« Parteien, vor allem in der SPD, Grünen, DKP und PDS (später DIE LINKE) aktiv. Sie gründeten Initiativen, Selbsthilfeorganisationen und betätigten sich in Gewerkschaften sowie in den Betriebsräten. Ein Teil wurde in den kurdischen, ein anderer Teil in den alewitischen Verbänden aktiv.

Insgesamt kann konstatiert werden, dass nach 1999 die Einwanderungsrealität, die verstärkte Einbürgerung und die erstarkten ethnischen wie religiösen (AlewitIn) Identitäten zur Ausdünnung der klassischen Selbstorganisationen der 1980er und 1990er Jahre führten. Heute machen YEKKOM, die Föderation der alewitischen Vereine



(AABF), die eher als sozialdemokratisch anzusehen ist, die DIDF und einzelne Vereine sowie Verbände das Gros der linken migrantischen Selbstorganisationen in Deutschland aus.

Was jedoch die »Bedeutung« der migrantischen Selbstorganisationen für das Handeln der gesellschaftlichen und politischen Linken in Deutschland angeht, so kann durchaus gesagt werden, dass sie eine marginale Bedeutung haben und heute noch die Beziehungen zu ihnen meist im Rahmen der »internationalen Solidarität« aufgebaut werden. Zwar sind VertreterInnen von türkeistämmigen und kurdischen Selbstorganisationen oftmals in Organisationen und Parteien der Linken in Deutschland, auch als Mandats- und FunktionsträgerInnen tätig. Diese Selbstorganisationen wiederum haben aber kaum Möglichkeiten in den jeweiligen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Das Fehlen einer linken Migrationspolitik, die mehr als gutgemeinte und im Grunde rein fürsorgliche Integrationsaufrufe beinhaltet, ist ein weiterer Grund für die Randstellung der migrantischen Selbstorganisationen innerhalb der gesellschaftlichen und politischen Linken in Deutschland.

Dabei ist es längst überfällig, die migrantischen Selbstorganisationen als Formen der Selbstvertretung und als Teil der gesellschaftlichen Linken anzuerkennen und dementsprechend zu behandeln. Die Migrationsproblematik ist ohne Zweifel eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der bürgerlichen Demokratien Europas. Die Tatsache, dass rund 10 Prozent der EinwohnerInnen der Bundesrepublik von grundlegenden Rechten ausgeschlossen sind, macht die Entwicklung einer emanzipatorischen Strategie, welche das Konstrukt »die Nation« hinterfragt, zu überwinden beabsichtigt und als Ziel das Recht auf ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben für alle formuliert, notwendig. Diese Bringschuld liegt zuallererst auf den Schultern der gesellschaftlichen und politischen Linken in Deutschland. Und das ist nicht nur eine Frage der »internationalen Solidarität«.

### **Links zum Thema**

<http://www.trd-online.net/vereinegiris.htm>

Migration und türkische Organisationen in Deutschland

[http://www.bpb.de/publikationen/ZZZ81W,2,0,Der\\_transnationale\\_Raum\\_Deutschland\\_T%FCrkei.html](http://www.bpb.de/publikationen/ZZZ81W,2,0,Der_transnationale_Raum_Deutschland_T%FCrkei.html)

Canan Atilgan: Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_3521-544-1-30.pdf?070110192614](http://www.kas.de/wf/doc/kas_3521-544-1-30.pdf?070110192614)

[http://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkeist%C3%A4mmige\\_in\\_Deutschland](http://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkeist%C3%A4mmige_in_Deutschland)

## Zurück zur Sozialkritik

### Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«

Seit den frühen 1970er Jahren wird auch in der bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Forschung über *urbane soziale Bewegungen* diskutiert.<sup>1</sup> Grundlage hierfür ist unbestritten die Erfahrung der globalen Revolte der 1968er Jahre, die sich, zwischen West-Berlin und Mexiko-City, vorwiegend in den Metropolen artikuliert (vgl. Barais et al. 2010: 799 f.). Allerdings werden die Wirkungen dieser Revolte bis heute sehr unterschiedlich beurteilt. Einerseits wird ein Zusammenhang zwischen den urbanen Bewegungen und politisch-ökonomischen Innovationen konstruiert, der in der »neoliberalen Stadt« in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht werde. Dieser Bezug eskaliert seit einiger Zeit in der Betonung der Rolle der »kreativen Klasse« in der globalen Standortkonkurrenz (vgl. Florida 2002). Andererseits wird auf die neue Raumpolitik hingewiesen, die sich auf der Grundlage der Aneignung von öffentlichen Räumen und Gemeingütern in sozialen Kämpfen konstituiert habe. Ich bin der Auffassung, dass dieser Verweis die richtige Spur verfolgt, und ich nehme an, dass er weitreichende Konsequenzen für unser Verständnis von dem haben muss, was soziale Bewegungen aktuell sind und sein können. Meine These ist, dass diese Raumpolitik unter anderem dazu beitragen könnte, dass die »Künstlerkritik« zur »Sozialkritik« zurückkehrt und sich insofern die im Fordismus geprägte Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Anliegen und Zielen der sozialen Kämpfe aufheben wird.

#### 1. Der Raum der Revolte

Die Revolte in der Stadt nahm ihren Anfang, indem Grenzen überschritten wurden, die die Organe des Stadtkörpers voneinander trennten, wie sie zum Beispiel in der Charta von Athen seit den 1930er Jahren definiert waren: Frauen wollten nicht mehr in der Familie eingesperrt sein, junge Menschen wollten nicht zu »Industrierobotern« ausgebildet werden, MigrantInnen lehnten die rassistisch strukturierte Zuweisung in »niedere Arbeiten« ab. Diese Negationen erhielten seit den 1968er Jahren eine überraschende Sichtbarkeit und zugleich eine konkrete, räumliche Dimension: Die Überwindung der Fabrikmauern stand neben der Besetzung von Schulen, Universitäten und öffentlichen Gebäuden. Und diese stand neben dem Ausbrechen aus der Isolation der Zweiraumwohnung, in der man alles über seinen Nachbarn erfuhr, ohne ihm jemals zu begegnen. Dabei war der Effekt dessen, was als »neue Frauenbewegung«, »andere Arbeiterbewegung« oder »Alternativbewegung« firmierte und später unter dem Begriff »neue soziale Bewegungen« zusammengebracht wurde, nicht zuletzt ein Eingriff in den Alltag. Die Veränderungen, die diese Bewegungen hervorgebracht haben, bezogen sich offensichtlich weniger auf das politische Regime, sondern stärker auf Arbeitsformen und Lebensweisen und physisch auf Orte, die in der fordistischen Stadtgesellschaft als »geschlossen« erschienen und über die in der Regel nur »diskret« verhandelt werden konnte und wurde. Im Mittelpunkt steht aus dieser Perspektive eine lang anhaltende und bis heute nicht beendete Transformation der »Verhaltensmuster und Lebensrhythmen«, der »Sprache und Kommunikationsformen« sowie der »soziale[n] Beziehungsformen und Interaktionen« (Reichardt, Siegfried 2010: 9 f.). Diese Perspektive wurde in der Debatte um die Folgen der Revolte seit den 1990er Jahren innerhalb der (westeuropäischen) Geschichtswissenschaft und auch in der Arbeits- und Stadtsoziologie dominant. Boltanski und Chiapello (2006 [1999], 81 f.) etwa diskutieren den Aufbruch als Integration einer »Künstlerkritik«, die – verräumlicht gesprochen – während des gesamten langen 20. Jahrhunderts die funktionale Trennung zwischen den Sphären der Arbeit, der Freizeit und der Reproduktion in den Blick nahm und mitsamt ihren warenförmigen Vermittlungsformen als »Ablehnung jeglicher Form der zeitlich-räumlichen Unterordnung« (ebd.: 82) kritisiert hatte. In der Stadtsoziologie wurde etwa seit der gleichen Zeit von einer »Renaissance der Städte« und einer »netzwerkartigen Organisation der Arbeit im Stadtraum« gesprochen, für welche die räumliche Verdichtung und die Möglichkeit der schnellen, informellen Kommunikation sowie das Vorhandensein einer breiten Palette von Dienstleistungen zu entscheidenden Voraussetzungen würden (Häußermann et al. 2008: 371 f.).

<sup>1</sup> Vorliegender Text ist eine leicht überarbeitete Version eines Beitrags für den Sammelband: Andrej Holm, Klaus Lederer, Mathias Naumann (Hrsg.), *Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen am Beispiel Berlin, Westf. Dampfboot: Münster, 2011*. Wir bedanken uns bei Herausgebern und Verlag für die Erlaubnis zum Nachdruck.

## 2. Das Ende einer Epoche

Wenn es stimmt, was so über die Folgen der Revolte gesagt wird, dann scheint der urbane Raum (bzw. seine Organisierung) heute seine zentrale gesellschaftliche Bedeutung zu erhalten, indem er als Ort imaginiert werden kann, in dem Entgrenzungen von Arbeitsorten und Arbeitszeiten praktiziert werden und trotzdem oder gerade deshalb eine »Vereinbarkeit« von Produktivität/Produktion und Reproduktion möglich wäre (und sogar eine produktive bzw. in-Wert-gesetzte Reproduktion). Allerdings scheint mir in diesem Zusammenhang lohnend, diesem Blick nach vorn in eine scheinbar idyllische und grenzenlose Zukunft einen kurzen Blick in die Vergangenheit entgegenzusetzen. Denn »Verdichtung« ist in der Geschichte der Stadt selbstverständlich nichts Neues (Häußermann und andere schreiben in dieses Wort sogar das Ideal der europäischen Stadt der Renaissance ein, vgl. ebd. 21). Ebenso selbstverständlich gehören auch Transformationen der bis hierhin geschilderten Art insgesamt zur Geschichte der modernen Stadt. Vor allem aber ist die Revolte nichts Neues, ja, eine Wissenschaft von der Stadt entstand überhaupt erst auf Grundlage der Hoffnungen und Ängste, die mit den sozialen Klassen assoziiert wurden, welche in diesen Prozessen sich plötzlich sichtbar machten (vgl. umfassend: Lindner 2004: 35). Als Engels durch die Elendsviertel von London spazierte und als Simmel einige Jahrzehnte später seine Furcht vor dem schnell wachsenden Berlin und dessen lärmenden Straßen pflegte – immer war eine urbane Situation im Spiel, deren räumliche Verdichtung die Möglichkeit der Subversion der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen und Hierarchien als naheliegend erscheinen ließ. Die »Trabantenstädte« und »Fußgängerzonen«, die »autogerechte Stadt« oder jene noch in den 1970er Jahren überall in Europa grassierenden »Fünffingerpläne«<sup>2</sup> hatten nicht zuletzt die Funktion der Verfestigung einer herrschaftsförmigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie der Beruhigung jener Furcht und der Ruhigstellung der »gefährlichen Klassen«. Erst als Reaktion auf die Revolutionen und Revolten des 20. Jahrhunderts wurden die erwähnten verräumlichten Sozialtechniken und die Stadtplanung überhaupt in Ost- wie in Westeuropa gesellschaftlich hegemonial. Für einige Jahrzehnte – je nachdem wo man sich in Europa mehr oder weniger lange befand – waren die Trennung zwischen Vorstadt, Industriegebiet und Konsummeile, die Diffusion der bürgerlichen Familie, im Westen auch die Inthronisierung des *male breadwinner* und nicht zuletzt der wachsende Konsum und individuell verfügbare Wohlstand Voraussetzungen einer relativen gesellschaftlichen Stabilität. Diese bot nicht alleine der Bourgeoisie Lebensperspektiven. Nur in diesem Sinne kann man von dem, was oft »Fordismus« genannt wird, als einer »Epoche« sprechen. Es ist eine Epoche, deren Ende sich in den 1960er Jahren andeutete, aber deren Wirkungen sich heute dennoch noch immer nicht verleugnen lassen (am Beispiel der Geschlechterverhältnisse entwickelt dies Frank: 2003, 275 ff.).

## 3. Eine Geschichte der Gegenwart

Die globale Revolte der 1968er Jahre war insofern keine Revolution, zumindest ist sie kaum mit den europäischen Zäsuren von 1789 oder 1917 vergleichbar. Sie brachte fast nirgends ein neues politisches Regime oder eine neue ökonomische Ordnung hervor (in dieser Hinsicht waren die Dekolonialisierungsprozesse und der Umsturz der Staatssozialismen viel eingreifender).<sup>3</sup> Sie ist viel eher eine seitdem unabgeschlossene Zwischen-Zeit, in der neben vielen anderen Aspekten des Lebens auch die etablierten Definitionen des Urbanen ins Wanken gerieten, zugleich aber, vielleicht gerade, weil keine Revolution stattgefunden hat, die Geister der fordistischen Epoche sich immer wieder ein Stelldichein geben. Dennoch wirkte die Revolte der 1968er Jahre zeitgenössisch wie ein Schock (vgl. hierzu Birke 2009: 210 f.). In den vielen Aufständen, die wir seitdem (auch in Westeuropa) erlebt haben, rollten keine Köpfe (oder wenige), aber dieser Schock wurde regelmäßig reproduziert: Es handelte sich um die plötzlich aktualisierte Einsicht, dass die Raumordnung der modernen Stadt eine existentielle Bedrohung enthält, die als Verkümmern menschlicher Kommunikation beschrieben werden kann, als eine lose Ansammlung von Orten, an denen das Leben nicht sinnvoll strukturiert werden kann und in denen materielle Armut versteckt wird – eben wie »Beton, der nicht brennt«. »Es ist ein Ort«, schrieb Lefebvre (1969: 104) über Nanterre, »an dem das Wort Elend eine konkrete Bedeutung bekommt.« Der Aufstand gegen *diese* Erfahrung und die Suche nach *anderen* Erfahrungen produzierte zunächst offenbar eine Art Rauschzustand und wurde später selbst *produktiv*.

2 Der »Fünffingerplan« aus dem Jahre 1968 war ein informell vermitteltes Stadtentwicklungskonzept in Frankfurt am Main, das für das innenstadtnahe Westend fünf »Achsen« definierte, an denen Ausfallstraßen und für profitträchtige Investitionen interessante Geschäftsgebäude errichtet werden sollten. Die noch am Funktionalismus der fordistischen Epoche angelehnte stadtplanerische Vorstellung, in der der lokale Staat eine zentrale Definitionsmacht behielt, fand sich im selben Zeitraum in ähnlicher Weise und sogar unter demselben Namen in weiteren nordeuropäischen Städten (wie Kopenhagen): in Frankfurt am Main war der »Fünffingerplan« und die ihm folgenden spekulativen Desinvestitionen und Investitionen einer der Auslöser des Häuserkampfes der frühen 1970er Jahre.

3 Vgl. aus Sicht der Weltsystemtheorie dennoch Wallerstein 1997: 19.

4 Eine Protestdemonstration gegen den dänischen EU-Beitritt führte 1993 auf dem St. Hans Plads im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro zu einer Straßenschlacht, während der Zivilpolizisten insgesamt 133 Schüsse abfeuerten und mindestens elf Menschen teils schwer verletzt.

Beides hinterließ seine Spuren in Texten, die schilderten, *wie* mit der fordistischen urbanen Ordnung gebrochen wurde. Der Vorgang wurde im Rückblick erstens *poetisch beschrieben*, als »Fusion«, in der sich Menschen anders und neu aufeinander bezogen – »atemberaubende Mitteilungen auf hektographierten Blättern, bemalte Wände und immer neue Orte, an denen Unerhörtes geschah« (Schulenburg 1998: 6). Er wurde zweitens *analysiert*, so wurde beispielsweise anhand von Polizeiakten dargestellt, wie das junge Proletariat sich im Mai 1968 in die Pariser Innenstadt bewegte oder anhand von Aussagen von Zeitzeugen versucht, die konkreten sozialen Interaktionen zu rekonstruieren, die in der besetzten Sorbonne oder vor den umkämpften Industriebetrieben stattfanden (vgl. etwa Seidman 2006). Und drittens wurde diese Interaktion – philosophisch – als Situation *verstanden*, in der gleichzeitig das Wort ergriffen und die gesellschaftliche Arbeitsteilung angegriffen wird, indem Dinge »zusammengebracht werden, die nichts miteinander zu tun haben« (Rancière 2002, 52, vgl. auch Suter 2011). Allen diesen drei hier sehr kurz skizzierten Versuchen ist die historiografische Perspektive gemeinsam, die historische Revolte in der Stadt nicht als Revolution zu begreifen, sondern als Geschichte, die *unserer Zeit und ihren Problemen sehr nahe liegt*; eine Geschichte, die insofern als unabgeschlossener, offener Prozess gesehen werden muss.

#### 4. Der »Motor des Wandels«

Unmittelbar nach jenen »zehn Tagen des Glücks« wurde der Ruf nach einer Organisation dieser merkwürdigen, schockierenden, rauschhaften Erfahrung laut. Dabei tönte sowohl eine politische als auch eine akademische Forderung: die Sache wollte systematisiert, kanalisiert, eingerichtet und geordnet werden. Zur Rechtfertigung wurde angeführt, dass die Sehnsüchte, die sich an jenen zehn Tagen Ausdruck verliehen, nur in organisierter oder sogar institutioneller Art zeitlichen Bestand haben und nachhaltige Veränderungen bewirken würden. Es war ein starkes Argument, und nach denselben Maßstäben wurde schließlich auch in der Akademie gemessen. So wurde etwa in der aus der Aktionsforschung entstandenen begrifflichen Verdichtung der *social movements* eine Teleologie entwickelt, nach der die Bewegungen letztlich nur *gelten* mögen, wenn sie sich eine bestimmte, von der Forschung definierte Form gaben: »[...] Nicht jeder Protest ist Ausdruck einer Bewegung. Von Bewegungen sprechen wir erst, wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen« (Roth, Rucht 2008: 13). In ähnlicher Weise und auf Grundlage einer im Grunde recht unhandlichen Typologie hatte Manuel Castells bereits einige Jahre zuvor die *urban social movements* katalogisiert; ein Katalog, der später in einem endlosen Produktionsprozess verworfen, erneuert und wieder verworfen wurde (vgl. Castells 1983: 321). *Movement* ist, so verstanden, etwas ganz anderes als *Protest*, nämlich ein Motor, der die Gesellschaft neu formiert. Es ist nichts, was aus Dingen zusammengesetzt wird, die nichts miteinander zu tun haben, kein Kunstwerk, sondern eine Maschine, die eine neue Arbeitsteilung entwirft. Urban Social Movements sind – im ausdrücklichen Gegensatz zu Piven und Clowards Entwurf der Poor People's Movements (ebd.: 299) – in letzter Instanz bedeutende Orte der Innovation der kapitalistischen Gesellschaft und insofern gegenüber der Neuordnung städtischer Räume und dem Wandel der Stadt-Politiken (bzw. wie bei Castells zumindest potentiell und innerhalb eines imaginierten sozialistischen Systems) *funktional*.

Ein Nachweis dieser Funktionalität wird heute dort erbracht, wo sich die Darstellung der Wirkungen jener urbanen sozialen Bewegungen etwa, wie bei Boltanski und Chiapello, auf die neuen Unternehmenskulturen und die Management-Diskurse beziehen lässt, die die in den 1968er Jahren geäußerte »Künstlerkritik« aufnehme, welche im Gegensatz zur (an einem auf egalitärer Grundlage wachsenden materiellen Wohlstand interessierten) »Sozialkritik« die »Entfremdung« angegriffen habe, die in den historischen Arbeitsverhältnissen herrschte: Denn der Management-Diskurs, meinen Boltanski und Chiapello, mache die »Künstlerkritik« für »die Beschreibung einer neuartigen, emanzipierten, ja sogar libertären Art der Profitmaximierung nutzbar« (2006: 257). Die These ist ein Reflex der eben skizzierten Beobachtung, dass die Erfahrung der Verdichtung und Entgrenzung, die zunächst *innerhalb* der Revolte produziert wurde (und die als »Situation«, »Schock« oder ähnlich bezeichnet wurde), offensichtlich reproduziert und insofern produktiv gemacht und in-Wert-gesetzt werden konnte. Die Verdichtung und Entgrenzung von Zeit und Raum wurde in der Tat zu einer der Voraussetzungen für die Erneuerung des kapitalistischen Arbeitsregimes, und in Westeuropa und den USA schafften die neoliberalen Politiken der 1980er und 1990er Jahre hierfür institutionelle Voraussetzungen. Noch die Landnahme und Inwertsetzung in den historischen Innenstädten folgte und folgt dieser Logik (vgl. konzeptionell dazu die Beiträge in: Mezzarda und Fumagalli: 2010). Die raumbezogenen Forderungen der Revolten seit den 1968er Jahren wurden, zumindest in dieser Lesart, einverleibt und in einer »spannenden Sprache« ausgespuckt: Dabei kann, was den Extraprofit bringt, gerne spektakulär sein, wie etwa im Falle jener Eigentumswohnungen in Kopenhagen, deren Investor damit warb, dass sie »nur einen Steinwurf vom St. Hans Plads entfernt liegen.«<sup>4</sup>

## 5. Risse im Putz

Wenn man sich diese Perspektive zu eigen macht und auf dieser Grundlage behauptet, dass sich die Revolte(n) im aktuellen Kapitalismus vor allem als »innovative Kraft« konstituiert und verstetigt haben, dann scheint das, was wir seit zwei Jahrzehnten als »neoliberale Stadt« bezeichnen, also auf eine tragische Weise durch die sozialen Bewegungen geprägt worden zu sein. Quasi im Rücken dieser Konstituierung habe eine Umformung der Funktionen städtischer Politik stattgefunden, die sich zunehmend von der »Charta von Athen« verabschiedete und sich wesentlich als Regulator in einem ewigen Standortwettbewerb verstand, günstige Bedingungen für Weltfirmen sowie qualifizierte und ressourcenstarke Steuerzahler bot, wobei sie zugleich Instrumente und Institutionen städtischer Politik, von der Steuerbehörde bis zum Krankenhaus, in eine Verwertungslogik presste. Dabei ist es sicher richtig zu betonen, dass diese neoliberale Stadt kein Ponyhof ist, der erfunden wurde, um die Sehnsüchte der Alternativbewegung zu befriedigen, sondern unter anderem Resultat einer Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit und darin Ausdruck einer grundsätzlichen, globalen Neuordnung von Warenketten und Produktion (vgl. Smith 2006). Und in der Tat sind die Innovationen, die ihren Ursprung in den Protesten der 1968er Jahre haben mögen, heute nicht mehr »unschuldig«. Orte wie die »freie Stadt« Christiania, die Hamburger Hafenstraße, Szeneviertel wie SO 36 liegen längst nicht mehr außerhalb der Reichweite der Verwertungs- und Akkumulationsprozesse. Die Veränderung des Hafenrandgebietes an der Hamburger Norderelbe, mit HafenCity und Hafenstraße, »Brauhausquartier« und »Park Fiction«, ist hierfür ebenso charakteristisch wie die Tatsache, dass die gigantomanische Kopenhagener Mærsk-Oper auf einer neu aufgeschütteten künstlichen Insel liegt, die nur ein paar hundert Meter von Christiania entfernt liegt und der »freien Stadt« früher oder später ein völlig neues Gesicht verleihen könnte (vgl. Birke 2007, 43). Dennoch ist Gentrifizierung nicht alleine und nicht einmal zuerst die Funktionalisierung und Inwertsetzung von früher oppositionellen Subkulturen. Es ist gleichzeitig ein Teil des Klassenkampfes, denn die Inwertsetzung des rent-gap (Smith) geht mit der Verdrängung der ärmeren Teile der Bevölkerung und einer starken sozialen Polarisierung bestimmter Stadtteile einher. Und wo das geschieht, werden die Risse im Putz der neoliberalen Stadt zunehmend sichtbar.

## 6. Vom roten Punkt ...

Während die Richtung der Bewegung in Frankreich im Mai/Juni 1968 auch außerhalb des Landes bekannt wurde – von der Vorstadt in das Stadtzentrum und dort zur Besetzung der Universität, der Oper, der Kunsthochschule und später, während des Generalstreiks hunderter Betriebe – waren die Proteste in der Bundesrepublik weitaus dezentrierter. Ihre stadtpolitische Dimension wurde im Grunde wenig wahrgenommen. Das zeigt zum Beispiel das Schicksal der »Rote-Punkt-Aktion« bei den alle zehn Jahre stattfindenden »1968«-Jubiläumsveranstaltungen. Es handelte sich um eine Protestbewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, in der nicht nur Busse und Bahnen von SchülerInnen, Arbeitenden und anderen Mitreisenden blockiert wurden, sondern auch ein eigenständiges System des »Mitfahrens« entstand, eine Art selbstorganisierter öffentlicher Nahverkehr, bei einer Aktion in Hannover markiert durch den »roten Punkt«, mit dem Privatwagen von deren Eignern als »öffentlich« erklärt wurden (Berlit 2007, 125-143). Derartige Aktionen fanden in einzelnen Städten (in der Regel waren das nicht die Metropolen sondern Städte wie Hannover, Bremen, Duisburg, Heidelberg) zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt, sie waren nicht Teil einer Kampagne, nicht explizit vernetzt, sie markierten keine Zäsur, sondern lagen auch in zeitlicher Hinsicht *vor* und *nach* den Hauptereignissen der bundesdeutschen »1968er«. Ähnlich ging es mit weiteren wichtigen Aktionen, die eine Aneignung des urbanen Raums markierten: junge Frauen, die den ersten Kinderladen in Westberlin gründeten; Stahlarbeiter, die sich am Beginn der »Septemberstreiks« den Lautsprecherwagen des Werkschutzes aneigneten und anschließend das Verwaltungsgebäude der Hoesch AG in Dortmund stürmten; italienische MigrantInnen, die im Frankfurter Westend die Zahlung der Miete verweigerten; Lehrlinge, die auf der »Freisprechungsfeier« in Hamburg protestierten; türkische Montagearbeiter, die in Köln-Niehl die Fließbänder demolierten; griechische Arbeiterinnen, die gemeinsam mit JungsozialistInnen und evangelischen Frauen die Innenstadt von Neuss eroberten – alles dies nicht 1968, sondern in einer langen Reihe von lokalen Konflikten davor und danach. Und all dies – solche Dinge, die »nichts miteinander zu tun haben« (Rancière) – kennzeichnet in Wahrheit den Gesamtzusammenhang der proletarischen Situation. Dieser Gesamtzusammenhang ist (*nicht nur* Wohnen, *nicht nur* Arbeiten, *nicht nur* Lieben usw.) – setzt die wirklichen Grundlagen der urbanen sozialen Bewegungen zusammen.

Boltanski und Chiapello nennen die Kritik an dem entfremdeten Leben unter den Bedingungen der kapitalistischen Formen der Vergesellschaftung »Künstlerkritik«. Das Paradoxe an dieser Begrifflichkeit ist, dass sie eben insofern von der »Sozialkritik« abgesetzt und als »andere« strategische Option der sozialen Bewegungen verstan-

den wird, die Trennung der oben genannten »Sphären« im Grunde reproduziert. In dieser Hinsicht schließt die Definition der beiden Autoren an die Katalogisierung der Proteste durch die Soziale Bewegungsforschung an, bei der verschiedene Formen (»Streiks«, »Besetzungen«, »Mieterproteste«) unterschieden und bezüglich der »Zuständigkeit« bestimmter Forschungsrichtungen (»Streikforschung«, »Bewegungsforschung«, »Protestforschung« usw.) aufgeteilt wurden. Im Mainstream der akademischen Auseinandersetzung mit kollektiven Aktionen und sozialen Konflikten wurde in der Konsequenz der Klassenkampf als der »Gewerkschaftsbewegung« zugehörig und insofern nicht einmal Teil der neuen sozialen Bewegungen definiert, während der große Rest derselben mit dem Begriff »Lebensstil« konnotiert wurde: Ökologiebewegung, Alternativbewegung und »Autonome« galten oft als »Mittelschichtphänomen« bzw. als Akteure, deren soziale Zusammensetzung als zweitrangig gesehen wurde (oft ersetzt durch den nur auf das Innere der Bewegung bezogenen Begriff der *collective identity*, vgl. Della Porta, Diani: 2006, 20 f.). In der Analyse dieser Proteste, die im Kern zwar durchaus das Thema der urbanen Revolte berührten, verschwanden ganz überwiegend sowohl die Hälfte der Lebenszeit der Beteiligten (die Themen Arbeit und Reproduktion) als auch allzu häufig die Frage nach Geschlechter- und Migrationsverhältnissen.

Natürlich knüpfte (und knüpft) diese Regression auch an die Selbstwahrnehmung vieler Beteiligten an, die sich selbst eben nur »halb« verstehen wollten und/oder die inneren Konflikte, die innerhalb der Bewegungen auftauchten, nicht zu bearbeiten verstanden. So wurde, was die urbanen Sozialproteste seit ungefähr 1970 – zumindest aus meiner Sicht – mutig begonnen hatten, nämlich die Aufhebung der Trennung zwischen Produktion (Fabrik und Hausarbeit) und Politik (Aktionen im öffentlichen Raum), säuberlich wieder etabliert: auf dem Papier entstanden schließlich die verschiedenen fein verzweigten Bewegungen (seit den 1980er Jahren inklusive der »Erwerbslosenbewegung«), ganz als ob Menschen sich irgendeine berechtigte Hoffnung auf ein emanzipiertes, aktives Leben machen können, wenn sie sich auf eine Identität als »Erwerbslose«, »Arbeiter«, »Mieter« oder »Ökologen« reduzieren.

Die Grundlage für die Aufnahme der »Künstlerkritik« in das Arsenal der neoliberalen Sozialtechniken war meines Erachtens nicht die Produktivität oder der Reichtum an Wissen, das die neuen sozialen Bewegungen auszeichnet, sondern vielmehr diese Regression und diese Reduzierung. Nur auf dieser Grundlage (die allerdings im Kapitalismus auch durch den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse befördert wird) konnten die »Geschäftsführer der Alternativbewegung« Kollektive in hochflexible, moderne Privatunternehmen verwandeln, mit einer motivierten und gleichzeitig zu Niedriglöhnen beschäftigten Belegschaft, für die alle anderen Lebens- und Liebesverhältnisse sekundär sind (oder der »Betrieb« zur Familie wird), und mit entgrenzten Arbeitszeiten (Neumann: 2009, 54). In gleicher Weise, ähnlich regressiv, kam es zur Verwandlung bestimmter Aspekte der Ziele der HausbesetzerInnen in Sanierungs-Politiken, die der »Aufwertung« von Stadtteilen dienen; oder zur Übersetzung des Wortes »Grundeinkommen« in eine zynisch als »Grundsicherung« bezeichnete Transferleistung des Workfare-Staates; oder der Verwandlung der Forderung nach lokaler Demokratie in jene groteske »Partizipation«, mit der Immobilienunternehmen heute planvoll die »Akzeptanz« lokaler BewohnerInnen für ihre Bauprojekte erhöhen möchten. Die Liste ließe sich fortsetzen: Die »neoliberale Stadt« ist die Instanz, die den Rahmen für diese Übersetzungen bietet, indem sie sich als Maschine geriert, die die Sozialproteste, ihre Symbole, Haltungen, Affirmationen, Gebäude, Kommunikationsformen, ihre Haut und ihre Haare in Tauschwerte zu verwandeln trachtet. »Recht auf Stadt« bricht mit diesen Kommunikationsformen und hebt in sich zugleich Aspekte jener »globalen Revolte« auf, die seit den 1968er Jahren stattfand.

## 7. ... zum »Recht auf Stadt«

In Hamburg sind die sozialen Konflikte, die die »Recht auf Stadt«-Bewegung erzeugten, dezentral im urbanen Raum verteilt (vgl. Twickel 2010, Schäfer 2010, Birke 2010). Das politische Netzwerk, das auf dieser Grundlage entstanden ist, repräsentiert im Gegensatz zu den alten, neuen sozialen Bewegungen keine eindeutige AktivistInnen-Identität; es sind Kleingärtner und Baumfreunde, Mieterinnen und Künstler, sozialpolitisch Engagierte und Autobahngegner. Gleichzeitig knüpft »Recht auf Stadt« allerdings auch an den Diskurs über die Bedeutung der »kreativen Klasse« als Standortfaktor der »wachsenden Stadt« an, den vor allem die Grünen (in Hamburg: die GAL) in Anlehnung an die Konzeptionen Richard Floridas 2007 in der Hansestadt, in der Form eines »Leitbildes Wachsen mit Weitsicht« durchgesetzt haben. Mit der Besetzung von zwölf Häusern in der Hamburger Neustadt (dem sogenannten Gängeviertel) wurde im August 2009 *auch* auf diese Entwicklung reagiert. Hier wurde nicht weniger als die Forderung nach einer »Eroberung der Innenstadt« formuliert. Die formulierte Position nutzte die *bargaining power* der »kreativen Klasse«, argumentierte insofern – vom Ausgangspunkt einer der am stärksten

polarisierten Beschäftigungsfelder aus – mit einer Art alternativer Standortlogik (Birke 2010: 148-150). Die damalige schwarz-grüne Stadtregierung akzeptierte die Besetzung und kaufte die Häuser von dem in der Immobilienkrise in Schwierigkeiten geratenen Investor zurück, ein Bruch mit dem geltenden »Höchstgebotsverfahren« bei der Veräußerung städtischer Grundstücke, gleichzeitig der Versuch vor allem der GAL, das Viertel als Ausstellungsfenster des »toleranten« und »offenen« Hamburgs zu etablieren und letztlich wieder in das Stadtmarketing zu integrieren. Der durch die Immobilienkrise produzierte »Verwertungsstau« wurde durch die Besetzung in einen Möglichkeitsraum verwandelt, andere Besetzungen, vorwiegend, aber nicht ausschließlich aus der autonomen Bewegung heraus, entstanden, wurden danach mit der üblichen strikten Räumungspolitik beantwortet.

Die Besetzung und »Bespielung« des Gängeviertels kann als eine der »unvorhergesehenen Situationen« gesehen werden, durch die hindurch Henri Lefebvre »das Städtische« unter dem Eindruck der offenen Situation im Paris von 1968 definiert hat und die als Motto des Hamburger »Recht auf Stadt«-Netzwerks über die Einladung zu einem Kongress im Frühsommer 2011 gestellt wurde (<http://kongress.rechtaufstadt.net/>, alle weiteren Downloads vom 1.6.2011). In der Tat erhält sich das Netzwerk bislang durch derartige unvorhergesehene Resultate sozialer Konflikte, die einen konkreten stadträumlichen Ausdruck gefunden haben. Seit 2009 wurde von verschiedenen beteiligten Initiativen vor diesem Hintergrund versucht, Kreuzungspunkte zu finden, in denen die »Künstlerkritik« mit der Kritik an den in der reichen Stadt Hamburg immer stärker polarisierten Einkommensverhältnissen, an der Entgrenzung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, der Verdrängung der Armutsbevölkerung aus ihren Wohnungen verbunden werden kann. Dies gilt beispielsweise für Aktionen im Stadtteil Wilhelmsburg, in denen MieterInnen der Wohnungsbaugesellschaft GAGFAH gemeinsam mit einer örtlichen linken Initiative, der Kirchengemeinde, einer Migrationsberatungsstelle und unter der besonderen Beteiligung von Menschen aus der örtlichen Moschee gegen menschenverachtende Wohnbedingungen bei gleichzeitigen maximalen Mietsteigerungen protestieren (siehe auch: <http://aku-wilhelmsburg.blog.de/>). Dies gilt in ähnlichem Sinne aber auch für die Initiative L.U.X. & Consorten, in der der »Bedarf an kommunalen und spekulationsfreien Gewerberäumen« formuliert und »die Gestaltung und Mitbestimmung in der Stadt« konkret (das heißt durch Aktionen an und in leer stehenden Gewerberäumen) formuliert wird (<http://www.lux-net.de/>). Nicht zuletzt soll dort auf die prekarierten Arbeitsverhältnisse von Selbstständigen – die sich nicht nur innerhalb der »Wissensarbeit« finden – hingewiesen werden (vgl. Neumann 2010).

Solche und eine ganze Reihe ähnlicher Initiativen versuchen, die »Sozialkritik«, die Boltanski und Chiapello der traditionellen Arbeiterbewegung und dieser verwandten Bewegungen zuordnen, wie »von Innen« zu formulieren. Was an Forderungen nach einer würdigen materiellen Versorgung und für die Entwicklung einer selbstverwalteten, kollektiven Produktion und Verteilung von Gütern formuliert wird, steht insofern in keinem Programm, wird nicht von einer Partei oder »Bewegung« repräsentiert, sondern konstituiert sich den Konflikten, die innerhalb des Netzwerkes thematisiert werden auf der Grundlage eines Ortes, wo – wie das Netzwerk Lefebvre zitiert, »die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeit verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen« (<http://www.rechtaufstadt.net/>). Die Initiativen erhalten sich zurzeit, indem sie darauf bestehen, dass eine Spannung zwischen der Anknüpfung an den Standort (so in der Figur des »Künstlers«) und einer auf konkrete [Tätigkeiten] bezogenen Identifikation als sozialer Akteur besteht (vgl. die Informationen ebd.). Innerhalb dieser Spannung sind nicht eine, sondern sind viele soziale Figuren repräsentiert, wie überhaupt innerhalb der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse sich der Begriff (das Greifbare) dessen, was »Klasse« ist, zugleich auflöst und vervielfältigt. Er ist »überall« (nicht nur in der Fabrik, nicht nur in der Schule), aber er hat auch kein Zentrum mehr. Auf die Frage, *wer wir sind*, antwortet *Komm in die Gänge* mit nicht weniger als 43 Bezeichnungen, unter anderem: »Maler, Stadtplaner, Grafiker, Tänzerinnen, Studierende, ungelernte Hilfsarbeiter, Gärtner, Dichter, Hartz-IV-Empfänger« (vgl. Twickel 2010: 82). »Wir« sind dort das eine oder das andere und gelegentlich alles zugleich: die Reduktion beispielsweise auf eine bestimmte Form der Lohnarbeit und die mit ihr verbundenen Identitäten werden sinnlos.

## 8. Die Rückkehr der Sozialkritik

Die aktuellen Proteste gegen die neoliberale Stadt würden insofern eine alte Perspektive wieder aufnehmen, die zum ersten Male in der großen Revolte der 1968er aufschien: es ist das Selbstverständnis, dass Proteste erstens soziale Konflikte sichtbar machen, zweitens und damit untrennbar verbunden, öffentliche Räume besetzen und aneignen. Es ist die Perspektive, die einen Prozess eröffnen soll, in dem andere Formen des Zusammenlebens sichtbar und denkbar werden. Margit Mayer (2009: 367) betont, dass ein solches Verständnis des »Rechts auf

Stadt« sowohl eine flüssige, temporäre (oder »projektartige«) Dimension als auch die Vorstellung einer sozialen Diffusion beinhaltet. Dabei bezieht sie sich, wie das Schlagwort selbst, auf Lefebvre: »Against (the transformation of society and everyday life through capital) he sought to [create] rights through social and political action: the streets, and claims to it, are establishing these rights. In this sense, the right to the city is less a juridical right, but rather an oppositional demand.« Unter dem Eindruck der Polarisierung und radikalen Umverteilung der Ressourcen und des gesellschaftlichen Eigentums in der »unternehmerischen Stadt« – enthält das »Recht auf Stadt« auch ein »Recht auf Umverteilung.« Peter Marcuse betont, dass »right to the city« letztlich keine Differenz zwischen »Künstlerkritik« und »Sozialkritik« kennt: »Artists create, teachers teach, inventors invent, philosophers think, young people volunteer, not for profit, but because they believe that is what life is for, that is what they want to do. They come up against the same constraints that make people homeless, hungry, sick, impoverished, people whose demands thus naturally link to the aspirations of the alienated« (Marcuse 2010: 195). Die in dieser Skizze ausgeführte Kritik an der Bezugnahme der Sozialen Bewegungsforschung (und der historischen sozialen Bewegungen selbst) auf ein Verständnis der Entwicklung und Erneuerung der kapitalistischen Gesellschaften, als »Innovation« wird durch diese Ausführungen geschärft: Voraussetzung ist hier immer, dass Menschen sich ihrer eigenen Anliegen annehmen, im wirklichen Sinne »aneignen«, und einen Konflikt formulieren zwischen dem, was »Innovation« als Inwertsetzung auf der einen und als Produktion von Gebrauchswerten auf der anderen Seite bedeuten kann und bedeuten könnte. Damit ist auch gesagt, dass »gesellschaftlicher Wandel« in einer durch Machtverhältnisse aller Art definierten Gesellschaft nur durch solche Konflikte hindurch organisiert werden kann und dass diese immer zugleich Kämpfe um persönliche und kollektive Freiheit *und* um die Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts sind.

Die Interpretation des aktuellen Managements der modernen Arbeitswelt und der modernen Stadt als »Reaktion auf die Künstlerkritik« geht hingegen von einer allzu starken, im Grunde nur unter formalen Gesichtspunkten aufrechtzuerhaltenden Trennung des »Sozialen« und des »Kreativen« aus – die sich in der Trennung zwischen »Arbeiterbewegung« und »sozialen Bewegungen« reproduziert.

Vieles spricht dafür, dass diese Trennung an ihre historische Grenze geraten ist. Keiner der jüngsten Proteste und Aufstände gegen das Regime der Weltwirtschaftskrise ging von der traditionellen Arbeiterbewegung oder den durch den Fordismus geprägten sozialen Bewegungen aus: von der Revolte in Tunesien bis hin zur jüngsten »spanischen Revolution« handelte es sich vielmehr um Kämpfe, in denen der Ausgangspunkt erstens eine prekarierte Arbeits- und Lebenssituation vor allem der jüngeren Generation, zweitens eine informell und nicht einmal durch feste Netze hindurch wirkende Mobilisierung und drittens eine Aneignung des urbanen Raumes ist: auch die »Demokratiefrage« ist direkt mit dem Stadt-Raum verknüpft, wie die Platzbesetzungen in Kairo und Madrid gezeigt haben.<sup>5</sup> Auch insofern sind sowohl die Trennungen zwischen den Bewegungs-Sphären als auch die Definition der sozialen Bewegungen als Innovation einer dieser Sphären aus meiner Sicht *in der Tendenz* obsolet: sie entstammen zunehmend dem begrifflichen Arsenal einer vergangenen Epoche, »Recht auf Stadt« ist einer von mehreren Anlässen, der uns dazu zwingt, auch über unseren Begriff der Bewegungs-Politik grundlegend neu nachzudenken.

Obwohl in den neusten urbanen sozialen Bewegungen die Kritik an der institutionalisierten Politik und ihren restringierten Partizipationsformen sehr wichtig ist, bedeutet das allerdings nicht, dass hier bereits eine »andere Allgemeinheit« oder auch nur eine kohärente, egalitäre Öffentlichkeit produziert würde. Es ist aber zu vermuten, dass sich eine solche Allgemeinheit nicht mehr nach der Art der »Sozialforen« der 1990er und 2000er Jahre konstituieren wird und sich vermutlich auch kaum institutionell entwickeln lässt. Zwar ist auch die »Recht auf Stadt«-Bewegung eine transnationale Bewegung, aber in ihr werden dennoch sehr spezifische, lokale Situationen formuliert; sie kann weder von Hamburg noch von Magdeburg noch von Istanbul aus »allgemein« sprechen (vgl. die Artikel in Holm 2011, die Unterschiede der stadtpolitischen Bewegungen in verschiedenen Weltregionen betont, ebenso auch die Forschungsskizze in: Henninger 2010). Wie die Vernetzung dieser unterschiedlichen Situationen sich ausformen kann, ist derzeit noch völlig offen.

<sup>5</sup> Fraglich ist insofern, ob die Bewegung gegen »Stuttgart 21« und die »Recht auf Stadt«-Bewegung wirklich auf Dauer zwei unterschiedliche Geschichten schreiben werden oder können, zu »Stuttgart 21« siehe Schlager 2010.



## 7. Drei Anfänge

Ich möchte zusammengefasst drei Ausgangspunkte formulieren, die in den aktuellen urbanen Sozialprotesten aus meiner Sicht bedeutend werden: Erstens, die Proteste können nicht anders als an der Logik der neoliberalen Stadt-Politiken anzuknüpfen. Es geht darum, diese Politiken, die lauter unermessliche Messwerte und unerfüllbare Versprechen produzieren, aufzunehmen, anzugreifen und umzuinterpretieren. Proteste gegen »Aufwertung« zum Beispiel können andere Wertmaßstäbe anlegen, als die Mietpreise, die Qualität des Wohnens, Umwelt- und Arbeitsbedingungen, eine wirkliche Aufwertung, die mit der Forderung nach einer anderen Verteilung städtischer Ressourcen verbunden sein muss.

Zweitens, indem die Aneignung urbaner Räume (in Opposition zur neoliberalen Landnahme, vgl. Dörre 2010) zentral wird, muss das Bild von »sozialen Bewegungen«, die stabile gesellschaftliche Ziele formulieren, revidiert werden: denn das, was »Recht auf Stadt« bedeutet, wird in einem öffentlichen Raum gesprochen (werden), den die Proteste selbst konstituieren. Ein Blick auf die Protest-Geschichte der 1968er Jahre zeigt, dass es kein Zufall ist, wie die Frage nach der Aneignung des öffentlichen Raumes bereits damals praktisch und im Anschluss begrifflich formuliert wurde. Es ist eine offene Frage – bis heute.

Drittens, auf der Suche nach Antworten wird die Frage nach der urbanen Klassengesellschaft erneut aktualisiert. Die »Künstlerkritik« (die Kritik an den Trennungen, Ausgrenzungen und Entfremdungen, die die neoliberale Stadt produziert) lädt sich an dem Punkt, in dem es nicht alleine um das Existenzrecht einer Subkultur geht, sondern um zentrale Fragen der städtischen Ordnung, demokratische Verfügung über Gemeingüter, Eigentum an Land und Immobilien, durch eine »Sozialkritik« auf, die zugleich die Trennungen aufheben muss, die im Stadt-raum auf der Grundlage der historischen Projekte der Einhegung und Kontrolle etabliert wurden.

## Literatur

- Barais, Ellen/Bescherer, Peter/Grell, Britta/Kuhn Armin/Riedmann, Erwin (2010): Die Stadt in der Revolte, in: Das Argument 289, S. 795-805.
- Berlit, Anna Christina (2007): Notstandskampagne und Rote-Punkt-Aktion. Die Studentenbewegung in Hannover 1967-1969, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte.
- Birke, Peter (2007): Zur Topographie der Stadt und der sozialen Proteste, in: ders./Holmsted Larsen, Chris (Hrsg.): BZ din by/Besetze Deine Stadt. Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen, Hamburg/Berlin: assoziation A, 31-50.
- Birke, Peter (2009): Eine (un-)vollendete Geschichte? Die 1968er Jahre als »kulturelle Revolution« und »Modernisierungsschub«, in: Angelika Ebbinghaus u. a. (Hrsg.): 1968. Ein Blick auf die Protestbewegung 40 Jahre danach aus globaler Perspektive, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt, S. 199-213.
- Birke, Peter (2010): Herrscht hier Banko? Die Proteste gegen das Unternehmen Hamburg, in: Sozial.Geschichte Online, Heft 3, Duisburg/Essen, S. 148-191.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz: EVA (französische Erstausgabe: 1999).
- Castells, Manuel (1979): The City and the Grassroots, London: Ed. Arnold Pub.
- Della Porta, Donatella /Diani, Mario (2006): Social Movements. An Introduction, Blackwell: London (1. Auflage 1999).
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus, [[http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3\\_doerre.pdf](http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3_doerre.pdf)] (Download 1. Juni 2011).
- Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class, New York: Basic Books.
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 20. Jahrhunderts, Opladen: Leske und Budrich.
- Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Henninger, Max (2010): Zur Transformation des Urbanen. Forschungsbefunde und Fragen, in: Sozial.Geschichte Online, 3, 28-55.
- Holm, Andrej/Gebhardt, Drik (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg: VSA.
- Lefebvre, Henri (1969): The Explosion: From Nanterre to the Summit, Paris: Monthly Review Press (französische Erstausgabe: 1968).
- Lindner, Rolf (2004): Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung. Frankfurt am Main: Campus.
- Mayer, Margit (2009): The »Right to the City« in the context of shifting mottos of urban social movements, CITY, 13/2-3, 362-374.
- Mezzadra, Sandro/Fumagalli, Andrea (2010): Die Krise denken: Finanzmärkte, soziale Kämpfe und neue politische Szenarien, Münster: Unrast.
- Neumann, Arndt (2010): Die Debatte um Gentrifizierung ist verkürzt. Der Wandel der Stadt ist ohne den Wandel der Arbeit nicht zu verstehen, in: analyse und kritik 558, 7 f.
- Piven, Frances Fox/Cloward Richard A. (1986): Aufstand der Armen, Frankfurt am Main: Suhrkamp (amerikanische Erstausgabe: 1977).
- Rancière, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. u. a.: Campus.
- Schäfer, Christoph (2010): Die Stadt ist unsere Fabrik/The City is our Factory, Leipzig: Spector.
- Schulenburg, Lutz (Hrsg.) (1998): Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte, Hamburg: Nautilus.

- Seidman, Michael (2006): *The Imaginary Revolution. Parisian Students and Workers in 1968*, New York/Oxford: Berghahn Books.
- Smith, Neil (2006): *Gentrification Generalized: From Local Anomaly to Urban ›Regeneration‹ as Global Urban Strategy*, in: Melissa S. Fisher/Greg Downey (Hrsg.), *Frontiers of Capital. Ethnographic Reflections on the New Economy*, Durham/London 2006, S. 191-208.
- Suter, Misha (2011): Ein Stachel in der Seite der Sozialgeschichte: Jacques Rancière und die Zeitschrift *Les Révoltes logiques*, in: *Sozial.Geschichte Online* 5, S. 8-37.
- Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hrsg.) (2010): *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen: Wallstein.
- Schlager, Alexander (2010): Die Proteste gegen »Stuttgart 21«, in: *Sozial.Geschichte Online* 4, 113-137.
- Twickel, Christoph (2010): *Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle*, Hamburg: Nautilus.
- Wallerstein, Immanuel (1997, 1968): Eine Revolution im Weltsystem, in François, Etienne/Terray, Emanuelle/Middell, Matthias, Wierling, Dorothee (Hrsg.): *1968 – ein europäisches Jahr*, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt, S. 19-33.

### **Webressourcen**

- Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg: <http://aku-wilhelmsburg.blog.de/>
- L.U.X. & Konsorten: <http://www.lux-net.de>
- Recht auf Stadt-Netzwerk, Hamburg: <http://www.rechtaufstadt.net>
- Nachrichten zur Stärkung von MieterInneninitiativen und Stadtteilmobilisierungen (Andrej Holm): <http://gentrificationblog.wordpress.com/>

Georg Fülberth

## **Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

### **Vorgeschichte: Die KPD 1945 – 1968**

Die KPD in den Westzonen Deutschlands (1945–1949) und in der Bundesrepublik war in einer gewissen Weise eine kommunistische Partei wider Willen.

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus ging die Sowjetunion davon aus, dass Deutschland in ihrem Sicherheitskonzept eine andere Funktion zukomme als den von ihr eroberten Ländern Osteuropas. Diese wurden von ihr vollständig in ihren Machtbereich einbezogen. Deutschland war im Potsdamer Abkommen 1945 unter Viermächteverwaltung gestellt worden. Garantie vor einer neuen Gefahr, die von ihm ausgehen könnte, musste das Einvernehmen mit den USA, Großbritannien und Frankreich erbringen. Das schloss ein sozialistisches Gesamtdeutschland ebenso aus wie eine ausschließliche Gestaltung seiner inneren Ordnung durch die UdSSR.

Die KPD, die am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf wieder öffentlich in Erscheinung trat, verstand sich als ausführendes Organ einer solchen Politik. Nach den ersten Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich (November 1945) zeichnete sich ein Übergewicht der Sozialdemokratie über die Kommunisten auch in Deutschland ab. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die KPD sahen die Gefahr einer Dominanz durch die SPD unter der Führung Kurt Schumachers, der deutlich antikommunistisch orientiert war. Die von ihnen betriebene Vereinigung zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 sollte dem vorbeugen. Sie war gesamtdeutsch angelegt, kam aber nur in der Sowjetischen Besatzungszone zustande. In den Westzonen hatte der Versuch einer SED-Gründung bei der Mehrheit der SPD-Mitglieder keinen Erfolg. Die Bemühungen der KPD, dort ebenfalls – unter Einbeziehung nur weniger Sozialdemokraten – als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu firmieren, verhinderten die dortigen Besatzungsmächte ebenso wie den Versuch der KPD 1948, sich in Sozialistische Volkspartei umzubenennen, um dem sich mit Beginn des Kalten Krieges ausbreitenden Antikommunismus möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. In der ersten Bundestagswahl 1949 erhielt sie 5,7 Prozent der Stimmen, 1953 scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde, im Laufe der fünfziger Jahre schied sie aus den Landtagen aus. 1956 wurde sie vom Bundesverfassungsgericht verboten. Hatte sie bis 1955 gegen die Spaltung Deutschlands gekämpft, so trat sie danach für eine Mehrstaatenlösung in Deutschland (BRD, DDR, Westberlin) ein. In der Illegalität ab 1956 blieben ihre Mitglieder in der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit, auf Listen mit nichtkommunistischer Bezeichnung in der Kommunalpolitik und in außerparlamentarischen Bewegungen (zum Beispiel in den Ostermärschen ab 1960, im Kampf gegen die Notstandsgesetze und in den Protesten gegen den Vietnamkrieg der USA) aktiv. Ihre Versuche, eine Aufhebung des KPD-Verbots von 1956 zu erreichen, scheiterten.

Die Vorbereitung einer neuen Ostpolitik bereits seit der sozialliberalen Koalition ab 1966 sah sich u. a. dem Hindernis gegenüber, dass die UdSSR mit einem Land über die Verbesserung der Beziehungen hätte verhandeln müssen, in dem die kommunistische Partei illegal war. Um dieses Problem zu lösen, ohne das Verbot aufzuheben, wurde am 25. September 1968 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) »konstituiert«. (Das Wort »Gründung« wurde vermieden, um sie einerseits nicht als etwas ganz Anderes als die KPD erscheinen zu lassen, während sie andererseits nicht als deren Ersatzorganisation, die laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 sofort wieder illegal gewesen wäre, gelten durfte.) In der Illegalität war die Zahl der KPD-Mitglieder von ca. 12 000 auf 6 000 gesunken.

### **Die DKP als Doppelpartei 1968 – 1973**

Nach der Konstituierung der DKP bestand die KPD in der Illegalität formal weiter: Zu ungewiss war, ob die neue Organisation, der zunächst fast nur (frühere) Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands angehörten, nicht doch wieder verboten werden würde. Erst als 1971 der bisherige Erste Sekretär der KPD, Max Reimann, der DKP beitrug, war diese Parallelität beendet.

Der Deutschen Kommunistischen Partei schlossen sich bald viele junge Intellektuelle an, so dass sie eine Doppelstruktur aufwies:

1. Die in die Legalität zurückgekehrten Altmitglieder waren zumeist Handarbeiter. Zu ihrem politischen Selbstverständnis gehörte die Überzeugung, dass die Systemauseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und ihrem Machtbereich einerseits, der kapitalistischen Welt andererseits ein möglicher Hebel für eine künftige Transformation in der Bundesrepublik selbst sei. Kritik an der UdSSR und der DDR war für sie ein Beitrag zur Schwächung der eigenen politischen Position. Dies war auch die Haltung der führenden Funktionäre, die zum Teil während der Illegalität in der Deutschen Demokratischen Republik gelebt hatte. Finanziell war die DKP von der DDR abhängig.
2. Die unbedingte Loyalität gegenüber dieser und der UdSSR wurde von der großen Zahl junger Intellektueller, die nach 1968, oft aus der Studierendenbewegung kommend, zur Kommunistischen Partei stießen (das war die zweite relevante Gruppe in der DKP), meist zunächst übernommen. Aber sie hatten einen anderen Erfahrungshintergrund: die universitären Diskussionen, an denen sie teilnahmen, konfrontierten sie mit Fragen der Freiheit der Meinungsäußerung und mit anderen Sozialismusvorstellungen. Diese wurden von ihnen zunächst abgewiesen, entfalteten aber, wie die nächsten Jahre zeigen sollten, doch langfristige Wirkungen.

Neben einigen Großbetrieben wurde die Studierendenschaft ein zweites Feld, auf dem die DKP bald nach ihrer Konstituierung Einfluss gewann, hier durch den ihr nahestehenden Marxistischen Studentenbund Spartakus. Kommunalpolitische Mandate errang sie einerseits in solchen traditionellen Arbeiterwohngemeinden, in denen auch die KPD schon verankert gewesen war, andererseits in einigen Universitätsstädten.

Die DKP verfolgte eine Strategie der »Antimonopolistischen Demokratie«. Diesem Konzept lag die letztlich auf Lenin zurückgehende Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus zugrunde. Hier verschmelze das hochkonzentrierte Bankkapital mit den Monopolen der produzierenden Industrie. Dieser Machtkomplex bestimmte die Politik des Staates. Gelingt es, den entscheidenden Einfluss der Monopole zu brechen, sei ein neuer Typ der Demokratie – jedoch noch immer innerhalb der Grenzen des Kapitalismus – erreicht. Subjekt dieses Prozesses sei die Arbeiterklasse im Bündnis mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, den Bauern und der Intelligenz. Zur wissenschaftlichen Fundierung dieser Politik trugen die empirischen Untersuchungen und theoretischen Überlegungen, die im der DKP nahestehenden Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/Main betrieben wurden, bei. Zeitgenössische Voraussetzungen, an welche das Konzept der antimonopolistischen Demokratie anknüpfen konnte, waren zunehmende Staatsintervention in die Wirtschaft und Sozialreformen seit Mitte der 1960er Jahre.

Auf den Einflussgewinn der DKP unter der jungen Intelligenz reagierten die Regierungen in Bund und Ländern mit der Fernhaltung von kommunistischen Bewerberinnen und Bewerbern um Positionen im Öffentlichen Dienst, vor allen in Schulen und Universitäten, aber auch bei Bahn und Post (Berufsverbote).

Außerhalb des kommunalen Bereichs blieb die DKP bei Wahlen erfolglos. In der Bundestagswahl 1972 erreichte sie lediglich 0,3 Prozent der Stimmen.

### **Das Scheitern der DKP 1974 – 1979**

Nach 1973 entfielen die bisherigen Rahmenbedingungen für die Arbeit der DKP immer mehr. Mit dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods wurde der bisher vorwiegende keynesianische Politik- und Wirtschaftsstil durch den Monetarismus ersetzt und der Staat als Wirtschaftsakteur zurückgedrängt. Der Spielraum für innerkapitalistische Reformen wurde enger, eine kurzfristige Perspektive zur Überwindung dieser Produktionsweise bestand ohnehin nicht. So ergab sich die Notwendigkeit zur Neuorientierung kommunistischer Politik, mit der die DKP sich schwer tat. Ihre Doppelstruktur, die ab 1968 zunächst zu ihrem Wachstum beigetragen hatte, war insofern problematisch, als ihre politische Taktik nicht auf diese eingestellt wurde.

Neu an der gesellschaftlichen Entwicklung war bereits seit 1945 die Entstehung einer Massenschicht der Intelligenz – vorher war dies nur die kleine Gruppe der Akademiker gewesen, die sich nun enorm ausweitete, insbesondere nach den Bildungsreformen der sechziger Jahre. Sie konnte nicht länger als eine Unterabteilung der Bourgeoisie angesehen werden. Zunehmend entwickelte sie ein eigenständiges Selbstbewusstsein, das in der

Studierendenbewegung von 1968 erstmals spektakulär in Erscheinung trat. Seitdem wurde ein Sektor dieser Schicht als politisches Subjekt sichtbar. Er positionierte sich auf der Linken, war aber nicht in erster Linie an der Arbeiterbewegung orientiert, sondern an »neuen sozialen Bewegungen«, die eine eigene Agenda entwickelten: Ökologie, Feminismus. Diese Wendung erfasste auch einen zunehmend größeren Teil der Intellektuellen in der DKP, der damit andere Schwerpunkte setzte, als sie bisher durch die Bindung an die klassische Arbeiterbewegung gegeben gewesen waren. Die Berufsverbote lasteten als Drohung auf den jungen DKP-Mitgliedern, von denen viele sich auf eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst vorbereitet hatten. Sie sahen sich zugleich mit der Tatsache konfrontiert, dass in der DDR Oppositionelle in gleicher, oft noch härterer Weise gemaßregelt wurden. Die Ausbürgerung Biermanns 1976 wirkte wie ein Sprengsatz in der DKP, in der zur gleichen Zeit der Eurokommunismus auf Teile der Mitgliedschaft Anziehungskraft ausübte. Als sich Ende der siebziger Jahre die Massenschicht der Intelligenz auf den Weg zu einer neuen Partei – den »Grünen« – machte, verstärkte dies die Isolierung der DKP, deren Wahlergebnisse unverändert im Promille-Bereich verblieben. Die Mitgliederzahl kam über 23 000 Ende der siebziger Jahre nicht hinaus.

### **1979 – 1985: Friedensbewegung als Ersatzhandlung?**

Zugleich stellte sich mit dem NATO-Beschluss von 1979, in Europa elektronisch lenkbare Mittelstreckenraketen zu stationieren, der DKP eine neue Aufgabe: der Kampf gegen die dadurch drohende Gefahr eines nunmehr – anders als während des »atomaren Patts« – führbaren Kriegs mit Kernwaffen. Sie (wer, die DKP?) war schon seit den fünfziger Jahren Teil einer Friedensbewegung gewesen, die auch noch die Ostpolitik der Regierung Brandt unterstützt hatte, danach aber schwächer geworden war. Nun nahm die »neue Friedensbewegung« eine vorher nie gekannte Stärke an. Die DKP stellte sich voll in ihren Dienst und verzichtete aus Gründen der Bündnispolitik auf ein eigenes Profil. Sie wurde gleichsam zur Dienstleistungsorganisation für die Friedensbewegung, als deren parlamentarischer Arm zunehmend die Grünen, die 1983 in den Bundestag einzogen, fungierten. Dies wirkte zusätzlich verunsichernd auf die DKP.

### **Krise und Teil-Zusammenbruch**

Mit der Übernahme des Amtes des Generalsekretärs der KPdSU durch Michail S. Gorbatschow entstand eine neue Herausforderung für die Deutsche Kommunistische Partei: Durch ihn wurde ihr Selbstverständnis als kritische Verbündete der sozialistischen Staaten in dem Maße im Frage gestellt, als dort deren bisheriger Kurs – insbesondere das Demokratiedefizit – selbst einer kritischen Überprüfung ausgesetzt wurde. Eine oppositionelle Strömung in der DKP orientierte sich an Gorbatschow, während die Parteispitze die Skepsis der DDR-Führung ihm gegenüber teilte. Der Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 wirkte erschütternd auf eine Partei, die in der westdeutschen Bewegung gegen Kernkraftwerke schon vorher mit ihrer Position, diese Technologie sei nur im Kapitalismus, nicht aber im Sozialismus gefährlich, unglaublich geworden war. Nunmehr formierte sich in der DKP eine Strömung, die sich am neuen Kurs der UdSSR orientierte, während die Parteiführung stillschweigend, aber beharrlich die gegen diesen gerichtete Haltung der SED teilte. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete auch das Ende der DKP in ihrer bisherigen Form. Deren finanzielle Förderung durch die SED fiel weg. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder verließ die Partei enttäuscht. Der hauptamtliche Apparat – etwa 500 Personen – musste entlassen werden. Der MSB Spartakus, der die oppositionelle Strömung unterstützt hatte, löste sich auf. Zeitschriften und Verlage im Umfeld der DKP verschwanden entweder oder gingen in andere Hände über. Auch das Institut für Marxistische Studien und Forschungen hörte in seiner bisherigen Form auf zu bestehen.

### **Die DKP seit 1990**

Obwohl die DKP seit 1989 enorm schrumpfte, ist sie seitdem immer noch die größte unter den kommunistischen Kleinorganisationen. (Diese sollen hier summarisch genannt werden: Maoistische Parteien hatten sich bereits Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre aufgelöst. Bis 1991 bestand immerhin noch der Kommunistische Bund [KB]. Die 1982 gegründete Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands [MLPD] existiert weiter, tritt zu Bundestagswahlen an und hatte 2009 dreizehn Kommunalmandate.) Die DKP hat ca. 4 000 – meist ältere – Mitglieder und hat Sitze in etwa 20 Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen, teils durch Eigenkandidaten, teils auf Listen der Partei »Die Linke«.

2008 wurde das DKP-Mitglied Christel Wegner in den Landtag von Niedersachsen gewählt. Sie war auf der Liste der Linkspartei aufgestellt worden, ist aber aus deren Fraktion ausgeschlossen worden, nachdem sie in einem Fernseh-Interview Verständnis für die Grenzsicherungsanlagen der DDR und die Notwendigkeit von Geheimdiensten in sozialistischen Ländern geäußert hatte. Nach wie vor gibt die DKP eine Wochenzeitung (»Unsere Zeit«, UZ) heraus. Deren in zweijährigem Abstand stattfindendes Pressefest übt Anziehung auch auf Nichtmitglieder aus. Ein theoretisches Organ sind die »Marxistischen Blätter«. Auch der Jugendverband der Partei – die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ) – besteht weiter.

DKP-Mitglieder arbeiten in betrieblichen und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionen sowie in der Friedensbewegung. Die grundsätzliche Orientierung der Partei ist umkämpft. Eine knappe Mehrheit hält eine lockere Kooperation mit der Partei »Die Linke« für sinnvoll, eine Minderheit verlangt größere Eigenständigkeit ihr gegenüber. Dieser Differenz liegen unterschiedliche Lage-Einschätzungen zugrunde: der Auffassung, dass die Situation des Kapitalismus durch einen »kooperativen Imperialismus« charakterisiert sei, der durch revolutionäre Realpolitik bekämpft und überwunden werden müsse, steht eine Auffassung gegenüber, die den Krisenaspekt und die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs betont.

## **Literatur**

- Fülberth, Georg: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). In: Lern- und Arbeitsbuch deutscher Arbeiterbewegung. Darstellung, Chroniken, Dokumente, Band 2, herausgegeben unter der Leitung von Thomas Meyer, Susanne Miller, Joachim Rohlfes, 2., um einen vierten Band ergänzte Auflage, Bonn 1988. S. 929-941.
- Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945 – 1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. 2. Aufl. Heilbronn 1992.
- Heimann, Siegfried: Die Deutsche Kommunistische Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980, Band 1: AUD bis EFP. Opladen 1983. S. 901-981.
- Wilke, Manfred; Müller, Hans-Peter; Brabant, Marion: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Köln 1990.

## Zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW)

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) hat parlamentarisch nie eine Rolle gespielt. Das war auch nicht ihr Maßstab. Trotzdem war sie zeitweilig in Westberlin ein politischer Faktor. Ihre Anfangsjahre waren vom Kalten Krieg in Berlin geprägt. Der Mauerbau war auch für die Parteimitglieder eine Zäsur. Die Sozialistische Einheitspartei in Westberlin trat unter drei Namen auf, die jeweils für eine besondere Etappe standen: Zunächst als SED, dann nach dem Mauerbau als SED-W und schließlich ab 1969 als SEW. Ein besonderes Merkmal der SEW war, dass sie durch ihre Mitglieder vor allem in Betrieben und seit Ende der 1960er Jahre an den Hochschulen verankert war. SEW-Mitglieder waren in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv und gewannen Ansehen durch ihre Bündnisarbeit. SEW-Mitglieder waren als Sozialisten mit der Hoffnung auf eine von atomaren und ökologischen Katastrophen verschonte Welt verbunden und dass der Reichtum des Einen nicht durch die Ausbeutung des Anderen erwachse. Diese Hoffnungen auf eine sozialistische Perspektive wurden konterkariert durch den nicht überwundenen Stalinismus, der in der Partei wirkte und alle Bemühungen zunichte machte.

### Wurzeln in der Nachkriegssituation

Politik und Organisation der SEW, auch ihr Verhältnis zur SED-Führung bis zum Ende der 1980er Jahre, ist ohne ihre Wurzeln in der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung nicht zu verstehen. Sie entstand aus den Kreisverbänden der SED in den Berliner Westsektoren. Mit dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 11. Juni 1945 wurde die Gründung antifaschistischer Parteien in der SBZ und in Berlin möglich. Zugelassen wurden KPD, SPD, CDU und LDPD. Dieser Befehl der SMAD hatte für Berlin auch nach dem Einzug der westlichen Besatzungsmächte in ihre Sektoren im Sommer 1945 Bestand. Insofern unterschieden sich die rechtlichen Grundlagen in Berlin von denen in den westlichen Besatzungszonen, in denen jeweils eigene Regelungen für das Wirken politischer Parteien geschaffen wurden.

Zur »gemeinsamen Aufbauarbeit« beschlossen die vier Parteien in Berlin am 14. Juli 1945, einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden und empfahlen in allen Gliederungen bis auf die Ortsebene, sich »in gleicher Weise zusammenzuschließen«. Diese Blockbildung legte politisch den Grundstein für die Hegemonie der KPD, später der SED in der DDR. Im Mittelpunkt stand zunächst die Lösung unmittelbarer Tagesaufgaben im weitgehend zerstörten Berlin wie Ernährung, Wohnung, Heizung, Gesundheitswesen, Verkehr, Betriebe und Produktion, Schule sowie Kulturaufgaben.

In der Mitgliedschaft von KPD und SPD gab es starke Tendenzen zum Zusammenschluss in einer Arbeiterpartei. Besonders Sozialdemokraten drängten auf eine einheitliche Partei hin, während die KPD eine abwartende Position einnahm. Sie wollte zuerst ihre eigenen Reihen politisch und organisatorisch konsolidieren. Erst Ende September 1945 fasste die KPD, auch mit Blick auf die Entwicklung in anderen von der Sowjetarmee besetzten europäischen Ländern, den Entschluss zur Vereinigung mit der SPD. Diese Bestrebungen stießen auf den massiven Widerspruch der westlichen Besatzungsmächte und fanden Unterstützung von den Führungsgremien der SPD in ihren Zonen, insbesondere bei Kurt Schumacher in Hannover, der von Anfang an klar ablehnend einem Zusammenschluss mit der KPD gegenüberstand. Bereits im Juli 1945 erklärte er: »Die KP ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt besteht kein zwingender Grund für die Weiterexistenz. Ebenso wenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen ...«. Anders verhielt sich der Zentralkomitee der SPD in Berlin, an dessen Spitze der ehemalige Reichstagsabgeordnete und braunschweigische Landesvorsitzende Otto Grotewohl stand, der sich für einen Zusammenschluss einsetzte. Grotewohl im Dezember 1945: »Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion: sie ist notwendig.« Er setzte darauf, die bestehende Aktions-einheit zu vertiefen und mit der Verschmelzung von SPD und KPD eine einheitliche Partei zu bilden.

Analog zu den beginnenden Auseinandersetzungen zwischen den Besatzungsmächten über ihre Ziele in Deutschland, verschärfte sich der Konflikt zwischen den SPD-Führungen im Westen und im Osten Deutschlands. Er fand seine Vertreter auch in Berlin. Im Hintergrund agierten die jeweiligen Besatzungsmächte mit ihren Interventionen. Während einerseits gemeinsame Funktionärskonferenzen von KPD und SPD organisiert wurden, formierte sich insbesondere in den Westsektoren eine Ablehnungsfront opponierender Sozialdemokraten. Sie wurde unterstützt durch die westlichen Besatzungsmächte. Auf der anderen Seite untersagte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrem Sektor eine SPD-Urabstimmung zur Vereinigung der Parteien »aus Gründen der Satzungswidrigkeit«. Ostberliner konnten jedoch in den Westsektoren ihre Stimme abgeben. Diese Urabstimmung, die am 31. März 1946 stattfand, hatte zum Ergebnis: Von insgesamt 66.246 SPD-Mitgliedern in Gesamtberlin und 39.716 in Westberlin nahmen 23.019 an der Urabstimmung teil. In den zwölf West-Kreisverbänden der SPD wurden 22.855 Stimmen abgegeben. Es sprachen sich 2.937 für und 19.529 Mitglieder gegen »eine sofortige Vereinigung mit der KPD« aus, jedoch gleichzeitig 14.666 für und 5.559 gegen »ein Bündnis beider Parteien, welches die gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt«. In der Konsequenz aus dieser SPD-Urabstimmung und der Bildung der SED im April 1946 wurden von den vier Besatzungsmächten SED und SPD für Gesamtberlin als Parteien zugelassen, die Mitglieder konnten wählen, welcher der beiden Parteien sie sich anschließen wollten. Die SPD-Kreisverbände in Ostberlin existierten bis nach dem Bau der Mauer im August 1961 und wurden dann vom SPD-Landesvorstand aufgelöst. Die SED-Kreisverbände in Westberlin wurden zunächst zur SED-W, dann zur SEW.

### **Im Kalten Krieg geprägt**

Die Entwicklung von SED und SPD in Berlin stand in engem Zusammenhang mit dem beginnenden Kalten Krieg und prägte beide Parteien und ihre Mitglieder. Während sich die SPD, insbesondere unter der Führung von Ernst Reuter, als »Freiheitspartei an der Seite des Westens« profilierte, orientierten sich auch die Westberliner Kreisverbände der SED immer stärker auf die Ziele der Partei im Osten. Viele Mitglieder, die im Westen lebten, nahmen Arbeitsstellen in Betrieben und Verwaltungen im Ostsektor an. Kontakte zu ihren Kreisverbänden bestanden über Wohnparteiorganisationen. Das wurde von vielen Parteimitgliedern nur halbherzig betrieben, die mangelnde Mitarbeit war häufig Gegenstand »kritischer Debatten«. Eine scharfe Zäsur war die DM-Währungsreform in den Westzonen und ihre Ausdehnung auf Westberlin. Der in Westberliner Wechselstuben verlangte Kurs Ost- zu Westmark lag zeitweise bei 10:1, später bei 4:1. Die Sowjetische Militäradministration verhängte die Sperrung der Zugangswege nach Westberlin, die »Berlin-Blockade« begann und polarisierte das Leben in Berlin. Von einem Tag auf den anderen standen die in Westberlin wohnenden, aber in Ostberlin Beschäftigten – darunter viele SED-Mitglieder – ohne gültige Zahlungsmittel da und wussten nicht, wie sie z. B. ihre Miete bezahlen sollten. Gleiches galt für die bei der von Ostberlin betriebenen Deutschen Reichsbahn Beschäftigten, inklusive der Berliner S-Bahn. In diesem Zusammenhang trat erstmals eine *Unabhängige Gewerkschaftsorganisation* (UGO) auf, die Gegenstrukturen zum bis dahin einheitlichen FDGB aufbaute. Sie forderte für die im Westteil der Stadt wohnenden Eisenbahner Bezahlung in DM. Es kam zu massiven Streikaktionen. Die SED bekämpfte die UGO, mit der Folge, dass, als diese 1950 vom DGB als Berliner Landesverband anerkannt wurde, SED-Mitglieder isoliert außerhalb der Gewerkschaft standen, denn der FDGB spielte in den Westberliner Betrieben außerhalb der Deutschen Reichsbahn keine Rolle mehr.

Die Isolation der SED in Westberlin wurde insbesondere auch bei Abgeordnetenhauswahlen deutlich. Bereits bei der Stadtverordnetenwahl am 20.10.1946 dominierte die SPD in Gesamtberlin mit 48,7 Prozent gegenüber der SED mit 19,8 Prozent. Die Westberliner Wahlen 1950 wurden von der SED als »Spalterwahlen« boykottiert. 1954 erreichte die SED bei ihrem ersten Antritt zum Westberliner Abgeordnetenhaus 2,7 Prozent, nach dem Mauerbau waren es dann 1963 nur noch 1,3 Prozent der Stimmen. Trotz leichter Zugewinne zu Beginn der 1970er Jahre galt die SEW in der Westberliner Bevölkerung nicht als wählbar. In den 1980er Jahren sanken ihre Stimmenanteile unter die Ein-Prozent-Marke.

### **Das besondere Verhältnis zwischen SED und SEW**

In der Zeit zwischen Bildung der SED und der Spaltung Berlins 1948 war das Verhältnis eindeutig, es gab eine einheitliche Berliner Parteiorganisation. Das blieb formal bis zum Bau der Mauer so, veränderte sich von den Inhalten jedoch während der 1950er Jahre. Die gesellschaftliche Entwicklung in Ost- und Westberlin verlief gegensätzlich. Ostberlin wurde zum Bestandteil der DDR, die Widersprüche in deren Entwicklung, wie sie zum



Beispiel am 17. Juni 1953 sichtbar wurden, wirkten sich auch auf Westberlin aus und festigten in der Bevölkerung die Verbundenheit mit »dem Westen«. Westberlin wurde zum »Pfahl im Fleisch der DDR«, wie es der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt nannte. Wiedervereinigungspläne für Deutschland waren Mitte der 1950er Jahre endgültig gescheitert. Der Graben der Spaltung wurde tiefer, obwohl innerhalb Gesamtberlins weiterhin Freizügigkeit herrschte. Am 27. November 1958 wurde das sogenannte Chruschtschow-Ultimatum veröffentlicht. Es sah vor, Westberlin zu einer entmilitarisierten freien Stadt umzuwandeln. Der sowjetischen Führung ging es darum, die Westalliierten aus Westberlin hinauszudrängen und zugleich die Bindungen an die BRD zu kappen. Parallel zum Chruschtschow-Ultimatum wurde 1959 innerhalb der Berliner SED-Bezirksleitung eine besondere Leitungsstruktur für Westberlin gebildet. Ihr gehörten der spätere SEW-Vorsitzende Gerhard Danelius und Hans Mahle an, der mit der Aufgabe betraut wurde, eine Zeitung für Westberlin herauszugeben. Hans Mahle beklagt in seinen »Erinnerungen« die miserable Situation der Partei bei seiner Arbeitsaufnahme: »Von Ostberliner Seite fehlten sowohl die notwendige Sorgfalt als auch eine entsprechende Hilfe beim Umgang mit den Problemen ihrer Westberliner Genossen.« Mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 scheiterte das Vorhaben »Freie Stadt Westberlin« endgültig. Die Rechte der Westalliierten blieben unangetastet, Westberlin blieb ein Teil »des Westens«.

Vor den Mitgliedern der SED in Westberlin stand die Aufgabe, sich neu zu orientieren. An die Alternative, die Partei aufzulösen, dachte niemand. So wurde aus den zwölf Westberliner Kreisverbänden die SED-W gebildet. 1966 fand der erste Parteitag der SED-W in Berlin-Spandau statt. Obwohl die Partei nun eigenständig auftrat, blieb die enge Anbindung an die SED in Ostberlin bestehen. Die Zuständigkeiten gingen von der Ostberliner Bezirksleitung auf die Westabteilung des Zentralkomitees der SED über. Die Beziehung war geprägt durch enge Abstimmung bis ins Detail. Sie lasen sich teilweise wie Anweisungen und hatten auch diesen Charakter. Vor allem die Fragen, die eine Relevanz zu den Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR hatten, wurden im Sinne der SED synchronisiert. Das war in den 1960er Jahren die »Passierscheinfrage«, d. h. die Einreisemöglichkeiten für Westberliner nach Ostberlin und in die DDR. Später waren es Fragen der Normalisierung der Beziehungen Westberlins zur DDR im weiteren Sinne, bis hin zu Veröffentlichungen der SEW zur Einschätzung des ersten SPD/AL(Grüne)-Senats 1989 und zur Entwicklung seiner Politik gegenüber der DDR. Das führte zur Wahrnehmung der SEW als inoffiziellem Sprachrohr der SED und verhinderte eine eigenständige Entwicklung ihrer Politik. Die Entwicklung in der DDR wurde von der SEW als »beispielhaft« propagiert, Studiengruppen wurden im Zeichen der »Sozialismus-Propaganda« entsandt, besonders bemühte man sich um die Teilnahme von Gewerkschaftern und von Sozialdemokraten an diesen Fahrten.

### **Reorganisation und Mitgliederentwicklung der SEW seit den 1960er Jahren**

Kurz nach dem Krieg gehörten der SED in den Westsektoren Berlins 42 500 Mitglieder (Juli 1946) an. Bis 1961 ging diese Zahl auf etwa 5 500 zurück. Neben Parteiaustritten war ein maßgeblicher Grund hierfür die Anweisung der SED-Führung an ihre Westberliner Mitglieder, in den Osten der Stadt zu ziehen, sofern sie dort auch arbeiteten. Im Westen blieben vor allem Rentner zurück. Der Bau der Mauer war auch hier eine Zäsur. Personell war ein Neuaufbau der Partei unabweisbar geworden. Die SED-W musste sich öffnen und sie bemühte sich um neue Mitglieder. Sie begann ab Mitte der 1960er Jahre, eng mit der entstehenden Studentenbewegung zusammenzuarbeiten. In der Partei war 1961 nur ein einziger Student der Freien Universität organisiert, der noch dazu wegen seiner Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Helsinki exmatrikuliert wurde. Um den parteinahen Jugendverband *Freie Deutsche Jugend von Westberlin* bildete sich ein Kreis von Studenten als erstes Bindeglied zu den Universitäten. Die SED-W beteiligte sich an antiimperialistischen Aktionen, z. B. gegen den Besuch des kongolesischen Politikers Tschombe in Westberlin, an den Protesten gegen den Vietnamkrieg und unterstützte den vom Westberliner SDS im Februar 1968 organisierten Vietnam-Kongress – beispielsweise dadurch, dass im SED-W-eigenen Druckhaus Plakate und Flugblätter hergestellt wurden. Auch in hochschulpolitischen Fragen arbeitete sie eng mit dem SDS zusammen. Mitglieder der SED-W, besonders Veteranen des antifaschistischen Widerstandskampfes, aber auch Arbeiter aus Großbetrieben, waren als Gesprächspartner bei Studierenden willkommen. Gemeinsam mit dem Studentenverband rief die Partei zudem 1968 zur »sozialistischen 1.-Mai-Demonstration« in Neukölln auf, an der sich 30 000 Menschen beteiligten. Die Zusammenarbeit erfuhr einen deutlichen Einschnitt als im August 1968 die Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR einmarschierten und dem »Prager Frühling« ein jähes Ende bereiteten.

Dennoch gelang der Partei in dieser Zeit eine enorme Verjüngung. Ihre Hochschulgruppen an den Berliner Universitäten wuchsen auf einige hundert Mitglieder an. Allein an der Freien Universität hatte sie knapp 500 Mit-

glieder und weitere Unterstützer. Seit 1966 wurden von der SEW offiziell keine Mitgliederzahlen veröffentlicht. Aus verschiedenen Quellen geht hervor, dass 1965 rund 5 400 Mitglieder der Partei angehörten, 1974 waren es 7 500. Berücksichtigt man die altersmäßige Zusammensetzung Mitte der 1960er Jahre und den damit verbundenen natürlichen Rückgang in den Zahlen, dann kann für Mitte der 1970er Jahre von einer erfolgreichen Reorganisation gesprochen werden. Das betrifft auch die qualitative Seite: Neben dem Anteil von Studierenden und Hochschulabsolventen unter der Mitgliedschaft erhöhte sich auch der von jungen Arbeitern und Angestellten. Denn die Partei blieb hauptsächlich in den Betrieben verankert. In der weiteren Entwicklung ging die Mitgliederzahl Ende 1980 auf 5.300 zurück und fiel zum Ende der SEW 1989/90 auf 3 200 ab. Das Nachfolgeprojekt *Sozialistische Initiative* zählte im Juli 1990 formal 1 000 Unterstützer, davon schloss sich ein kleiner Teil später der PDS an, andere gründeten einen Berliner Verband der DKP.

### **Westberlin – normale Stadt**

Mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin vom September 1971, das den Status Westberlins als »kein Bestandteil der Bundesrepublik« klärte, aber bestehende Verbindungen akzeptierte, begann ein Normalisierungsprozess im Verhältnis zur DDR. Spannungen wurden abgebaut, der Grundlagenvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik geschlossen und der KSZE-Prozess entwickelt, der 1975 zum Helsinki-Abkommen führte. Das hatte beträchtliche Auswirkungen auf die innere Entwicklung Westberlins. Die Vision einer »normalen Stadt« entstand, aber auch die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus wurde in den 1970er Jahren spürbarer. Die Finanzierung der »Frontstadt Westberlin« zeigte angesichts der politischen Entspannung Lücken. Die SEW orientierte sich in ihrer Politik verstärkt auf die inneren Probleme der Stadt. Mobilisierung gegen den Abbau von Arbeitsplätzen (zum Beispiel bei der AEG und bei Siemens) und gegen Deindustrialisierung; Bildungspolitik an Schulen und Hochschulen rückte stärker in den Fokus, ebenso wie Gesundheitspolitik in der Abwehr von Einschränkungen der Krankenhausversorgung. Das ermöglichte Bündnisse mit Gewerkschaften und Initiativen, die sich zu außerparlamentarischen Bewegungen bildeten. Vom Westberliner Senat wurde gegen Mitglieder der SEW im Schuldienst mit Berufsverboten vorgegangen, auch hiergegen entwickelten sich Solidaritätsaktionen, an denen sich auch bekannte Sozialdemokraten wie der ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz beteiligten.

Eine Besonderheit stellte die Mieterbewegung dar, die seit den 1960er Jahren gegen die Freigabe der staatlich geregelten Mietpreise ankämpfte. In Westberlin war bis 1987 die Mietenentwicklung von politischen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses abhängig. In Wahljahren stiegen die Mieten nicht, danach umso stärker. In den 1970er Jahren und besonders Mitte und Ende der 1980er Jahre bekam die Mieterbewegung einen Aufschwung, weil die Mietpreisfreigabe immer drängender von den Regierenden auf die Tagesordnung gesetzt wurde, die Wohnungsnot der Nachkriegszeit angeblich als überwunden galt und mit der Hausinstandbesetzerbewegung ein neuer Akteur auftrat. Diese Bewegung wandte sich gegen »Kahlschlagsanierung« und spekulativen Wohnungsleerstand und fand breite gesellschaftliche Unterstützung. Eine Unterschriftensammlung gegen die Mietpreisfreigabe, die von Mieterverbänden, SEW und SPD organisiert wurde, brachte mehr als 250 000 Unterstützer.

### **Friedensbewegung in den 1980er Jahren**

Die Mitarbeit in der Friedensbewegung rückte in den 1980er Jahren für die SEW in den Mittelpunkt der Bündnisarbeit. Sie warb insbesondere um die Mitarbeit von Sozialdemokraten und kirchlichen Kreisen. Den internationalen Rahmen bildete die geplante Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Die SEW lehnte sich hierbei eng an die sowjetische Position an und trat insbesondere gegen die Stationierung von amerikanischen Pershing-II-Raketen und von Marschflugkörpern auf. Die Rüstungspolitik der US-Regierung unter Ronald Reagan, die in der Bevölkerung höchst unpopulär war, ermöglichte Massenmobilisierungen. In allen Stadtbezirken entstanden Friedensinitiativen, sie wurden ergänzt durch fachlich orientierte Initiativgruppen wie *Künstler für den Frieden*, *Informatiker gegen Hochrüstung* usw. Im Herbst 1983 fanden z. B. Sitzblockaden vor den Andrews-Barracks, einer US-Kaserne, und eine Kundgebung mit 100.000 Menschen vor dem Schöneberger Rathaus statt. Mitglieder der SEW wirkten dabei mit und setzten sich für die politische und organisatorische Koordinierung ein, zum Beispiel in der Kampagne »Unsere Stadt gegen Atomwaffen«, die teilweise auch international agierte, wie bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Sie warb für Städtepartnerschaften, die atomwaffenfreie Zonen unterstützten.

## Stagnation und Ende der SEW

Die teilweise erfolgreiche Bündnisarbeit in der Friedensbewegung konnte die Stagnation der SEW zeitweise aufhalten, aber nicht überwinden. Auch hier war die Fixierung auf die SED ein Haupthinderungsgrund und traf die Partei durch die Langzeitwirkungen nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann schwer. Die Glaubwürdigkeit der DDR, und damit der mit der SED verbundenen SEW, war erschüttert. Hinzu kam im September 1980 ein Konflikt bei der Deutschen Reichsbahn, als dort für mehr als 50 Westberliner Beschäftigte betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen wurden. Lange Jahre hatten die Beschäftigten dieses in Westberlin tätigen DDR-Betriebes niedrigere Löhne akzeptiert wegen der vermeintlich erhöhten Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Das galt angesichts der zunehmend desolaten Devisenlage der DDR nun nicht mehr. Während mehrtägiger Streiks wurde der Verkehr blockiert. Die SEW wandte sich gegen diesen Streik. Dagegen trat eine Gruppe von Mitgliedern auf, die sich bereits seit längerer Zeit traf und eurokommunistische Positionen einnahm, wie sie in der italienischen und spanischen KP diskutiert wurden. Als von ihnen ein Informationsblatt »Die Klarheit« herausgegeben wurde, ging der Parteivorstand der SEW gegen sie mit administrativen Mitteln vor. Zwei politische Mitarbeiter des Parteivorstandes, die zu dieser Gruppe gehörten, wurden aus der SEW ausgeschlossen, weitere Mitglieder folgten in einigen Kreisverbänden, andere solidarisierten sich mit den Ausgeschlossenen und verließen die Partei.

Mit der Perestrojka-Politik Gorbatschows kam die SEW in einen Spagat zwischen KPdSU und SED, die zu den Reformen in der Sowjetunion eine scharf ablehnende Haltung einnahm. Viele Funktionäre in der SEW, die teilweise an Moskauer Instituten studiert hatten, griffen sowjetische Initiativen auf, brachten sich in die Debatten der SEW ein. Dies spielte in der Kommission eine Rolle, die ein Programm »Westberlin und das Jahr 2000« entwickelte, in Konferenzen wie »Mensch-Technik-Umwelt« (1988) nach der Katastrophe von Tschernobyl und in der Redaktion der Zeitung »Die Wahrheit«, in der seit 1987 an einem Konzept für eine neue, breiter aufgestellte sozialistische Tageszeitung gearbeitet wurde. Nach einer Probeausgabe im Herbst 1989 erschienen von der »Neuen Zeitung« im Dezember 1989 fünf Ausgaben, dann musste das Blatt sein Erscheinen wegen des Wegbrechens der wirtschaftlichen Beziehungen von Druckerei und Zeitungsvertrieb zur DDR und den ebenfalls in den Untergang strudelnden osteuropäischen Ländern einstellen. Im parteieigenen Druckhaus Norden wurden zum Teil hochwertige Druckerzeugnisse für Verlage der DDR und anderer osteuropäischer Länder hergestellt. Eine wesentliche Teilaufgabe der Zeitung »Die Wahrheit« wurde in der DDR und zum Beispiel in den Urlaubszentren Bulgariens als oftmals einzige deutschsprachige Tageszeitung »aus dem Westen« vertrieben. Die SEW war in den Untergangssog der SED geraten.

Nach dem Rücktritt von Büro und Sekretariat des Parteivorstandes im November 1989 hatte der Parteivorstand der SEW am 18. November 1989 in einer ausführlichen Erklärung das Wirken und die Erfahrungen der Partei sowie die Ursachen der Entwicklung in der DDR als »zum größten Teil in der stalinistisch geprägten Deformation des Sozialismus« liegend charakterisiert. In der Erklärung hieß es u. a.: »Stalinistisch deformierte Gesellschaften sind politisch vor allem durch die alles überragende Stellung der Partei gekennzeichnet. Sie bestimmt durch den Anspruch, unfehlbar zu sein, die Gestaltung des politischen Systems, der Ökonomie und Kultur (Machtmonopol). Die Realisierung dieses Anspruchs erfordert die Verquickung von Partei- und Staatsapparat, die zum Teil parallel aufgebaut sind. Die Partei selbst ist in Negierung der demokratischen Elemente kommunistischer Organisationsprinzipien ausschließlich hierarchisch organisiert, wobei die Parteiführung sich selbst zum alles wissenden Zentrum macht (Informationsmonopol), das die angeblich einzig richtige Linie vorgibt (Wahrheitsmonopol). Die Parteibasis ist von der Willensbildung faktisch ausgeschlossen, ihre Hauptaufgabe liegt darin, die Massen zur Erfüllung der vorgegebenen Linie zu mobilisieren. ... Stalinistische Deformation läßt sich nicht auf Personenkult reduzieren, obwohl ihn das hierarchisch organisierte System fast zwangsläufig hervorbringt.«

Die PDS hatte nur wenig Interesse daran, Mitglieder der SEW in ihr Nachwendeprojekt aufzunehmen. Die frühe Orientierung der PDS auf eine ostdeutsche Regionalpartei war andererseits auch nicht attraktiv für Westberliner Sozialisten. Erfahrungen der SEW sind bis jetzt nur wenig aufgearbeitet worden, was auch der mangelhaften Quellenlage geschuldet ist. Viele Dokumente, Sitzungsprotokolle und Schriftwechsel wurden im Prozess der Parteiauflösung 1989/90 vernichtet. Die meisten Quellen stammen aus der Hinterlassenschaft der SED bzw. staatlicher Stellen in Westberlin. Erst in jüngster Zeit haben Veröffentlichungen einzelne Bereiche beleuchtet. Eine fundierte Geschichte der SEW ist noch zu schreiben.

## Literatur

- Burkhard Jakob: »Pfahl im Fleisch«, Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin. Mit einem Geleitwort von Hans Modrow, Bonn 2011.
- Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine »ostdeutsche« Partei als Stachel im Fleische der »Frontstadt«, Berlin 2009.
- Katharina Riege: »Einem Traum verpflichtet«, Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg, 2003.
- Jochen Staadt: »Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970«. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Berlin 1993.

### Online-Ressourcen

- Olav Teichert, »Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins«, Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED. Dissertation, FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, 2010.  
URL <http://www.uni-kassel.de/hrz/db4/extern/dbupress/publik/abstract.php?978-3-89958-994-8> (abgefragt am 9.9.2011).
- Jenny Niederstadt, »Erbitten Anweisung!«, Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung »Die Wahrheit« auf SED-Kurs. Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 9, Berlin 1999.  
URL: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/lstu/schriftenreihe/niederst.pdf?start&ts=1119966795&file=niederst.pdf> (abgefragt am 9.9.2011)
- Gerhard Seyfarth, »Neue Dokumente zur Geschichte der SEW«. Internet-Seite, die im Aufbaustatus vor allem Dokumente aus Beständen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv erschließt.  
URL: <http://www.sew-dokumente.org/index.html> (abgefragt am 9.9.2011)

Manfred Coppik

## »Es ist nicht alles schlecht, was scheidert«

### Demokratische Sozialisten (1982 – 1991)

Die Partei »Demokratische Sozialisten« (DS) wurde am 28. November 1982 in Münster gegründet. Vorausgegangen war die Bildung einer gleichnamigen Initiative auf einem Kongress am 20. März 1982 in Recklinghausen.

Die eigentliche Bedeutung der Demokratischen Sozialisten lag weniger in diesen – verspäteten – Gründungen, die letztlich erfolglos blieben, als in dem zuvor geführten jahrelangen politischen Kampf gegen die Rechtsentwicklung der SPD in der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt. Die Gründung der DS war eine Folge dieses Kampfes.

Mit der Ölkrise und dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt im Mai 1974 gab die SPD den Anspruch auf, eine Reformpolitik in Richtung Frieden und Abrüstung, mehr Arbeitnehmerrechte und Demokratisierung in der Gesellschaft zu betreiben. Unter dem Slogan »Konzentration und Kontinuität« wurde von Helmut Schmidt eine Politik eingeleitet, die jeden Konflikt mit den Kapitalkräften vermied, im Inneren den Sozialabbau und den Abbau demokratischer Rechte und nach außen die Aufrüstung der NATO vorantrieb.

Innerhalb der SPD gab es an der Basis heftige Kritik an dieser Entwicklung. Im parlamentarischen Bereich ordnete sich aber der linke Flügel (Leverkusener Kreis) lange Zeit der Fraktionsdisziplin unter. Dies hatte zur Folge, dass die öffentlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kompromisse nur noch zwischen der vorgeannten Regierungspolitik und einer hart rechts operierenden CDU/CSU-Opposition stattfanden. Eine relevante linke Opposition gab es nicht. Ein paar kleine kommunistische Gruppen spielten in der öffentlichen Diskussion keine Rolle. Die außerparlamentarische 68er-Bewegung existierte kaum noch. Ein kleiner Teil der Linken glitt in terroristische Aktivitäten der RAF (Rote-Armee-Fraktion, auch Baader-Meinhof-Gruppe) ab, was der Rechten die Vorwände für immer neue Repressionsforderungen lieferte.

In dieser Situation trafen sich im Herbst 1976 nach der von SPD/FDP knapp gewonnenen Bundestagswahl einige Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in Offenbach und erarbeiteten den Parteibeschlüssen entsprechende Haltelinien, die nicht auf Weisungen der Regierung und Fraktionsführung überschritten werden dürften: Keine Maßnahmen der Vermögensumverteilung von unten nach oben, kein Sozialabbau, kein Abbau demokratischer Rechte, keine Aufrüstungspolitik. In solchen Fällen sollte auch im Plenum des Bundestages abweichend abgestimmt werden.

Als vier der beteiligten Fraktionsmitglieder diese Botschaft Willy Brandt überbrachten, beruhigte er sie: Das werde es schon nicht geben. Er irrte. Schon im Frühjahr 1977 legte die Bundesregierung ein Steuerreformgesetz vor, das die Senkung der Vermögensteuer und die gleichzeitige Erhöhung der Mehrwertsteuer vorsah. Im Plenum des Bundestages stimmten dann aber nach massivem Druck der Führung letztlich nur drei SPD-Abgeordnete dagegen, zwei enthielten sich der Stimme. So passierte das Gesetz mit einer Stimme Mehrheit den Bundestag.

Es begann eine fünfjährige Periode von Konflikten, die nicht mehr nur parteiintern, sondern öffentlich ausgetragen wurden. Dabei unternahmen es einige Mitglieder der SPD-Regierungsfraktion, zugleich linke Opposition zu sein. Konfliktfelder gab es viele: Anti-Terror-Gesetze (Kontaktsperregesetz, Razziengesetze), Berufsverbote, Rüstungsprojekte wie MRCA, NATO-Aufrüstungsbeschluss, Zusammenarbeit der Regierung mit rechten Diktaturen und dem südafrikanischen Apartheidregime sowie der ab 1981 zunehmende Sozialabbau. Mit der im November jenes Jahres vom Bundestag verabschiedeten »Operation 82« wurde erstmalig eine massive Wende eingeleitet: Kindergeldkürzung, Verschlechterungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger; sogar das Taschengeld für Bewohner von Alten- und Pflegeheimen wurde gekürzt. Lediglich drei SPD-Abgeordnete stimmten im Plenum dagegen: Karl-Heinz Hansen, Erich Meinike und Manfred Coppik.

Obwohl es bei diesen Konflikten immer nur wenige abweichende Voten im Plenum gab und das Interesse der Medien sich eher auf die Frage beschränkte »Hat Helmut Schmidt noch die Mehrheit?« wurde der Dissens nun in allen Facetten öffentlich gemacht. Der Politikwissenschaftler Klaus Günther schrieb zu dieser Zeit in den Frankfurter Heften: »Coppik und Hansen gelang es, sich im bundesrepublikanischen Kommunikationssystem Gehör zu verschaffen und der innerparteilichen Diskussion der SPD Impulse zu geben.« Es wurde jene Transparenz geschaffen, die der Basis überhaupt erst eingreifendes politisches Handeln ermöglichte. In vielen Beschlüssen der Ortsvereine und anderer Gliederungen der SPD, teilweise auch in Parteitagsbeschlüssen, wurde die Position der »Abweichler« nachdrücklich unterstützt.

Doch trotz der seit 1977 schwelenden innerparteilichen Konflikte ging die Sozialdemokratie im Jahr 1980 unter dem Motto »Stoppt Strauß!« geschlossen in den Bundestagswahlkampf. Als Opposition gegen den Regierungskurs der SPD formierten sich stattdessen die Grünen, die erstmals zu einer Bundestagswahl antraten. Sie verstanden es, die innerparteilichen Konflikte der SPD für sich zu nutzen. Wegen der Polarisierung des Wahlkampfes um Franz Josef Strauß erzielten sie zwar nur 1,5 Prozent der Stimmen, wurden aber zu einer präsenten Alternative.

Als kurz nach der Wahl Helmut Schmidt seine politischen Richtlinien für die kommende Legislaturperiode verkündete, wurde deutlich, dass nahezu alles, was von Strauß zu befürchten war, von Schmidt verwirklicht zu werden drohte. In den nachfolgenden regionalen und kommunalen Wahlen übertrafen die Ergebnisse der Grünen alle Erwartungen. Bei der Kommunalwahl in Hessen 1981 errangen sie teils mehr Sitze als sie überhaupt Kandidaten aufstellen konnten.

Bei den Grünen gab es damals einen beachtlichen linken Flügel (bis hin zu Ebermann und Ditfurth), viele Parteimitglieder verwahrten sich jedoch dagegen, links eingeordnet zu werden. »Nicht rechts, nicht links, sondern vorne« war die ebenso eingängige wie inhaltsleere Formel. Mit einer antikapitalistischen Position war das in keinerlei Weise verbunden. Für Sozialistinnen und Sozialisten stellte sich immer dringender die Frage: »Wohin denn wir?«.

Im Jahr 1981 wurde gegen Karl-Heinz Hansen ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Begründet wurde es mit seiner scharfen Kritik an der Aufrüstungspolitik von Helmut Schmidt. Im gleichen Jahr veröffentlichte Manfred Coppik einen »Brief an tausend Freunde«, in dem er die Situation analysierte und die Frage stellte: Welchen Sinn macht ein Verbleib in der SPD? Den Antrag des Bundesgeschäftsführers Peter Glotz, gegen Coppik ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten, verhinderte im Parteivorstand Willy Brandt.

Ende 1981 wurde Karl-Heinz Hansen endgültig aus der SPD ausgeschlossen. Es war klar, dass nicht länger gewartet werden konnte, wenn der Aufbau einer demokratischen sozialistischen Alternative mit gewissen Aussichten auf eine breite Verankerung und Zusammenfassung der linksoppositionellen Kräfte bis zur Wahl 1984 eine Chance auf Erfolg haben sollte. Im Januar 1982 trat Coppik aus der SPD aus. Zur Begründung führte er die Verantwortung der SPD-geführten Regierung für den NATO-Aufrüstungsbeschluss als eine verhängnisvolle, den Frieden in Europa gefährdende Fehlentscheidung, für die Steigerungen der Rüstungsausgaben, den fehlenden Widerstand der SPD gegen den mit der Operation 82 begonnenen Sozialabbau an. Er verwies auf ökologisch unverantwortliche Großprojekte wie den Bau der Startbahn West in Frankfurt mit einer 109:0-Abstimmung im Hessischen Landtag für die gewaltsame Durchsetzung des Projekts gegen den Widerstand der Bevölkerung in dieser Region. In einem weiteren Abschnitt setzte er sich mit der Willensbildung in der SPD auseinander, wo die Zielvorstellungen der Basis durch Regierungshandeln, Kanzlerweisung und Parteinachvollzug ersetzt würden.

Unmittelbar danach riefen Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik gemeinsam mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus dem gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Spektrum zu einem Forum Demokratische Sozialisten auf. Es tagte am 20. März 1982 in Recklinghausen. In der Einladung hieß es:

»Weil wir überzeugt sind,

- dass der Frieden nicht durch weitere Aufrüstung gesichert werden kann,
- dass soziale Gerechtigkeit nicht durch sozialen Abbau verwirklicht wird,
- dass Arbeitslosigkeit nicht durch Geschenke an die Unternehmer beseitigt wird,
- dass die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wichtiger ist als die Gewinninteressen der Wirtschaft,
- dass die Völker der Dritten Welt berechtigten Anspruch auf unsere Solidarität haben,
- dass eine Änderung der gegenwärtigen bundesdeutschen Politik nur durch Zusammenarbeit aller Kräfte der demokratischen Opposition erreicht werden kann,

rufen wir die demokratischen Sozialisten in der Bundesrepublik auf, gemeinsam nach neuen programmatischen und organisatorischen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu suchen und den politischen Kampf gegen den herrschenden Block von CDU/CSU/SPD/FDP anzutreten.«

Zu den 118 Unterzeichnern des Aufrufs gehörten sowohl Mitglieder der SPD (darunter auch etliche kommunale Mandatsträger) als auch Vertreter anderer politischer Strömungen links von der SPD und unabhängige Linke.

Der Aufruf stieß auf ein großes öffentliches Echo. Die Organisatoren mussten eine Art provisorisches Delegationssystem einführen, weil die Halle nur maximal 1 500 Menschen fasste. Die einleitenden Referate auf dem Forum hielten Manfred Coppik, die Hochschullehrer Uta Ranke-Heinemann und Gerald Grünwald, die Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzenden Harald Gabbe, Brigitte Kiechle und Günther Waschkuhn sowie Karl-Heinz Hansen. Nach einer ganztägigen Diskussion verabschiedete der Kongress eine von der Einladerguppe vorbereitete Erklärung (Recklinghauser Thesen) und sprach sich nahezu einstimmig dafür aus, die Gründung einer Partei *Demokratische Sozialisten* einzuleiten.

Den größten Teil der achtseitigen Recklinghauser Thesen machte der Abschnitt »Wirtschafts- und Sozialpolitik« aus, dessen Aussagen auch heute nichts an Aktualität verloren haben:

»Die Krise hat die alte und ungelöste soziale Frage wieder auf die Tagesordnung gestellt: Arbeitslosigkeit und Existenznot. (...) Nicht die Benachteiligten des Systems der Marktwirtschaft und seiner Krise dürfen weiterhin zu Opfern gezwungen werden, sondern die ungerechte Art des Wirtschaftens und Lebens muss verändert werden. (...) Wir lehnen jeden Abbau sozialer Leistungen ab und drängen dem gegenüber auf den raschen Ausbau sozialer und öffentlicher Dienstleistungen, mit denen das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in allen Lebensbereichen akzeptiert wird (...)«

Bei den aktuellen Forderungen standen an erster Stelle die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, das Verbot der Leiharbeit und öffentliche Investitionen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, sowie die Schaffung dezentraler öffentlicher Unternehmen unter kommunaler Beteiligung. Scharf verurteilt wurde die Verschlechterung der Sozialhilfesätze, die Senkung der Arbeitslosenunterstützung, die Einengung der Anspruchsregelungen, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und die Einführung des Krankenkassenbeitrages für Rentner. Gefordert wurde auch das Vorziehen des Renteneintrittsalters.

Die weiteren Teile der Thesen befassten sich mit Frieden und Abrüstung (Kampf gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluss, aber auch für die Vernichtung aller Atomwaffen und die schrittweise Auflösung aller Militärbündnisse), Ökologie (wirtschaftliche Entscheidungsprozesse, die der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen den Vorrang vor Profitinteressen einräumen, Ausstieg aus der Atomenergie), internationaler Solidarität sowie demokratischen Rechten und forderten eine konkrete Strategie zur Bekämpfung der Frauendiskriminierung.

In den folgenden Wochen bildeten sich in der gesamten Bundesrepublik von Flensburg in Schleswig-Holstein bis Fürstfeldbruck in Oberbayern Unterstützergruppen der *Initiative Demokratische Sozialisten*. Mit Ausnahme des Saarlands entstanden überall Landeskoordinationsausschüsse. Die Mitgliederzahl überstieg nach wenigen Wochen die 2 000-Marke, wobei ein Vielfaches davon an Sympathisanten mitwirkte, ohne formal Mitglied zu werden. Unter den Mitgliedern lag das Durchschnittsalter bei 31 Jahren. Die Veranstaltungen der DS hatten einen großen Zulauf. Zu einer Diskussionsveranstaltung mit Karl-Heinz Hansen in Bielefeld kamen beispielsweise 800 interessierte Menschen.

Neben dem beginnenden Organisationsaufbau brachten sich die DS-Unterstützer aktiv in die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Raketenstationierung ein. Auch den an der gewerkschaftlichen Basis wachsenden Widerstand gegen den Sozialabbau der sozial-liberalen Koalition unterstützten die Demokratischen Sozialisten. Wenige Tage nach dem Recklinghauser Forum stand im Bundestag das sogenannte Beschäftigungsprogramm an. Über Steuergeschenke an die Unternehmer sollte die Wirtschaft angekurbelt werden, zugleich wurde die Mehrwertsteuer erhöht. Karl-Heinz Hansen fasste den Inhalt in seiner Rede mit den Worten zusammen: »Den Wenigen der Mehrwert, den Vielen die Mehrwertsteuer.« Und an die SPD gerichtet: »Angesichts von Sozialdemokraten, die zum blinden Glauben an die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft konvertiert sind, ist jede Hoffnung auf die Selbstheilungskräfte der Sozialdemokratie zur Illusion geworden.«

Auch wenn die DS in den Gewerkschaften keine Kräfteverschiebung auslösten wie 22 Jahre später die SPD-Abspaltung WASG, so waren doch auch damals zahlreiche betriebliche Kräfte in der neuen Partei vertreten, die auch in ihrer Außenwirkung eine wichtige Rolle spielten. Genannt seien hier die Betriebsratsvorsitzenden der Lufthansa-Werft Hamburg und von Volvo Dietzenbach, wichtige Betriebsräte von Opel Bochum, Krupp Rheinhessen, Bayer Wuppertal und Leverkusen, Audi Ingolstadt, Siemens München, BMW Berlin und Babcock Oberhausen sowie von zahlreichen Druckereibetrieben. Bei den bundesweiten Koordinationen der Betriebslinken (Auto, Stahl, Chemie) waren die DS stets präsent.

Die DS waren aktiv an der Bildung und Unterstützung von Initiativen gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit beteiligt. Im August 1982 wurde zu einer bundesweiten Demonstration am 23. Oktober 1982 in Gelsenkirchen aufgerufen. Die Gewerkschaftsführung musste nun reagieren. Der DGB-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen beschloss für denselben Tag eine eigene Großkundgebung im Bochumer Ruhrstadion gegen neue weitere Spargesetze der SPD/FDP-Regierung. Der DGB-Bundesvorsitzende Ernst Breit appellierte in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten, sich diesem Regierungskurs zu widersetzen. In ihrem Antwortschreiben wiesen Hansen und Coppik auf den Widerstand bereits gegen die »Operation 82« hin und beklagten die damals fehlende Unterstützung durch die Gewerkschaftsspitze: »Es ließe sich jetzt trefflich darüber streiten, ob die Maschinerie des Sozialabbaus so auf Hochtouren gekommen wäre, wenn sich der DGB bereits damals lauter und eindeutiger geäußert hätte, wenn die Gewerkschaftsfunktionäre, die im Bundestag sitzen, auch dort den Mund aufgemacht hätten, wenn die Loyalität zur Sache wichtiger als die zur Organisation der SPD gewesen wäre.« Weiter führten sie aus: »Wir sind allerdings überzeugt, dass die einzige relevante Kraft, die sich dem Sozialabbau entgegenstellen kann, die Gewerkschaften selbst sind. Nur wird diese Kraft nicht durch Appelle an Bundestagsabgeordnete wirksam, sondern durch die Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft. (...) Zu lange hat der DGB die Auffassung übernommen, solche »Sparmaßnahmen« und damit Sozialabbau seien eigentlich notwendig, nur so schlimm dürfe es nicht sein; eine Position die auch in Ihrem Brief durchklingt und die in Anbetracht des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte eine unverständliche Defensivposition ist, die die inhumane Scheinrationalität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung akzeptiert.« Schließlich vermerkten Hansen und Coppik, »dass die FDP mit brutaler Offenheit dargelegt hat, welche Rolle die SPD im Regierungsbündnis zu spielen hat: Die Gewerkschaften zum Stillhalten zu bringen. Wenn die Krise aber so groß wird, dass die SPD das nicht mehr schafft, dann ist ihre Regierungsbeteiligung aus der Sicht der Kapitalinteressen sinnlos und wird beendet.«

Wenige Tage später war es tatsächlich soweit. Am 1. Oktober 1982 wechselte die FDP den Koalitionspartner und regierte fortan mit CDU/CSU. Helmut Kohl wurde Bundeskanzler, die SPD kam in die Opposition, und der Bundestag wurde vorzeitig aufgelöst. Erst knapp zwei Monate danach, am 28. November 1982, fand in Münster der Gründungskongress der DS mit der Wahl des ersten Bundesvorstandes statt (Vorsitzende: Brigitte Kiechle, Herwart Achterberg, Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen). Die Stimmung in Münster war entsprechend der zwischenzeitigen Entwicklung schon deutlich anders als in Recklinghausen, die Euphorie bereits merklich gedämpft. Die Parteigründung war zwar mit großer Mehrheit noch immer gewollt, wurde aber von wichtigen Exponenten in Frage gestellt, die einen Basisverein, eine Art neues »Sozialistisches Büro« propagierten. Ein dritter Teil wollte, dass die DS als linker Flügel den Grünen beitrifft. Zu einem eigenständigen Antritt zur vorgezogenen Bundestagswahl waren die DS zum damaligen Zeitpunkt organisatorisch und finanziell nicht in der Lage.

Mit den Grünen gab es zwar noch im Sommer 1982 verschiedene Kontakte und Kooperationen. Eine Zusammenarbeit bei der Bundestagswahl lehnten diese aber mehrheitlich ab. Sie wussten, dass die DS nicht antreten können und deshalb keine Gefahr für sie darstellen. Sie kandidierten allein und kamen ganz knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Sie beherrschten nunmehr die öffentliche Diskussion.

Der Zulauf von Mitgliedern aus der nunmehr in der Opposition befindlichen SPD zur DS brach schlagartig ab. Viele Mitglieder resignierten. In ihrem Austrittsschreiben vom 23.4.1983 analysierten die zuvor aktiven DS-Mitglieder Harald Wolf (Mitglied des Bundesvorstandes) und Lutz Meyer aus Berlin das Ausbleiben weiterer Eintritte aus der SPD wie folgt: »Während in der vorangegangenen Periode die für die Entwicklung von Radikalisierungsprozessen entscheidende Trennungslinie quer durch die SPD verlief, begann diese nun zunehmend zwischen dem Bürgerblock und der SPD insgesamt zu verlaufen (vgl. Demonstrationen des DGB im Herbst 1982). In dieser Situation war die Perspektive des Aufbaus der DS als Sammlungsbewegung für den Abwendungsprozess hinfällig geworden.«



Sie kritisierten weiter, dass sich die DS in der neuen Situation für die unrealistischste aller Möglichkeiten entschieden habe: »Für die Perspektive des ›Überwinterns‹, für die viele sicherlich in dem ehrlichen Glauben stimmten, die DS allein über ›Basisaktivismus‹ in den Massenbewegungen und in den Gewerkschaften aufbauen zu können, während sie bei anderen aus sektiererischen anti-sozialdemokratischen Ressentiments oder einer ebenfalls sektiererischen Kombination aus anti-sozialdemokratischen und anti-grünen Ressentiments resultierte.«

Die mit dem Münsteraner Parteitag eröffnete Programmdebatte, die bis zum Parteitag von Hannover 1985 währte, zeigte bereits deutlich sektiererische Züge. Zwar spricht die Ernsthaftigkeit, mit der um inhaltliche Positionen gerungen wurde, für die junge Partei und das Engagement ihrer Mitglieder. Aber dass diese Debatte mit ihrem Streit um feinste Formulierungen zu oft weit entlegenen Themen das Parteileben monatelang dominierte, ließ wenig Gutes für die Breitenwirkung und Praxistauglichkeit der Partei vermuten. Das schließlich verabschiedete Programm war als Dokument leider ohne Praxiswert. Dennoch konnte es sich inhaltlich insgesamt als Fortschreibung und Weiterentwicklung der Recklinghauser Thesen sehen lassen.

Es erwies sich sehr bald, dass die DS zu schwach waren, um einen Aufbau neben der in der Opposition befindlichen SPD und den Grünen rein außerparlamentarisch zu schaffen. Versuche, regional oder lokal bei Wahlen zu kandidieren, blieben in dieser Situation und im Hinblick auf die immer noch fehlenden organisatorischen und finanziellen Ressourcen völlig erfolglos. Bundesweit ist die DS niemals allein bei Wahlen angetreten. Lediglich bei der Europawahl 1984 trug sie entscheidend das Bündnis »Friedensliste« mit, in dem neben Vertretern verschiedener Friedensgruppen auch die DFU und die DKP mitwirkten. Auf der Liste kandidierten gemeinsam an der Spitze Uta Ranke-Heinemann, Mechthild Jansen, Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, aber dann auch zahlreiche andere bekannte Namen wie Horst Bethge, Hans Mausbach, Marie Veit, Dietrich Kittner, Dagmar Scherf, Frank Deppe, Hannelis Schulte, Emil Carlebach, Harald Gabbe, Friedrich-Martin Balzer, Jörg Hufschmidt, Gerhard Kade, Ernst Busche, Rudi Hechler und Henning Zierock. Auch Wolfgang Abendroth unterstützte in einer öffentlichen Erklärung die Wahl der Friedensliste. Das Bündnis erzielte aus dem Stand bundesweit 1,3 Prozent der Stimmen, was ein durchaus passables Ergebnis war, wenn man bedenkt, dass die PDS bei ihrer ersten Westkandidatur sechs Jahre später nur 0,3 Prozent erringen konnte. Die Friedensliste konnte sich dennoch nicht zu einer neuen gesellschaftlich relevanten Formation entwickeln. Das Bündnis war zu brüchig, die Mitwirkung der DKP in der DS äußerst umstritten.

Überhaupt waren die Möglichkeiten der DS in dieser schwierigen Situation auch dadurch eingeschränkt, dass sie keinerlei Homogenität besaß. Neben den aus der SPD kommenden Mitgliedern, die sich an den alten Werten der Sozialdemokratie (Frieden und soziale Gerechtigkeit) orientierten und im Kampf für Strukturreformen eine anti-kapitalistische Gegenmacht schaffen wollten, kamen zur DS – entsprechend ihrem Anspruch, »willkürlichen Ab- und Ausgrenzungsbestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten« (Recklinghauser Thesen) – ganz verschiedene linke Gruppierungen mit ihren eigenen Sozialismusvorstellungen. Ein Beispiel dafür war die Auseinandersetzung um die demokratischen Rechte. Während in den Recklinghauser Thesen eine demokratische Gesellschaft gefordert wurde, »wie sie ein uneingelöster Verfassungsauftrag des Grundgesetzes ist«, wurde es in einem Programmantrag einer Berliner Gruppe abgelehnt, generell »demokratische Rechte als solche zu verteidigen bzw. zu erkämpfen, weil dadurch der wahre Klassencharakter dieser Rechte und des Staates verschleiert wird«.

Teils wegen solcher Auseinandersetzungen, mehr aber noch wegen der nunmehr eingetretenen Perspektivlosigkeit der Gruppierung verließen viele ehemalige Sozialdemokraten die DS. Etliche kehrten zurück in die SPD, andere gingen zu den Grünen. Auch Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen zogen sich zurück. Einige inhaltlich homogene Gruppen suchten andere Arbeitszusammenhänge. So verblieben zum Schluss ab etwa 1986/1987 nur noch einige wenige lokale DS-Gruppen, die sich vor Ort in die Arbeit der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen einbrachten – so in Braunschweig, Esslingen, Göttingen, Ingolstadt, Kamen, Münster, Ochtrup oder Wuppertal.

Formal löste sich die DS durch Beschluss des Kölner Parteitages vom 19. Januar 1991 und anschließender Urabstimmung auf. In einer abschließenden Erklärung wurde der Weg des Scheiterns geschildert, aber auch festgestellt: »Es ist nicht alles schlecht, was scheitert« und: »Die Gründungsidee einer Sammlungsbewegung links von der Sozialdemokratie war 1982 ebenso richtig, wie sie es auch heute ist: Sie gehört zur Geschichte der Linken, und wird ihre Aufgabe bleiben, denn ohne diese organisierte Alternative ist eine Systemveränderung kaum denkbar.«

Was bleibt ansonsten als Fazit? Die Entstehung der DS war Ausdruck und Ergebnis des durch die SPD-Wende unter Schmidt ausgelösten gesellschaftlichen Konflikts und der Versuch, eine linke Opposition gegen die SPD/FDP-Koalition zu schaffen. Die Parteigründung kam zu spät. Mit dem Ende dieser Koalition, dem Scheitern einer Zusammenarbeit mit den Grünen und den vorgezogenen Bundestagswahlen hatte die DS keine Entwicklungsmöglichkeiten, auch wenn ihre politisch-inhaltlichen Positionen und Diskussionen bis heute aktuell geblieben sind.

Vielleicht versuchte Gerhard Schröder 2005, durch vorgezogene Bundestagswahlen die Entwicklung der WASG in gleicher Weise zu stoppen wie es damals der DS widerfuhr. Sollte er diese Hoffnung gehabt haben, dann hat er allerdings wesentliche Unterschiede übersehen: Die SPD befand sich diesmal noch nicht in der Opposition, die Grünen waren für linke Wähler desavouiert und die – von ihm vielleicht nicht erwartete – Fusion mit der im Osten eigenständig verankerten PDS schaffte ein Standbein, das nicht einfach wegzukicken war. Die Situation, wenn SPD und Grüne in der Opposition sind, wird allerdings für eine linke Partei immer Probleme mit sich bringen. Ab einem bestimmten Organisationsstand und entsprechender Stabilität sind diese Probleme aber zu meistern, wenn man inhaltlich klar Kurs hält, sich weder einbinden noch in die sektiererische Ecke abdrängen lässt und die notwendigen innerparteilichen inhaltlichen Diskussionen fair und solidarisch führt.

## **Literatur**

Uwe Arndt, Werner Mackenbach, Willi Pohl, Bertold Scheller (1990): Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt a. M.

Manfred Coppik, Karl-Heinz Hansen (1983): Reden gegen den Strich – für Abrüstung und Sozialismus, Köln.

### **Zeitschriften**

Bonner Extradienst 1982

Linker Extradienst 1983 – 1985

Linke Zeitung 1985 – 1990

Stefan Müller

## **Kommunistische Gewerkschaftspolitik zwischen Tradition und Momentaufnahme: Das rote Gewerkschaftsbuch (1932)**

Was soll man knapp achtzig Jahre nach Erscheinen mit einem rund 190-Seiten-Büchlein zur kommunistischen Gewerkschaftspolitik anfangen? Kann es noch einen aktuellen politischen, theoretischen oder analytischen Wert haben, oder muss es sich nicht notwendigerweise um eine historische und zu historisierende Schrift handeln?

Die Schrift als solche hat es in sich, schon sie zu charakterisieren ist eine nicht ganz leichte Aufgabe. Das rote Gewerkschaftsbuch ist einerseits ein kleines Geschichtsbuch. Es skizziert die Herausbildung der deutschen Gewerkschaften, legt seinen Schwerpunkt dabei auf die Phase ab 1914, also seit dem von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen mit dem Kaiserreich geschlossenen »Burgfrieden«. Es finden sich Angaben und Daten zur Gewerkschaftsentwicklung der Weimarer Republik, zur Einschätzung einzelner Gewerkschaftskongresse, es beinhaltet eine Auseinandersetzung mit dem damaligen ideologischen gewerkschaftlichem Mainstream (Wirtschaftsdemokratie), es weist aber auch eine kleine Skizze des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf.

Dann bietet das Buch eine soziologische Bestandsaufnahme des sozialdemokratischen *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB). Es beschreibt und kritisiert den Aufbau der Apparate, die Bürokratisierung der Gewerkschaftsbewegung und den damit einhergehenden Entdemokratisierungsprozess. Es ist somit eine »rote« Analyse des abnehmenden Mitgliedereinflusses auf die Gewerkschaften, auf ihre Entscheidungen und ihre Politik. Die bezahlten Gewerkschaftsangestellten – obwohl selbst zumeist aus der Arbeiterschaft kommend – entfernten sich von der Arbeiterschaft, genossen ihre gehobene soziale Stellung (in materieller wie auch in Form von Anerkennung) und verteidigten diese verbissen. Ein Phänomen, das auch, wenngleich milder, die ehrenamtlichen Funktionäre betraf. Die Zentralisierung der Verbände wird von den Autoren dabei durchaus als gewerkschaftliche Notwendigkeit begriffen, die Bürokratisierung hingegen als »Fehlentwicklung« gedeutet, die auf der Bejahung der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitalismus durch die Gewerkschaften beruhte. Bürokratie und Apparate waren in dieser Perspektive lediglich ein Ergebnis reformistischer Politik, des Nur-Gewerkschaftertums, wie es zeitgenössisch kritisiert wurde. Als Surplus beinhaltet die Schrift eine von der Marxschen Krisentheorie ausgehende theoretische Begründung der Gewerkschaftsarbeit, in anderen Worten, eine Soziologie des gewerkschaftlichen Kampfes.

Zum dritten stellte das rote Gewerkschaftsbuch eine politische Programmschrift über die Arbeit von Kommunisten in sozialdemokratischen Gewerkschaften dar. Wenn die Notwendigkeit parteiübergreifender Gewerkschaften begründet wird, wie die Verfasser es unternehmen, kann es auch für Revolutionäre keine andere Möglichkeit geben, als in diesen zu wirken. Kritisiert wurde somit die KPD mit ihrer Politik der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* (RGO), ihrem versuchten Aufbau *Roter Verbände*, der Abspaltung und versuchten Spaltung der Gewerkschaften ab Ende der 1920er Jahre. Zentrales Moment dieser (erneut) linksradikalen KPD-Politik war die Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit dem Faschismus. Durch deren rote Färbung jedoch (Sozialfaschismus), war die SPD der KPD gar der gefährlichere Feind. Dieser – nicht nur in der Rückschau – für die Arbeiterbewegung verheerende Unsinn vertiefte die Spaltung der Arbeiterbewegung, und die Kommunisten verloren im Ergebnis gänzlich ihren Einfluss auf die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

Das Buch steht somit in der Tradition kommunistischer (Gewerkschafts-)Politik von Anfang der zwanziger Jahre: Dem 1921/23 unternommenen Versuch einer Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie sowie der Mitarbeit in den Gewerkschaften. Nach der Abspaltung des linksradikalen Teils der KPD 1920 zur *Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (KAPD), begann die KPD, unter der Parteileitung Heinrich Brandlers, August Thalheimers und Ernst Meyers diese Fraktionsarbeit im ADGB zu entwickeln. Deren Ergebnisse konnten sich sehen lassen. So vereinigte die KPD beispielsweise im Jahr 1922 rund ein Drittel der Verbandstagsdelegierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf sich. Um eine Tradition handelte es sich insofern, als die Autoren des roten Gewerkschaftsbuches sich auf diese Politik bezogen; und um eine Tradition handelte es sich, da zwei der Verfasser – Jakob Walcher und August Enderle – aus der KPD kamen und deren Gewerkschaftsarbeit in der Phase Brandler/Thalheimer mitgeprägt hatten. Wegen der grundsätzlichen und nicht zu lösenden Konflikte um die

Gewerkschaftsfrage, die Politik der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie sowie der von der Opposition kritisierten Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von Moskau und Stalin kam es 1928 zum Bruch. Die KPD schloss die sogenannte rechte Opposition um Thalheimer/Brandler – und mit ihnen auch Walcher und Enderle – aus, die zur Jahreswende 1928/29 mit einigen tausend erfahrenen Kadern (in ihrer Mehrheit schon in der Vorkriegssozialdemokratie tätig) die KPD-Opposition gründeten. So betrachtet, handelte es sich um eine Tradition kommunistischer Gewerkschaftspolitik, die in der KPD-O weiterlebte. Es war aber eben eine historisch auf wenige Jahre begrenzte und durch die Wirren innerparteilicher Fraktionskämpfe gebrochene und lediglich begrenzt politisch wirksam gewordene Tradition.

Anfang 1932 schloss sich eine Minderheit der KPD-O der im Herbst 1931 gebildeten *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (SAP) an, mit ihnen auch Walcher und Enderle. Die SAP selbst war nach dem Ausschluss von sechs Mitgliedern der SPD-Reichstagsfraktion um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz entstanden, die angesichts der sozialdemokratischen Tolerierung des Präsidialkabinetts Brüning 1930/31 versucht hatten, eine linkssozialistische Opposition innerhalb der SPD zu organisieren – wobei eine Parteispaltung durchaus intendiert war. Die auf der Tagesordnung stehende Frage war, ob durch die Tolerierung eines bürgerlichen Kabinetts die Gefahr des drohenden Faschismus – die NSDAP erzielte bei der Reichstagswahl im September 1930 18,3 Prozent der Stimmen – eingedämmt werden könne, oder ob diesem nicht mit einem Bündnis aller Arbeiterorganisationen, aber auch einem über die Verteidigung der Republik hinausgehenden Kampf begegnet werden müsse. In der Frage der Einheitsfrontpolitik gegenüber den Nationalsozialisten waren somit die Schnittmengen zwischen »rechter kommunistischer Opposition« und »linkssozialistischer Sozialdemokratie« recht groß. In der (noch) prinzipiell positiven oder einer eher kritischen Einschätzung der Sowjetunion dagegen weniger; zudem verstand sich die KPD-O nicht als selbstständige und in Konkurrenz zur KPD agierende Partei, sondern suchte nach einer Rückeroberung der KPD. Eine neue sozialistische Arbeiterpartei war nicht in ihrem Sinne.

Die beiden anderen Verfasser des roten Gewerkschaftsbuches – Heinz Hornung, der unter dem Pseudonym Heinrich Schreiner schrieb, sowie Eduard Weckerle – kamen aus der Sozialdemokratie, verfügten über eigene Erfahrungen als hauptamtliche Gewerkschaftsangestellte und schlossen sich 1931 respektive 1932 der SAP an. Hornung war von 1928 bis 1933 Sekretär des *Bundes der technischen Angestellten und Beamten*, Weckerle hatte in den zwanziger Jahren für die *Internationale Transportarbeiter-Föderation* in Amsterdam gearbeitet. Insofern handelt es sich beim roten Gewerkschaftsbuch um eine Momentaufnahme. Rechte Kommunisten und linke Sozialdemokraten verfassten hier eine gewerkschaftspolitische Programmschrift, die vom Inhalt her auch Jahre früher hätte formuliert werden können. Politisch war sie jedoch das Ergebnis der in den letzten Zügen liegenden Weimarer Republik. Anhand der genannten Ereignisse und Daten lässt sich schließen, dass der Druck des roten Gewerkschaftsbuchs im Mai oder Juni 1932 besorgt wurde. Kurz nach Erscheinen wurde die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens durch den nationalkonservativen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg – Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg – per Notverordnung abgesetzt und der Reichskanzler Franz von Papen als Reichskommissar für Preußen eingesetzt. Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 war noch nicht der Beginn der Diktatur, für eine Reihe linker Organisationen jedoch der Anlass, sich auf die Illegalität vorzubereiten.

Das rote Gewerkschaftsbuch war keine Propagandaschrift für die SAP (sie wird lediglich einmal erwähnt), obgleich alle vier Verfasser ihre letzten Hoffnungen in die Abwehr der NSDAP darauf richteten. Die politische Kronzeugin der im roten Gewerkschaftsbuch formulierten Politik ist Rosa Luxemburg. Sie stellt neben Marx den einzigen theoretischen und politischen Bezugspunkt im Text dar. Sicherlich dürfte sie für die leninistische KPD-O wie auch für die radikalmarxistisch reformierte SAP ein gemeinsamer Nenner gewesen sein. Gewichtiger war vermutlich, dass sich ohne eine ausgewiesene parteipolitische Bezugnahme der Text an »alle« sozialistisch oder kommunistisch orientierten Arbeiter, unabhängig ihrer parteilichen Provenienz, richtete. Das rote Gewerkschaftsbuch stellte somit die Aufforderung an alle linken und organisierten Arbeiter dar, die Gewerkschaften als Kampfinstrumente zur Überwindung der Klassenherrschaft wie auch zur Abwehr des Faschismus zu nutzen.

Der inhaltlichen Bezugnahme auf Luxemburg einerseits, dem Stil und Duktus des Textes nach andererseits, richteten sich die Verfasser an autodidaktisch gebildete und organisationserfahrene, an in der öffentlichen Rede oder in der Publizistik geschulte Arbeiter. (Im Anhang findet sich sogar ein eigenes Fremdwortverzeichnis mit Erläuterungen.) Die Verfasser wollten also Funktionäre und Aktivisten aller Arbeiterparteien sowie der Gewerkschaften erreichen, mithin auch die von ihnen kritisierten Apparate: Ein möglicher Widerspruch, durchaus, angesichts der eingeschränkten politischen Interventionsoptionen der SAP, nicht zuletzt aufgrund ihrer geringen Größe, aber ein verständliches Vorgehen.

Das rote Gewerkschaftsbuch ist in vielen Darstellungen und Beschreibungen brillant. In seiner Analyse der »Fehlentwicklungen« der Gewerkschaften verkürzt es die Probleme jedoch auf ein fehlendes »Wollen«, auf den fehlenden revolutionären Willen der gewerkschaftlichen Führung, auf das Nur-Gewerkschaftertum. Die Lösung aller im Buch behandelten Probleme liegt letztlich im notwendigen Führungswechsel. Eine radikale, mit dem Kapitalismus brechende Führung würde auch dem Entdemokratisierungsprozess, der Apparatepolitik und der Bürokratisierung ein Ende setzen. Hierfür mussten die Verfasser einen prinzipiellen Widerspruch zwischen einer politisch potentiell radikalen Basis auf der einen und einer reformistisch und die Organisation allmächtig beherrschenden Leitung auf der anderen Seite entwickeln.

Ob und inwieweit zu Beginn der 1930er Jahre dieser Widerspruch zwischen Führung und Basis tatsächlich in dem notwendigen Ausmaß bestand, soll und kann hier nicht erörtert werden. Allerdings existierte schon zeitgenössisch eine entsprechende Bürokratiekritik, die die Verselbständigung hauptamtlicher Apparate nicht nur auf eine falsche politische Linie, sondern auf prinzipiell autoritäre Tendenzen solcher Großorganisationen zurückführte. Die niederländischen Rätekommunisten seien hier als Beispiel genannt. (Dass diese wiederum kein praktisch-politisches Angebot hatten, was nicht zuletzt an ihren theoretisch scharfen Analysen lag, und sie somit politisch komplett einflusslos waren, steht auf einem anderen Blatt). Aber auch die eigenen Erfahrungen mit dem hauptamtlichen Apparat der KPD, der in den 1920er Jahren jeden Richtungswechsel – und davon gab es einige – befehlsmäßig durchstellen konnte, hätte schon zeitgenössisch auffallen können.

Aber es soll hier kein historisches Gerichtsurteil gefällt werden. Befruchtend kann nur eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach dem aktuellen Wert des roten Gewerkschaftsbuches sein.

Teilte man die Darstellung des Textes an den historischen Gewerkschaften – eine Kritik, die schon zum Zeitpunkt ihrer Niederschrift auf rund vierzig Jahre Geschichte zurückblickt – so käme man nicht umhin, diese radikale Kritik fortzuschreiben: Verselbständigung der hauptamtlichen Apparate, Ausgrenzung Arbeitsloser und ihrer Interessen, weitgehende Autonomie der Führung in allen politischen Entscheidungen, um nur einige Stichpunkte zu nennen. Die Folge einer solchen Fortschreibung wäre nicht zwangsläufig, die Gewerkschaften links (oder besser: rechts) liegen zu lassen. Allerdings sollte es kaum möglich sein, weitere achtzig Jahre später noch immer auf einen vollständigen Kurswechsel zu hoffen (oder gar davon zu träumen, die Gewerkschaften in eine »Schule für den Sozialismus« umzugestalten). Auch die in der radikalen Linken (unterschiedlicher parteilicher oder strömungsmäßiger Couleur) noch immer beliebte These eines Widerspruchs zwischen Basis und Führung müsste schon sehr konstruiert werden. Nach rund 120 Jahren geschichtlicher Erfahrung, in der dieser vermeintliche Widerspruch *nie und an keiner Stelle* in den deutschen Gewerkschaften zu schwerwiegenden Friktionen führte, lässt er sich zumindest nicht analytisch herleiten.

Teilte man also die im roten Gewerkschaftsbuch vertretenen Auffassungen, so müsste dies Konsequenzen für die politische Arbeit von Linken in den Gewerkschaften haben. Teilte man sie dagegen nicht, sollte der Text lieber wieder ins Regal zurückgelegt werden. Denn zu einer rein historisierenden Betrachtung eignet er sich nicht.

## Literatur

August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle (1932): Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin: Freie Verlagsgesellschaft. [Reprint und mit einer Einleitung durch die Gruppe Arbeiterpolitik versehen, 1980, online <http://www.arbeiterpolitik.de/> (15 MB)].

Ernst Stock, Karl Walcher (1998): Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin.

Theodor Bergmann (2001): Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg.

Karl-Hermann Tjaden (1964): Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO), Meisenheim/Glan.

Hanno Drechsler (1965): Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim/Glan.

Jörg Bremer (1978): Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945, Frankfurt am Main/New York.

Burghard Flieger

## **Betriebe in Belegschaftshand**

### Ideengeschichte und Erklärungen der fehlenden Umsetzung produktivgenossenschaftlicher Unternehmen in Deutschland

#### **Themenstellung und Schwerpunkte der Darstellung**

Die Idee von Betrieben in Belegschaftshand, Arbeiterunternehmen, Selbstverwaltungsbetrieben oder Produktivgenossenschaften wurde in Deutschland teilweise intensiver diskutiert als umgesetzt. Gemeint sind damit alle Unternehmensansätze, in denen die Eigentums- und Entscheidungsrechte bei der Mehrheit der Beschäftigten von zumindest 51 Prozent liegen. In der Genossenschaftswissenschaft werden sie als Produktivgenossenschaften bezeichnet.

Für die Diskussion der Gestaltung einer freiheitlichen Wirtschaft auf einzelwirtschaftlicher Ebene jenseits der kapitalistischen bzw. rein an Verwertungszwängen ausgerichteter Wirtschaftsweisen sind sie von zentraler Bedeutung. Als Mischung vorweggenommener Utopie, positiver Modelle und Experimente anderen Wirtschaftens sollten sie für Politikansätze jenseits der bürgerlichen Gesellschaft einen hohen Stellenwert einnehmen. Schließlich sind sie der zentrale Ansatz, wie Unternehmen zu organisieren sind, die in ihrer Ausrichtung nicht nach Kapitalmehrheiten und Eigentumsrechten Einzelner bestimmt werden. Sie stellen damit einen der wichtigsten Bausteine alternativen, gemeinwirtschaftlichen, genossenschaftlichen, solidarischen oder wie auch immer bezeichneten Wirtschaftens dar. Lassen sich doch mit ihrer Hilfe Möglichkeiten aufzeigen, wie Unternehmen in einer alternativen freiheitlichen Gesellschaft aussehen können.

Tatsächlich werden Produktivgenossenschaften in Deutschland meistens unter dem Blickwinkel der Unmöglichkeit, des Scheiterns und der Umwandlung in kapitalistische Unternehmen betrachtet. Nachvollziehbar sind viele dieser Diskussionen über die Instabilität produktiv genossenschaftlicher Unternehmen nur durch einen Rückblick in deren Geschichte, und zwar vorrangig der deutschen Geschichte. In England mit seiner eher konsumgenossenschaftlichen Orientierung oder in Italien und Frankreich mit einem verstärkt produktivgenossenschaftlichen Erfahrungshintergrund stellt sich vieles anders dar. In Deutschland nahm die Entwicklung der Genossenschaften infolge ihrer kreditgenossenschaftlichen und mittelständischen Ausrichtung einen anderen Verlauf mit entsprechenden Werten und Ausprägungen. Bei der Geschichte der Produktivgenossenschaften zeigen sich auffällige Unterschiede bei den ideengeschichtlichen und realgeschichtlichen Verläufen. Ergänzend sind historisch eigenständige Entwicklungen in der verbandlichen bzw. gewerkschaftlichen und parteipolitischen Behandlung feststellbar. Unter diesen vier Blickwinkeln werden nachfolgend einige wichtige genossenschaftsgeschichtliche Abschnitte skizziert.

#### **Ideengeschichtliche Grundlagen**

Zurückverfolgen lässt sich die Idee der betrieblichen Selbstverwaltung als ein erster gedanklicher Entwurf in Form der »Ateliers libres« bis zu dem französischen Frühsozialisten Philippe Buchez (1796–1865). Er gilt als theoretischer Begründer der Produktivgenossenschaft. Schon 1831 formulierte er seine Vorstellungen über den Aufbau einer produktiv genossenschaftlichen Organisation im Journal *Europen*. Sie lauteten:

»Eine Zahl von entschlossenen, kühnen Arbeitern, welche alle dem gleichen Berufe angehören, vereinigen sich zu einer besonderen Gesellschaft (Art. 1842 des B.G.B. und 48 des H.G.B.) und verbinden sich untereinander durch einen Kontrakt, dessen wichtigste Punkte nachstehend folgen:

1. Die Gesellschaft konstituiert sich als Unternehmer; zu diesem Zwecke wählt sie aus ihrer Mitte ein oder zwei Vertreter, die zum Zeichnen für die Gesellschaft berechtigt sind.

2. Jeder Einzelne unter ihnen wird weiter nach den in den Berufen bestehenden Gebräuchen bezahlt, d. h. im Tag- oder Akkordlohn, und nach seinen individuellen Fähigkeiten.
3. Eine Summe, die derjenigen gleichkommt, die die vermittelnden Unternehmer für jeden Tag im Voraus bezahlt erhalten, wird am Ende des Jahres zurückgelegt; diese Summe bildet den Reingewinn und wird in zwei gleiche Teile geteilt, und zwar werden 20 Prozent zum Bilden und Anwachsen des Gesellschafts-Kapitals, der Rest zur Unterstützung und Verteilung unter die Mitglieder, im Verhältnis ihrer Arbeit, verwendet.
4. Das so jedes Jahr um ein Fünftel des Gewinnes angewachsene Gesellschaftskapital ist unveräußerlich; es gehört der Gesellschaft, die als unauflöslich erklärt wird, nicht vielleicht, weil sich die einzelnen Personen nicht voneinander trennen können, sondern weil diese Gesellschaft durch die unaufhörliche Aufnahme von neuen Mitgliedern fortdauernd geworden ist. Auf diese Weise gehört das Kapital keiner einzelnen Person und ist demnach auch nicht dem Gesetz der Erbfolge unterworfen. Wäre das anders, so würde die Gesellschaft allen anderen Handelsgesellschaften ähnlich werden und würde nur den einzelnen Gründern nützlich sein, aber allen anderen schädlich werden, die nicht an ihr teilgenommen haben. Denn in den Händen der Ersteren würden sie nur zu einem Mittel der Ausbeutung werden.
5. Auch wird die Genossenschaft auf ihre Rechnung fremde Arbeiter nicht länger als ein Jahr arbeiten lassen. Nach Ablauf dieser Zeit wäre sie verpflichtet, die Zahl der durch das Anwachsen ihrer Unternehmungen notwendig gemachten neuen Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen.“

Obwohl Buchez Vorstellungen interpretationsbedürftig sind, waren sie doch prägend für die quantitativ immer bedeutenden französischen Produktivgenossenschaften. Sie enthalten entscheidende Anregungen, die die 65 Jahre später geschriebene Kritik von Franz Oppenheimer an der kapitalistischen Deformierung ökonomisch erfolgreicher Produktivgenossenschaften vorwegnehmen. Auch versuchen sie ein zentrales Problem zu lösen, das dieser Deformierung zugrunde liegt.

Für zeitweise in vielen Selbstverwaltungsunternehmen von 1985 bis 1995 geführte Diskussionen über dortige Missstände sind sie ebenfalls ein entscheidender organisatorischer Schlüssel. Denn die vertragliche, unauflösbare Vereinbarung über die Neutralisierung des Kapitals und die Aufnahmepflicht langfristig Beschäftigter als gleichberechtigte Mitglieder würde eine schleichende Umwandlung von demokratischen Betrieben in kapitalorientierte, hierarchisch geführte Unternehmen erheblich erschweren.

Verwiesen sei auch auf Louis Blanc (1811–1882) als zweiten wichtigen frühsozialistischen Verfechter der Produktivgenossenschaft. Er spricht von den »Ateliers sociaux«. Auf die deutsche Genossenschaftsgeschichte bekam er indirekt Einfluss, als seine Überlegungen von staatlich geschützten und durch Kredite gestützten Genossenschaftswerkstätten von Ferdinand Lassalle aufgegriffen und verfochten wurden. In seiner Schrift »Organisation der Arbeit«, erschienen 1847, kritisiert Blanc die Folgen der »freien Konkurrenz« für Arbeiter, Handwerker und Kleinhändler. Indem der Staat für die sogenannten Ateliers sociaux Koordinations- und Stützungsfunktion durch die Bereitstellung von Geldmitteln übernimmt, hofft er, dass sie sich mit der Zeit über die ganze Wirtschaft verbreiten und so eine neue Gesellschaftsordnung entsteht.

Im Deutschland des letzten Jahrhunderts, aber auch in wechselhafter Folge zu späteren Zeitpunkten, befürworteten Vertreter aller politischen Richtungen die Gründung von Produktivgenossenschaften als reformpolitische Strategie – allerdings immer nur diskontinuierlich. Zu nennen sind hier beispielsweise der Konservative Victor Aimé Huber (1800–1869), ein gleichzeitiger Befürworter der Monarchie, oder der Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel von Ketteler (1811–1877) als Vertreter der katholischen Soziallehre.

Prägend für diese Genossenschaftsform waren in der Anfangsphase vor allem der Liberale Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) und der Sozialist Ferdinand Lassalle (1825–1864). Schon 1863 begann ihre Auseinandersetzung darüber, auf welche Weise eine langfristige Entwicklung von Produktivgenossenschaften am besten zu gewährleisten sei. Im Mittelpunkt stand die erneut in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Selbstverwaltungssektor geführte Diskussion über eine Förderung durch Staatsgelder. Die Problematik der Unabhängigkeit, insbesondere der politischen Autonomie, spielte bei der damaligen Kontroverse im Unterschied zu den Auseinandersetzungen in der Selbstverwaltungsszene keine relevante Rolle.

Ausgangspunkt von Lassalles Überlegungen, beispielsweise dargestellt in seiner Schrift »Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig«, war das »eherne Lohngesetz«, nach dem »der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist«. Überschüsse aus dem Arbeitsertrag, vermehrt durch Produktivitätssteigerungen, fließen über die Gesetze des Marktes letztlich immer den Unternehmern zu. Eine »Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise« ist nach seiner Auffassung jedoch möglich, »indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziation als sein eigener Unternehmer organisiert«.

Die Mittellosigkeit der Arbeiter verhindert laut Lassalle jedoch das Aufbringen des erforderlichen Startkapitals. Insofern müsse die »stützende und fördernde Hand des Staates« eingreifen, um mit seinen »Mitteln und Möglichkeiten Selbstorganisation und Selbstassoziation« zu fördern. Die soziale Selbsthilfe werde dadurch ebensowenig aufgehoben wie die weiterhin notwendigen Kraftanstrengungen eines Bauern, wenn ihm ein Pflug zur Bearbeitung seines Feldes zur Verfügung gestellt wird.

Demgegenüber vertrat Schulze-Delitzsch u. a. in seiner Veröffentlichung »Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland«, es müssten »alle Bestrebungen zum Wohl der arbeitenden Klasse auf die immer sittliche und wirtschaftliche Stärke derselben, auf die Erweckung und Hebung der eigenen Kraft, auf die Selbsthilfe der Beteiligten gegründet sein«. Nur bei der reinen Selbsthilfe, gekoppelt mit Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, sah er gewährleistet, dass die Betroffenen ausreichend Eigeninitiative und aktiven Einsatz zur gemeinschaftlichen Verbesserung ihrer Situation aufbringen.

Letztlich suggeriert er durch seine Argumentation, jedem Menschen sei die Verantwortung für seine Situation selbst zuzuschreiben. Nimmt er fremde Hilfe in Anspruch, komme dies dem Verlust von Freiheit und »sittlichem Halt im Leben« gleich. Sein Beharren auf der reinen Selbsthilfe bleibt jedoch widersprüchlich, weil er sich darüber bewusst war, dass die »Massen unbemittelter Arbeiter ... von dem bei dem größeren Teile niedrig bemessenen Lohne ... nichts oder nur sehr wenig sparen« konnten. Gleichzeitig betonte er selbst die ausreichende Kapitalaufbringung als Voraussetzung für die Gründung einer lebensfähigen Produktivgenossenschaft.

Die Ausschließlichkeit, in der Lassalle und Schulze-Delitzsch ihre Positionen einander gegenüberstellten, ist nur vor dem Hintergrund der unterschiedlichen politischen Intentionen zu verstehen. Als Sozialist wollte Lassalle grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erreichen. Er trat deshalb für eine Verallgemeinerung der »freien individuellen Assoziation« ein, auch durch deren »Anwendung und Ausdehnung auf fabrikmäßige Großproduktion«.

Schulze-Delitzsch dagegen betonte, er sei nicht der Auffassung, »dass künftig die Assoziation die allein herrschende industrielle Betriebsform zu werden bestimmt sei«. Er dachte nur an eine begrenzte Zahl von Produktivgenossenschaften, mit deren Hilfe sich besonders tüchtige Arbeiter gemeinsam selbstständig machen könnten. Fehlende staatliche Unterstützung kommt aus einer solchen Sicht einer Art »natürlichem« Auslesemechanismus gleich. Sie kann ähnlich wie die heute noch immer vorhandene Ablehnung einer Gleichstellung oder gar Bevorzugung produktivgenossenschaftlicher Unternehmen bei staatlichen Existenzgründungs- und Aufbauprogrammen interpretiert werden: Eine Demokratisierung der Wirtschaft stellt keinen eigenständigen Wert dar, den es mit stützenden Maßnahmen zu verwirklichen gilt, auch nicht als »freiheitliche« Entwicklung.

Nicht zuletzt dürfte die dominierende Rolle von Schulze-Delitzsch in der deutschen Genossenschaftsbewegung mitbestimmend für das praktische und politische Desinteresse an der Produktivassoziation sein. Hinzu kommt eine Reihe von negativen Erfahrungen mit dieser Unternehmensform. Häufiger Zusammenbruch oder kapitalistische Verformung führten zu einer zunehmend skeptischen Haltung der meisten Genossenschaftstheoretiker gegenüber dieser Art von Genossenschaft, die Schulze-Delitzsch in seinen ersten theoretischen Schriften noch als Gipfelpunkt des genossenschaftlichen Systems bezeichnet hatte.

Ihren Höhepunkt und Abschluss fand diese Entwicklung in dem empirisch und theoretisch fundierten »Verriss« durch den Soziologen Franz Oppenheimer (1864–1943). Sein oft zitiertes Resümee in der Schrift »Die Siedlungsgenossenschaft« lautet: »Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.« Nach seiner Einschätzung sind alle Produktivgenossenschaften, bei denen es aufgrund der wirtschaftlichen Situation von Vorteil wäre, Mitglied zu werden, gesperrt. Dies geschieht entweder offen, indem niemand mehr aufgenommen wird, oder indirekt über die Höhe des zu zahlenden Anteils.



In der Folge gingen Robert Liefmann (1874–1941) und andere soweit, Produktivgenossenschaften als Objekt der Genossenschaftslehre weitgehend fallen zu lassen. Er begründet dies damit, dass es sich bei ihnen nicht um Genossenschaften, sondern um Gesellschaften handelt. Diese würden ihre Mitglieder nicht nur wie die anderen Genossenschaftsarten fördern, sondern deren gemeinsame Erwerbswirtschaft bilden. Von Hans Fuchs wird dies in seiner Dissertation »Der Begriff der Produktivgenossenschaft und ihre Ideologie« präzisiert, indem er betont, eine Begriffsbestimmung der Produktivgenossenschaften könne vorgenommen werden. Infolge ihrer Transformation stellen sie jedoch nur im Stadium ihrer Entstehung eine Besonderheit dar, so dass eine Theoriebildung dazu unmöglich sei.

Vereinzelt gibt es auch während und nach Oppenheimer Modifizierungsvorschläge zur Weiterentwicklung der produktivgenossenschaftlichen Idee. Ein Beispiel hierfür ist Friedrich von Wieser (1851–1926). Er regt an, auch in Großunternehmen genossenschaftliche Elemente aufzunehmen im Sinne einer partnerschaftlichen Unternehmensorganisation durch Miteigentum der Beschäftigten, aber mit klaren Führungsstrukturen. Gerhard Weisser (1898–1989) empfiehlt nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland einzugliedernden vermögenslosen Arbeitnehmern ausdrücklich, zur Grundlegung ihrer wirtschaftlichen Existenz »kapitalgesellschaftliche Gruppenunternehmen« zu gründen. Die Belegschaftsmitglieder sollen daran nur zu 49 Prozent beteiligt sein. Der Rest ist durch eine Treuhandgesellschaft oder eine Stiftung zu verwalten. Auf diese Weise greift er die Ideen und Erfahrungen der Bauhüttenbewegung auf und versucht gleichzeitig, die Gewerkschaftsfähigkeit der Mitglieder dieser modifizierten produktivgenossenschaftlichen Organisation zu erhalten.

Erich H. Diederichs schlägt 1959 Veränderungen beim geltenden Genossenschaftsrecht zugespitzt auf Produktivgenossenschaften vor. Sie reichen von der gesetzlichen Festlegung eines erweiterten förderungswirtschaftlichen Genossenschaftsbegriffs, der Enthaltung der Generalversammlung von der laufenden Geschäftsführung, der Einführung eines aus Leistungsausschüttungen finanzierten Mehrstimmrechts für Geschäftsanteile, der Akzeptanz gestaffelter Pflichtanteile bis hin zur Verwirklichung mehrerer Haftpflichtarten, eines besonderen Haftpflichtfonds sowie der Verstärkung der betriebsnotwendigen Rücklagenbildung durch gesetzliche Bestimmungen.

Ebenfalls interessant ist die Idee einer kapitalmäßig flexibel gestalteten, erfolgsorientierten Arbeitnehmergeinschaft von Hans Peter Steinbrenner aus dem Jahre 1974. Kapitalverzinsung der Einlagen und Arbeitseinkommen sollen dort flexibel sein, abhängig vom Unternehmensertrag. Auf diese Weise hofft er, ein gewinnorientiertes Verhalten der beschäftigten Eigentümer zu bewirken. Gleichzeitig ist Steinbrenner überzeugt, durch die höhere Einkommensflexibilität auch eine größere Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen. Solche Versuche, die Idee der Produktivgenossenschaften zu modifizieren, bleiben jedoch die Ausnahme. Sie werden nicht weiter rezipiert, so dass sie meist schnell in Vergessenheit geraten. Unter ideengeschichtlichem Blickwinkel wird deshalb nicht vertiefend auf sie eingegangen.

### **Keine Lobby für die dezentrale Produzentendemokratie**

In ihrer bald 200-jährigen Geschichte können die Produktivgenossenschaften auf keine kontinuierliche Lobby bei Parteien, Gewerkschaften oder anderen wichtigen Organisationen zurückgreifen. Schon Schulze-Delitzsch als »Vater« der deutschen Genossenschaftsbewegung und Anwalt des Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vertritt: »Wenn es durchaus an der Zeit ist, bei dem Stande der Arbeiterbewegung in unserem Vaterlande, auf die Produktivassoziationen als eines der wichtigsten Mittel zur sozialen Ausgleichung hinzuweisen ..., so hüte man sich doch, ... bestimmte Personen dazu förmlich aufzufordern. Ist unter den Arbeitern selbst nicht Drang und Lust dazu in solchem Grade vorhanden, dass sie die Initiative aus sich heraus ergreifen, so sind sie eben nicht die Leute dazu.« Dagegen macht er sich als Initiator der Gründung von Vorschussvereinen für selbständige Handwerker einen Namen.

Auf parteisozialistischer Seite verhält man sich nach anfänglich positiven Stellungnahmen gegenüber produktivgenossenschaftlichen Experimenten ablehnend. Noch 1866 steht in der auf dem Genfer Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation angenommenen Genossenschaftsresolution, deren Teil Karl Marx zugeschrieben wird:

»a. Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großer Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, dass das bestehende pauperisierende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufge-

hoben werden kann durch das Wohlstand erzeugende und republikanische System der Assoziation freier und gleicher Produzenten ... c. Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des Systems, die ersteren greifen es in ihren Grundfesten an.«

Der darauf folgende Kongress empfiehlt sogar den Gewerkschaften, ihre Fonds zur Bildung und Finanzierung von Produktivgenossenschaften zu verwenden. Schlechte Erfahrungen damit, unter anderem durch Konkurse, bringen aber recht bald die unterstützende Haltung ins Schwanken. Auf dem Berliner Parteitag der SPD, 1892, heißt es dann schließlich: »Im übrigen haben Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.« Sie passt sich damit dem zeitgenössischen Trend der Ablehnung von Produktivgenossenschaften an.

Ähnlich wie bei den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien stellt sich die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe dar. Sie kann als Prozess der gewerkschaftlichen Identitätsfindung interpretiert werden. Zunehmend verdrängen die Gewerkschaften die Selbsthilfetraditionen der Arbeiterverbrüderung aus ihrem theoretischen und praktischen Arsenal und beschränken sich darauf, marginale Verbesserungen im Rahmen des Lohnverhältnisses anzustreben.

Christiane Eisenberg schlussfolgert deshalb in ihrer lesenswerten Veröffentlichung »Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften«: »Die Forderung nach dem ›vollen Arbeitsertrag‹ wurde tendenziell abgelöst durch die nach höheren Löhnen, die nach innerbetrieblicher Demokratie und Selbstverwaltung z. B. durch die nach Streichung diskriminierender Paragraphen aus Fabrikordnungen ... Die allmähliche Abwendung der Gewerkschaften ... von der Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist unter diesem Aspekt als Maßnahme zur langfristigen Bestandserhaltung der Organisation zu interpretieren, deren potentielle soziale Basis (die wegen der Notwendigkeit, Streik- und andere Unterstützungskassen zu finanzieren, möglichst eine Massenbasis sein musste) durch die Förderung von Produktivassoziationen systematisch unterminiert zu werden drohte.«

Mittlerweile bestehen zwischen Produktivgenossenschaften und Gewerkschaften – bedingt durch die über fast zweihundertjährige Vorgeschichte – eingeschliffene Kommunikationsschwierigkeiten. Zu suchen sind die Gründe dafür in der aus Gewerkschaftssicht empfundenen »unfairen Konkurrenz«, die sowohl im Boom wie in der Krise wirksam wird. Deren präzise ausführlichere Analyse steht aus. Festzustellen ist auf jeden Fall, dass die Abwehrhaltung gegenüber den Produktivgenossenschaften/selbstverwalteten Betrieben mit dem Zusammenbruch der gemeinwirtschaftlichen Groß-Betriebsstrukturen Ende der 1980er Jahre an Schärfe eher zugenommen hat. Statt in dezentralen, kleinen und mittleren Organisationseinheiten eine Alternative zu den verselbstständigten Großorganisationen zu sehen, weisen Gewerkschafter jede Betriebsleitungskompetenz der Beschäftigten als Zumutung zurück.

Die seitens des liberalen Schulze-Delitzsch festzustellende Skepsis gegenüber Produktivgenossenschaften findet in der Arbeitnehmerbewegung ihre Ergänzung. Entsprechend der zyklischen Entstehung von produktivgenossenschaftlichen Zusammenschlüssen bisher, lassen sich fünf Gründungswellen in Deutschland feststellen, gibt es auch eine sich im Krisenzyklus wandelnde Gewerkschaftsposition dazu. Sie wird von Wolfgang Beywl, einer der Initiatoren des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, wie folgt umrissen: »Erst in der Verstärkungsphase der strukturellen Arbeitsmarktkrise ›entdecken‹ die Gewerkschaften die Ressource ›demokratisch geführtes Unternehmen in der Hand der Arbeitnehmer‹. Anlass hierfür sind ›spontane‹ Belegschaftsübernahmen liquidationsgefährdeter Unternehmen durch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer – eventuell erbunden mit Streik und Betriebsbesetzung. Diesen Klientelgruppen springt die Gewerkschaft mit Beratungskapazität und Lobbyarbeit bei, für unternehmerische Handlungskompetenz reicht das Wissen der Gewerkschaften nicht aus.«

Zwar wird die gewerkschaftliche Konzeptionsarbeit für Betriebe in Hand der Belegschaft dann intensiviert (Gutachten, Kommissionsgründungen, programmatische Aussagen), auch sinkt die Kontaktscheu zu bestehenden Produktivgenossenschaften – im weiteren Verlauf verschärfen sich jedoch die Probleme der Belegschaftsbetriebe. Wirtschaftlich geht es den Betrieben auch in Arbeitnehmerhand keineswegs besser. Sie bleiben in Ertrags- und Liquiditätskrisen. Die Folge, so Beywl: »Bei Knappheit des Lohnfonds und hoher Unsicherheit des Arbeitsplatzes kommt es zu wachsenden innerbetrieblichen Spannungen (Doppelrolle). Die fehlende Fähigkeit, diesen

Interrollenkonflikt produktiv zu bewältigen, beschleunigt die Transformation der Unternehmen bei aufkeimender neuer Konjunkturphase. Damit verlieren die Gewerkschaften – auch konzeptionell – das Interesse an der ansatzweise entwickelten produktivgenossenschaftlichen Strategiealternative.«

Diese Entwicklungen setzen sich bei den Gewerkschaften bis heute fort. Ähnliches gilt für die SPD. So versucht der sozialdemokratisch orientierte Genossenschaftswissenschaftler Gerhard Weisser Mitte der 1950er Jahre in seinen Aufsätzen, für die Genossenschaften einen »modernen« Standpunkt zu entwickeln im Sinne einer ökonomisch-rationalen Orientierung. Er bemüht sich, dabei die »traditionellen« Werte der Arbeiterbewegung nicht aufzugeben. Sein Aufsatz »Die Lücke im Entwurf des Grundsatzprogramms der SPD«, erschienen 1959, hat noch heute innovativen Charakter. Er kritisiert fehlende Aussagen zur »Förderung der wirtschaftlichen Kräfte durch geeignete Unternehmenstypen (Einzelwirtschaftspolitik)«. Insbesondere für die »Unternehmen vermögensloser Arbeitnehmer« macht er einen umfangreichen Vorschlag.

Neuere Tendenzen bei Grünen und SPD lassen Mitte der 1980er Jahre zeitweise auf das Entstehen einer anwachsenden Zahl politischer Befürworter produktivgenossenschaftlicher Unternehmen hoffen. Im Jahre 1983 richteten die Grünen eine Arbeitsgruppe Selbstverwaltungswirtschaft ein. Deren erste Überlegungen sind in einem vorläufigen Gesetzentwurf für Gemeinschaftsbetriebe formuliert. Im Herbst 1984 beginnt auch eine vom Parteivorstand der SPD eingesetzte Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen an diesem Thema zu arbeiten. Sie gibt eine Materialsammlung zur Selbstverwaltungswirtschaft heraus und gründet zur Verstärkung ihrer Aktivitäten den noch heute existierenden »Bundesverein Verein zu Förderung des Genossenschaftsgedankens«.

Außerdem verabschiedet der SPD-Parteitag im August 1986 einen umfangreichen Antrag dieser Arbeitsgruppe. Danach begrüßt und fördert die SPD die Neubelebung des Genossenschaftswesens. Die Verbreitung genossenschaftlicher Wirtschaftsreformen soll in Zukunft durch die Einrichtung regionaler Beratungs- und Förderungseinrichtungen verstärkt werden. Ausdrücklich werden dabei auch Betriebe in Selbstverwaltung genannt, in denen die Beteiligten Miteigentümer und Mitarbeiter zugleich sind.

Ähnlich wie in früheren Zeiten erlahmt die politische Unterstützungsbereitschaft allerdings schon nach wenigen Jahren. Gerade zu dem Zeitpunkt, als im Rahmen der Wiedervereinigung in Ostdeutschland der dortige Mittelstand in Form der ehemaligen Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) der politischen Lobbyarbeit bedarf, ignorieren alle Parteien einschließlich der SPD deren prekäre Situation. Die Folgen der sogenannten Modrow-Verordnung werden »ausgesessen«.

Nach der Modrow-Verordnung dürfen sich Mitglieder ehemaliger DDR-Genossenschaften (von LPG und PGH) während einer Übergangsphase bis Ende 1992, in der eine neue Rechtsform einschließlich der eingetragenen Genossenschaft angenommen werden muss, ihren Anteil am sogenannten unteilbaren Fonds auszahlen lassen. Für einige Betriebe ist dies das wirtschaftliche Aus. Beschäftigte aus den volkseigenen Betrieben (VEB) erhalten dagegen auf deren Vermögen keinen Zugriff. Zusammen mit der wirtschaftlich schwierigen Übergangsphase und der schlechten Informationspolitik der meisten Unternehmensberater führt dies bis Ende 1992 dazu, dass von ehemals 2.700 PGHn nur noch rund 10 Prozent in der Rechtsform der Genossenschaft übrig blieben.

### **Schlussfolgerungen für die Politik**

Gegenwärtig gibt es erneut eine kleine Renaissance der Auseinandersetzung mit dem Ansatz der Produktivgenossenschaften. Sie werden aktuell unter verschiedenen Begriffen thematisiert, die als Ansätze einer anderen Wirtschaftsweise meist erheblich weiter gefasst sind. Dies gilt vor allem für die Solidarische Ökonomie, in der Produktivgenossenschaften besonders unter dem Stichwort *Belegschaftsbetriebe oder Betriebe in Belegschaftshand* eine Rolle spielen. Die Neubelebung in der Bundesrepublik ging einher mit einer von über 1 400 Menschen gut besuchten Tagung an der TU Berlin mit dem Titel »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« im Jahr 2006, organisiert aus dem Umfeld von Attac. Seitdem entwickeln sich dazu mehrere Netzwerke, eine Akademie, finden verschiedene kleine Treffen statt und werden diese Ansätze auch immer wieder in Veröffentlichungen skizziert. Auch hier ist es wieder charakteristisch, dass sich zwar Vertreter der verschiedenen Parteien und aus Gewerkschaftszusammenhängen einfinden, Impulse, Thematisierung und das »Dranbleiben« kommt aber aus dem Umfeld von Attac und PromotorInnen im Spektrum der neuen sozialen Bewegungen.

Zusammenfassend lässt sich insofern festhalten:

- 1) Das Scheitern produktivgenossenschaftlicher Ansätze und das immer wieder erfolgende zeitweilige Entschwinden dieser Thematik aus der öffentlichen Diskussion ändert nichts daran, dass Produktivgenossenschaften thematisch und real existieren und je nach sozialen Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Versorgungslücken, sozialen Ungleichheiten und ökologischen Defiziten reaktivierbar sind. Die aktuellen Diskussionen um die Solidarische Ökonomie verdeutlichen dies. Im Moment erneuter Zuspitzung versucht die hilflose (linke) Politik, die »Produktivgenossenschaften« – wenn auch unter anderem Namen – zu beleben. Aufgrund fehlender Aufarbeitung und Umsetzung genossenschaftlich-kooperativer Praxis findet sie dafür aber kein angemessenes Handlungswissen vor.
- 2) Entsprechend spielen Parteien und Gewerkschaften für die Verbreitung und Umsetzung produktivgenossenschaftlicher Ansätze in Deutschland nur eine untergeordnete und zudem zwiespältige Rolle. Sobald das Thema eine gewisse gesellschaftliche Resonanz aufweist, engagieren sie sich. Dies erfolgt aber eher in Form eines opportunistischen Mitlaufens als durch dauerhaftes aktives Vorantreiben und Unterstützen von Produktivgenossenschaften. Sie übernimmt also nicht, was eigentlich Anspruch von Politik sein sollte: gestaltende Funktion.
- 3) Sich glaubwürdig für andere Möglichkeiten des Wirtschaftens und für humanere Wirtschaftsmodelle oder gar -systeme präsentieren können Gewerkschaften und Parteien aber solange nicht, wie sie produktivgenossenschaftliche Modelle nicht systematisch als Teil ihrer »Wirtschaftskompetenz« veranschaulichen. Erforderlich dafür wäre, dass sie die Gestaltung produktivgenossenschaftlicher Unternehmen mit eigenen politischen Inhalten kommunizieren können. Dazu gehört ebenfalls, sich für deren Verbreitung aktiv und unabhängig von den jeweils aktuellen politischen »Modethemen« kontinuierlich und kompetent zu engagieren.
- 4) Erforderlich ist hierfür zum einen, dass sich Gewerkschaften und Parteien jenseits des konservativen Spektrums stark machen für die vielfältigen Möglichkeiten, Produktivgenossenschaften politisch zu unterstützen. Dies geht von der generellen Proklamierung dieser Unternehmensformen über Aufforderungen, diese wirtschaftlich durch Beteiligung und Kauf ihrer Produkte und Dienstleistungen zu stärken, bis hin zur Benennung dieser Ansätze bei den unterschiedlichsten Problemen und Konflikten (Insolvenzen, Arbeitslosigkeit, Korruption, Finanzmarktspekulationen, verschiedenste Formen der Wirtschaftskriminalität) als potentieller Baustein für Lösungen gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort.
- 5) Dies muss aber einhergehen mit der Entwicklung, Aufbereitung und Anhandgebung des dafür erforderlichen Handlungswissens. Nur so lässt sich verhindern, dass durch das Scheitern solcher Ansätze aufgrund völlig unzureichender Umsetzungskompetenzen die bis heute dominante Diskriminierung und Benachteiligung produktivgenossenschaftlicher Ansätze dauerhaft aufrecht erhalten werden kann. Forschen, Ausbilden, Veröffentlichungen, Experimentieren von Wissen mit, über und zugunsten von Produktivgenossenschaften muss deshalb erheblich ausgeweitet werden, um in diesem Politikfeld zukünftig auf mehr Eigenkompetenz und Erfahrung zurückgreifen können. Nur so werden Produktivgenossenschaften als legitime Vision einer humanen Wirtschaftsweise erkennbar.

## Literatur

- Umfassende theoretische und empirische Veröffentlichung: Flieger, Burghard: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen, Marburg, 2. Auflage, 1997.
- Empirische Aufbereitung zu ostdeutschen Produktivgenossenschaften: Atmaca, Delal: Kooperation im Wettbewerb, Kontinuität im Wandel Identität und Erfolg der produktivgenossenschaftlichen Organisationsform, Aachen 2002.
- Veröffentlichung, die stärker gewerkschaftliche Interessen zu dem Thema, teilweise empirisch fundiert, aufgreift: Duhm, Rainer: Wenn Belegschaften ihre Betriebe übernehmen, Probleme und Chancen selbstverwalteter Fortführung von Krisenbetrieben, Frankfurt 1990.
- Blickwinkel auf die Thematik, die vor allem für Gewerkschaften von besonderem Interesse sein dürfte Heublein, Carina: Mitarbeit in der Produktivgenossenschaft. Eine Analyse der arbeits- und gesellschaftsrechtlichen Grundlagen, Nürnberg 2007.
- Politische Aktualisierung der Thematik: Elmar Altvater, Nicola Sekler: Solidarische Ökonomie. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg 2006.
- Eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie, die die politischen und gewerkschaftlichen Möglichkeiten von Genossenschaften thematisiert: Herbert Klemisch, Burghard Flieger: Genossenschaften und ihre Potenziale für Innovation, Partizipation und Beschäftigung. Der Beitrag von Genossenschaften zur sozialen Verantwortung von Unternehmen, Düsseldorf/Köln 2007 ([www.boeckler.de/pdf\\_fof/S-2006-857-2-1.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2006-857-2-1.pdf)).

### **Hinweise auf Informationen im Netz**

Verschiedene Schriften zum Thema Produktivgenossenschaften und Möglichkeiten ihrer Unterstützung hat Jost Kramer ins Netz gestellt, beispielsweise Kramer, Jost W.: Produktivgenossenschaften – Utopische Idee oder realistische Perspektive?

Siehe [http://www.wi.hs-wismar.de/~wdp/2008/0812\\_Kramer.pdf](http://www.wi.hs-wismar.de/~wdp/2008/0812_Kramer.pdf).

Eine aktuellere, aber nur einen geringen Ausschnitt der Thematik empirisch aufbereitend: Herbert Klemisch, Kerstin Sack, Christoph Ehrsam: Betriebsübernahme durch Belegschaften – Eine aktuelle Bestandsaufnahme – Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Köln/Düsseldorf Juli 2010, [www.boeckler.de/pdf\\_fof/S-2009-303-1-1.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-303-1-1.pdf).

Eine Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, die zu diesem Thema und angrenzenden Themen Qualifizierung, Konzeptentwicklung und Beratung anbietet: [www.innova-eg.de](http://www.innova-eg.de).

Im Umfeld von Attac wird das Thema mit einer eigenen Ausrichtung aktuell aufgegriffen. Dazu die wichtigste Website: [www.solidarische-oekonomie.de](http://www.solidarische-oekonomie.de).

Zahlreiche Links zur Solidarischen und Alternativen Ökonomie sowie Selbstverwaltungsbetrieben:

[https://mensch.coop/files/396/Wegweiser\\_SolidarOekonomie\\_links\\_kapitel%5B1%5D.pdf](https://mensch.coop/files/396/Wegweiser_SolidarOekonomie_links_kapitel%5B1%5D.pdf).

Wichtigstes Printmedium, in dem regelmäßig über Beispiele und zu relevante Themen im Zusammenhang mit Produktivgenossenschaften berichtet wird: [www.contraste.org](http://www.contraste.org).

## Vom Sozialismus zur Wirtschaftsdemokratie?

### Ein kurzer Abriss über Ideen ökonomischer Demokratie in der deutschen Arbeiterbewegung

Bis heute wird die Unterscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus oft missverständlich auf den Gegensatz zwischen »Staat« und »Markt« und das assoziierte Gegensatzpaar »Planung« vs. »Freiheit« reduziert. Im Gegensatz zu dieser landläufigen Vorstellung spielten jedoch Freiheit und Demokratie in der Ideengeschichte des Sozialismus immer eine zentrale Rolle. Zwar gab es in der frühen Neuzeit eine ganze Reihe frühsozialistischer Utopien mit deutlich autoritären Zügen, von denen Thomas Moores »Utopia« die bekannteste und prägendste ist.<sup>1</sup>

Die weitere Ideengeschichte des Sozialismus ist jedoch eng verbunden mit der Französischen Revolution und der Forderung, das hier gewagte demokratische Experiment auszuweiten. Der klassische Liberalismus hingegen war stets von einem gewissen Misstrauen geprägt: nicht allzu viele und vor allem nicht die besitzlosen Massen sollten an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben – in der Regel wurde nur erwachsenen Männern mit festem Wohnsitz und Eigentum das Wahlrecht zugestanden, oft gestaffelt nach dem Steueraufkommen wie im preußischen Dreiklassenwahlrecht. Riesige Bereiche der Gesellschaft waren von der Demokratie abgekoppelt. Der Staat war teilweise demokratisiert, aber die Wirtschaft wurde unter alleiniger Kontrolle der Besitzer von Kapital und Boden belassen. Um diese Zustände zu beseitigen, wurde daher schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht nur die Gleichheit, sondern auch eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft gefordert.

#### Frühsozialismus und Genossenschaftsidee

Ideen und Praktiken kollektiven und demokratischen Wirtschaftens sind weitaus älter als der Kapitalismus, erfuhren jedoch durch die sich zuspitzenden Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital eine neue Aktualität, wobei insbesondere die Genossenschaftsidee eine herausragende Rolle spielte. Der Engländer Robert Owen gilt mit seiner 1799 errichteten Musterkommune New Lanark als Begründer des modernen Genossenschaftswesens, das im Gegensatz zu lokal orientierten mittelalterlichen Vorgängern auf industrieller Produktion aufbaute und einen gesamtgesellschaftlichen Reformanspruch formulierte.<sup>2</sup> Ziel war vor allem die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitenden durch Selbsthilfe und ihre gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen Prozess. Das Streben nach Demokratie und sozialer Sicherheit wurde in der Genossenschaftsidee miteinander verbunden.

In Deutschland, wo die industrielle Entwicklung langsamer verlief als in England, wurden Genossenschaften Mitte des 19. Jahrhunderts neu diskutiert, wobei vor allem die Kontroverse zwischen dem Liberalen Herrmann Schulze-Delitzsch und dem Sozialisten Ferdinand Lassalle weite Kreise zog.<sup>3</sup> Während Schulze-Delitzsch die Genossenschaften als Mittel der Sozialreform ansah, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter durch Fleiß, Sparsamkeit und wirtschaftliche Vereinigung ihre soziale Lage verbessern konnten, sah Lassalle sie als ein Gegenmodell zum Kapitalismus. Er wollte die gesamte Wirtschaft auf einen genossenschaftlichen Sozialismus umstellen, wobei er vor allem auf die Hilfe des Staates setzte. Das freie Wahlrecht sollte den Arbeitenden die Macht im Staate sichern, woraufhin dann die Genossenschaften mit Staatskrediten zur herrschenden Produktionsform ausgebaut werden sollten.<sup>4</sup>

Während aus Schulze-Delitzschs Ideen die Genossenschafts- und Volksbanken hervorgingen, wurde Lassalle 1863 zum Gründer des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* – der ersten sozialistischen Partei in Deutschland.

1 Jean Chesmeaux und Jacques Droz: Das utopische Denken bis zur industriellen Revolution, Dt. Erstausg., Geschichte des Sozialismus; Frankfurt a. M. 1974, S. 84, 112 f.

2 Werner Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, 2. Aufl., Berlin 1974, S. 34-39.

3 Axel Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004, S. 74-78.

4 Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung: Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989, S. 45.

## Klassenkämpfe und die Durchsetzung des Marxismus

Lassalle, Schulze-Delitsch und auch Robert Owen waren trotz ihrer unterschiedlichen Ziele Anhänger des Reformgedankens. Sie wollten ihren Ideen durch Information, Wahlen und der Beispielwirkung von Modellen zum Durchbruch verhelfen. Diese Reformansätze blieben jedoch in unterschiedlichen Phasen stecken: Owen scheiterte mit der Umsetzung neuer Musterkommunen in den Vereinigten Staaten. Aber auch in England zeigten sich andere Fabrikanten wenig geneigt, ihre totale Kontrolle über die Produktion aufzugeben und sein Modell zu übernehmen.<sup>5</sup> An Schulze-Delitzschs Ideen hatte schon Lassalle kritisiert, dass die Hungerlöhne der Arbeitenden nicht ausreichten, um Kapital für eigene Produktionsbetriebe oder andere Einrichtungen anzusammeln.<sup>6</sup> Aber auch Lassalles Reformkonzept scheiterte: 1878 erließ der demokratisch gewählte deutsche Reichstag das »Sozialistengesetz«. Er verbot damit nicht nur alle sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften, sondern auch zahlreiche Selbsthilfeorganisationen und Unterstützungskassen, sofern sie sich irgendwie politisch betätigten.<sup>7</sup>

Immer deutlicher zeigte sich, dass die Auseinandersetzung um eine Demokratisierung der Wirtschaft keine Frage des besseren Arguments war, sondern ein Machtkampf zwischen den Eigentumsansprüchen der Besitzenden und dem Streben der Besitzlosen nach demokratischer Teilhabe und sozialer Sicherheit. Es ist daher kein Zufall, dass sich gerade in dieser Zeit eine Theorie durchsetzte, die den Klassenkampf anstelle der Reform setzte: der Marxismus. In den 1880ern setzten sich Marx' Ideen in der illegal weiterbestehenden Sozialdemokratie durch und wurden nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1891 zur offiziellen Theorie der neu gegründeten SPD.<sup>8</sup> Nicht die Reform, sondern die Revolution galt nun als Mittel auf dem Weg zum Sozialismus. Allerdings kam nach der Legalisierung der Sozialdemokratie bald eine vom Parteitheoretiker Karl Kautsky vertretene ökonomistische Lesart des Marxismus auf. Kautsky betrachtete die Revolution weniger als bewussten politischen Akt denn als automatisches Ergebnis eines aus den ökonomischen Gesetzen ableitbaren Zusammenbruchs des Kapitalismus.<sup>9</sup> Der Zusammenbruch wurde aus der Marxschen Krisentheorie abgeleitet. In Kombination mit der Erfahrung schwerer Wirtschaftskrisen führte diese Lektüre zu einer Betonung des Planungsgedankens in der sozialistischen Theorie. Die Demokratie wurde immer noch gefordert, aber im Geiste des fortschritts- und technikorientierten 19. Jahrhundert hoffte man immer mehr auf zentrale Leitung und Planung der Wirtschaft in einem fernen »Zukunftsstaat«.<sup>10</sup>

Ein konkretes planwirtschaftliches Modell gab es jedoch nicht. In ihrer Kritik an Owen und anderen frühsozialistischen Kommune-Experimenten des 19. Jahrhunderts hatten sich Marx und Engels immer von konkreten Utopien abgewandt. Sie forderten lediglich vage die Demokratisierung der Wirtschaft in einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist.«<sup>11</sup> Die konkreten Organisationsformen sollten sich ihrer Meinung nach aus der Bewegung selbst entwickeln. Damit wurde die oft sektiererische Sackgasse zahlreicher Kommune- und Genossenschaftsexperimente vermieden, in denen eine feststehende Utopie schematisch und ohne Rücksicht auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Mitglieder oder der umgebenden Gesellschaft umgesetzt werden sollte.<sup>12</sup> Gleichzeitig wurde jedoch so lange die Debatte über die Form einer künftigen Gesellschaft blockiert. Man vertagte diese Debatte auf einer nachrevolutionären Zukunft.

Auch die Genossenschaftsidee, welche um 1900 erneut von der Sozialdemokratie aufgegriffen wurde, war somit nicht in ein gesamtgesellschaftliches Konzept sozialistischer Wirtschaftsdemokratie eingebunden. Die neu entstehenden Genossenschaften waren hauptsächlich Konsumgenossenschaften.<sup>13</sup> Sie ermöglichten den Arbeitenden Rabatte durch Großeinkäufe und eine politische Bündelung ihrer Macht als Konsumenten – aber es blieb unklar, ob und wie diese Macht politisch eingesetzt werden sollte.

5 Edmund Wilson: Der Weg nach Petersburg: Europas revolutionäre Tradition und die Entstehung des Sozialismus, München 1963, S. 81.

6 Wolfgang Abendroth: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Heilbronn 1985, S. 88 f.

7 Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 65-69.

8 Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 98-102.

9 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus: Die dt. Sozialdemokratie am Vorabend d. Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1974.

10 Karl Kautsky: Der Weg zur Macht, 2. Aufl., 1910 [Nachdr.] Frankfurt a. M. 1972, S. 31.

11 Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in Marx/ Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 459-493.

12 »Die Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus oder Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten. Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln. Sie träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstere, Gründung von Home-Kolonien, Errichtung eines kleinen Ikariums – Duodeausgabe des neuen Jerusalems –, und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philanthropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren.« Ebenda, S. 491.

13 Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 114.

## Krieg und Integration 1914–1918

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte die Sozialdemokratie weder die Wirtschaftsdemokratie noch die politische Demokratie durchgesetzt: Deutschland war nach wie vor eine Monarchie, der Reichstag wurde zwar demokratisch gewählt,<sup>14</sup> hatte aber keinen Einfluss auf die Regierungsbildung oder Regierungspolitik. Die klassenkämpferische Rhetorik der damaligen SPD war nicht zuletzt auf die Konfrontation mit diesem halbabsolutistischen Staat zurückzuführen.

Als der Staat während des Ersten Weltkrieges Versuche machte, die sozialistische Bewegung zu integrieren, wurde dies insbesondere von den Gewerkschaften positiv aufgenommen. Ihre Führungsspitzen hatten sich bereits zu Kriegsbeginn von der nationalistischen Welle mitreißen lassen und ihre Mitglieder dazu aufgerufen, keine Streiks mehr durchzuführen. Als Gegenleistung erhielten sie nicht nur eine Freistellung der eigenen Funktionäre vom Kriegsdienst, sondern ab 1916 mit dem »vaterländischen Hilfsdienstgesetz« auch erstmals sogenannte Kriegsausschüsse und damit beschränktes Mitspracherecht in der Organisation der Kriegswirtschaft.<sup>15</sup> Eine reale Machtposition war dies nicht, denn die Gewerkschaften hatten nicht nur das Streikrecht aufgegeben, sondern ihre Mitglieder verloren mit dem neuen Gesetz auch die Möglichkeit eines Arbeitsplatzwechsels ohne Zustimmung des Unternehmers. Die Arbeit wurde zum »Dienst« umgedeutet und die Löhne deckten nicht die Kosten der knappen Nahrungsmittel. Die Selbstbestimmung der Arbeitenden erreichte einen historischen Tiefpunkt.<sup>16</sup>

Aus der Perspektive der Leitungen und Funktionäre sah dies anders aus: Erstmals hatte der Staat die Gewerkschaften als Verhandlungspartner anerkannt. Gleichzeitig kamen im Kriege immer mehr planwirtschaftliche Mechanismen zum Einsatz: Rohstoffe und Material wurden zugeteilt, staatliche Aufträge steuerten die Nachfrage, auch die Lebensmittel wurden planwirtschaftlich verteilt. Rechte Sozialdemokraten und Gewerkschafter propagierten daher das neue System als »Kriegssozialismus« oder »Deutschen Sozialismus«.<sup>17</sup> In diesem »Sozialismus« dominierte der Planungsgedanke, die Demokratie war auf die Mitsprache eines gewerkschaftlichen Funktionsapparats verkürzt, Dissidenten drohte Gefängnis oder der Tod an der Front.

## Die Neuerfindung der Räte Demokratie in der Novemberrevolution

Das Beispiel des »Kriegssozialismus« zeigt, wie technokratische Planungsphantasien und nationalistische Verblendung die Ziele des Sozialismus in sein Gegenteil verkehrten. Aus einer Idee der Befreiung wurde eine Ideologie mit dem einzigen Zweck, die Arbeitenden zur Aufrechterhaltung einer mörderischen Kriegsmaschinerie zu motivieren.

Aus dem Widerstand gegen dieses repressive Bündnis von Staat und Arbeiterorganisationen entwickelte sich jedoch 1918 eine ganz neue Synthese von Planungs- und Demokratiedanken: die Vision der Räterepublik. Räteorganisationen gab es bereits während des Krieges, etwa in Form von basisdemokratischen Streikleitungen, die auf täglichen Versammlungen Rechenschaft über ihr Handeln ablegen mussten. Solche Räte entwickelten sich in Deutschland erstmals während der Massenstreiks im April 1917 und im Januar 1918.<sup>18</sup> Räteähnlich organisiert waren auch die *Revolutionären Obleute*, eine gewerkschaftliche Widerstandsorganisation die als organisierender Kern der Massenstreiks wirkte.<sup>19</sup> Sie konnten zwar keine offenen Versammlungen abhalten, rekrutierten sich aber aus Vertrauensleuten in den Betrieben.

Eine richtige Rätetheorie entwickelte sich jedoch erst nach der Novemberrevolution im Frühjahr 1919. Sie entstand nicht als ideengeschichtliche Fortsetzung der Theorien von Lassalle oder Owen – sondern als Systematisierung der praktizierten Versammlungsdemokratie in Krieg und Revolution, teilweise mit Rückgriff auf gewerkschaftliche Traditionen.<sup>20</sup> Insofern behielten Marx und Engels Recht, wenn sie das Herauswachsen der konkreten Organisation aus der geschichtlichen Entwicklung forderten. Gleichzeitig war es spätestens im revolutionären Prozess wieder Zeit, Modelle für die Zukunft zu entwerfen.

14 Jedoch nach allgemeinem Männerwahlrecht, das Frauenwahlrecht wurde erst 1919 eingeführt.

15 Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918: Berlin 1985, S. 287.

16 Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 132-135.

17 Ebenda, S. 135-137.

18 Schon während der russischen Revolution 1905 hatte es Arbeiterräte gegeben, ebenso wie in der Pariser Kommune 1871 räteähnliche Strukturen vorhanden waren. Interessant ist, dass diese Strukturen an verschiedenen Orten und Zeiten unabhängig voneinander neu entstanden.

19 Ralf Hoffrogge, Richard Müller: Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

20 Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, S. 199-251.



Verschiedene Gruppen von der Sozialdemokratie bis hin zum AEG-Direktor Walther Rathenau legten Modelle vor, die in den verschiedensten Varianten eine Kombination von gesamtgesellschaftlicher Planung und demokratischer Teilhabe entsannen.<sup>21</sup> Eines der weitgehendsten Modelle war das im Umfeld der revolutionären Obleute entworfene »Reine Rätesystem«.

### **Das Reine Rätesystem**

Das »Reine Rätesystem« erhielt seinen Namen durch die ursprünglich propagierte Unvereinbarkeit mit dem Parlamentarismus und die Ablehnung von Unternehmerbeteiligung in den Rätestrukturen.

Sozialistische Utopie und konkrete Kampforganisation waren hier nicht getrennt, die vorrevolutionären Organisationen standen Modell für die zukünftige Wirtschaftsform.<sup>22</sup> Gerade diese Erkämpfung der Rätestrukturen von unten nach oben sollte die Arbeiterinnen und Arbeiter darauf vorbereiten, in Zukunft die Gesamtwirtschaft planmäßig zu leiten.

Trotz seiner radikaldemokratischen Ausrichtung verstanden seine Verfechter das Modell als Umsetzung der Marxschen Formel von der »Diktatur des Proletariats«. Diktatur wurde hier als Klassenherrschaft der Arbeitenden verstanden: Nur wer ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich nützliche Tätigkeit verrichtete, war wahlberechtigt. Der Begriff Proletariat war somit rein ökonomisch gefasst: bürgerliche Intelligenz, Angestellte, Ingenieure oder Beamte wurden als »Kopfarbeiter« ausdrücklich umworben. Bürgerliche arbeiteten in Form einer Fraktion der »Demokraten« tatsächlich während der Revolution in Rätestrukturen mit, konnten aber mehrheitlich nicht für sozialistische Zielvorstellungen gewonnen werden.

Das Modell wies eine Parallelstruktur aus wirtschaftlichen und politischen Arbeiterräten auf, erstere nach Betrieben, letztere territorial gewählt. Bei den politischen Arbeiterräten war eine Pyramide aus kommunalen Räten, regionalen Räten, nationalem Rätekongress und Zentralrat vorgesehen. Sie sollten die politischen Verwaltungen vom Stadtrat bis hin zur nationalen Regierung ersetzen.

Für die wirtschaftlichen Räte entwarf man in Analogie dazu Betriebsräte, branchenbezogene Bezirksgruppenräte und allgemeine Bezirkswirtschaftsräte, darüber Reichsgruppenräte und einen Reichswirtschaftsrat. Oberste Instanz war der beiden Flügeln gemeinsame Zentralrat.

Das Modell in Reinform setzte somit die Übernahme der politischen Macht durch die Räte, die Neugliederung Deutschlands nach Wirtschaftsbezirken und die Abschaffung von parlamentarischen Strukturen voraus. Exekutive und Legislative wären nicht mehr getrennt gewesen, es hätte lediglich eine politische und eine ökonomische Selbstverwaltung gegeben. Jedoch waren in diesem Modell nur die beiden unteren Ebenen, also kommunale Räte, Betriebsräte und Bezirksgruppenräte direkt gewählt, die oberen Ebenen hingegen würden von den unteren Räten gewählt werden. Betriebsleitungen sollten gemeinsam von Betriebsrat und Bezirksgruppenrat eingesetzt werden. Sämtliche Räte sollten jederzeit wählbar und abwählbar sein.

Ungeklärt blieb beim »Reinen Rätesystem« die Kompetenzabgrenzung zwischen politischen und wirtschaftlichen Räten; die Vermittlung von Konsumenten- und Produzenteninteressen fehlte ebenso, und die Frage der Bedarfsermittlung blieb völlig ungeklärt. Somit wurde das Modell den Bedürfnissen einer ausdifferenzierten Industriegesellschaft nicht immer gerecht. Dies war vor allem durch seine Entstehungsgeschichte im politischen Kampf bedingt.

Durch die fehlende Repräsentation von Hausfrauen, Landbevölkerung und Arbeitslosen, aber auch der indirekten Wahl der oberen Räte ergab sich zudem ein gewichtiges Demokratiedefizit, die Ausbildung einer Rätebürokratie war trotz jederzeitiger Abwählbarkeit nicht ausgeschlossen.

Großer Vorzug des Modells war jedoch, dass Planwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung nicht als Gegensatz galten, sondern die reale Selbstbestimmung der Arbeitenden Ausgangsüberlegung war.

21 Dieter Schneider und Rudolf Kuda: Mitbestimmung: Weg zur industriellen Demokratie?, München 1969, S. 88-116.

22 Hoffrogge: Richard Müller, S. 108 ff.

Das Modell kam jedoch nie zur Verwirklichung, weil die Revolution schon während seiner Entstehung im Frühjahr 1919 mit Gewalt niedergeschlagen wurde.<sup>23</sup> Nachdem die revolutionären Soldatenräte auseinandergelaufen waren, hatten die Befürworter von Revolution und wirtschaftlicher Demokratie keine bewaffnete Basis mehr, um sich gegen die zunehmenden Übergriffe rechter und reaktionärer Freikorpsoldaten zu verteidigen. Diese paramilitärischen Gruppen kämpften tragischerweise im Auftrag einer sozialdemokratischen Regierung.<sup>24</sup> Die Sozialdemokratie hatte sich in jahrelanger Parlamentsarbeit an die bürgerliche Demokratie gewöhnt, in den Fabrik- und Arbeiterräten sahen sie nur einen gefährlichen Störfaktor, der die ganze Wirtschaft ins Chaos stürzen würde. Das Bild eines ökonomischen Kollaps' samt Hungersnot diente als Vorwand zur Niederschlagung der Räte, ernsthafte Versuche zur Synthese von parlamentarischer Demokratie und Rätepolitik wurden nicht unternommen. Eine zur Lösung dieses Problems eingesetzte »Sozialisierungskommission« tagte ergebnislos. Lediglich Betriebsräte als Personalvertretungen ohne Kontrolle über die Unternehmensziele wurden als Zugeständnis in die Weimarer Verfassung aufgenommen.

## Wirtschaftsdemokratie 1925–1928

Die Niederschlagung der Räte am Ende der Novemberrevolution hatte erneut in tragischer Weise gezeigt, dass die Frage ökonomischer Demokratie eine Machtfrage war. Die Enttäuschung und Verbitterung über die gewalt- sam herbeigeführte Niederlage führten dazu, dass in der neu gegründeten *Kommunistischen Partei* (KPD) als Sammelbecken der radikalen und räteorientierten Kräfte keine weiteren Überlegungen über wirtschaftsdemokratische Sozialismusmodelle mehr stattfanden. Mit Blick auf die Sowjetunion orientierte man sich stattdessen allein auf die revolutionäre Machtübernahme. Dabei fiel unter den Tisch, dass gerade in Sowjetrußland die Räte in Armee und Fabriken bereits in den Wirren des Bürgerkrieges beschnitten und schließlich ganz abgeschafft wurden.

Die zentralen Debatten zum Wirtschaftsdemokratie-Konzept fanden daher in den Jahren von 1925 bis 1928 in Sozialdemokratie und Gewerkschaften statt. Sie stützten sich auf das Heidelberger Programm der SPD von 1925, das eine vorsichtige Linkswende andeutete.<sup>25</sup> Die Revolutionsfurcht war den Sozialdemokraten geblieben, die national-autoritäre Politik der Kriegszeit jedoch nicht mehr unhinterfragt mehrheitsfähig. Gewerkschafter, kommunistische Dissidenten und ehemalige Gegner des Kriegskurses aus der USPD hatten sich zu einem linken Flügel zusammengefunden. Hier und in Teilen der Gewerkschaften wurde der Begriff »Wirtschaftsdemokratie« geprägt. Das Projekt war ein historischer Versuch, die Fehler und Versäumnisse von 1918 zu überwinden und den Sozialismus durch parlamentarische und gesellschaftliche Reformen umzusetzen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft spielte dabei eine wichtige Rolle. Im von Rudolf Hilferding maßgeblich verfassten neuen Parteiprogramm forderte man die »Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-systems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften. Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.«<sup>26</sup> Diese Forderung fand sich im wirtschaftspolitischen Teil des Programms und wurde in den Kontext eines »Kampfes gegen das kapitalistische System« gestellt. Der Zusammenhang zwischen bloßer »Mitbestimmung« und voller sozialistischer Arbeiterkontrolle blieb jedoch unklar.

Die Räteforderung des Programms beruhte auf dem Artikel 165 der Weimarer Verfassung von 1919. Dort hieß es:

»Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. (...)

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der *Sozialisierungsgesetze* mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.«

23 Richard Müller: *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, Neuaufgabe, Berlin 1974 (Original Berlin 1925).

24 Ein Klassiker zu diesem Thema: Sebastian Häffner: *Die verratene Revolution: Deutschland 1918/19*, München 1969.

25 Helga Grebing: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: ein Überblick*, München 1966, S. 170f.

26 SPD: *Heidelberger Programm* (1925), <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm>.

Dieser Artikel wurde jedoch nie umgesetzt. Die Sozialisierung von Schlüsselindustrien fand nicht statt, die Bezirksarbeiterräte traten nie zusammen, der Reichswirtschaftsrat existierte nur als Provisorium und schrieb Gutachten. Hinzu kam ein grundsätzlicher Widerspruch: Alle Räte oberhalb der Betriebsräte sollten sozialpartnerschaftlich besetzt werden, also »in Gemeinschaft mit den Unternehmern«. Gemeint war also gerade kein reines Räte-system oder eine wirtschaftliche Demokratie, in der alle Arbeitenden unabhängig vom Besitz ein wirtschaftliches Stimmrecht gehabt hätten. Die Debatte innerhalb von SPD und Gewerkschaften schwankte nun zwischen einer bloßen *Einforderung der verfassungsmäßigen Garantien* auf Mitbestimmung und weitergehenden, *nicht-sozialpartnerschaftlich orientierten Konzepten*. Interessanterweise setzte sich schließlich die weitergehenden Forderungen durch. Im Auftrag des Gewerkschaftsverbandes ADGB brachte Fritz Naphtali 1928 ein Buch mit dem Titel »Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel« heraus, in dem vor allem die gewerkschaftlichen Debatten zusammengeführt wurden. Die in jahrelanger Diskussion entwickelten Thesen wurden auf Gewerkschaftskongressen diskutiert und bestätigt und verstanden sich als Konkretisierung des Heidelberger Programms.

Naphtalis Wirtschaftsdemokratie-Konzept ging ähnlich wie die Genossenschaftskonzepte des 19. Jahrhunderts von einer Kritik des Absolutismus in der Fabrik aus, ergänzte sie aber um eine Kritik der zunehmend autoritären Politik in der Sowjetunion.<sup>27</sup> Im Gegensatz zur Orientierung der KPD auf Klassenkampf und revolutionäre Machtübernahme forderte die SPD einen »demokratischen Weg zum Sozialismus« und eine demokratisch-sozialistische Planwirtschaft.

Zur Erreichung dieses Ziels forderte das Konzept die Zusammenfassung einer ganzen Reihe von Teilreformen und Reformforderungen zu einer Transformationsstrategie.<sup>28</sup> Verlangt wurden etwa der Ausbau von Mitbestimmungselementen auf allen Ebenen, die Stärkung öffentlichen Eigentums, Verstaatlichungen, Ausbau von Konsumgenossenschaften und Eigenbetrieben der Arbeiterbewegung sowie Ausbau von Arbeitsrechten, sozialstaatliche Garantien und eine Demokratisierung des Bildungswesens.

Die Kombination von Verstaatlichung und Demokratisierung sah man als Weg, dem Kapital Schritt für Schritt die Verfügungsgewalt über die Produktion zu entziehen.<sup>29</sup>

Als Akteure dieser Transformation sahen sich vor allem Gewerkschaften, jedoch nicht die Betriebsräte selbst, die in früheren Rätekonzepten auch als Kampforganisation aufgetreten waren. Ebenso wichtig war die Rolle der SPD als parlamentarischer Arm, sie sollte in den Parlamenten die notwendigen Reformgesetze durchsetzen. Dieses Konzept ähnelte in seinen Grundzügen sehr den Ideen Eduard Bernsteins, der Ende des 19. Jahrhunderts als großer Gegner von Rosa Luxemburgs Revolutionsvorstellungen erstmals einen offenen Reformkurs für die SPD gefordert hatte.<sup>30</sup> Er war auch der Erfinder der Formel vom »Demokratischen Sozialismus«. Im Vergleich zur Vorkriegs-SPD, die Bernsteins Thesen abgelehnt hatte, war die Wirtschaftsdemokratie also eine reformistische Rechtswende. Im Rückblick auf den nationalistisch-sozialpartnerschaftlichen Kurs der SPD-Spitze im Weltkrieg und während der Novemberrevolution erscheint das Konzept jedoch als Linkswende.

Die von Naphtali beschriebene Wirtschaftsdemokratie barg eine ganze Reihe von Widersprüchen in sich, die im Vergleich mit anderen Konzepten schnell hervortreten. So gab es etwa anders als beim »Reinen Räte-system« keinen Platz für Betriebskämpfe und Räte: Es herrschte große Angst vor »Betriebsegoismus« und Vonselbstständigung der Basis. Die bürokratischen Mittelebenen dominierten. In dieser Ablehnung von basisdemokratischen Momenten spiegelte sich die Revolutionsfurcht der SPD wider. Sie misstraute ihrer Basis und hatte eine sehr repräsentative, funktionärslastige Vorstellung von Demokratie.

Dieser Demokratisierungsdiskurs vernachlässigte gleichzeitig jede Kritik an den *Funktionsformen* des Kapitalismus. Das Programm verlangte eine schlichte Übernahme der Monopolbetriebe. Es fand sich wenig Kritik an der Lohnform, der Konsumentenrolle, der vonselbstständigten Geldwirtschaft, der Unmöglichkeit eines unendlichen Wirtschaftswachstums – alles Widersprüche, die Marx bereits Jahrzehnte zuvor im »Kapital« analysiert hatte. Das Konzept barg letztlich die Gefahr, dass Eigenlogiken des Kapitalismus wie Konkurrenz und Gewinnrationalität erhalten bleiben und die Wirtschaftsdemokratie in ein Korsett von Sachzwängen verwandelt werden würden.

27 Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie: ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt am Main 1966, S. 15.

28 Ebenda, S. 20.

29 Ebenda, S. 24.

30 Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 118-121.

Ein zentrales Problem war jedoch das Staatsverständnis des Konzeptes. Wie bei Lassalle und anderen frühen Konzepten setzte es darauf, den Staat als neutrale Instanz übernehmen zu können. Marx' These vom Klassenstaat und die Jahrzehnte eigener Erfahrungen mit staatlicher Repression wurden völlig ausgeblendet.<sup>31</sup> Ebenso die zeitgenössischen Weimarer Erfahrungen mit einer Staatsverwaltung, die autoritär und monarchistisch gesinnt war: Selbst demokratische Schulreformen scheiterten immer wieder am Widerstand von Verwaltung und Lehrerschaft, von sozialistischen Umwälzungen ganz zu schweigen. Angesichts dieser Zustände war die Idee von der konfliktfreien Übernahme des Staates für sozialistische Ziele letztlich illusorisch.

Der Optimismus des Konzeptes gründete sich auf eine Reihe von sozialen Reformen wie etwa die 1927 erfolgte Einführung der Arbeitslosenversicherung sowie einzelne Verstaatlichungen. Diese Erfolge wurden als historische Tendenz interpretiert, nicht als Ergebnis von prekären Kräfteverhältnissen. Wie prekär und instabil die Lage war, hatten 1920 der Kapp-Putsch und 1923 der Hitler-Putsch gezeigt: Die politische Rechte hielt sich nicht an die Spielregeln der Demokratie und war entschlossen, eine Diktatur zu errichten. Sollten diese Strömungen weitere Unterstützung durch bürgerliche Parteien, Staatsverwaltung, Industrie und Kapital erhalten, war nicht nur die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, sondern auch die Demokratie an sich gefährdet.

Wie brüchig die fortschrittsoptimistischen Annahmen des Wirtschaftsdemokratie-Konzeptes waren, zeigte sich in der Tragik der weiteren Ereignisse. Schon im Jahr nach der Veröffentlichung von Naphtali's Werk brach mit der Weltwirtschaftskrise die Ökonomie mehr oder weniger zusammen. Reform- und Verteilungsspielraum war nicht mehr vorhanden, das Kapital ging zu massiven Gegenangriffen über, um in der Krise seine Profite zu sichern. Gerade die Arbeitslosenversicherung als Prunkstück des Reformsozialismus scheiterte schon 1930, als sich im Parlament keine Mehrheit für eine notwendige Beitragserhöhung fand. Die sozialdemokratische Regierung stürzte über diesen Konflikt, mit ihr Rudolf Hilferding als Finanzminister und Vordenker des Wirtschaftsdemokratie-Konzeptes. Es folgte die Regierung Brüning, die mit Notverordnungen nicht nur autoritär regierte, sondern durch einen extremen Sparkurs auch das soziale Elend vertiefte. Diese Regierung wurde von der SPD aus Angst vor Schlimmerem toleriert. Zwar lagen zwischen Brüning und Hitler Welten: Auf eine antidemokratische Präsidialregierung folgten Krieg und Massenmord an politischen Gegnern und der Holocaust. Dennoch scheiterte bereits mit der Brüning-Regierung nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Demokratie in Weimar.<sup>32</sup>

Genauso gescheitert war jedoch das Revolutionskonzept der KPD, die sich infolge der Stalinisierung immer mehr von der Sowjetunion abhängig gemacht hatte. Eigene wirtschafts- oder rätendemokratische Konzepte entwickelte sie nicht. Die Spaltung der Arbeiterbewegung verhalf den Nazis zu ihrer fast reibungslosen »Macht-ergreifung«.

### **Wirtschaftsdemokratie im Exil: Fritz Perez Naphtali in Israel**

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie wurde nach dem Fall des Faschismus in zwei Staaten diskutiert, die gegensätzlicher kaum sein konnten: das neu gegründete Israel und die BRD der 1950er Jahre.

Die Verbindung zu Israel lag in der Person Fritz Naphtali. Er stammte aus jüdischer Familie, wurde bereits 1933 verhaftet und durch ein Täuschungsmanöver befreit. Nach der Flucht aus Deutschland ging er nach Palästina und wurde aktiv in der *Mapai*, der späteren Israelischen Sozialdemokratie, geführt von David Ben Gurion. Durch die sozialdemokratische Hegemonie nach der Staatsgründung 1948 konnten Naphtali und andere sozialistische Emigranten einige ihrer Vorstellungen tatsächlich umsetzen.

Naphtali hatte 1951–1959 verschiedene Ministerposten inne, unter anderem das Landwirtschaftsministerium. Er war der Verbündete der Kibbuz-Bewegung, die zwar nur drei Prozent der Bevölkerung umfasste, aber 40 Prozent der Landwirtschaft Israels kontrollierte.<sup>33</sup> Später wurde er Wohlfahrtsminister. Von 1938 bis 1949 war Naphtali Direktor der »Bank Hapoalim«, der israelischen »Arbeiterbank« gewesen.<sup>34</sup> 1921 war diese vom Gewerkschafts-

31 Frank Deppe: Kritik der Mitbestimmung: Partnerschaft oder Klassenkampf? Frankfurt a. M. 1969, S. 49.

32 Dieses Fazit zog der Historiker Arthur Rosenberg schon in seinem 1935 im Exil erschienenen Standardwerk Arthur Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S. 211.

33 Zur Kibbuzbewegung und zur Israelischen Linken vgl. Mathias Lindenau: Requiem für einen Traum?: Transformation und Zukunft der Kibbutzim in der israelischen Gesellschaft, Berlin 2007.

34 Vgl. Dieter Schneiders: Fritz Naphtali – ein Lebensbild, in: Naphtali, Wirtschaftsdemokratie.

verband *Histadrut* gegründet worden und gehörte zeitweise zu den größten Banken des Landes. Die sozialistische Bewegung in Israel erreichte also, dass zentrale wirtschaftliche Institutionen demokratisch kontrolliert wurden und die israelische Ökonomie einen weltweit einzigartig hohen Anteil von Genossenschafts- und Kollektiv-eigentum auswies. Dies entsprach ziemlich genau Naphtalis Transformationsstrategie. Jedoch zeigten sich auch hier die Widersprüche des Konzeptes. In Israel gab es keine Wirtschaftsräte, Interventionen erfolgten nur durch Regierungshandeln. Der Rahmen der Wirtschaft blieb in Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierung weiterhin kapitalistisch, trotz starker kommunitärer Prägung und staatlicher Einbettung – die Transformation zum Sozialismus blieb stecken. Dies bereitete den Boden für eine Gegenoffensive des Kapitals.

Im Jahr 1977 kam erstmals eine konservative Regierung an die Macht und leitete in den 1980ern schrittweise Liberalisierungen und Privatisierungen ein. Die neoliberale Wende in Staat und Gesellschaft verstrickte die Sozialdemokratie in Defensivkämpfe, die bis heute zu einer völligen Auflösung der Errungenschaften, aber auch der sozialdemokratischen Partei selbst geführt haben.<sup>35</sup> Die Arbeiterbank Hapoalim wurde in einer Finanzkrise 1983 von Gewerkschaftseigentum in Staatseigentum überführt und 1996 komplett privatisiert.<sup>36</sup> Die Kibbuzim verloren durch eine Kombination aus Finanzkrise und Strukturwandel in der Agrarwirtschaft buchstäblich den Boden unter den Füßen – sie sind heute ebenfalls mehrheitlich privatisiert.<sup>37</sup>

Es zeigte sich hier, dass der marktwirtschaftliche Rahmen in einem unvollständig durchgesetzten wirtschafts-demokratischen Konzept zur Dominanz kapitalistischer Gewinnrationalitäten führte. Kommunitäre und soziale Errungenschaften bleiben vom Markt abhängig und sind in politisch-ökonomischen Krisen durch Gegenangriffe des Kapitals umkehrbar.

### **Von der Wirtschaftsdemokratie zur Mitbestimmung: Betriebsräte in der BRD**

In der frühen BRD wurde trotz gewerkschaftlicher Forderungen nach einer »Demokratisierung der Wirtschaft« kaum etwas von den Plänen der 20er Jahre umgesetzt.<sup>38</sup> Die Kombination aus alliierten Vorbehalten, konservativer Hegemonie unter Adenauer und gewerkschaftlicher Abneigung gegen Basisinitiativen führte trotz eines nach 1945 weit verbreiteten Antikapitalismus zu einer minimalen Sozialverfassung, die nur Betriebsräte nach Weimarer Vorbild zuließ. Das bis heute gültige Grundgesetz von 1949 enthält keinen Räteparagrafen wie noch die Weimarer Verfassung. Die Sozialdemokratie konnte lediglich die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (GG Art. 14) sowie einen allgemeinen Enteignungsparagrafen (GG Art. 15) durchsetzen. Enteignungen waren und sind »zum Wohle der Allgemeinheit« zulässig, faktisch fanden und finden sie aber nur beim Bau von größeren Infrastrukturprojekten statt, von denen zudem oft genug Kraftwerksbetreiber und andere Privatunternehmen am meisten profitieren.

Die wenigen in Landesverfassungen und ins Grundgesetz eingegangenen Vorbehalte gegen eine totale Marktwirtschaft verpufften mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab 1950, die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Betriebsräte und Mitbestimmung in den Jahren 1950 und 1952 wurden daher von den Historikern Dieter Schneider und Rudolf Kuda als »Kampf um die halbe Macht« bezeichnet.<sup>39</sup> Es ging um die Sicherung einer Mitbestimmung in Betriebsräten und Aufsichtsräten und somit nicht mehr um die »Ganzbestimmung« in einer wirtschafts-demokratischen Ordnung.

Dennoch konnte erst durch massive Streikdrohungen von IG Metall und DGB während der Verhandlungen über ein Betriebsrätegesetz 1950/51 die »qualifizierte Mitbestimmung« in der Montanindustrie, also bei Kohle, Stahl und Eisenindustrie, durchgesetzt werden.

35 Eine große Rolle spielt hier natürlich der fast permanente Kriegszustand durch die Eskalation des Nahostkonfliktes. Ohne in die ausufernde Diskussion über die Frage nach Verantwortung für die Eskalation einzugehen ist festzustellen, dass die permanenten Debatten um Patriotismus und Verteidigung über Jahrzehnte hinweg jede Diskussion über soziale Konflikte fast völlig an den Rand gedrängt hatten – mit entsprechend katastrophalen Wirkungen für die politische Linke. Erst seit den Sozialprotesten des Jahres 2011, den bisher größten in der Geschichte des Landes, zeichnet sich hier eine Wende ab. Wie dies die politische Landschaft verändern wird, ist noch nicht abzusehen..

36 Grisha Alroi-Arloser: Israel: Grundzüge des Wirtschaftssystems, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 278 (2003), S. 43.

37 Vgl. Lindenau: Requiem für einen Traum?

38 Die Demokratisierungsforderung fand sich in den Wirtschaftspolitischen Grundsätzen des DGB vom Oktober 1949, zu finden in: Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften: ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 1. Aufl., Bonn 1989, S. 467-462.

39 Schneider und Kuda: Mitbestimmung, S. 179 ff.

Der zweite Kampf um das eigentliche Betriebsverfassungsgesetz 1952 scheiterte jedoch, weil Adenauer den DGB mit Scheinverhandlungen bis kurz vor die Lesung des Gesetzes hinhielt. Der DGB streikte nicht und verpasste damit auch den Kampf um die halbe Macht. Betriebsräte haben bis heute beschränkte Kompetenzen, überregionale Arbeiterräte wie etwa die österreichischen Arbeiterkammern existieren nicht. Die einzelnen Betriebsräte sind zudem auf den »Betriebsfrieden« und somit auf die Sozialpartnerschaft verpflichtet.

Mit dem Antritt der Regierung Willy Brandt gab es zwar Initiativen zur Reform dieses Modells, erstmals wurden sowohl Räte­demokratie als auch Wirtschafts­demokratie neu diskutiert.<sup>40</sup> Trotz des von Brandt aufgestellten Mottos »Mehr Demokratie wagen« brachte jedoch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 keine grundsätzlichen Erweiterungen der Mitbestimmung oder gar eine wirtschaftsdemokratische Perspektive. Die Debatten darum werden bis heute fortgesetzt, auch wenn sie in der Gewerkschaftsbewegung durch zunehmende Abwehrkämpfe nicht mehr im Vordergrund stehen.<sup>41</sup>

## **Sozialismus, Wirtschafts­demokratie und Klassenkampf – ein Ausblick**

Beim Blick in die Geschichte wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen zeigt sich eine Radikalisierung von den ersten Genossenschaftlern bis hin zum Rätesozialismus und danach wieder ein langer Abschwung über das sozialdemokratische Konzept der Wirtschafts­demokratie hin zur bloßen Mitbestimmung. Diese Konzeptgeschichte ist eng verbunden mit den historischen Niederlagen der Arbeiterbewegung, mit verlorenen oder in unbefriedigenden Kompromissen endenden Klassenkämpfen.

Es zeigt sich, dass die Frage wirtschaftlicher Demokratie einer Machtfrage ist. Selbst weitgehende sozialpolitische Errungenschaften sind instabil und umkehrbar, solange kapitalistische Markt­rationalitäten in einer Gesellschaft nicht grundsätzlich überwunden sind. Diese Überwindung ist die Kernfrage von Sozialismus und Wirtschafts­demokratie.

Eine Beantwortung dieser Machtfrage durch das Bekenntnis zu einer wie auch immer gearteten Revolution reicht jedoch nicht aus, um dieses historische Problem zu lösen. Die hier nur am Rande angesprochene autoritäre Wende des Parteikommunismus und des Realsozialismus in DDR und Sowjetunion zeigen, dass sozialistische Machtübernahme ohne Demokratisierung in einer Gesellschaftsform mündet, in der die Bevölkerung trotz gesellschaftlicher Wirtschaftsplanung von politischer und sozialer Emanzipation noch weiter entfernt ist als in manchen kapitalistischen Gesellschaften.

Die historisch als Gegenbild zur Sowjetunion entwickelten Rätekonzepte der Wirtschafts­demokratie waren jedoch kein Allheilmittel. Sie sind in der Geschichte immer wieder zu Instrumenten eines sozialpartnerschaftlichen Co-Managements gelenkt worden, wie etwa die Betriebsräte in der BRD oder die österreichischen Arbeiterkammern.<sup>42</sup> Auch eine Kombination von Verstaatlichung und Räten bildet nur dann ein sozialistisches Gesamtsystem, wenn die Logik von Geld und Mehrwert durchbrochen wird, wenn also die gesellschaftliche Produktion selbstverwaltet *und* gebrauchswertorientiert ist.

Die Transformation dahin ist keine einfache Sache – sie erfordert mehr als Parlamentsmehrheit oder Verstaatlichung, sondern reale sozialistische Hegemonie, also einen breiten und sich vertiefenden gesellschaftlichen Konsens zur Überwindung der Marktwirtschaft. Dieser liegt aktuell in weiter Ferne. Aber umso wichtiger ist es, auch und gerade in Abwehrkämpfen sozialistische Ziele klar zu definieren, und nicht jeden irgendwie öffentlichen Eingriff schon als soziale oder sozialistische Maßnahme zu beschönigen. Gerade wenn es ums »kleinere Übel« geht, ist es wichtig, sich nicht in der kapitalistischen Systemlogik zu verlieren, sondern Gegenutopien denken zu können.

40 Es gab zahlreiche Veröffentlichungen mit tagespolitischem Bezug, etwa: Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution: eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. Aufl., Berlin 1976; Dieter Schneider und Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution: Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt a. M. 1968; Vgl. dazu u. a. Deppe: Kritik der Mitbestimmung.

41 Vgl. Alex Demirović: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven, Münster 2007; Ders: Wirtschafts­demokratie und Gewerkschaften. In: Widerspruch, Heft 50 (Zürich 2006) sowie Ulla Plener, Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Wege zur Sozialen Gerechtigkeit, Berlin 2006.

42 Was natürlich nicht heißt, dass in Betriebsräten oder Arbeiterkammern sozialistische Politik unmöglich ist – auch diese »halbe Macht« der Mitbestimmung ist eine Machtposition, die politisch genutzt werden kann und gerade für Abwehrkämpfe unverzichtbar ist.

## Literatur

### Standard- und Überblickswerke zur Geschichte »der Linken«

Die nachfolgend dokumentierte Übersicht zu Standard- und Überblickswerken zur Geschichte »der Linken« wurde kollektiv erstellt, auf dem Blog [www.kritische-geschichte.de](http://www.kritische-geschichte.de)<sup>1</sup>. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern will vor allem einführende Werke vorstellen. Die Anzahl der Titel erlaubt nach unserer Ansicht noch eine Sortierung nach Alphabet innerhalb der drei Abschnitte Bücher, Bibliographien und Online.

#### Bücher

- Wolfgang Abendroth: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1988.
- Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1965.
- Manfred Asendorf, Rolf von Bockel (Hrsg.): Demokratische Wege. Ein biographisches Lexikon, Stuttgart 1997.
- Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): Ketzler im Kommunismus, Hamburg 2000.
- Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hrsg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009.
- Hans Manfred Bock: Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt 1976.
- Stephen Bronner: Augenblicke der Entscheidung. Politische Geschichte und die Krisen der radikalen Linken, Frankfurt 2000.
- Frank Deppe: Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland  
(<http://www.rainer-rilling.de/gs-villa06-Dateien/Deppe%20-%20LinkeBRDVortrag99.pdf>) Vortrag von 1999  
(abgerufen am 24.8.2011)
- Gabriele Dennert, Christiane Leidinger, Franziska Rauchut (Hrsg.): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine, Berlin 2007.
- Heinrich Eppe, Ulrich Herrmann (Hrsg.): Sozialistische Jugend im 20. Jahrhundert. Studien zur Entwicklung und politischen Praxis der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, Weinheim/München 2008.
- Tilman Fichter, Siegwald Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, 4. überarb. und erg. Aufl., Essen 2007 (Erstausgabe Berlin 1977).
- Georg Fülberth: Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln 1994.
- Georg Fülberth: Sozialismus, Köln 2010.
- Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1990.
- Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, 4. überarbeitete Auflage, Berlin/Amsterdam 1995  
(online unter: [http://www.nadir.org/nadir/archiv/Diverses/pdfs/geronimo\\_flamme.pdf](http://www.nadir.org/nadir/archiv/Diverses/pdfs/geronimo_flamme.pdf), abgerufen am 24.8.2011).
- GdV-Team der radikal: Gegen das Vergessen. Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland, Münster 1999.
- William D. Graf: The German Left Since 1945, Socialism and Social Democracy in the German Federal Republic, Cambridge/New York 1976.
- Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum Prager Frühling, München 1977.
- Hellmut G. Haasis: Spuren der Besiegten, 3 Bände, Hamburg 1984.
- Chris Harman: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918–1923, Frankfurt a. M. 1998.
- Wladislaw Hedeler, Mario Kessler, Gert Schäfer (Hrsg.): Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Hamburg 1996.
- Florence Hervé (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln 1995.
- Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland, Band 1: Von den Anfängen bis 1914, Stuttgart 2011.
- Barbara Holland-Cunz: Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt a. M. 2003.
- Wolfgang Hübner, Tom Strohschneider: Lafontaines Linke. Ein Rettungsboot für den Sozialismus? Berlin 2007  
(<http://lafontaines-linke.de/wp-content/uploads/2008/07/lafontaines-linke1.pdf>, abgefragt am 24.8.2011).
- Edmund Jacoby (Hrsg.): Lexikon linker Leitfiguren, Frankfurt a. M. 1989.
- Christoph Jünke (Hrsg.): Linksozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus, Hamburg 2010.

1 [https://kg.hallowiki.biz/index.php/Linke\\_Geschichte](https://kg.hallowiki.biz/index.php/Linke_Geschichte). Wir danken allen herzlich, die Hinweise gegeben haben.

- Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. 2 Bände, Berlin 2010 (Geschichte des Kommunismus und des Linkssozialismus; Bände 11 u. 12).
- Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989.
- Wolfgang Kraushaar: Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, 4 Bände, Hamburg 1996.
- Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 bis 1995, 3 Bände, Frankfurt a. M. 1998.
- Gregor Kritisidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.
- Ilse Lenz (Hrsg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Wiesbaden 2008.
- Die Linke.SDS (Hrsg.): »Die letzte Schlacht gewinnen wir!«. 40 Jahre 1968 – Bilanz und Perspektiven, Hamburg 2008.
- Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Andrei S. Markovits, Philip S. Gorski: Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997 (Original 1993 erschienen).
- Ahlich Meyer: Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848, Hamburg 1999.
- Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.
- Immanuel Ness: International Encyclopedia of Revolution and Protest. 1500 to the Present <http://www.revolutionprotestencyclopedia.com/public/> (in englisch, teuer, umfangreich).
- Gisela Notz: Feminismus, Köln 2011.
- Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens, Stuttgart 2011.
- Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte, Berlin 2009.
- Roth, Roland, Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/New York 2008.
- Hans-Rainer Sandvoß: Die »andere« Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007.
- Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden 2007.
- Von den Anfängen: eine illustrierte Chronik der PDS. 1989 bis 1994, Berlin 1995.
- Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969.
- Klaus-Peter Wittemann: Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik, Hannover 1977.

### **Verzeichnisse**

- Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1976 ff.
- Klaus Günther, Kurt Thomas Schmitz: SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland. 1945 – 1973. Eine Bibliographie. (Archiv für Sozialgeschichte; Beiheft 6), Bonn 1976.
- Kurt Klotzbach: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914 – 1945, Bonn 1981.

### **Online**

- Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zur Theorie und Praxis der politischen Linken <http://library.fes.de/cgi-bin/populo/bizga.pl>
- kobib. Koooperative Bibliographie. Bibliografische Daten zur kritischen Geschichte, <http://www.kobib.de> (hier wird vor allem neu erscheinende Literatur verzeichnet)
- Über 20 Literaturlisten auf der Themenseite Geschichte der RLS: <http://www.rosalux.de/nc/zeitgeschichte/specials/geschichte/literatur/literaturlisten.html>

### **Varia**

- Mittlerweile bieten mehrere Verlage in Buchreihen einführende Bücher an. Eher traditionell-marxistisch ist PapyRossa Basiswissen des Kölner PapyRossa Verlages. [www.papyrossa.de/sites\\_sortiment/gesamt\\_basiswissen\\_direkt.htm](http://www.papyrossa.de/sites_sortiment/gesamt_basiswissen_direkt.htm).
- Die Reihe theorie.org des Schmetterling-Verlags in Stuttgart gibt es schon länger. Sie versammelt auch unabhängig-linke Fragestellungen und Strömungen. web: [www.theorie.org](http://www.theorie.org)

Stand: September 2011



## **AutorInnen**

### **Jan Ole Arps**

Jahrgang 1978, ist Redakteur bei der Monatszeitung *ak – analyse & kritik*. Er lebt von Schreibearbeiten und freier Autorentätigkeit und hätte gern wieder mehr Zeit, sich in der Berliner Gruppe *FELS* (Für eine linke Strömung) und im *Euromayday* Netzwerk einzubringen. Sein Buch »Frühschicht« über die Geschichte der linken Fabrikintervention ist im Frühjahr 2011 im Verlag Assoziation A erschienen und kostet 16 Euro. Es wurde u. a. von der RLS gefördert.

### **Philip Bedall**

Jahrgang 1980, hat Umweltwissenschaften studiert und promoviert im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin zum klimapolitischen Diskurs im Feld transnationaler Netzwerke sozialer Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen. Er ist aktiv im BUKO, Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse, dem Klima!Bewegungsnetzwerk und dem globalen Netzwerk *Climate Justice Action*. Zuletzt erschienen: »NGOs, soziale Bewegungen und Auseinandersetzungen um Hegemonie. Eine gesellschaftstheoretische Verortung in der Internationalen Politischen Ökonomie«, in: Brunnengräber, A. (Hrsg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. Wiesbaden 2011.

Kontakt: [phbedall@zedat.fu-berlin.de](mailto:phbedall@zedat.fu-berlin.de)

### **Peter Birke**

Jahrgang 1965, Historiker, arbeitet unter anderem an der Universität Hamburg, diskutiert in der »Gruppe Blauer Montag« und ist auf der Hamburger Elbinsel Wilhelmsburg stadtpolitisch aktiv. Er ist gemeinsam mit Max Henninger koordinierender Redakteur von *Sozial.Geschichte Online*. Veröffentlichungen u. a.: *Der Traum von der »kämpfenden Arbeiterklasse«*. Lohnarbeit und Arbeitskämpfe in der *agit 883*, in: *rotaprint 25* (Hrsg.): *agit 883. Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969–1972*, Berlin/Hamburg 2006. *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt a. M. 2007. *Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy: Alte Linke – Neue Linke. Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion*, Berlin 2009. Außerdem ist er Mitglied des Gesprächskreises *Geschichte und Vertrauensdozent* der RLS.

### **Marcel Bois**

Jahrgang 1978, hat Geschichte, Soziologie und Kunstgeschichte in Konstanz und Hamburg studiert. Derzeit promoviert er an der Universität Hamburg über die anti-stalinistische Opposition in der KPD der Weimarer Republik. Er ist Mitglied des Gesprächskreises *Geschichte* der Rosa-Luxemburg-Stiftung und einer der Sprecher der Historischen Kommission der LINKEN. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD, außerdem zusammen mit Bernd Hüttner Herausgeber der ersten beiden Bände der Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. *Theorien und Bewegungen vor/nach 1968* (Reihe RLS-Papers, Berlin 2010).

Kontakt: [marcel.bois@gmx.de](mailto:marcel.bois@gmx.de).

### **Mona Bricke**

Jahrgang 1966, war an der Organisation des Klimacamps 2008 in England beteiligt und schrieb ihre Masterarbeit in *Peace Studies* zur Versicherheitlichung des Klimawandels. Sie ist bei *gegenstrom berlin* organisiert und bereitete die Proteste in Kopenhagen 2009 und das Klimacamp in der Lausitz 2011 mit vor. Zuletzt erschien von ihr gemeinsam mit Tazio Müller: »Kurze Geschichte einer kurzen Geschichte. Die Klimagerechtigkeitsbewegung in der BRD« (*arranca!* Heft 44, Herbst 2011, S. 55 ff.).

### **Christine Buchholz**

Jahrgang 1971, ist Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN und friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist Mitglied von *attac* und zählte zu den Organisatoren des Europäischen

Sozialforums, des Sozialforums in Deutschland und der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Veröffentlichungen u. a.: *Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker* (herausgegeben zusammen mit Anne Karras, Oliver Nachtwey und Ingo Schmidt, Köln 2002); *G8. Gipfel der Ungerechtigkeit* (herausgegeben zusammen mit Katja Kipping, Hamburg 2006).

Kontakt: [christine.buchholz@die-linke.de](mailto:christine.buchholz@die-linke.de).

### **Murat Cakır**

ist Leiter des Regionalbüros Hessen der RLS. Cakır war ab 1978 in der FIDEF aktiv sowie von 1994 bis 2001 Bundesvorsitzender der GDF.

### **Manfred Coppik**

Jahrgang 1943, ist Rechtsanwalt und war 1972 bis 1982 Bundestagsabgeordneter der SPD und anschließend an der Gründung der Partei Demokratische Sozialisten (DS) beteiligt. Später hat er als Mitglied der WASG aktiv an der Fusion mit der PDS mitgewirkt und ist seit 2008 Mitglied des Landesvorstandes der hessischen LINKEN.

### **Burghard Flieger**

Dr., lebt in Freiburg. Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften. U. a. werden interessierte Personengruppen qualifiziert und so in die Lage versetzt, Selbsthilfegenossenschaften zu gründen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten. Seit 2004 Dozent an der Hochschule München im Rahmen des Masterstudiengangs Masterstudium Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement und Lokale Ökonomie, zuständig für das Modul Betriebswirtschaftslehre. Redakteur der Zeitschrift *CONTRASTE* für den Bereich Genossenschaften. Organisationsberater für soziale und ökologische Unternehmen mit dem Schwerpunkt Genossenschaften, Öffentlichkeitsarbeit und Corporate Identity. In diesem Zusammenhang Projektentwickler, Betreuer und Mitglied zahlreicher genossenschaftlicher Unternehmensgründungen.

Kontakt: [Genossenschaft@t-online.de](mailto:Genossenschaft@t-online.de), Website: [www.innova-eg.de](http://www.innova-eg.de), [www.energiegenossenschaften-gruenden.de](http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de).

### **Georg Fülberth**

Jahrgang 1939, war von 1972 bis 2004 Professor für Politikwissenschaft in Marburg. Mitglied der DKP. Jüngste Buch-Veröffentlichung: »Das Kapital« kompakt, Köln 2011.

### **Detlef Grumbach**

Jahrgang 1955, lebt und arbeitet in Hamburg. In seiner Arbeit als freier Journalist interessiert er sich für Literatur, Alltag, Gesellschaft und schwule Themen. Seit 1992 hat er gemeinsam mit den Kollegen vom Buchladen Männerschwarm den Männerschwarm Verlag aufgebaut.

Website: <http://www.detlef-grumbach.de>.

### **Klaus-Dieter Heiser**

Jahrgang 1946, gehörte von 1967 bis 1990 der SEW an und war von 1977 bis 1990 Mitglied in deren Parteivorstand. Von 1987 bis Ende November 1989 arbeitete er als Chefredakteur der Tageszeitung der SEW, »Die Wahrheit«.

### **Ralf Hoffrogge**

Jahrgang 1980, studierte Geschichte, Politik und Psychologie an der Freien Universität Berlin und an der Washington University in St. Louis. Aktiv beim Bildungsnetzwerk reflect! und beim Gesprächskreis Geschichte der RLS. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der Arbeiterbewegung. Bisherige Veröffentlichungen: *Richard Müller – der Mann hinter der Novemberrevolution* (Berlin 2008); *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland – von den Anfängen bis 1914* (Reihe »theorie.org«, Stuttgart 2011). Zur Zeit arbeitet er an der Universität Potsdam an einem Dissertationsprojekt zur Biographie des KPD-Politikers Werner Scholem (1895–1940).

Kontakt: [hoffrogge@uni-potsdam.de](mailto:hoffrogge@uni-potsdam.de)

### **Bernd Hüttner**

Jahrgang 1966, ist Regionalmitarbeiter Bremen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der RLS. Gründete im Jahr 2000 das Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen ([www.archivbremen.de](http://www.archivbremen.de)). Mitglied des Internationalen wissenschaftlichen Beirates der ITH – International Conference of Labour and Social History. Letzte Publikationen: Handbuch Alternativmedien, Neu-Ulm 2011 (herausgegeben zusammen mit Christiane Leidinger und Gottfried Oy); Weltweit Medien nutzen. Medienwelt gestalten, Hamburg 2010 (herausgegeben mit Christoph Nitz); Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken Heft 2, Theorien und Bewegungen nach 1968 <http://www.rosalux.de/shorturl/band2nach68> (Reihe rls-papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2010, zus. mit Marcel Bois als Herausgeber), Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion; Berlin 2009 (als Herausgeber, zusammen mit Peter Birke und Gottfried Oy).  
Kontakt: [huettn@rosalux.de](mailto:huettn@rosalux.de).

### **Arno Klönne**

Jahrgang 1931, studierte Sozialwissenschaften in Köln und Marburg, dort promovierte er bei Wolfgang Abendroth mit einer Studie über die Hitlerjugend. Anschließend Forschungen über Jugendwiderstand im Dritten Reich. Seit 1961 im Hochschuldienst, ab 1978 als Professor für Soziologie in Paderborn, 1995 emeritiert. In den 1960er Jahren war einer der Sprecher der Ostermarschbewegung und gehörte zu den Gründern des Sozialistischen Büros. Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Arbeiterbewegung: Geschichte, Ziele, Wirkungen (Düsseldorf 1980); Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner (Köln 2007); Agenda Bertelsmann. Ein Konzern stiftet Politik (zusammen mit Werner Biermann, Köln 2007).

### **Swantje Köbsell**

Jahrgang 1958, ist seit 1981 aktiv in der Behindertenbewegung, Mitbegründerin des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben in Bremen, 2010 Promotion mit dem Thema »Besondere Körper. Körper und Geschlecht im Diskurs der deutschen Behindertenbewegung«.

### **Stefan Müller**

Jahrgang 1966, hat mit der politischen Biografie über Heinz Dürrbeck promoviert. Seit 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Duisburg-Essen und forscht dort zu den Ostkontakten des DGB zwischen 1969 und 1989. Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der RLS.

### **Birgit Rothenberg**

ist seit 1979 aktiv in der Behindertenbewegung, Mitorganisatorin des Krüppeltribunals, Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von MOBILE-Selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V. in Dortmund, 2010 Promotion mit dem Thema »Selbstbestimmtes Leben als Paradigma der Behindertenpädagogik«.

### **Selana Tzschiesche**

Jahrgang 1989, studiert Philosophie und Politikwissenschaften an der FU- Berlin und ist aktiv bei der Gruppe gegenstromberlin. Dort arbeitet sie gerade zum Schwerpunkt von Energieproduktion- und Konsumtion. Gerade war sie beteiligt am Klima- und Energiecamp 2011 in der Lausitz.

### **Marcel van der Linden**

Jahrgang 1952, ist Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte und Professor für die Geschichte der sozialen Bewegungen an der Universität von Amsterdam. Neuere Veröffentlichungen: Workers of the World. Essays toward a Global Labor History (2008), Western Marxism and the Soviet Union (2009), und Über Marx hinaus (2009, herausgegeben mit Karl Heinz Roth).

# Neu in der Reihe: theorie.org



Ralf Hoffrogge:  
**Sozialismus und  
Arbeiterbewegung  
in Deutschland**  
Von den Anfängen bis  
1914

216 Seiten, broschiert,  
10 EUR, ISBN 3-89657-655-0

Kämpfe um das Soziale  
waren Kernfrage, aber nie  
einziges Thema der Arbeiter-  
bewegung. Gerade diese  
Breite der zeitgenössischen  
Diskussion spiegelt dieser  
historische Überblick über

die sozialistische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg wider. Der Schwerpunkt liegt auf Deutschland, aber Fragen von Internationalismus, Kolonialismus und Migration nehmen breiten Raum ein.

**Schmetterling Verlag**  
[www.schmetterling-verlag.de](http://www.schmetterling-verlag.de)



**WIEDERKEHR DER KÄMPFE?** Proteste, Subjekte, Handlungsfähigkeit | Chinas neue Arbeiterklasse | Revolten in Nordafrika | Wahrnehmungen der Krise in Belegschaften | Wie denken die Reichen? | Ein neues Weltproletariat | Proteste in Griechenland und Wisconsin | Japan nach der Katastrophe | Feminismus und Kapitalismuskritik | Gewerkschaften und Klimaziele | Vielfachkrise?

**MIT BEITRÄGEN VON** Erik O. Wright & João A. Peschanski | Firoze Manji | Au Long Yu | Steffi Richter | Karl-Heinz Roth | Irene Dölling | Frigga Haug | Oskar Negt | Élisabeth Weissman | Alex Demirović | Ueli Maeder | Oliver Bukowski | Gisela Notz u.a.

Juni 2011, VSA: Verlag, 10,- €, Jahres-Abo 30,- € (4/Jahr), erm. 20,- €, [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

## Richard Müller // Eine Geschichte der Novemberrevolution

ISBN 978-3-00-035400-7

**Neuauflage aller Bände in einem Buch mit 756 Seiten für 19,95 €**

Ein Aktivist der Novemberrevolution von 1918 er zählt – über seinen Weg von der Fabrikhalle auf die Straße bis an die Spitze der Revolutionsregierung Richard Müller verlangte weder sozialen Kapitalismus noch den Einparteiensstaat. Wie Hunderttausende kämpfte er für eine wirtschaftliche Demokratie auf Basis von Betriebsräten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden würden.

Müller beschreibt, wie sich aus einer gewerkschaftlichen Friedensbewegung eine Revolution entwickelte – und scheiterte. Seine erstmals 1924 erschienene Bände inspirierten Historiker wie Sebastian Haffner und Literaten wie Theodor Plivier, sie sind Standardwerk und Geheimtipp zugleich. Mit der vorliegenden Neuauflage sind sie erstmals in einem Band versammelt.



**Buchhandelspreis:** 19,95 €

**Bestellkontakt:** DIE BUCHMACHEREI; Tel.: 030 81 85 77 59;  
Mail: [diebuchmacherei@web.de](mailto:diebuchmacherei@web.de); Fax: 03212 103 29 81



# LUXEMBURG 3

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

**BETRIEBE ÜBERNEHMEN** Betriebe in Belegschaftshand | Erfahrungen aus Jugoslawien, DDR, China | Mit Kooperativen aus der Krise? | Arbeiterkontrolle und Staatseigentum | Linke Strategiedebatte | Grüner Sozialismus | Eigentum vs. Demokratie

**MIT BEITRÄGEN VON** Dario Azzellini | Petra Brangsch | Heinz Bierbaum | Tim Hunt | Vishwas Satgar | Emily Kawano | Jessica Gordon Nembhard | Alex Demirović | Rainer Rilling | Volker Braun | Cornelia Möhring | Wolfram Adolphi | Hilary Wainwright und John Holloway u.a.

September 2011, VSA: Verlag  
10,- Euro, Jahres-Abo 30,- Euro, (4/Jahr), erm. 20,- Euro  
[www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

